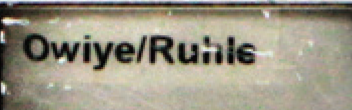
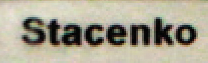
LUXEMBURG 1

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2017

EINWANDERUNGSSCHLAND KEEANGA-YAMAHTTA TAYLOR | TRÉSOR
BINI ADAMCZAK | ELKE BREITENBACH | LENA KRECK | KATJA KIPPING
JULIANE KARAKAYALI | STEPHAN LESSENICH | LEOLUCA ORLANDO
HELENE HEUSER | KIRSTEN SCHUBERT | CHRISTOPH SPEHR | U.A.














Landarzt aus dem Libanon beim Hausbesuch in der Uckermark, ©Jonas Walter/Agentur Focus

EIN WANDERUNGS SCHLAND

*»Eigentlich banal: Es gibt keine homogenen Gruppen, weder unter Bio-Deutschen noch bei Einwander*innen. Von Rassismus betroffene Menschen können selbst rassistisch oder behindertenfeindlich sein, Behinderte frauenverachtend, Frauen klassenblind. Das macht die quer dazu liegende Frage so wichtig: Entlang welcher Interessen sich Gemeinsamkeiten artikulieren lassen, ohne individuelle Unterschiede zu leugnen.«*

Anne Steckner in diesem Heft

»Oder kurz: Der soziale Schutz der deutschen Arbeiterin wird nur gemeinsam mit dem sozialen Schutz des zugewanderten Arbeiters, nicht aber gegen ihn, gelingen.«

Lena Kreck und Jörg Schindler in diesem Heft

SCHWERPUNKT: EINWANDERUNGSSCHLAND



Was ist

IN EIGENER SACHE

Vor fast zehn Jahren gab es die ersten Überlegungen, ein Debattenorgan zu entwickeln, das Fragen kritischer Gesellschaftsanalyse, linker Strategiebildung und eingreifender Praxis für eine plurale Linke versammeln sollte. Nach breiten Diskussionen erschien 2009 beim VSA Verlag das erste Heft der Zeitschrift *LuXemburg*. Zwei Jahre zuvor war mit der *Rosalux* bereits ein Periodikum der Stiftung entstanden, das anfangs nur von Mitarbeiter*innen produziert wurde. Es verstand sich als ›Schaufenster‹ und gewährte einen Einblick in den Reichtum linken Denkens und Handelns innerhalb und im Umfeld des Stiftungsverbunds.
Vieles hat sich seitdem verändert. Die *Rosalux* ist über die Jahre zu einem schicken und lesefreundlichen Journal geworden, in dem längst nicht mehr nur über Stiftungsbelange berichtet wurde. Der Themenschwerpunkt wurde ausgeweitet. Über zentrale Fragen linker Politik und Bildungsarbeit schrieben nun auch externe Autor*innen. Die *LuXemburg* wiederum hatte sich nach den ersten 15 Heften von ihrem damaligen Verlag gelöst, ist seit Anfang 2014 kostenfrei zu abonnieren und hat ihre Reichweite vervielfacht. Mit »LuX goes Commons« hatten wir diesen Schritt damals angekündigt. Auch die Webseiten beider Publikationen haben sich über die Jahre nicht nur mit Blick auf die Anzahl der dort zusätzlich publizierten Texte weiterentwickelt, sondern auch hinsichtlich Optik und Qualität.
Nun stehen wir 2017 vor einer erneuten Veränderung: Aus zwei Zeitschriften wird eine, die *Rosalux* wird in die *LuXemburg* integriert. *Rosalux* hatte sich vom ›Mitteilungsblatt‹ zum Journal gewandelt und die *LuXemburg* ist mit ihrer unabhängigen Redaktion immer weiter an den Kern der Stiftungsarbeit herangerutscht. Zuletzt überschnitten sich zwei Drittel der Abonnent*innen. Da macht es nicht mehr viel Sinn, zwei Periodika zu drucken. Mit diesem Heft erscheinen sie daher erstmals in einem. Unter der Überschrift ROSALUX wird künftig auf acht Seiten ein kleiner Ausschnitt aus der Fülle an Publikationen und Aktivitäten der Stiftung vorgestellt. Mit kurzen ›Einklinkern‹ wird in thematisch einschlägigen Texten auf weitergehende Angebote verwiesen – ausgewählte ›Appetizer‹ der vielfältigen Arbeit.

Was soll



Was tun

Rubriken





Einblicke in das Verhältnis von Kunst, Biografie und politischer Krise gibt die Ausstellung »Artists in Athens«. Porträtiert werden 14 in Athen tätige Künstler*innen, darunter der Street-Art-Künstler W. D. (Foto © Georg Eichinger). Zu sehen ab 15. Juni in Berlin.
Mehr Infos: www.rosalux.de/artists-in-athens

»GIPFEL FÜR GLOBALE SOLIDARITÄT« GEGEN G20-TREFFEN, 5.–8. JULI IN HAMBURG

Wenn im Juli die Staatschefs der führenden Industrie- und Schwellenländer zum G20-Gipfel in Hamburg zusammenkommen, werden sie dort auf den Protest von Zehntausenden treffen. Sie wollen öffentlich ein Zeichen gegen die Politik von Trump, Merkel, Putin, Erdogan & Co. setzen. Kirchliche und gewerkschaftliche Akteure, Organisationen und Netzwerke verschiedener sozialer Bewegungen und Parteien sowie linksradikale Gruppen haben eine gemeinsame Plattform des Protests geschaffen. Sie bereiten unter anderem einen »Gipfel für globale Solidarität«, Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams am 7. Juli und eine Großdemonstration am 8. Juli vor.
Der G20-Gipfel findet in einer Situation statt, in der es nicht mehr nur darum geht, die neoliberale Globalisierung mit all ihren Folgen wie der wachsenden sozialen Ungleichheit und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen zu kritisieren. Protektionistische Tendenzen in den kapitalistischen Zentren, der wachsende Einfluss des autoritären Populismus, Nationalismus und Rassismus, der Ausnahmezustand in der Türkei und in Frankreich, die zunehmende Kriegsgefahr und die gewaltsame Abschottung gegen die massenhaften Flucht- und Migrationsbewegungen machen deutlich, dass wir vom Regen in die Traufe geraten, dass uns eine Barbarei neuer Qualität droht.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligt sich an den Protesten mit einer Veranstaltungsreihe in Hamburg und ihrer Teilnahme am »Gipfel für globale Solidarität«.
Thomas Sablowski
Infos: www.solidarity-summit.org



»Q« KOMMT AUF DIE BÜHNE
SZENISCHE LESUNG DES ROMANS, 22. MAI/17. JUNI IN BERLIN

Fast vierzig Jahre ist der Rebell dabei, der so oft seinen Namen zu wechseln gezwungen ist. Keine Ketzerei lässt er aus zwischen 1517 und 1555. Keinen Aufstand gegen die klerikale und fürstliche Macht verpasst er. Als Vertrauter Thomas Müntzers wird dessen Credo »Alles gehört allen« auch zu seinem. Der niedergeschlagene Bauernkrieg im Jahr 1525 lässt ihn als einen der wenigen Überlebenden zurück. Bei den Wiedertäufern trägt er die Verantwortung für die Verteidigung der Stadt Münster, aus der das neue Jerusalem werden soll. Er wird Zeuge der Verwandlung revolutionärer Ambitionen in religiösen Wahn, beim Umschlag von Befreiung in Terror, wandert durch »das Europa der gescheiterten Aufstände«, durch verlorene Schlachten und Niederlagen. Wo immer er involviert ist, ist aber auch ein Zweiter zugegen. Unerkannt und zunächst nur als eine vage Ahnung: Der Spion der Kurie und Agent der Inquisition, der seine Briefe mit »Q« unterzeichnet, der dem Kardinal und späteren Papst Gianpetro Carafa nicht nur über die Machenschaften berichtet, sondern auch einwirkt, vielleicht sogar alle Rebellion ins Unglück lenkt? Diesem Phantom zu begegnen, wird zur fixen Idee des Aufrührers.

Das Werk des linken Kollektivs Luther Blissett, das sich heute Wu Ming nennt, galt in Italien als literarische Sensation. Ihr Anliegen ist, »eine Art von Gegengeschichte zu erzählen, eine subversive Praxis des Geschichtenerzählens zu vollziehen« (Literaturkritik.de). Assoziation A hat den in 18 Sprachen übersetzten Roman neu aufgelegt. Mit szenischen Lesungen des Romans »Q« erinnert die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Reformationsjahr an die sozialen Kämpfe im 16. Jahrhundert.

Henning Obens

Info: www.rosalux.de/Q

LUXEMBURG LECTURE MIT SILVIA FEDERICI
12. JUNI 2017 IN BERLIN

Marx thematisiert zwar Geschlechterverhältnisse und Familie im »Kapital« im Kontext seiner Analyse der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft. Gleichwohl hat er keine »Gender«-Theorie entwickelt, und seine Untersuchungen zu sexuellen und Geschlechterverhältnissen im Kapitalismus haben die historische Transformation, die sich zu seiner Zeit vollzog, nicht ausreichend berücksichtigt. Silvia Federici verknüpft in ihren Arbeiten marxistische Kritik mit feministischer Analyse. Bekannt wurde sie mit ihrem Buch »Caliban und die Hexe: Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation«. Am 12. Juni wird sie im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin über »Geschlechterverhältnisse und Reproduktion in Marx' Kapital« sprechen.

Infos: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/R31ZC

INDUSTRIE 4.0
TAGUNG, 17. JUNI 2017 IN FRANKFURT/M.

Für Millionen Beschäftigte ist Digitalisierung mit zunehmender Arbeitsbelastung und ständiger Erreichbarkeit verbunden. Vermeintliche Sachzwänge werden als politische Hebel eingesetzt, um eine weitere Deregulierung von Beschäftigtenrechten durchzusetzen. Die Digitalisierung birgt aber auch emanzipatorisches Potenzial, etwa für eine Arbeitszeitverkürzung. Wie realistisch sie ist, hängt indes von der Durchsetzungsmacht der abhängig Beschäftigten und ihrer Organisationen ab. Mit der Tagung will die Stiftung progressive Wissenschaftler*innen und Gewerkschafter*innen zusammenbringen, um über die aktuellen Herausforderungen zu diskutieren. Unter anderem mit Sabine Pfeiffer (Universität Hohenheim) und Hans-Jürgen Urban (IG Metall).

Anmeldung: Arbeit.Digitalisierung@rosalux.org



»What happened to the ›european dream‹?« fragten sich die Veranstalter*innen eines interdisziplinären Symposiums Mitte Februar in Mülheim an der Ruhr und setzten sich mit der Neuen Rechten in Europa auseinander. Das Theaterkollektiv EGfKA schlug unter anderem die Installation »Trinkhalle Agora« im Zentrum der Stadt auf (Foto: © Björn Stork).
Doku: voicerepublic.com/search/1/egfka

»SCHENGEN FÜR UNS, ZÄUNE FÜR AFRIKA«
VERANSTALTUNG ZU TRANSNATIONALER STUDIE, FEBRUAR 2017 IN BERLIN

Europa riegelt seinen Nachbarkontinent Afrika ab: Flüchtlinge und Migrant*innen sollen bereits dort gestoppt werden. Die EU zahlt Geld an Autokraten, damit sie ihre Grenzen dichtmachen und Flüchtlinge zurücknehmen. Innerafrikanische Grenzen werden mit Hightechgerät und Zaunanlagen ausgestattet, afrikanische Grenzschützer ausgebildet. Es sind europäische Hersteller von Sicherheitstechnologie, oft aus dem Rüstungssektor, die Milliardenaufträge erhalten und so von der Migrationsabwehr profitieren.
Ein internationales Team aus Journalist*innen und Wissenschaftler*innen hat zu diesem Thema in 21 Ländern recherchiert und die Ergebnisse auf einer eigenen Webseite öffentlich gemacht. Zu lesen sind detaillierte Länderreports zur EU, den acht wichtigsten europäischen Geberstaaten und Israel sowie zu 26 afrikanischen Staaten und der Türkei. Es gibt Hintergrundberichte zu den wichtigsten Themen: Zahlungen, Entwicklungshilfe, Frontex, Internierung, Geschichte, Rüstung, Abschiebung, Diplomatie und Biometrie. Es gelang den Autor*innen, den Großteil der Vertrags- und internen Strategiepapiere zu beschaffen, die den betreffenden Abkommen zugrunde liegen – darunter auch bisher geheime Dokumente. Das Ergebnis: eine detaillierte Datenbank des neuen Paradigmas des europäischen Grenzregimes in Afrika. Noch in diesem Jahr soll die Webseite um Osteuropa und den Nahen und Mittleren Osten erweitert werden.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt das Rechercheprojekt. Taz-Redakteur Christian Jakob und Nina Violetta Schwarz, Stiftungsstipendiatin und Mitglied von »Kritnet«, stellten es Anfang Februar in Berlin vor.
Stefanie Kron
Zum Nachhören:
soundcloud.com/rosaluxstiftung/schengen-zaeune
Projektwebseite: migration-control.taz

MIT WEM?

»WIR KLAGEN EINE ANDERE REALITÄT EIN«
NSU-TRIBUNAL, 17.–21. MAI IM SCHAUSPIEL KÖLN

Das bundesweite Aktionsbündnis »NSU-Komplex auflösen« hat für den 17. bis 21. Mai ein Tribunal nach Köln einberufen. Das Verfahren wird von Initiativen geführt, die bundesweit gemeinsam mit den Angehörigen der Terroropfer des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) um Wahrheit und Gerechtigkeit kämpfen.
»Wir beklagen die Opfer«, lautet ein Motto des Tribunals. Es geht auch um diejenigen, die jahrelang bis heute viel Leid und Demütigung ertragen mussten. Vor allem aber wird der NSU-Komplex angeklagt, seine Strukturen und seine Verantwortlichen – diejenigen, die sich schuldig gemacht haben. »Wir klagen an, denn der Schmerz verlangt eine Konsequenz«, heißt es bei den Veranstaltern. Die Gesellschaft werde ein Urteil für die Täter finden durch neue Ermittlungsverfahren, kritische Distanzierungen, Dienstaufsichtsbeschwerden, Kündigungen, Ächtungen.
Zentral für das Tribunal ist das Wissen der Betroffenen. Sie werden ihre Geschichten erzählen, Analysen formulieren, ihre Forderungen stellen und Wünschen, Wut, Trauer und Hoffnung Ausdruck verleihen. »Wir klagen ein« ist daher ein weiteres Motto des Tribunals. Es geht darum, die Rechte der Betroffenen nicht nur zu verteidigen, sondern sie auch zu stärken: »Wir klagen eine andere Realität ein, eine solidarische Gesellschaft, die diese Verhältnisse demokratisieren kann und es seit Jahrzehnten bereits tut. Die Botschaft lautet: Wir bleiben, wir verändern, wir demokratisieren, wir schaffen eine Gesellschaft der vielen.« Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt die Veranstaltung.
Massimo Perinelli
Infos: nsu-tribunal.de/

RENTE MIT ZUKUNFT?
FACHTAGUNG ZU ALTERSSICHERUNG, JANUAR 2017 IN KÖLN

Rentenfragen sind Gerechtigkeitsfragen. Was bedeutet es, wenn immer mehr Menschen Angst vor Armut und Abstieg im Alter haben? Wie lässt sich das Rentensystem zukunftssicher und gerecht umgestalten? Darüber diskutierten rund 140 Teilnehmende der Tagung im Kölner Comedia Theater, die der DGB Köln-Bonn zusammen mit der Stiftung organisiert hatte. Es wurden Ansätze zur Stärkung der gesetzlichen Rente diskutiert: Eine Erwerbstätigenversicherung, die alle Beschäftigten einbezieht und die Finanzierungsbasis stärkt; eine Mindestrente, die vor Armut schützen soll, bis hin zu einer Rücknahme der Riester-Reformen.
Dokumentation:
www.rosalux.de/documentation/57101

»UM*WELT*BRÜCHE«
VILLA ROSSA, 26. AUGUST–2. SEPTEMBER 2017 IN VOLTERRA

Wie hängen die neuen Weltordnungskämpfe mit der ökologischen Krise zusammen? Auf dem Programm der diesjährigen »Villa Rossa« stehen: der Blick auf die Idee des Anthropozän, die Politiken des Ökologischen, Umweltflucht und Klimakonflikte, Nachhaltigkeit und Gendergerechtigkeit, systemische Transformation am Beispiel der Mobilität, der fossilistische Rücksturz am Exempel Trump, wie aufhören und neu beginnen, was eine liberale und was eine linke Ökologie können – und was nicht. Eine Mixtur aus Bildungsveranstaltung, wissenschaftlichem Workshop, politischem Diskussionsseminar und nicht zuletzt ein Beitrag zum Recht auf Faulheit.
Infos und Anmeldung:
www.s-gs.de/wordpress/

DIE LINKE IM EINWANDERUNGSSCHLAND

EMANZIPATORISCHE KLASSENPOLITIK FÜR EINE SOLIDARISCHE EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

BARBARA FRIED

Die soziale Frage ist zurück – die Migrationsbewegungen der letzten Jahre haben sie als Frage globaler Gerechtigkeit auf die politische Tagesordnung gesetzt. Die dramatische Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums samt der ihr zugrunde liegenden imperialen Produktions- und Lebensweise bilden eine zentrale Ursache weltweiter Migration. Selbst Angela Merkel bemerkte 2015, die Globalisierung, die viele in Deutschland vor allem als Exportweltmeister kannten, kehre in Gestalt der Flüchtenden zurück. Sie verwies damit auf die Frage, was ›unser‹ Lebensstil mit Kriegen, autoritären Regimen, Hungersnöten, Klimawandel und ökonomischer Perspektivlosigkeit von Millionen Menschen zu tun habe. Doch klingt es oft nach bloßer Rhetorik und falscher Moral, wenn es von links heißt, ›wir‹ lebten auf Kosten ›anderer‹. Angesichts des Leids in großen Teilen der Welt verblassen die Ungerechtigkeiten, die sich auch hierzulande für viele Menschen zu Ausbeutung, Marginalisierung und Demütigung zusammenballen.

Der Zusammenhang gesellschaftlicher Verhältnisse, die das Elend hier wie dort erzeugen, gerät aus dem Blick. Wie aber kann ein politisches Projekt, das im reichen Zentrum des Kapitalismus gesellschaftliche Mehrheiten für Veränderung organisieren will, auch diese Menschen ansprechen?

GERECHTIGKEIT VON RECHTS UND LINKS

Derzeit ist es auch die Rechte, die die Gerechtigkeitsfrage stellt. Die Herausforderungen einer globalisierten Welt und der Einwanderungsgesellschaft, die in Deutschland längst Realität ist, deutet sie als Konkurrenz- und Verteilungskonflikt zwischen denen, die schon hier sind, und jenen, die tatsächlich oder imaginiert hinzukommen. Die Alltagssorgen der Menschen – sich auf nichts verlassen, das eigene Leben nicht planen zu können, Druck in den Betrieben und die Angst davor abzusteigen, der Mangel an tragfähigen Infrastrukturen und die Sorge, aus der Erschöpfung nicht mehr raus und politisch kaum mehr vorzukommen – werden im rechten Diskurs aufgegriffen und der vermeintlich sorglosen Situation von Geflüchteten gegenübergestellt. Der Wunsch nach Gerechtigkeit wird in Wut und Hass gegen eine offene und plurale Gesellschaft verkehrt. Sicherheit und Fairness, so die Argumentation, seien nur im Rahmen eines homogenen deutschen Nationalstaates möglich, der sich gegen die Zumutungen der Welt abschotte. Die Rechte inszeniert die soziale Frage als Kulturkampf und damit als Angriff auf eine Gesellschaft der vielen, letztlich auf die Lebensmöglichkeiten aller.

Wie aber sehen linke Antworten in dieser Konstellation aus? Die Debatte ist gespalten: Teile der Linken nehmen die Erfolge der Rechten zum Anlass, diejenigen (wieder) stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken, die von der rechten Erzählung tatsächlich oder vermeintlich angesprochen werden – zuweilen mit ›Zugeständnissen‹ an deren rassistische und national-soziale Argumentation. Der Preis dafür ist, dass das Argument, ein gesellschaftlich relevanter Konflikt verlaufe zwischen den ›Abgehängten‹ auf der einen und den Geflüchteten auf der anderen Seite, zumindest implizit reproduziert wird.

Andere stellen in dieser Konstellation zu Recht den Kampf gegen Rassismus ins Zentrum. Zuweilen allerdings in einer scharfen Abgrenzung gegenüber Positionen, die auch diejenigen für ein linkes Projekt gewinnen wollen, die sich zur rechten Mobilisierung uneindeutig verhalten. Notfalls gelte es, Spaltungen im linken Feld hinzunehmen, ein emanzipatorisches Projekt zunächst nur mit dem »dissidenten Drittel« (Seibert) zu verfolgen, mit jenen, die schon fest für solidarische Praxen, für eine offene und plurale Gesellschaft einstehen. Oder, wie Jan Ole Arps in der *ak* formuliert: »Warum als Linke nicht einfach auf die konzentrieren, die von der Rechten bedroht sind, statt auf die, die ihr rattenfängermäßig nachlaufen, auch wenn sie nicht überzeugte Rassisten werden wollen?«

BARBARA FRIED ist leitende Redakteurin dieser Zeitschrift und stellvertretende Direktorin des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

KLASSENVERHÄLTNISSE UND KÄMPFE UM EMANZIPATION

Oder ist die Frage falsch gestellt? Suggeriert sie doch, dass Rassismus und soziale Marginalisierung unabhängig voneinander zu bearbeiten wären. Doch rassistische und Klassenverhältnisse sind eng miteinander verwoben. Es ist genau die Trennung von Emanzipations- und Lebensweise-Fragen auf der einen und jenen nach sozialer Gerechtigkeit auf der anderen Seite, die dazu beigetragen hat, dass die Rechte ein so leichtes Spiel hat. Denn es stimmt: Teile der Linken leben in akademisch geprägten Subkulturen, während andere antirassistische, queere oder feministische Praxen nicht als echte soziale Kämpfe anerkennen, was diese Spaltung befördert. Die Emanzipationskämpfe der ›neuen Linken‹, der Frauen- und Umweltbewegung, die Kämpfe um eine Pluralisierung von Lebensweisen, sei es von LGBTIs oder von Migrant*innen – sie haben sich auf das Feld von Anerkennungspolitiken drängen lassen und häufig versäumt, ihre Themen *auch* als Fragen *sozialer* Gerechtigkeit aufzuwerfen. Sie sind weithin zu Mittelschichtprojekten geworden, vom Alltag eines großen Teils der arbeitenden Klasse getrennt, als gäbe es nicht auch hier Schwule und Lesben, ökologisch angemessene Lebensformen, als seien nicht auch sie von Rassismus betroffen. Tatsächlich errungene Emanzipations- und Freiheitsgewinne ließen sich auch deshalb so unkompliziert ins neoliberale Projekt integrieren. Auch deshalb scheint es so plausibel, eine Rebellion gegen den Status quo als Kampf gegen die ›versifften 68er‹ und ihre vermeintliche politische Korrektheit zu führen.

Für den Feminismus heißt das, dass Arbeitsmarktintegration und Quote faktisch zu Forderungen für Hochqualifizierte wurden – während Frauen aus den geringer qualifizierten Teilen der Arbeiterklasse entweder immer schon gearbeitet haben oder durch Druck auf den Familienlohn dazu gezwungen wurden. Häufig in Zuarbeit, Teilzeit und schlecht bezahlt, sprangen dabei weder finanzielle Unabhängigkeit in patriarchalen Verhältnissen noch Selbstverwirklichung in guten Jobs heraus. Auf die Familienform haben diese Verschiebungen enormen Druck ausgeübt und bestehende Männlichkeitsbilder erschüttert, ohne neue Angebote machen zu können. Diese Krise der Familie- und Geschlechterarrangements und die Frustration, von den Gleichstellungspolitiken nicht profitiert zu haben, trägt dazu bei, dass die Rechte sie als Teil des Elitesystems diskreditieren kann. Die Frauenbewegung ist zu einer Bewegung für Gutverdienende und Hochqualifizierte geworden.

Ähnlich steht es um die ›Migrantisierung‹ der Gesellschaft. Die Globalisierung und Transnationalisierung von Kultur- und Lebensweisen wurde von den linksliberalen Milieus der Post-68er als Lebensform und arriviertes Selbstverständnis gepflegt. Während einige von Vielfalt, Transkulturalität und Bewegungsfreiheit profitieren konnten, stecken andere kulturell und ökonomisch in schrumpfenden Regionen und Peripherien fest. Da sich Linke insgesamt aus sozialen Kämpfen zurückgezogen haben, waren sie auch in Arbeitskämpfe migrantischer Lohnabhängiger kaum involviert, haben sich um Geflüchtete ›gekümmert‹, aber Migrant*innen selten als selbstverständli-

che Subjekte in linken Auseinandersetzungen wahrgenommen. Auch wenn es Ausnahmen gibt: Die Prominenz der Mietergemeinschaft Kotti & Co zeigt, wie ungewöhnlich solche Praxen in den letzten Jahrzehnten waren: etwa das gemeinsame Ringen um bezahlbare Mieten und Recht auf Stadt in sozial wie herkunftsmäßig heterogenen Gruppen. Die selektive Integration und Entpolitisierung von Kämpfen um Anerkennung und das Ignorieren von Klassenverhältnissen darin ging letztlich auf Kosten der allermeisten: der autochtonen Arbeiterklasse wie der Migrant*innen, die zum übergroßen Teil ebendieser Arbeiterklasse angehören.

Nach Jahren der Trennung besteht ein Mangel an theoretischen und praktischen Erfahrungen, Kämpfe um Emanzipation und Anerkennung als soziale Kämpfe zu führen. Das trägt dazu bei, dass auch in der Frage, warum die Rechte derzeit so erfolgreich ist, die Analyse häufig zu kurz springt und kulturelle Momente gegen ökonomische ausgespielt werden. Es stimmt, dass nicht die Ärmsten überwiegend rechts wählen, 45 Prozent der Einkommensarmen gehen gar nicht wählen. Aber die Erfolge der Rechten nicht in Verbindung zu bringen mit der systematischen Entsicherung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, mit Überausbeutung, der wachsenden Kluft zwischen Superreichen und der Bevölkerungsmehrheit, mit systematischer politischer Marginalisierung, Demobilisierung und Aushöhlung der Demokratie – das wäre fahrlässig. Umgekehrt gilt: Die Prekarisierungserfahrung ernst zu nehmen, kann nicht bedeuten, die ›kulturellen‹ Momente des Rechtspopulismus zu ignorieren. Affekte wie Fremdenfeindlichkeit, Angst vor und Hass auf Differenz spielen eine Rolle. Étienne Balibar und andere haben argumentiert, dass die Kulturalisierung sozialer Differenz zum Standardrepertoire des gegenwärtigen Rassismus gehört und die Produktion von kultureller Fremdheit es erst ermöglicht, Teile der Subalternen in ein zunehmend autoritäres Staatsprojekt zu integrieren.

Marxistische Kulturtheorie weist auf diesen Zusammenhang nicht erst seit gestern hin: »Rassismus ist auch eines der Medien, durch die die weißen Fraktionen der Klasse ihre Beziehungen zu anderen Fraktionen und damit zum Kapital selbst ›leben‹«, schreibt Stuart Hall. »Der ideologische Klassenkampf ist gerade dort am wirkungsvollsten, wo er die internen Widersprüche der Klassenerfahrung [Spaltung und Konkurrenz] mit dem Rassismus artikuliert und so die beherrschten Klassen für das Kapital nutzbar macht« (Hall 1994, 133). Die wachsende Unzufriedenheit konformistisch zu organisieren und entlang von rassistischen, antifeministischen und Homogenitätsideen ein neues, autoritär-neoliberales Herrschaftsprojekt durchzusetzen – das ist es, was der Rechtspopulismus derzeit erfolgreich versucht.

Gegen diese Spaltungen der Subalternen muss die Linke antreten. Sie muss die Fragen nach Emanzipation ins Zentrum sozialer Kämpfe stellen und als Klassenfragen formulieren, und sie muss umgekehrt Fragen sozialer Gerechtigkeit zum Kernthema von Lebensweise-Kämpfen machen. Nur eine antirassistische Klassenpolitik und das Eintreten für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft mit sozialen Leitplanken *für alle* kann

eine attraktive Alternative zu den Versprechen der Rechten ausmachen.

ANTIRASSISTISCHE KLASSENPOLITIK

Wie aber kann solch ein inklusiver Antirassismus aussehen, wie eine intersektionale und internationalistische Klassenpolitik? *LuXemburg* 1/2017 lotet das Terrain aus und fragt nach Ansätzen für verbindende Perspektiven und solidarische Praxen in diesem Feld.

Eine glaubwürdige Linke kann ihre Politiken nicht auf einen nationalstaatlichen Rahmen beschränken. Angesichts von transnationaler Produktion, Handel und Kommunikation kann eine Perspektive nur darin bestehen, diese Globalität ›aufzuheben‹. Dazu müssen weltweite Ungleichheitsverhältnisse ins Visier genommen und als transnationale Klassenverhältnisse angegangen werden – jenseits von passivierender Moralökonomie und Verzichtsdiskursen (vgl. Adamczak in diesem Heft). Viele Kämpfe drehen sich derzeit um das Recht auf globale Bewegungsfreiheit. Hier gilt es anzuknüpfen und gleichzeitig den von rechts geschürten Ängsten vor «haltlosem Fluten« diskursiv und mit materiellen Politiken entgegenzuwirken. Eine offensive Debatte um ein sozialistisches Einwanderungsgesetz bietet einen Anknüpfungspunkt (vgl. Kreck/Schindler in diesem Heft). Aber: Nicht alle Menschen wollen nach Europa – was für eine überspannte, ebenfalls von rechts genährte Vorstellung. Diejenigen, die ihre Zukunft selbst gestalten wollen, jenseits von ökonomischer und politischer Gewalt, die ihre Hoffnungen und Träume leben wollen – egal wo –, müssen Teil eines linken Projekts sein. Zu Recht rückt Trésor (in diesem Heft) die Notwendigkeit des Rechts zu gehen *und* zu bleiben ins Zentrum auch hiesiger Auseinandersetzungen. Hier könnte die Linke einfach ›mittun‹ – sich in bestehende Praxen einbringen.

Aber nicht nur mit Blick auf transnationale Fragen gilt es, die »Kämpfe der Migration« (vgl. Kron in diesem Heft) stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Gerade auf lokaler Ebene gibt es viel mehr an gelingender Konvivalität, an solidarischem Zusammenleben, als auch in linke Debatten aufgenommen wird. Kotti & Ko steht für eine Praxis sozialer Kämpfe, die nicht nur von und mit der lokalen Bevölkerung geführt wird, sondern auch im kooperativen Miteinander zwischen Bio-Deutschen und türkischer/kurdischer Community (vgl. Hamann auf LuX-Online). An Bedeutung gewonnen hat in den letzten Jahren auch die Bewegung der Sanctuary Cities und Fluchtstädte (vgl. Heuser in diesem Heft). Am erfolgreichsten ist sie in New York City: Dem Projekt einer New-York-ID ist es gelungen, über die Anliegen nicht dokumentierter Migrant*innen hinaus – denen sie zuvorderst dienen sollte –, ein klassenübergreifendes und intersektionales Bündnis zu schließen. Queers beantragen das Dokument, weil niemand gezwungen wird, ein Geschlecht anzugeben, Mittelschichtseltern, weil sie lokale Freizeit- und Kulturangebote günstig nutzen, Obdachlose mit oder ohne Staatsbürgerschaft, weil sie als Wohnsitz die Adresse einer NGO eintragen können und damit vor den Schikanen der Polizei geschützt sind (vgl. Lebuhn auf LuXemburg Online). Solche Politiken, die lokal verschiedene Interessengruppen zusammenbringen, Mitte-unten-Bündnisse, über die imaginäre Grenze von Einheimischen/Ausländer*innen hinweg,

gilt es zu entwickeln. Kommunale Akteure versuchen nicht nur, die Bedingungen für neu Zuziehende zu verbessern, sondern schließen sich in transnationalen Netzen von Rebel Cities zusammen, um Geflüchtete aus den Hotspots in nordeuropäische Länder zu holen (vgl. Orlando in diesem Heft). Sie loten Spielräume aus, genau dort, wo das europäische Grenzregime einer emanzipatorischen Migrationspolitik entgegensteht, versuchen diese zu erweitern und mit Sozialpolitiken für alle zu verbinden. Sie rütteln am brüchig gewordenen Selbstverständnis der Festung Europa und ihrer politischen Elite, die durch Pakte mit Despoten versucht, den hiesigen Wohlstand zu wahren und gleichzeitig ihre Position gegen wachsende Rechtsbewegungen und Parteien abzusichern.

Wie solche Bündnisse aufzubauen und zu pflegen sind, ist eine zentrale Frage für die gesellschaftliche Linke – und auch, inwieweit es gelingen kann, solche Initiativen auszuweiten auf den Kampf um demokratisch organisierte und kostenfreie soziale Infrastrukturen. Millionen Menschen, die in den letzten Jahren in den Willkommensinitiativen aktiv waren, haben Erfahrungen mit maroden oder dysfunktionalen Infrastrukturen gemacht, mit repressiven und versagenden Behörden. Inwiefern führen diese Erfahrungen dazu, sich für den Ausbau und Erhalt – oder gegen die Privatisierung – von Krankenhäusern, Kitas und Verkehrverbindungen einzusetzen (vgl. Mira Wallis auf LuXemburg Online)? Welche Rolle kann die Linke in solchen Zusammenhängen spielen, wie kann sie sich breiter in der Gesellschaft verankern?

Schließlich stellt sich die Frage: Wie können Kommunikationsstrategien gegen die oben genannte Spaltung aussehen? Entscheidend ist es, überhaupt ins Gespräch zu kommen, *mit* den Menschen zu sprechen statt über sie. Jenseits von Rechthaberei gilt es, Redebereitschaft mit Kompromißlosigkeit in der eigenen, beispielsweise antirassistischen Haltung zu verbinden und dabei Milieugrenzen zu überschreiten, die heute viele Linke von den Subalternen und ihren Alltagserfahrungen trennen. Schritte zu wagen in Lebenswelten und Gesprächskonstellationen, für die wir kaum ausgerüstet sind, die es aber zu ergründen gilt, will man potenziell gemeinsame Interessen ausloten (vgl. Steckner in diesem Heft). In marginalisierten Stadtvierteln leben ganz unterschiedliche Menschen – wie können gemeinsame Anliegen im Stadtteil formuliert, Erfahrungen mit dem Jobcenter oder Behörden geteilt werden? Wie lassen sich in Organisierungsprojekten vor Ort Erfahrungen mit Globalität machen, die nicht als Erasmus-Student*in oder transnationaler Jetsetter daherkommen?

Hier fehlen uns nicht nur die Praxen. Auch konzeptionell gilt es Probeschritte zu gehen. In den USA ist die Debatte, wie sich Rassismus und soziale Ungleichheit gemeinsam angehen lassen, weiter (vgl. Taylor in diesem Heft). Aber wir beginnen nicht bei Null. Wie wir die emanzipatorischen Kämpfe der Linken bewahren können, ohne neue Formen selektiver Integration zuzulassen – das ist für die nächsten Jahre die Herausforderung der Linken im Einwanderungsschland.

LITERATUR:

Hall, Stuart, 1994: Rassismus und kulturelle Identität, Hamburg

DAS PROBLEM HINTER TRUMP

KEEANGA-YAMAHTTA TAYLOR

Donald Trump hat sein Amt als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika angetreten. Die Fassungslosigkeit, die dieser Wahlsieg bei vielen ausgelöst hat, gilt es nun in Widerstand und Selbstorganisierung zu verwandeln. Dafür ist es allerdings entscheidend zu verstehen, wie es zu diesem Wahlsieg kommen konnte. Vereinfachende Erklärungen helfen hier nicht weiter. Etwa wenn die Wahl Trumps auf CNN als »whitelash« bezeichnet wird, als Racheakt der weißen Wähler*innen gegen die Schwarzen, die 2008 und 2012 für Obama gestimmt haben. Solche Thesen greifen zu kurz und unterschlagen viele unbequeme Wahrheiten über die Demokratische Partei. Auch überschätzen sie die Unterstützung, die Trump und seine Politik in weiten Teilen der Bevölkerung genießen. Abgesehen davon, dass auch viele Millionen Weiße Obama gleich zweimal gewählt haben, hinkt die These auch insofern, als sie suggeriert, schwarze Amerikaner*innen hätten von der Präsidentschaft Barack Obamas profitiert – und zwar auf

Kosten der Weißen. Die Angst und Abscheu gegenüber Trump führen dazu, dass Obamas Verdienste verklärt werden. Natürlich sollten wir nicht unterschätzen, welche Symbolkraft es hat, wenn ein schwarzer Amerikaner in das höchste Amt eines Landes gewählt wird, das auf dem Rücken schwarzer Sklav*innen errichtet wurde. Aber wir sollten uns nicht blenden lassen: Obamas Präsidentschaft war kein Geschenk an die schwarze Bevölkerung. Im Gegenteil, sie steht für eine leidvolle Kontinuität von Rassismus, Diskriminierung und Ungleichheit. Die Arbeitslosigkeit unter schwarzen Amerikaner*innen ist auch acht Jahre nach Obamas Wahlsieg noch doppelt so hoch wie unter Weißen. 38 Prozent der schwarzen Kinder leben weiterhin unter der Armutsgrenze, und 55 Prozent der Arbeiter*innen, die meisten von ihnen schwarze Frauen, verdienen nach wie vor weniger als 15 Dollar pro Stunde. Das Unvermögen der Regierung Obama, die Lebensbedingungen der schwarzen Bevölkerung relevant zu verbessern, hat überhaupt erst zur Entstehung von #BlackLivesMatter geführt.

Es gibt ein weiteres Problem, wenn man Trumps Wahlsieg auf einen »whitelash« verkürzt: Jede Kritik an der Politik der vergangenen acht Jahre wird als rassistischer Akt verkannt. Das ähnelt dem Argument, wonach Hillarys Wahlkampf angeblich am Sexismus gescheitert sei. Natürlich haben Rassismus und Sexismus entscheidend zu Trumps Erfolg beigetragen und gewalttätige weiße Rassist*innen haben durch Trump Aufwind bekommen. Direkt nach der Wahl Trumps wurden über 1 000 rassistisch motivierte Gewalttaten registriert. Wenn wir Trumps Erfolg jedoch allein in diesem Kontext verstehen, kommen wir zu dem falschen Schluss, es habe in den USA einen generellen Rechtsruck gegeben und die weiße Bevölkerung sammle sich jetzt hinter Trump.

Das passt aber so gar nicht zu anderen Daten: 85 Prozent der Amerikaner*innen finden, dass Obamacare durch eine nationale Gesundheitsversorgung für alle ersetzt werden sollte. 60 Prozent befürworten die Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 10 Dollar, 59 Prozent fordern 12 Dollar und 48 Prozent sogar 15 Dollar – politische Konzepte, die sowohl von den Republikanern als auch von den Demokraten geradezu verteufelt werden.

KEEANGA-YAMAHTTA TAYLOR lehrt African-American-Studies an der Princeton University. Sie ist Mitbegründerin von #BlackLivesMatter und Autorin des Buches »From #BlackLivesMatter to Black Liberation«. Den hier leicht gekürzt veröffentlichten Text hat sie bei der Protestveranstaltung gegen die Amtseinführung von US-Präsident Trump am 20. Januar 2017 in Washington, D.C. gehalten.

61 Prozent der US-Bürger*innen sind überzeugt, dass die Reichen zu wenig Steuern zahlen – im vorigen Jahr waren nur 52 Prozent dieser Meinung. 69 Prozent glauben, dass bezahlbarer Wohnraum wichtig ist. 63 Prozent finden, dass der Wohlstand ungleich verteilt ist. 50 Prozent der weißen Amerikaner*innen wissen, dass Schwarze von der Polizei schlechter behandelt werden und dass es noch viel zu tun gibt, ehe Gleichberechtigung erreicht ist. All dies passt nicht zu der Vorstellung eines rechtsradikalen weißen Amerikas. Wie aber können wir das Wahlergebnis dann erklären?

Beginnen wir mit der einfachen Tatsache, dass Millionen von Menschen gar nicht zur Wahl gegangen sind. Von den 238 Millionen Wahlberechtigten haben 60 Millionen für einen Rassisten und Sexisten gestimmt. Das ist schlimm – aber es heißt doch, dass Trump lediglich von einem Viertel der Wahlberechtigten gewählt wurde. Davon lässt sich nicht auf das Denken der Amerikaner*innen insgesamt schließen.

DAS VERSAGEN DER DEMOKRATEN

Viele Medien und Analyst*innen bezeichnen die Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen, als Apathie. Das ist einfach und erspart einem die Frage, wie sich eine solche Gleichgültigkeit erklären lässt – gerade in einem Moment, in dem so viel auf dem Spiel steht. Um diese Wahlenthaltung zu verstehen, ist es deshalb nötig, sich auch die Demokratische Partei genauer anzusehen. Seit ihrem Wahldebakel haben die Demokraten wahlweise den Sender Fox News, das FBI, die sozialen Netzwerke oder Russland für ihre Niederlage verantwortlich gemacht. Es gibt kaum Versuche, sich dem eigenen politischen Versagen zu stellen. Warum scheitert ausgerechnet die Partei, die von sich behauptet, die kleinen Leute zu vertreten, regelmäßig an Fragen der Fairness und Gerechtigkeit? Hier geht es nicht um Kommunikationsprobleme. Die Niederlage ist vielmehr einer Politik zu verdanken, die sich voll und ganz der neoliberalen Logik verschrieben hat. Deshalb drehte sich Clintons Wahlkampf in erster Linie um das unangenehme Verhalten Trumps – und eben nicht um die Frage, was die Demokraten unternehmen könnten, um das Leben der Menschen besser zu machen. Clinton konnte schlecht behaupten, dass ihre Partei einen echten Richtungswechsel einleiten würde. Schließlich war sie es, die in den letzten acht Jahren an der Macht war. Also stellte sie eine dritte Wahlperiode Obama in Aussicht, ohne zu begreifen, dass das Millionen von Menschen nicht reichte.

Als Obama antrat, tat er das mit dem Versprechen auf echte Veränderung. Wenn große Erwartungen und Hoffnungen nicht erfüllt werden, münden sie in noch größere Enttäuschungen. Natürlich stimmt es, dass die Republikaner jede Zusammenarbeit verweigert haben und Obama keinen Erfolg gönnen wollten. Aber das Hauptproblem war, dass Obama selbst die Prioritäten so gesetzt hatte, dass im Grunde alles beim Alten bleiben musste. Wenn man Markt, Privatisierungen und die Werte des Neoliberalismus so emphatisch befürwortet, schränkt das die Möglichkeiten wirklicher Veränderung massiv ein.

Das heißt, wir können weder den Aufstieg Trumps noch des Trumpismus verstehen, wenn wir uns nicht mit den Fehlern der Demokraten beschäftigen. In jedem reaktionären Moment steckt das politische Versagen der gemäßigten Mitte. Das kleinere Übel hat noch immer dem größeren den Weg bereitet. Obamas Entscheidung, zweieinhalb Millionen Menschen aus den USA deportieren zu lassen, hat es Trump ermöglicht, diese Politik noch nachdrücklicher zu verfolgen. Förderte Obamas Regierung die Privatisierung von Schulen und höhlte dabei das öffentliche Erziehungswesen aus, so wird Trump dies mit noch größerem Eifer verfolgen. Wir müssen uns auch fragen, warum die größte Protestaktion gegen die Amtseinführung von

Trump von Frauen organisiert wurde, die sich gar nicht als Aktivistinnen sehen und ihre Demonstration auch nicht als Protest verstanden wissen wollen, während die größten politischen Organisationen im Land nach wie vor orientierungslos sind und völlig unfähig, Trump etwas entgegenzusetzen.

Es sind diese Organisationen, die uns gleichzeitig weismachen wollen, dass wir nun um jeden Preis die Demokratische Partei unterstützen müssen, um den verrückten Republikanern Einhalt zu gebieten. Die Parteiführung erwartet, dass die Arbeiterklasse und die Armen schweigend leiden und Demokraten wählen. Natürlich, Trump ist eine Katastrophe für die Arbeiterklasse. Aber die Demokraten waren nicht viel besser: eine Katastrophe in kleinen Schritten.

All jene, die nicht mehr angelogen werden wollen und sich vorgenommen haben, eine Partei, die ihnen nicht hilft, auch nicht mehr zu wählen, werden nun beschimpft. Etwa wenn das schlechte Wahlergebnis auf die niedrige Wahlbeteiligung in armen und vorwiegend schwarzen Wohngebieten geschoben wird. Aber auch, wenn die liberale Mittelschicht die weiße Arbeiterklasse beschuldigt, »gegen ihre eigenen Interessen zu wählen« – als ob eine Entscheidung für die Demokratische Partei für sie einen Unterschied gemacht hätte.

KEINE WAHL

Die Interessen der Arbeiterklasse finden sich bei unseren Wahlen auf keinem Stimmzettel. Solange man nur zwischen zwei Parteien wählen kann, läßt sich Unmut nur auf drei Arten ausdrücken: Man kann sich für die eine Partei entscheiden, für die andere, oder beide ablehnen. Wer jedoch behauptet, ein Großteil der Menschen sei entweder reaktionär oder politikverdrossen, weil er sich für die Präsidentschaftswahlen nicht interessiert, der begreift nicht, was momentan in diesem Land passiert.

Viele Menschen sind verärgert, geradezu angewidert vom politischen Status quo. Die Occupy-Bewegung, #BlackLivesMatter, der beeindruckende Widerstand gegen die Pipeline in North Dakota und die 13 Millionen Menschen, die für Bernie Sanders gestimmt haben – sie alle sind ein deutlicher Beweis dafür. Wenn die Probleme so groß werden, dass sie sich nicht länger ignorieren lassen, wenn Millionen von Menschen plötzlich einen Sozialisten wählen, oder wenn Schwarze in den Straßen protestieren und randalieren, dann sind die Medien gezwungen, Erklärungen zu liefern. In der Regel werfen sie dann Schlaglichter auf den einen oder anderen Aspekt, selten wird daraus jedoch ein vollständiges Bild.

Ich will dies an vier Nachrichtenmeldungen aus dem vergangenen Jahr illustrieren. Die erste betrifft den Drogenkonsum in diesem Land. Zwei Millionen Menschen in den USA sind opiatabhängig, davon überdurchschnittlich viele Weiße. Zwischen 2009 und 2014 sind fast eine halbe Million Menschen daran gestorben, etwa viermal so viele wie 1999. Die zweite Meldung betrifft den Rückgang der Lebenserwartung weißer Frauen. Noch nie war in einem Land der sogenannten Ersten Welt die Lebenserwartung rückläufig. In vergleichbaren Ländern außerhalb der USA nimmt die Lebenserwartung weiter zu.

Warum also geht sie hier bei weißen erwerbstätigen Frauen zurück? Weil immer mehr an einer Überdosis sterben, sich das Leben nehmen oder alkoholabhängig werden. Die dritte Meldung betrifft steigende Zahlen an Schießereien und Morden in schwarzen Wohnvierteln von Chicago. Im Jahre 2016 wurden dort 4379 Menschen bei Schießereien verletzt, 797 davon sind gestorben. Die überwältigende Mehrheit waren Schwarze. Die idiotischen Medienberichte behaupten, es handle sich um Racheakte. Dies ist in etwa so zutreffend wie wenn Politiker*innen die Gewalt damit erklären, dass schwarze Jugendliche keine Vorbilder hätten oder ihre Eltern versagten. Was so gut wie nie angesprochen wird: dass in Chicago so viele Schwarze arbeitslos sind wie in keiner anderen Stadt des Landes, nämlich ein Viertel der Bevölkerung; dass die Hälfte der schwarzen Männer zwischen 20 und 24 weder einen Ausbildungs- noch einen Arbeitsplatz hat; dass die Stadt die dritthöchste Armutsquote des Landes aufweist und dass in keiner anderen Stadt der USA Schwarze und Weiße räumlich so getrennt leben. Die letzte Meldung betrifft das Schrumpfen der sogenannten Mittelschicht. In den 1970er Jahren gehörten 61 Prozent der US-Bürger*innen dieser Kategorie an. Heute ist die Zahl unter 50 Prozent gesunken, aufgrund der wachsenden Ungleichheit. Allein im letzten Jahr ist das Einkommen des reichsten Prozents der Bevölkerung um sieben Prozent gestiegen, das der reichsten 0,1 Prozent um neun Prozent. Ganz ähnlich sieht es aus, wenn man sich das Vermögen von Haushalten anschaut: Die 20 reichsten Prozent verfügen über 84 Prozent des Reichtums, während den unteren 40 Prozent weniger als ein Prozent gehört. Die Medien wollen uns weismachen, dass all das vor allem mit dem *Rust Belt*[1] zusammenhängt und mit den abgehängten weißen Arbeiter*innen. Tatsächlich ist es aber auch die Geschichte von rund 240 000 schwarzen Familien, deren Häuser in den letzten acht Jahren zwangsversteigert wurden. Es ist auch die Geschichte von Schulschließungen in Großstädten und dem radikalen Abbau von Stellen für schwarze Erzieher*innen und Lehrer*innen.

WIR SIND VIELE

Über diese vier Entwicklungen, die ich hier genannt habe, ist in den letzten Jahren viel berichtet worden, jedoch immer getrennt voneinander. So entsteht der Eindruck, es handle sich hier um verschiedene Gruppen, die sich grundlegend unterscheiden. Was aber passiert, wenn wir diese Nachrichten zu einer einzigen Geschichte zusammenführen? Dann verstehen wir plötzlich, dass es nicht nur eine Gruppe ist, die unter Ängsten, Erschöpfung und Enttäuschung leidet – sondern dass sehr viele von diesen Entwicklungen betroffen sind. Dann können wir verstehen, dass im Ringen um eine andere Gesellschaft für die weiße Normalbevölkerung genauso viel auf dem Spiel steht wie für alle anderen. Wir würden ihr Elend nicht mehr so gleichgültig abtun und behaupten, dass sie angeblich nicht im gleichen Maß leiden wie wir Schwarze oder *People of Colour*. Vielleicht würden wir erkennen, dass der Vorteil weißer Hautfarbe in einem Land, in dem 19 Millionen Weiße in Armut leben, gar nicht so weit reicht. Anscheinend verhindert Weißsein allein nicht, dass sich Millionen zu Tode trinken und an Drogen

sterben. Wenn wir all diese Meldungen zu einem Narrativ verbinden, verstehen wir besser, warum sich Sozialismus einer wachsenden Beliebtheit erfreut und warum Menschen in den letzten Jahren immer wieder auf die Straße gehen, um gegen zunehmenden Rassismus und ökonomische Ungleichheit zu protestieren. In diesem Land gibt es 400 Milliardär*innen. Sie sind der Grund dafür, dass es 47 Millionen Arme gibt. Unsagbaren, widerlichen Reichtum gibt es nicht ohne unbeschreibliche, widerliche Armut. Dies ist das Gesetz des freien Marktes.

Aber wie gelingt es dem einen Prozent, so an seinem Reichtum festzuhalten, wo wir doch so viele sind? Rassismus, die Verteufelung von Migrant*innen, Homophobie und Transphobie, Sexismus, Nationalismus – all das bringt uns dazu, uns gegenseitig zu beharken, während sie ihren Reichtum anhäufen. Aber das Wissen um Rassismus, Ungleichheit, Armut und Ungerechtigkeit allein reicht nicht. Für den Kampf um eine sozialistische Zukunft brauchen wir politische Programme und Werkzeuge, müssen wir uns zusammenschließen, um handlungsfähig zu werden.

Hillary Clinton hat einen Wahlkampf der niedrigen Erwartungen geführt. Es ging darum, dass die Durchschnittsbürgerin ihre Hoffnungen nicht zu hoch ansetzen solle. Bernie Sanders' Wahlkampf hingegen hat Begeisterung ausgelöst, weil er zu Recht viel gefordert hat. Sein jetziges Bekenntnis zur Demokratischen Partei droht allerdings, diese politische Revolution leerlaufen zu lassen. Zu hoffen, dass sich die Demokratische Partei für eine Umverteilung von Ressourcen einsetzen wird, ist so sinnvoll wie die Hoffnung, Orangensaft aus einem Apfel pressen zu können.

Wir müssen unabhängige Organisationen und politische Parteien gründen, die nicht mit den Demokraten verbunden sind und die die Hochs und Tiefs der Wahlzyklen überdauern. Wir müssen Organisationen aufbauen, die demokratisch sind, multiethnisch, militant und gleichzeitig auf solidarischem Handeln basieren. Solidarität heißt dann, sich gemeinsam darüber klar zu werden, dass unser Schicksal uns verbindet und dass jenseits ganz unterschiedlicher Diskriminierungserfahrungen die Befreiung der einen von der Befreiung aller abhängt.

Eine andere Welt ist möglich. Eine andere USA ist möglich, aber nur, wenn wir uns organisieren und dafür kämpfen. Zum Schluss möchte ich noch aus einer Botschaft zitieren, die am Tage der Amtseinführung an der Eingangstür der Kita meines Sohnes hing. Dort hieß es: »Nicht verzweifeln. Halte die Augen weit offen. Wir sind viele. Bleib zuversichtlich und stark.«

Der Text erschien zuerst in: Gopal, Anand et al., 2017: The Anti-Inauguration. Building resistance in the Trump era.

Aus dem Amerikanischen von Gerhard Wolf

---

1 *Rust Belt* (»Rostgürtel«) bezeichnet die älteste Industrieregion der USA, gelegen im Nordosten um die Großen Seen. Seit ihrem Niedergang ab den 1970ern steht *Rust Belt* für wirtschaftlichen Niedergang, Arbeitslosigkeit und die Verslummung der Städte, Anm. d. Red.

»WIR SIND HIER …

… WEIL IHR UNSERE LÄNDER ZERSTÖRT.«

CHRISTIAN JAKOB

SELBSTORGANISIERUNG: *Osaren Igbinoba aus Nigeria war der Erste, der in den Asylheimen Ostdeutschlands eine Protestbewegung aufbaute. Sie existiert bis heute. Nur wenn die Flüchtlinge ethnische Grenzen überwinden, können sie ihre Lebensbedingungen verbessern, sagt er.*

Manche sehen die Welt als einen Ort, der immer komplizierter wird, so sehr, dass sich kaum noch erklären lässt, was auf ihr geschieht. Osaren Igbinoba nicht. »Es gibt keinen Hunger. Es gibt nur Ausplünderung«, sagt er. Die westliche Zivilisation werde als »die grausamste, die zerstörerischste Macht« (KRFM 2010) in die Geschichte eingehen. Wegen solcher Sätze haben sie ihn heute hergeholt.

Es ist der 19. Juli 2001, und kurz vor dem Treffen der mächtigsten Männer der Welt fällt der Hafen von Genua in orange-blaues Licht. Gewerkschafter*innen, Kommunist*innen, Autonome, Parteileute, linke Intellektuelle aus vielen Ländern sind seit dem Nachmittag durch die Straßen gezogen. Der Gastgeber des G8-Gipfels 2001, Italiens Präsident Silvio Berlusconi, hatte von den Bewohner*innen der Stadt verlangt, ihre Wäsche nicht zum Trocknen herauszuhängen. Die Präsidenten sollten ein makelloses Genua sehen.

Johlend schwenken die Demonstranten*innen Unterhosen und BHs, winken den Leuten an den Fenstern zu, rütteln am schwarzen Gitter, das die Polizei am Kongresszentrum in den Beton eingelassen hat, laufen vorbei am provisorischen Quartier der Carabinieri, die am nächsten Tag einen der Demonstranten erschießen werden, und Osaren Igbinoba läuft vorn mit, denn dieser erste Tag des Protests ist den Migrant*innen gewidmet.

300 000 Menschen kommen in diesen Tagen nach Genua. Die Antiglobalisierungsbewegung ist auf ihrem Zenit, und für viele Demonstrant*innen ist ausge-

macht, dass sie hier die Welt verändern. Der erste Marsch ist vorbei, sie sitzen auf dem Beton, auf Bänken, trinken Bier, rauchen Joints, Blaskapellen und Sambagruppen laufen umher, Reporter*innen und Kameraleute. Transparente und Schilder liegen herum, Flugblätter werden verteilt und weggeworfen. Die Italiener*innen klopfen mit Flaschen auf die Bänke und besingen schon jetzt den Sieg, den sie am nächsten Tag über den Kapitalismus erringen wollen. Seit über einem Jahr wurde zu den Protesten aufgerufen, das »Nein« zur Ordnung der Welt soll unüberhörbar werden. Diese Tage sind der Kristallisationspunkt für eine ganze Generation von NGOs, aber jetzt, kurz bevor es losgeht, ist es Osaren Igbinoba, der sprechen darf.

Die Dämmerung zieht über dem Ligurischen Meer heran, und Igbinoba, ein massiger Mann von 40 Jahren, betritt die Bühne, die die Demonstrant*innen auf dem Platz am Hafen aufgebaut haben. Seine Stimme ist heiser, er spricht Englisch mit starkem nigerianischem Akzent, die Soundanlage ist nicht die beste. Ein Jahrzehnt hat er in Nigeria gegen die Militärdiktatur gekämpft, die ihre Gegner tötet, an der Macht gehalten auch von den Milliarden, die britische, holländische und US-amerikanische Ölkonzerne überweisen – nie vergisst Igbinoba das zu erwähnen. Weg wollte er nie. Er wollte, dass sein Land eines würde, in dem er leben kann.

CHRISTIAN JAKOB ist Journalist und Redakteur der *tageszeitung*. Dieser Beitrag ist entnommen aus seinem Buch »Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern«, das 2016 im ©Ch. Links Verlag erschien.

Wie so oft sind es Künstler*innen und Intellektuelle, die den Kampf um Bürgerrechte in Nigeria anführen. Der Schriftsteller Wole Soyinka etwa, der Arzt Beko Kuti oder sein Bruder, der berühmte Afrobeat-Musiker Fela Kuti. Ihre Anhänger*innen sammeln sich in der Campaign for Democracy, sie wird zur politischen Heimat Igbinobas. 1993 übernimmt der General Sani Abacha die Macht. Er annulliert die Wahl, die der Oppositionskandidat Moshood Abiola gewonnen hatte, schwere Unruhen sind die Folge.

Abacha wurde an der Mons Officer Cadet School in Aldershot nahe London ausgebildet, er macht Geschäfte mit British Petrol, Shell und Exxon und stiehlt Milliarden aus der nigerianischen Staatskasse. Abacha verbietet Parteien und alle anderen politischen Gruppen. Igbinoba flieht nach Deutschland.

Das Ende des Kalten Krieges liegt da erst kurz zurück, es hat die Flüchtlingspolitik verändert. In der alten Bundesrepublik wollten jahrzehntelang weniger als 10 000 Menschen im Jahr Asyl, viele davon aus Osteuropa. Für den Westen sind sie Verfolgte sozialistischer Diktaturen und verdienen Zuflucht. In den 1980er Jahren steigen die Zahlen an, vollends dann nach dem Mauerfall: 1992 kommen 430 000 Asylsuchende in das vereinigte Deutschland, die Mehrheit aus Osteuropa. Jetzt sind sie »nicht

mehr Erfolgsnachweis in der globalen Systemkonkurrenz, sondern Zusatzbelastung in der Krise des nationalen Sozialstaats«, so die Migrationsforscher Klaus J. Bade und Jochen Oltmer (2005). Der Bundestag beschließt den sogenannten Asylkompromiss, um aus Deutschland einen Ort zu machen, den Flüchtlinge meiden.

Igbinoba kommt trotzdem. Er landet in Mühlhausen im Westen Thüringens. Das Flüchtlingsheim dort ist eine alte russische Kaserne. Mit vier anderen Männern lebt er in einem Zimmer, »wie Sardinen in Fischbüchsen«, schreibt er. Keine Arbeit, keine Möglichkeit zu kochen, keine Ausbildung. Strafen für jeden, der den Landkreis verlässt.

Er fühlt sich wie in einem »leisen Krieg, den die Bürokratie gegen uns führt«, sagt er später, keine Perspektive, nur Stillstand, eine »langsame, aber ständige Vergeudung des Lebens. Nur essen und schlafen, essen und schlafen«, schreibt er, ein »Dahinvegetieren«, bis »wir entweder deportiert werden oder, wenn unser Lebenswille gebrochen ist, wir ›freiwillig‹ in unsere Länder zurückkehren«. Den Flüchtlingen würden die Fingerabdrücke abgenommen, sie würden ins Lager gesteckt, »verhört und absichtlich Misshandlungen unterworfen. Dabei werden wir oft ausgelacht, angeschrien, gedemütigt.« Wer nicht nützlich sei, müsse in »Militärbaracken verfaulen, weitab von normalen Menschen« (KRFM 2010). Diese Isolation solle es möglich machen, die Flüchtlinge zu kontrollieren, sagt Igbinoba.

Er sieht historische Kontinuitäten, vor allem bei der Residenzpflicht: Die deutschen Kolonialherren verboten den Menschen in Togo, bestimmte Gebiete zu verlassen, um die Zwangsarbeit besser durchsetzen zu können. Auch die Ausländerpolizeiverfügung der Nazis von 1938 verbot Ausländer*innen das freie Reisen innerhalb Deutschlands (vgl. Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht). Igbinoba recherchiert dies, ebenso wie die Geschichte der DDR, in »der du als kasernierter Ausländer nur hier warst, um wie vom Staat bestellt zu arbeiten, oder du hattest zu gehen«. Durch all diese Zeiten, sagt Igbinoba, habe sich eine »Kontrollmentalität« erhalten, die Lager sollen dich »stigmatisieren, deinen Willen zerstören zu leben und dich zu wehren«.

Es ist ein düsterer, radikaler Befund. Viele Menschen, die nie in dieser Lage waren, können ihn nur schwer nachvollziehen. Igbinoba gibt er Kraft für zwei Jahrzehnte Kampf.

Zwei Monate nach seiner Ankunft, im Oktober 1994, gründet er mit drei anderen Männern aus Nigeria und Liberia das The Voice Africa Forum. Die Gruppe zieht durch die Flüchtlingsheime in Thüringen, beruft Versammlungen ein, immer wieder. So müsst ihr nicht leben, sagen sie den Flüchtlingen. Keine Angst! Doch ihre Anstiftung zu Aufruhr – manche empfinden sie als Bedrohung. »Sie dachten, wenn wir uns beschweren, schieben sie uns ab«, sagt Igbinoba. Einige

Flüchtlinge gehen mit Stühlen auf ihn los, zerreißen seine Flugblätter. Nachts läuft er heimlich zurück und sucht im Kerzenschein nach Exemplaren, die heil geblieben sind. Jeder versuche »mit seinen Problemen allein fertigzuwerden, immer in dem Glauben, dass wir in Ruhe gelassen werden, wenn wir uns ruhig verhalten«, sagt Igbinoba. »Am Ende aber sind die Probleme nur noch größer, einfach weil wir Angst gehabt haben, uns selber als machtvoll zu begreifen.« Immer wieder sagt er das bei den Versammlungen in den Asylheimen.

Igbinobas Asylverfahren läuft schlecht. Er zeigt seinen Führerschein, Zeitungsartikel aus Nigeria. Alles gefälscht, sagen die deutschen Behörden. Sie lehnen seinen Asylantrag ab. 1995 dokumentiert Amnesty International Hunderte tote Regimegegner*innen, Tausende Verhaftungen in Nigeria (Amnesty International 1995). Die Bundesregierung lobt derweil ein »Demokratisierungsprogramm« (Deutscher Bundestag 1996) des Diktators Abacha. Kritik am nigerianischen Regime sei »möglich und bleibt in der Regel ohne Folgen« (ebd.). Einmal wird Igbinoba auf der Ausländerbehörde von Sicherheitsleuten mit Handschellen an den Stuhl gefesselt, weil er in Abschiebehaft kommen soll. Er fühlt sich gedemütigt, entwürdigt, ausgeliefert. Sein Anwalt kann Aufschub aushandeln. An einem Morgen im April 1995 kommen zwei Polizisten in das Heim in Rothenstein, südlich von Jena, wo Igbinoba jetzt lebt. Die Ausländerbehörde in Eisenberg hat sie geschickt, angekündigt hatten sie sich nicht. Sie sollen Igbinoba zum Flughafen Düsseldorf bringen. Doch jetzt wollen die anderen Flüchtlinge im Heim ihn nicht kampflos aufgeben. Einer weckt ihn, andere sammeln in aller Eile 200 D-Mark und drücken sie ihm in die Hand, andere stellen sich in den Flur, der zu seinem Zimmer führt. »Warum« ist eines der wenigen deutschen Wörter, das viele von ihnen kennen. Immer wieder fragen sie das die Polizisten: »Warum wollt ihr ihn holen?« Es ist ein Vorwand, um sie nicht vorbeizulassen. Igbinoba kann den Tumult hören, er öffnet das Fenster und springt hinaus. Er läuft durch den Wald,

schlägt sich durch in die nächste Stadt. Nach einer Weile versteckt ihn eine befreundete Sozialarbeiterin bei Leuten, die ein autonomes Zentrum in Oldenburg betreiben. Unter ihnen ist ein Architekt, in seinem Haus findet Igbinoba Platz.
In der Zwischenzeit sind in Nigeria immer mehr Oppositionelle im Gefängnis gelandet. Schon vorher hatte Igbinoba auf ihr Schicksal aufmerksam gemacht, jetzt, in Oldenburg, setzt er sich gleichsam in Vollzeit für ihre Freilassung ein, obwohl dies keine besonders unauffällige Tätigkeit ist. »Das hat mir Kraft gegeben«, sagt Igbinoba. »Was aus mir wurde, war mir egal.« Am 10. November 1995 hängt Nigeria den Schriftsteller Ken Saro-Wiwa. Weltweit wächst die Kritik am Regime. Igbinoba organisiert ein Symposium nigerianischer Oppositioneller im Exil, aus vielen Ländern reisen sie nach Oldenburg, es ist das größte Treffen dieser Art. Irgendwie muss Igbinoba dabei auf sich aufmerksam gemacht haben. Polizist*innen kommen zu dem Haus, in dem er sich versteckt. Igbinoba kann fliehen, er stellt einen neuen Asylantrag. Nach einiger Zeit vereinbart ein Anwalt einen Termin für eine neue Anhörung beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Er stellt sich.

1996 wird er als politischer Flüchtling anerkannt. Er ist kein Asylsuchender mehr, aber The Voice ist sein Lebensinhalt. Igbinoba bezieht ein kleines Büro unter dem Dach eines alternativen Zentrums, hinter dem städtischen Theater in Jena. Von hier aus koordiniert er Hungerstreiks, Blockaden und immer wieder Kundgebungen. Nach und nach schließt Thüringen abgelegene, besonders heruntergekommene Flüchtlingsheime wie Mühlhausen, Saalfeld, Jena-Forst oder Tambach-Dietharz.

Es gibt schon vor The Voice migrantische Selbstorganisationen in Deutschland: Vereine der Gastarbeiter-Communities, Frauengruppen wie Agisra in Köln, migrantische Antifagruppen wie Antifaşist (Antifa) Gençlik in Berlin, parteinahe Exilorganisationen wie die kurdischen Vereine oder Gruppen aus der zweiten Generation der Arbeitsmigrant*innen wie Kanak Attak. Aber es gibt keine Organisation der Flüchtlinge in den Heimen. Auch andere versuchen später diese zusammenzubringen, etwa die African Refugee Organisation in Hamburg, die Flüchtlingsinitiative Brandenburg, der Refugees Emancipation e. V. oder Women in Exile. Aber Igbinoba ist der Erste, dem dies dauerhaft und über ethnische Grenzen hinweg gelingt. Die Strukturen der Selbstorganisation, die er schafft, sind die ältesten, die sich dauerhaft halten, bis heute.

Die Nacht, in der die Polizei ihn holen will, macht Igbinoba klar, dass die Flüchtlinge verlieren, wenn sie in ihren ethnischen Communities bleiben. Solidarität soll die Enge der Exilorganisationen überwinden. »Die Gesetze betreffen alle Flüchtlinge gleichermaßen«, sagt er. Gemeinsam ungehorsam zu sein, das sei »ein Schrei nach Freiheit, aber schon ein Teil der Freiheit selbst«. Die Gruppe benennt sich in The Voice Refugee Forum um, will offen sein für Menschen aus

anderen Kontinenten, fusioniert mit Gruppen aus Westdeutschland zur Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. »Große Ideen ohne Selbstorganisierung sind leer«, sagt Igbinoba.

Im Oktober 1998 scheidet Kanzler Helmut Kohl aus dem Amt, vor der Bundestagswahl im September zieht die Karawane durch 44 deutsche Städte, »We have no vote but a voice« – »Wir haben kein Wahlrecht, aber eine Stimme«, ist ihr Slogan. In Flüchtlingsheimen, in die sonst kein/e Besucher*in einen Fuß setzt, berufen sie Versammlungen ein. »Wir wollen gleiche Rechte«, sagt Igbinoba. »Keine Unterordnung. Die Bewohner sollen sich der Disziplinierung nicht länger beugen.« Nicht alle folgen dem Aufruf, aber einigen gibt The Voice bei diesen Treffen zum ersten Mal das Gefühl, wieder etwas für ihr Schicksal in Deutschland tun zu können, den Ämtern und Gesetzen, die sie so wenig durchschauen, nicht nur hilflos gegenüberzustehen.

1999 besetzen von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge das Büro der Grünen in Köln. Ihr Hungerstreik dauert 16 Tage. Im Mai 2000 lädt The Voice Flüchtlinge und Aktivist*innen aus der ganzen Welt zu einem Kongress in die Jenaer Universität ein. Es ist das erste Treffen dieser Art in Deutschland. In Thüringen gilt die Residenzpflicht. Flüchtlinge, die kommen wollen, müssen die Ausländerbehörden um Erlaubnis bitten. Die damalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen) fordert die Ämter auf, die Erlaubnisse zu erteilen. Auch Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) schreibt den Ausländerbehörden. Doch er verlangt, die Flüchtlinge sollen nicht nach Jena reisen dürfen. Die Beamt*innen hören auf Schönbohm. Wer fährt, dem drohen sie mit Haft.

Es versammeln sich 600 Menschen in Jena. Viele sollen bald abgeschoben werden. Es kommen Papierlose und geflüchtete Frauen, Togoer*innen und Nigerianer*innen, alevitische Syrer*innen und kommunistische Türk*innen, nepalesische Maoist*innen und tamilische Exguerilleros, Tschetschen*innen und Kongoles*innen, Kameruner*innen, Sierra Leoner*innen und Sudanes*innen, Nordafrikaner*innen, Palästinenser*innen, ehemalige politische Gefangene aus Lateinamerika, iranische Frauen, Kurd*innen aus einem Kirchenasyl. Manche haben politische Erfahrungen, andere nicht; aber bei einer solchen Zusammenkunft war noch keine/r von ihnen.

Ihre Selbstermächtigung geht nicht ohne Friktionen ab. Damals beginnen die Ausländerbehörden in Bremen, Hamburg, München und anderen Städten, Flüchtlinge ohne Pass zu Botschaften von Ländern wie Guinea oder Nigeria zu bringen. Die Konsulatsmitarbeiter*innen dort stellen gegen Gebühren – viele sagen: Bestechungsgelder – einmalige Reisepapiere aus. Deutschland kann die Flüchtlinge so abschieben, ohne geklärt zu haben, aus welchem Land sie stammen. Die Flüchtlinge in Jena planen, die nächste dieser Vorführungen zu blockieren. Bei ihnen handele es sich um

»Blackmail«, soll im Aufruf stehen, Erpressung, denn wer sich diesen Terminen verweigert, dem streichen die Ausländerbehörden das Geld und führen ihn/sie dann zwangsweise vor.

Eine Gruppe Afrikaner*innen beschwert sich: »Blackmail«, das sei rassistisch. »Alles Schlechte ist immer schwarz«, sagen sie. Das Wort soll raus. »Kindisch«, sagen die Tamil*innen. Die Deutschen sagen lieber nichts.

Zehn Tage debattieren die Flüchtlinge in Jena. Abschiebungen, Ausländerbehörden, Residenzpflicht, Polizeiübergriffe, politische Gefangene überall in der Welt, alles kommt auf den Tisch. Sie beschließen zu demonstrieren, Faxe zu schreiben, zu blockieren. Die Abschlusserklärung ihres Kongresses ist viele Seiten lang (KRFM 2000). »Wir werden eine friedliche, würdevolle, aber dennoch kräftige Kampagne« beginnen, schreiben sie.

Sie haben keinen Verein für Steuerabzugsquittungen, keine Mitgliedsbeiträge, keinen Vorstand, keinen Presseverteiler, keine Satzung. Der harte Kern besteht aus weniger als 40 Aktivist*innen aus 20 Ländern, verstreut in Heimen in ganz Deutschland. Sie sprechen keine gemeinsame Sprache. Wer zu den Treffen fährt, gibt für die Zugfahrt das halbe Monatstaschengeld von 80 D-Mark aus, muss Polizeikontrollen und Gefängnis befürchten. Aber sie haben Ideen. Der Singhalese Viraj Mendis schart eine Gruppe von Informatiker*innen um sich, sie programmieren eine mehrsprachige Webseite für Kampagnen gegen Abschiebungen, www.humanrights.de. Mit ihr landet Mendis in der Ausgabe vom 10. Juli 2000 des US-Magazins *Fortune* – als »ein menschliches Gesicht der Internetrevolution« (Murphy et al. 2000). Ein Kommunist in einer der wichtigsten Wirtschaftszeitungen der Welt. In Jena baut nadir, ein Hamburger Informatikerkollektiv, Computer auf, mit denen die Flüchtlinge in Echtzeit von ihrem Kongress bloggen können. Sie sind eine kleine Avantgarde des Netzaktivismus.

Monate bevor es bei der WTO-Konferenz in Seattle schwere Auseinandersetzungen gibt, tun sich die Flüchtlinge von The Voice mit Hunderten indischen Bäuer*innen zusammen. Die sind zum G7-Gipfel im Juni 1999 nach Köln unterwegs, um gegen die Liberalisierung des Agrarmarktes zu demonstrieren, die sie in den Ruin treibt. Die Flüchtlinge reihen sich bei den Bäuer*innen vor deren Ankunft in Köln ein – eine kleine Avantgarde der Gipfelproteste.

Dabei ist Globalisierung für Igbinoba nur ein Modewort. Er kann damit nichts anfangen. Die britischen Offiziere, die Abacha das Töten beigebracht hatten, die BP-Manager, die das Öl aus dem Niger-Delta abpumpen, ohne dem Volk dafür etwas zu geben, die Sachbearbeiter*innen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Flüchtlinge »in nützliche und unnütze einteilen«, wie er sagt; die deutschen Polizist*innen, die in der Nacht kommen, um ihn zu holen und in das Flug-

zeug nach Lagos zu setzen – für Igbinoba sind es Facetten »koloniale[r] Ungerechtigkeit«, er sieht eine »Kontinuität der immer gleichen Macht«. Immer gleich, aber anpassungsfähig: »Die vor Senegal gelegene Insel Gorée war während der Sklaverei eines der großen Tore zur Hölle, von hier wurden Millionen Afrikaner*innen als Sklaven nach Amerika und Europa verschifft« (Bernau 2010). Heute benutze die EU-Grenzschutzagentur Frontex die Insel, um die afrikanischen Küstengewässer zu überwachen.

Für Igbinoba ist seine Flucht Mittel zum Zweck. »Wir sind hier, um den Kampf weiterzuführen, den wir in unseren Ländern begonnen haben«, sagt er. Es gehe nicht nur um Abschiebungen, es gehe auch um »die furchtbaren Probleme unserer Brüder und Schwestern, die wir zurücklassen mussten«. Niemand komme freiwillig. Jeder wisse, dass die EU und die USA die Diktatoren Afrikas bewaffneten und ihre Armeen trainierten, Kriege führten und Ressourcen raubten, seit der Kolonialzeit.

Am Abend des 19. Juli 2001 ist er es, der die Rede vor dem Großkampftag der globalen Protestbewegung halten darf. Für die Ausbeutung der Armen, die Verwüstung des Globalen Südens, den Neokolonialismus, für alles, was die Demonstrant*innen hier den G8 vorwerfen, ist Igbinoba der Kronzeuge; anders als die meisten von ihnen spricht er in der ersten Person, er ist Opfer wie Kämpfer gleichermaßen, seine Anklage nicht verhandelbar. »Wir werden es immer so sagen, wie wir es fühlen, es kann darüber keinen Kompromiss geben«, sagt er. Deswegen haben sie ihn hierhergerufen, auf die Bühne im Hafen von Genua, auf die jetzt Zehntausende schauen, die hier die Ordnung der Welt schlagen wollen, und oben steht Igbinoba in seinem zerschlissenen Pullover und seiner Basketballmütze und sagt, was die Flüchtlinge auf dem reichsten Kontinent der Erde die G8 wissen lassen wollen: »Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.«

LITERATUR

Amnesty International, 1995: Amnesty International Report 1995 – Nigeria, www.refworld.org/docid/3ae6aa0134.html

Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen, 2005: Flucht und Asyl seit 1990, in: Grundlagendossier Migration. Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56443/flucht-und-asyl-seit-1990

Bernau, Olaf, 2010: Wir brauchen solidarische Communities, in: analyse & kritik 548, thecaravan.org/node/2424

Deutscher Bundestag, 1996: Drucksache 13/5693, dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/056/1305693.pdf.

Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen (KRFM), 2010: Über koloniale Ungerechtigkeit und die Fortsetzung von Barbarei, www.karawane-festival.org/de/hintergrund/ueber-koloniales-unrecht

Dies., 2000: Deklaration Flüchtlingskongress vom 21. April – 1. Mai 2000 in Jena, www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2000/04/15.htm

Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, o.J.: Deutsches Reich: Staats- und Verwaltungsrecht. Ausländerpolizeiverordnung, www.zaoerv.de/08_1938/8_1938_1_b_793_799_1.pdf

Murphy, Cait et al., 2000: The Edge of the Web Less than a decade after the Internet began to move, in: Fortune Magazine, 10.7.2000, eigene Übersetzung, archive.fortune.com/magazines/fortune/fortune_archive/2000/07/10/283756/index.htm

WOHIN OBERGRENZEN UND DAS GEREDE DARÜBER FÜHREN

TEXT: KATJA KIPPING ▌FOTOS: MATIJA JOVANOVIĆ

KATJA KIPPING ist Ko-Vorsitzende der LINKEN. Fragen einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft liegen ihr politisch und persönlich am Herzen. Ende Februar 2017 war sie gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Belgrad, um mit eigenen Augen zu sehen, wohin Obergrenzen am Rande Europas führen. Dafür besichtigte die Gruppe ein offizielles Flüchtlingscamp und die Baracken im Stadtzentrum und sprach mit Vertreter*innen der serbischen Regierung, der Deutschen Botschaft, dem Leiter des UNHCR in Serbien, mit NGOs und Solidaritätsinitiativen.

Alles, was er will: einen Beruf erlernen und davon leben. »We are humans as you. We have the right to learn and to live.« (»Wir sind Menschen wie ihr. Wir haben ein Recht darauf, zu lernen und zu leben«), sagt Arasch zu uns. Wir stehen inmitten der Lagerhallen, in den sogenannten *baracks* im Zentrum Belgrads, in denen sich 500 bis 1 000 nicht registrierte Flüchtende aufhalten. Rauch und giftige Dämpfe hängen schwer in der Luft. Noch vor einer Woche herrschten hier Minusgrade. Um nicht zu erfrieren, warfen die Flüchtenden alles Brennbare ins offene Feuer. Oft konnte man vor lauter Rauch nicht weiter als einen halben Meter sehen. Arasch ist 19 Jahre alt und will Ingenieur werden. Er kommt aus einem Dorf in der Nähe von Kabul. Dort tobten die Kämpfe. »Ich wollte mit einem Stift in der Hand als Ingenieur Gutes tun und nicht mit der Waffe in der Hand gezwungen sein, Menschen zu töten.« Also machte er sich auf den Weg nach Europa. Seit acht Monaten ist er auf der Flucht. Nun hängt er in Belgrad fest. Während wir uns mit ihm unterhalten, verteilen Freiwillige der Initiative Hot Food Idomeni warme Mahlzeiten. Für viele hier ist es die einzige Mahlzeit am Tag. Es gibt keinen Strom in den Baracken, keine Heizung, keine sanitären Anlagen.



WARUM REGISTRIEREN DIE SICH NICHT?

In den offiziellen Camps ist die Situation alles andere als optimal – aber deutlich besser als in den Baracken. Warum also scheuen so viele der Flüchtenden die offizielle Registrierung? Zunächst sind die Camps in der Nähe der Hauptstadt meist überfüllt. Das bekommen wir direkt mit: Als das Team von Info-Park versucht, einen Platz für eine Familie zu finden, die vollkommen entkräftet in Belgrad angekommen ist. In den Unterkünften, die noch an diesem Abend erreichbar sind, ist nichts frei. Hinzu kommen Berichte, dass Geflüchtete während des Transports zu einem der offiziellen Camps von staatlichen Einsatzkräften mit Gewalt zurück nach Bulgarien gedrängt worden seien. Das gewaltsame Zurückdrängen ist zwar (noch) keine offizielle serbische Politik, kommt aber vor. Diese Vorfälle werden von den Schleppern umgehend verbreitet; die Skepsis gegenüber den Regierungsstellen lässt ihre Geschäfte florieren. Zudem hat sich herumgesprochen, dass Ungarn kaum noch jemanden offiziell einreisen lässt und den Flüchtenden nur der inoffizielle Weg bleibt. Auch deshalb bleiben einige Geflüchtete im Stadtzentrum. Die Schlepper, die für eine Weiterreise nötig sind, erreichen sie hier eher.



MISSHANDLUNGEN AUF DEM BODEN DER EU

Alle hier wissen, mit welchen Gefahren das inoffizielle Überwinden des Zauns zwischen Serbien und Ungarn verbunden ist. Viele versuchen es trotzdem immer wieder. Einige zeigen uns die ›Souvenirs‹ der ungarischen Polizei: heftige Blutergüsse an den Beinen und andere Verletzungen. Gezielte Schläge auf den Oberschenkel gehören zur Standardbehandlung der ungarischen Polizei. Einem jungen Afghanen wurde aufs Auge geschlagen. Inzwischen scheint sich die ungarische Polizei auf Misshandlungen spezialisiert zu haben, die keine Narben hinterlassen – zumindest keine sichtbaren. Zu diesen Misshandlungen gehört, dass Geflüchtete gezwungen werden sich auszuziehen, dann mit kaltem Wasser übergossen und ohne Kleidung hinterm Zaun ausgesetzt werden – und das bei Minusgraden. Diese Misshandlungen finden in Ungarn statt, auf dem Boden der EU. Sollten die offiziellen Stellen der EU so gar nichts davon wissen?

Kollektive Ausweisungen ohne vorheriges rechtliches Verfahren sind ebenso wie die Misshandlungen ein klarer Rechtsbruch und unvereinbar mit der Flüchtlingskonvention sowie dem Artikel 4 des Vierten Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention. Solche Rechtsbrüche von EU-Mitgliedsstaaten dürfen nicht ohne Folgen bleiben. Auf dem Rückflug werden wir in einer Pressemitteilung die EU-Institutionen auffordern, entsprechende Untersuchungen einzuleiten und die Rechtsverstöße Ungarns mit Sanktionen zu belegen. Wer untätig bleibt, wenn ein EU-Mitgliedsstaat Geflüchtete misshandelt, macht sich mitschuldig. Wegschauen und Dulden ist eine Art Mittäterschaft.



DIE VERANTWORTUNG DEUTSCHER POLITIK

In Serbien erfahre ich auch, welche Auswirkungen allein die Diskussion um Obergrenzen hierzulande haben kann. Serbien will beweisen, dass es ein würdiger EU-Kandidat ist, und orientiert sich deshalb an der Stimmungslage in der EU und insbesondere an der in Deutschland. Als 2015 die deutsche Regierung die Menschenrechte zumindest rhetorisch hochhielt, unternahm Serbien (im Rahmen seiner Möglichkeiten) alles, um die Rechte von Geflüchteten zu wahren. Wenn heute in Deutschland Politiker*innen Geflüchtete pauschal zum Problem erklären, verschärft sich auch auf dem Balkan der Druck. Wenn in Deutschland der Stellenwert von Menschenrechten infrage gestellt wird, führt das dazu, dass am Rande Europas die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Die Politik Deutschlands, ja schon die öffentliche Diskussion bei uns hat weitreichende Auswirkungen auf die Lebenssituation von Menschen anderswo. Wir haben also eine enorme Verantwortung.

»Wir sind auch Menschen. Wir haben auch ein Recht zu lernen und zu leben.« In diesen Worten eines 19-jährigen Afghanen, der seit Monaten unter unmenschlichen Umständen in den Baracken von Belgrad lebt, steckt mehr Verständnis der Menschenrechte als in vielen Taten der Regierungen in der EU. Diese Worte eines Geflüchteten enthalten mehr der angeblichen europäischen Werte als die gesamte Flüchtlingspolitik der EU. Über dieser Erkenntnis könnte man verzweifeln. Oder sie zum Ansporn nehmen zu kämpfen – für ein Europa, in dem der universelle Flüchtlingsschutz, die große Lehre aus den dunkelsten Kapiteln europäischer Geschichte, gilt. Ohne Wenn und Aber und ohne Obergrenzen.

LEBENSLÜGEN DER WOHLSTANDSINSELN

STEPHAN LESSENICH

Mit den jüngeren Krisenerscheinungen dieser Gesellschaft, insbesondere der Krise des europäischen Migrationsregimes, sind die Lebenslügen der wohlstandskapitalistischen Vergesellschaftungsweise ans Licht gekommen. Oder sagen wir: Wenn dem öffentlich als »Flüchtlingskrise« apostrophierten sozialen und gesellschaftspolitischen Phänomen eine positive Wirkung zugeschrieben werden kann, dann die Eröffnung eines Gelegenheitsfensters, das es ermöglicht, sich Klarheit über die Lebenslügen dieser Gesellschaft zu verschaffen.

Drei Überzeugungen haben das gesellschaftliche Selbstverständnis der Bundesrepublik – in ihrer Bonner wie Berliner Gestalt – maßgeblich geprägt. Zum einen war es die Vorstellung, dass ›unser Wohlstand‹ aus unserer eigenen Arbeit resultiere, der harten Arbeit deutscher Hände, aus der wirtschaftlichen Produktivität, der unternehmerischen Innovationskraft und dem ordnungspolitischen Gestaltungssinn der ›sozialen Marktwirtschaft‹. Zum anderen die –

im postfaschistischen Deutschland allerdings nur langsam gewachsene und oberflächlich verankerte – Deutung, dass ›unsere Demokratie‹ eine institutionelle Errungenschaft sei, die als Orientierungsmodell und Wertmaßstab auch für andere, politisch weniger zivilisierte Gesellschaften dienen könne und solle, innerhalb wie außerhalb Europas. Schließlich kam man nach den Vernichtungsexzessen des Nationalsozialismus hierzulande überein, die Parole »Nie wieder Krieg!« und die normative Ächtung von Gewalt als den Gründungskonsens der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu bezeichnen.

›Unser Wohlstand‹, ›unsere Demokratie‹, ›nie wieder Krieg‹: Was wie ein deutsches Wunder anmutet, erweist sich bei genauerem Hinsehen als äußerst trügerische Erzählung. Ein gesellschaftliches Wohlfühlnarrativ, das die strukturellen und funktionalen Voraussetzungen nationaler Wohlstandsfriedensdemokratien, in Deutschland wie in den anderen kapitalistischen Zentren der Welt, effektiv zu unterschlagen weiß. Ein Narrativ, das zahlreiche politische Akteure von rechts, bisweilen allerdings auch von links, zu erneuern und fortzuschreiben versuchen. Das vielstimmige, aus diesen Kreisen zu hörende und auf paradoxe Weise fortschrittsreaktionäre *Make America/Deutschland/la France etc. great again* setzt unmissverständlich darauf, die Lebenslügen des – national unterschiedlich ausgestalteten – Wohlstandskapitalismus am Leben zu erhalten. Im Zweifelsfall auf Kosten des Lebens anderer.

Das peinliche Geheimnis des ›westlichen‹ Gesellschafts- und Entwicklungsmodells ist, dass es nur unter ganz bestimmten politischen und ökonomischen, ökologischen und sozialen Voraussetzungen funktioniert. Voraussetzungen, die wesentlich außerhalb dieses Modells liegen und von den gesellschaftlichen Akteuren seiner glorifizierenden Bewahrung ausgeblendet oder unsichtbar gemacht werden. ›Unser‹ Wohlstand, ›unsere‹ Demokratie und ›unser‹ Frieden beruhen auf Armut, Entrechtung und Gewalt. Hierzulande, vor allem aber andernorts.

›Unser‹ Wohlstand, das wohlfahrtskapitalistische Wertschöpfungs- und Umverteilungsmodell der Bundesrepublik Deutschland, beruht auf der Ausbeutung von Arbeit und Natur jenseits der deutschen Staatsgrenzen und auf der Auslagerung von ökologischen und sozialen Kosten in die dortigen Natur- und Sozialräume. Die bei uns seit geraumer Zeit herrschenden Produktions- und Konsumweisen, Arbeits- und Lebensbedingungen sind nur denkbar, lebbar und haltbar, weil Bevölkerungsmehrheiten in den weniger privilegierten Gesellschaften, in den Armutsregionen und ›Schwellenländern‹ des globalen Kapitalismus unter Bedingungen leben und arbeiten, die hierzulande als unzumutbar gelten. Die wohlstandskapitalistische Welt externalisiert die Kosten ihres Entwicklungs-

STEPHAN LESSENICH ist Soziologe und lehrt an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er ist Gründungsmitglied des rot-rot-grünen Thinktanks Institut Solidarische Moderne, in dessen Rahmen er für ein links-emanzipatorisches Projekt streitet. Von ihm erschien zuletzt »Neben uns die Sintflut – Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis« (2016).



Frisieren auf dem Barackengelände, Februar 2017, Matija Jovanović

modells – und setzt darauf, dass der Preis dafür von anderen bezahlt wird.

UNGLEICH – ABER AN DER SPITZE DES REICHTUMS

Sicher: ›Unser‹ Wohlstand ist äußerst ungleich verteilt. Gerade in Deutschland ist der Vermögensbesitz im europäischen Vergleich besonders polarisiert. Die Ungleichheit der Einkommen und Lebenschancen hat im vergangenen Jahrzehnt stark zugenommen; die Möglichkeiten des Bildungserfolgs sind eng an die soziale Position des Herkunftshaushalts gebunden. Doch die Klassenstruktur der deutschen Gesellschaft und ihre Dynamik sind eingebettet in die Struktur und Dynamik von Ungleichheitsverhältnissen weltweit – was die Klassenanalyse und Fragen der Klassenpolitik im Wohlstandskapitalismus verkompliziert. Und zwar mehr, als es vielen politischen Akteuren aus der Linken bewusst oder lieb zu sein scheint.

Denn global gesehen steht die Ungleichheitsstruktur der Bundesrepublik an der Spitze der materiellen Reichtumsverteilung. Die deutsche Gesellschaft reproduziert sich auf einem Verbrauchsniveau, das als geradezu irrwitzig gelten muss. Auch die Unterdrückten und Unterprivilegierten, die Mühseligen und Beladenen dieser Gesellschaft sind – in ihrer fraglos abhängigen, beherrschten sozialen Position – in einen Produktions- und Reproduktionszusammenhang eingebunden, der auf der Ausbeutung fremder Ressourcen und der Kostenauslagerung auf Dritte beruht. Ein Zusammenhang, der ihnen nicht unmittelbar bewusst ist, den sie individuell nicht beeinflussen können – der sie aber, ob sie dies (wahrhaben) wollen oder nicht, in eine mittelbare Herrschaftsposition bringt. Und sie auf die eine oder andere Weise zu Parteigänger*innen jenes ausbeuterischen und externalisierenden Gesellschaftsmodells macht, in und von dem sie – im Zweifel mehr schlecht als recht, nicht selten aber doch recht gut – leben.

Das wiederum hat wesentlich mit der Logik ›unserer‹ Demokratie zu tun, die sich spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg als Wachstumsdemokratie etabliert und legitimiert hat. Stärker als in anderen westlichen Industriegesellschaften hängt in Deutschland die Zustimmung zu demokratischen Normen

und Institutionen an jener wirtschaftlichen Prosperitätskonstellation, die die lange europäische Nachkriegszeit prägte. Das vermeintliche Wirtschaftswunder Westdeutschlands nach 1945, der ›Fahrstuhleffekt‹ eines stetigen *upgrade* der gesellschaftlichen Ungleichheitsstruktur und der über Positivsummenspiele ermöglichte ›soziale Frieden‹ zwischen Kapital und Arbeit stehen hinter der vielgerühmten Stabilität einer demokratischen Ordnung, deren Akzeptanz von der fortgesetzten politischen Gewährleistung wirtschaftlichen ›Fortschritts‹ abhängt. Nicht auszudenken, wie es um die Demokratie in Deutschland bestellt wäre, wenn sie mit ökonomischen Krisenerscheinungen konfrontiert wäre, wie sie beispielsweise die griechische Gesellschaft seit bald einem Jahrzehnt zu spüren bekommt.

GESELLSCHAFT AM TROPF DER BOHRTÜRME

Mit dem Verweis auf die Wachstumsdynamik ist der Stabilisierungsmechanismus demokratischer Verhältnisse in kapitalistischen Gesellschaften allerdings noch nicht vollständig erfasst. Mit Timothy Mitchell muss man die westliche Demokratie als »carbon democracy«, sprich als »Kohlenstoffdemokratie« bezeichnen – und kommt so erst ihrer dunklen Seite auf die Spur. Denn das historisch nie dagewesene Maß an wirtschaftlicher Wertschöpfung in den fortgeschrittenen Industrienationen, auf dessen Grundlage die Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse einschließlich des sozialen Aufstiegs breiter Bevölkerungsschichten überhaupt erst materiell möglich wurde, hing mit dem spezifischen Energieregime zusammen, das in diesen Ländern von machtvollen Interessen durchgesetzt wurde. Die verheerenden ökologischen Auswirkungen zeigten sich zunächst auch in den westlichen Industrieregionen selbst, konnten aber Zug um Zug in entfernte Weltgegenden ausgelagert werden, wo die reichen kapitalistischen Gesellschaften sowohl fossile Brennstoffe förderten als auch Kohlenstoffsenken nutzten. Vier Fünftel der Treibhausgase, die von 1750 bis 1900 in die Atmosphäre gelangten, wurden in Westeuropa und Nordamerika ausgestoßen, ein Viertel des globalen CO2-Ausstoßes seit 1850 geht auf das Konto der USA.

Der ›fossilistische‹ Kapitalismus benutzte zunehmend die außerwestliche Welt zur Befeuerung seiner Wachstumsmaschinerie, zur Befriedigung seines Ressourcenhungers und zur Ablagerung seiner Emissionen. Daheim erwuchs aus dem erdölgeschmierten Industriekapitalismus die politische Parallelwelt der Karbondemokratie. Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg war hier eine Gesellschaft entstanden, die in fast jeder Hinsicht am Tropf der Bohrtürme, Pipelines und Öltanker hing: in ihrem Wohlstand, in ihren Alltagspraktiken – und eben auch in ihrem System sozialer Teilhabe und Partizipation. Die berechtigten Interessen der Arbeitsplatz- und Lohnabhängigen an einem besseren und vielleicht sogar guten Leben, an politischer Beteiligung und gesellschaftlicher Mitsprache, an sozialem Aufstieg und persönlicher Würde hingen an einem System wirtschaftlicher Produktion und materieller Reproduktion, das seinerseits an das fossilistische Regime von Ressourcenausbeutung und Energieverbrauch gekoppelt war. So waren letztlich

alle Parteien des industriekapitalistischen Gesellschaftsspiels und Verteilungskonflikts – Kapital und Arbeit, Produzent*innen und Konsument*innen – auf Gedeih und Verderb dem fossilistischen Wachstumsmodell verschrieben, wenn auch auf ganz ungleiche Weise. Wer über politische Wahlen oder betriebliche Mitbestimmung am steigenden Wohlstand teilhaben wollte, musste nolens volens an einer Fortschreibung des bestehenden Produktions- und Reproduktionsmodells interessiert sein. Genauso wie diejenigen, die sich, um ihre politische Herrschaft zu sichern, in ihren Wahlprogrammen und Regierungsprojekten der Stabilisierung und Steigerung ökonomischer Prosperität verpflichtet hatten.

Blickt man auf die Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik, so lässt sich sagen, dass wir ›unseren Frieden‹ gemacht haben mit Industriekapitalismus und Kohlenstoffdemokratie, mit dem Reichtum der einen und der Armut der anderen. ›Unser‹ Wohlstand ist uns lieb und teuer geworden. ›Unsere‹ Demokratie hat den sozialen Frieden gesichert, indem das stetig steigende Wertprodukt durch sozialpolitische Intervention zumindest ansatzweise gesellschaftlich umverteilt worden ist – zu sozialdemokratischen und sozialliberalen Zeiten mehr, im neoliberalen Zeitalter zunehmend weniger. Die Kosten unserer »imperialen Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) wurden externalisiert. Und auch ›unser‹ Frieden beruht darauf, dass der Krieg anderswo stattfindet: als ›Drogenkrieg‹ in Mexiko und auf den Philippinen, als ›ethnisch-religiöser Konflikt‹ in Nigeria oder Pakistan, als ›Bürgerkrieg‹ in Syrien und Libyen.

EXPORTIERTER UNFRIEDE

Die demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften des ›Westens‹ sind befriedete Gesellschaften. Sie haben den Klassenkonflikt in Form von Tarifverhandlungen und Streikrecht institutionalisiert, sie haben physische Gewalt bei rechtsstaatlichen Instanzen monopolisiert und damit aus dem Alltag ihrer Bürger*innen verbannt. Von derartigen Verhältnissen kann die Mehrheit der Weltbevölkerung nur träumen. Der aus den reichen Gesellschaften verschwundene Unfriede wurde in die ärmeren Gesellschaften exportiert und hat dort das soziale Leben durchdrungen. Ressourcenkonflikte und Klassenkämpfe, Bandenkriege und Staatsterrorismus in weiten Teilen der ›unterentwickelten‹ Welt sind keine hausgemachten Phänomene. Sie stehen in Zusammenhang mit den ökonomischen Wettbewerbsstrategien und politischen Steuerungsmodellen, wie sie in der Welt des ›hoch entwickelten‹ Wohlstandskapitalismus gang und gäbe sind. Friede den Palästen, Krieg den Hütten – das ist das Motto des globalen Kapitalismus, das sich in den abhängigen Ökonomien des Globalen Südens auf ebenso unverblümte wie mitleidslose Weise innergesellschaftlich wiederholt.

Doch jetzt, so will es scheinen, kehrt die Gewaltsamkeit gesellschaftlicher Verhältnisse zurück in die wohlhabenden und wohlgeordneten Zentren des globalen Kapitalismus. Und sie kehrt zurück nicht nur in Gestalt der Kriegsflüchtlinge und Wirtschaftsmigrant*innen, die existenziellen Schutz oder ›nur‹ ihr persönliches Glück in den reichen Gesellschaften suchen. Sie kehrt zurück auch als Gewalt in der gesellschaftli-

chen Auseinandersetzung, die in ebendiesen reichen Nationen mit dem ›sozialen Problem‹ von Kriegsflucht und Wirtschaftsmigration stattfindet. Sie kehrt zurück in Form von militärischer Abschottung Europas und polizeilicher Kontrolle illegalisierter Zuwanderung, in politischen Strategien des Ausschlusses von Rechtsansprüchen und in Praktiken des latenten oder aggressiven, institutionellen und alltäglichen Rassismus. Und Letzteres nicht nur in ›extrem‹ eingestellten, ökonomisch abgehängten Randsegmenten der einheimischen Bevölkerung, sondern bis weit in jene gesellschaftliche Mitte hinein. An ebenjenen Reaktionen aus der Mitte der wohlstandskapitalistischen Gesellschaft lassen sich ihre Lebenslügen deutlich ablesen. ›Unser Wohlstand‹ gefährdet, ›unsere Demokratie‹ missbraucht, ›unser Frieden‹ gebrochen: Wer solche Erschütterungen des selbstverständlich Gewordenen erleben muss, der kann schon mal die Fassung verlieren. Der greift dann diejenigen an, die seiner vermeintlich heilen Welt den Schleier der Selbstgefälligkeit entreißen, und ruft nach denjenigen, die die gute alte Wohlstandsfriedensdemokratie wiederherstellen. Und sei es mit ›starker Hand‹ und autoritärer Ideologie.

Für die Linke kann dies keine politische Option sein. Die linke Reaktion auf die Enttarnung des wohlstandskapitalistischen Selbstrechtfertigungsnarrativs kann nur darin bestehen, ›unseren‹ Wohlstand, ›unsere‹ Demokratie und ›unseren‹ Frieden als das zu erkennen, was sie sind: nicht etwa von unseren Kindern, sondern von unzähligen unserer globalen Mitbürger*innen geliehene Errungenschaften. Wohlstand, Demokratie und Frieden in Deutschland, Europa und den anderen ›entwickelten‹ Teilen der Welt sind eine Folge von Armut, Autokratie und Krieg in anderen Weltgegenden.

Die gesellschaftliche Verallgemeinerung des Rechts auf Wohlstand, Demokratie und Frieden ist seit jeher eine Kernforderung progressiver politischer Projekte im nationalstaatlichen Kontext – und muss dies auch in Zukunft bleiben. Denn die Ausweitung dieses Rechts, über die Zentren der kapitalistischen Welt hinaus auf deren Peripherien, steht und fällt mit seiner Einlösung im Zentrum selbst. Damit wachsende Lebenschancen im Globalen Süden nicht strukturell auf Kosten der Schlechtestgestellten im Norden gehen, bedarf es radikaler Umverteilungspolitiken von oben nach unten in den reichen Gesellschaften dieser Welt. Nur dann wird die Idee transnationaler Solidarität eine Praxis werden können, die sich auch hierzulande auf Bevölkerungsmehrheiten stützen kann.

›Sozialismus in einem Land‹ aber war gestern. Schon die bloße Vorstellung einer in nationalen Grenzen verbleibenden, auf die ›Einheimischen‹ beschränkten formalen und materiellen Berechtigung ist im Zeitalter der Globalisierung widersinnig. Als politische Programmatik erweist sich eine rein nationale Sozialagenda heute als reaktionär: als Reverenz an die Lebenslügen dieser Gesellschaft und als rückwärtsgewandte Flucht vor der gesellschaftlichen Realität.

LITERATUR

Brand, Ulrich/Wissen, Markus, 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München

Mitchell, Timothy, 2011: Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil, London

INTERVIEW

»SO FUNKTIONIERT DAS HIER NUN MAL«

GESPRÄCH ÜBER RASSISMUS UND SEGREGATION AN BERLINER SCHULEN

JULIANE KARAKAYALI UND BIRGIT ZUR NIEDEN

Im Sommer 2012 löste eine Meldung im *Tagesspiegel* heftige Diskussionen in Berlin aus. Türkische Eltern hatten an einer Berliner Grundschule gegen die Trennung der Kinder nach Herkunft protestiert. Euer Forschungsprojekt setzt an diesen Protesten an. Was sind die zentralen Ergebnisse?

JULIANE KARAKAYALI: Es gibt Berliner Schulen, an denen Kinder nach Herkunft getrennt unterrichtet werden. Meistens berichten uns Eltern davon. An den Schulen ihrer Kinder seien so gut wie keine herkunftsdeutschen Kinder, obwohl viele im Einzugsgebiet wohnten. Andere beobachten, wie sich in ihrer Schule ›Deutschenklassen‹ bilden.

Wir fragen in unserer Forschung, wie solche Trennungen institutionell verankert sind, wie sie von den Schulen vorgenommen und legitimiert werden. In diesen Prozessen spielen verschiedene Akteure und Faktoren eine Rolle: Lehrer*innen, Eltern, Schulleitung und Verwaltung sowie Einzugsgebiete und Finanzierungsfragen. Allerdings gibt es in den Schulen ein allgemeines Deutungswissen, das Kinder nach bestimmten Kriterien, eben auch Herkunftskriterien, unterscheidet. Es beinhaltet Einschätzungen etwa darüber, welche Kinder von ihren Eltern unterstützt werden, welche gute Performer und welche mögliche Störenfriede sind. Uns interessiert, ob und wie sich dieses Deutungswissen bei der Anmeldung in der Schule und der Einteilung der Klassen auswirkt. Die Berliner Schulstatistik unterteilt Schüler*innen in solche »nicht deutscher Herkunftssprache« (ndH) und nicht kategorisierte, also Kinder deutscher Herkunftssprache.

BIRGIT ZUR NIEDEN: In einigen Bezirken war es bis Mitte der 1990er Jahre üblich, Kinder in sogenannten Ausländerregelklassen zu beschulen. Das aktuelle Berliner Schulgesetz schreibt vor, dass nicht nach Herkunft(ssprache) getrennt unterrichtet werden soll. Eine Ausnahme gilt für Kinder, die kein oder sehr wenig Deutsch sprechen. Für sie kann eine spezielle Lerngruppe eingerichtet werden.

Mit der Abschaffung der Ausländerregelklassen wurde das Merkmal ›ndH‹ eingeführt. Wie aber die Kategorie ›ndH‹ genau definiert wird, ist oft unklar und wird von Schule zu

Schule unterschiedlich gehandhabt. Zumeist werden die Eltern bei der Anmeldung ihrer Kinder an einer Grundschule aufgefordert anzugeben, ob in der Familie noch eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird. Viele Eltern haben uns gegenüber geäußert, dass sie den Begriff ›ndH‹ gar nicht kennen – da stellt sich die Frage, wie dieses Merkmal in der jeweiligen Schule vergeben wurde. Wir versuchen gerade herauszufinden, nach welchen Kriterien dies erfolgt. Je nach ndH-Anteil erhalten die Schulen spezifische Gelder für die Sprachförderung. Die Schulen haben also möglicherweise ein Interesse, den Anteil hoch zu halten. Andererseits wird dieser auf den Internetseiten der Senatsverwaltung für Bildung veröffentlicht. Eine Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) von 2012 stellt fest, dass diese Information am häufigsten abgerufen wird. Auch andere Studien sowie die Interviews, die wir mit Eltern geführt haben, legen nahe, dass der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund entscheidend für den guten oder schlechten Ruf einer Schule ist.

Juliane Karakayali ist Soziologin und arbeitet als Professorin an der Evangelischen Hochschule Berlin.

Birgit zur Nieden ist Soziologin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin.

Beide arbeiten seit vielen Jahren sowohl wissenschaftlich als auch politisch zu Fragen von Migration und Rassismus.In einem gemeinsamen Forschungsprojekt untersuchen sie die Integration neu zugewanderter und geflüchteter Kinder an Berliner Schulen.

Gibt es Unterschiede, wie die Schulen mit dieser Situation umgehen?

JK: Ja, einige stehen offenbar unter dem Druck, die ›Mischung‹ der Kinder mit und ohne ndH an ihrer Einrichtung zu kontrollieren, etwa dann, wenn ihre ursprüngliche Klientel durch Gentrifizierung verdrängt wird und sie auch für die neu Hinzugezogenen und diejenigen, die sich die Miete noch leisten können, attraktiv sein müssen. Es gibt auch Schulen, die diesem Druck nicht ausgesetzt sind und einfach Unterricht mit den Schüler*innen machen, die da sind. Da gibt es dann sehr gute und weniger gute Beispiele. Andere wiederum arbeiten am Profil und an den Angeboten, um eine heterogene Eltern- und Schülerschaft anzuziehen. Wieder andere schließlich reagieren mit spezifischen Angeboten für bestimmte Kinder oder eher Eltern. Hier kommt es dann häufiger zu Trennungen nach Herkunft, gegen die sich die Eltern allerdings mehr und mehr zur Wehr setzen. Die Schulen versuchen, auf die Wünsche bestimmter Eltern einzugehen, die ihre Kinder in Gruppen anmelden und zusammen in einer Klasse sehen wollen. Manchmal darf sich eine solche Gruppe sogar noch die Lehrperson aussuchen. Die Schule argumentiert, dass diese Eltern beziehungsweise deren Kinder die Mischung an der Schule positiv verändern. Die Schulen versuchen also gewissermaßen der Segregation auf Ebene der Schulen mit einer Segregation auf der Ebene von Klassen zu begegnen.

Und was sagen die Eltern dazu?

BN: Es gibt viele, die diese Segregation aufgrund ihrer Herkunft – ihres ›Ausländerseins‹, wie sie es ausdrücken – erleben,

obwohl sie selbst schon in Deutschland zur Schule gegangen sind. Sie sind irritiert und fühlen sich stigmatisiert. Eine Mutter schilderte uns beispielsweise, dass eine von ihr als deutsch wahrgenommene Familie, die ihr Kind an der Schule anmelden wollte, auf die auch ihre Kinder gehen, von der Schulleiterin mehrmals gewarnt wurde: Sie sollten das lieber nicht tun, denn in diese Schule gingen nur türkische und arabische Kinder. Auch andere Eltern bestätigten ähnliche Einschätzungen. Sie beobachteten etwa bei der Einschulungsfeier eine eindeutige Verteilung der Kinder auf die Klassen nach Herkunft. Solche Erlebnisse reihen sich oft in eine ganze Serie von diskriminierenden Erfahrungen ein, die sie in Institutionen in Deutschland gemacht haben. Alle befragten Eltern schilderten uns auch, dass sie das Leistungsniveau ihrer Kinder im Gegensatz zu anderen Schulen oder sogar anderen Klassen der gleichen Schule als deutlich niedriger wahrnehmen.

Können wir bei alldem von institutionellem Rassismus sprechen? Und wenn ja, in welchen Bereichen der schulischen Bildung wird Rassismus über die räumliche Segregation hinaus sichtbar?

BN: Wir verstehen unter Rassismus die Unterscheidung von Menschen entlang von (zugeschriebener) Herkunft, körperlichen Merkmalen oder Religion und eine daraus folgende diskriminierende Ungleichbehandlung. Das Bildungssystem in Deutschland ist nach wie vor sehr stark an der Vorstellung eines oder einer ›Normalschüler*in‹ ausgerichtet, welche*r der Mittelschicht angehört, in deutschen Bildungseinrichtungen sozialisiert ist und Deutsch auf einem hochsprachlichen Niveau beherrscht. Allein die Bezeichnung ›ndH‹ betont das Defizit – im Unterschied etwa zu ›mehrsprachig‹. Außerdem stellt sich die Frage, wie sinnvoll diese Unterscheidung überhaupt ist. Heterogenität wird zumeist als Herausforderung, wenn nicht sogar als etwas Störendes betrachtet. Der seit Jahrzehnten nachgewiesene geringere Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund hat etwas mit diesen Strukturen zu tun und ja, diese Strukturen können wir mit dem Begriff des institutionellen Rassismus beschreiben.

Zwar haben einzelne Schulen gute Konzepte und Umgangsweisen entwickelt. Auch die Berliner Schulpolitik hat immer wieder Maßnahmen gegen Segregation und für Inklusion angestoßen, aber das hat an den grundsätzlichen Verhältnissen bisher nichts geändert.

JK: In unserer Forschung wurden solche ausschließenden Strukturen immer wieder sichtbar und auch, wie sie in Institutionen und Organisationen produziert und reproduziert werden. Die Eltern, die wir interviewt haben, berichten auch davon, dass ihre Kinder vielfältige Erfahrungen mit Kulturalisierungen machen. Wenn Kinder oder Familien Bedürfnisse oder Interessen formulieren, dann werden diese teils abgewehrt mit der Begründung, das störe sonst den Regelablauf, nach dem Motto »so funktioniert das hier nun mal«. Schüler*innen werden oft gar nicht als Individuen wahr- und ernst genommen, sondern nur als Teil einer Gruppe, beispielsweise der Muslim*innen oder der Ausländer*innen. Konflikte, die aus dem Verhältnis von Lehrer*innen und Schüler*innen resultieren,

werden als Kulturkonflikte interpretiert. Viele Eltern nehmen das so wahr, dass ihre Kinder vor allem diszipliniert werden, statt guten Unterricht zu erhalten. Eigentlich aber sollten Schulen migrationspädagogisch wirken, statt Spaltungen selbst hervorzurufen oder zu zementieren.

In einer jüngeren Forschung habt ihr auch sogenannte Willkommensklassen untersucht. Zu welchen Ergebnissen seid ihr hier gekommen?

JK: Der Unterricht für die neu zugewanderten Kinder ist sehr unterschiedlich. Die Form reicht von integrativ bis parallel, auch die Unterrichtsinhalte unterscheiden sich von Schule zu Schule. Ein Grund liegt darin, dass unzureichend ausgearbeitet ist, worin Ziele und Maßstäbe für die Beschulung der Neuzugewanderten eigentlich liegen. Dies zeigt sich auch in uneinheitlichen Zugangsbedingungen zu den Klassen: Hier gibt es verschiedene Wege der Zuweisung, je nach Bezirk, sowie unterschiedliche Feststellungsverfahren des Sprachstandards. Es existieren keine festgelegten Lehrmaterialien, die Praktiken der Leistungsdokumentation sind nicht geregelt und die Verfahren zum Übergang in die Regelklassen sind unklar.

Oftmals wird den Lehrkräften der Willkommensklassen die alleinige Verantwortung für diese zentralen Fragen überlassen. Eine transparente und schulübergreifende Planung und Absprache aller Lehrkräfte mit Schulleitungen, Erzieher*innen und gegebenenfalls den Eltern findet kaum statt. Häufig sind die Lehrkräfte der Willkommensklassen Quereinsteiger*innen und gehören nicht zum regulären Lehrkörper der jeweiligen Schule. Zudem erhalten die Willkommensklassen oft nur einen Raum in einem abgelegenen Teil des Schulgebäudes oder gar in Horträumen. So entsteht an vielen der Schulen eine Art Parallelstruktur. Sie werden auch bei Planungen, Strukturabläufen oder besonderen Veranstaltungen und Ereignissen häufiger einfach ›vergessen‹. Die von uns Befragten sehen es als problematisch an, wenn die Kinder der Willkommensklassen weitgehend ohne Kontakt zu den anderen Schüler*innen der Schule bleiben: Ihnen fehle die Möglichkeit zu Austausch und gemeinsamen Aktivitäten. Nicht zuletzt werden die Kinder durch die gesonderten Klassen stärker als vermeintlich homogene und besondere Gruppe in der Schule sichtbar. Teilweise werden sie deshalb auch stigmatisiert und ihr Verhalten wird häufig kulturalisiert. Die Lehrkräfte bemühen sich oft sehr, diese Mängel auszugleichen und einen guten Unterricht zu machen. Sie scheitern aber häufig an den strukturellen Bedingungen.

BN: Unsere Untersuchung zeigt aber auch alternative Praxen. So haben sich einige Schulen entschlossen, die neu zugewanderten Kinder in Regelklassen unterzubringen und ihnen zusätzlich täglich Deutschunterricht anzubieten. An einer dieser integrativen Schulen werden die Lehrkräfte der Deutschlerngruppen zusätzlich im Regelunterricht eingesetzt. Sie unterstützen damit zum einen die neuen Schüler*innen bei Verständnis- und Verständigungsproblemen. Zum anderen gibt es dadurch eine zusätzliche Lehrkraft, von der die gesamte Klasse profitiert. Die integrativ arbeitenden Schulen haben deutlich weniger organisatorische Probleme. Die Kinder werden hier zumeist von ausgebildeten

Grundschullehrer*innen unterrichtet, die gesamte Regelklasse erhält Unterstützung durch Lehrkräfte, die eine Zusatzausbildung in Deutsch als Zweitsprache haben. Die direkte Eingliederung der neu eingewanderten Kinder und Jugendlichen in die Regelklassen macht diese zudem weniger als gesonderte Gruppe sichtbar. Dies wirkt Stigmatisierungen und Kulturalisierungen entgegen.

Inwiefern lassen sich die Ergebnisse auf die gesamtdeutsche Situation übertragen?

JK: Insgesamt kann man sagen, dass die Beschulung neu zugewanderter Kinder kurzfristig und kurzsichtig geplant ist – das ist nicht nur in Berlin so. Ein historischer Blick auf den Umgang mit migrantischen Kindern im deutschen Schulsystem zeigt, dass dieser immer wieder von Vorläufigkeit, Konzeptlosigkeit und Separation geprägt war. So kann das Regelschulsystem in der bestehenden Form erhalten und vor Veränderung ›geschützt‹ werden. Anstatt die Realität der Migration und einer heterogenen Schüler- und Elternschaft in eine Gesamtstrategie der Bildungsplanung einzubeziehen, hat die deutsche Bildungspolitik immer wieder mit administrativ-organisatorischen Ad-hoc-Lösungen reagiert. Diese Ad-hoc-Lösungen bestanden meist darin, Ressourcen für die Beschulung migrantischer Kinder nur vorübergehend zu gewähren oder eben Sonderklassen einzurichten. Auch in Berlin sind diese Praktiken seit den 1970er Jahren nicht durchgehend abgeschafft worden, wie sich heute noch zeigt. Das deutsche Bildungssystem ist offenbar nicht in der Lage, Kinder flexibel zu integrieren und gemäß ihrer spezifischen Bedarfe zu fördern.

Wie würdet ihr Ansätze einer inklusiveren Beschulungspolitik skizzieren, die der postmigrantischen Realität in diesem Land gerecht würde?

BN: Es gibt inklusive Modelle und sehr gute Ideen. Migrationspädagogische Ansätze gehen von einer heterogenen, mehrsprachigen Schüler- und Elternschaft aus – wie sie in der postmigrantischen Gesellschaft real sind. In dieser Perspektive würden Kinder nicht mehr ›besondert‹, die den Normalitätsannahmen nicht entsprechen.

JK: Generell braucht es mehr Offenheit und Sensibilität gegenüber unterschiedlichen Lebenswelten und ein dynamisches Verständnis von Lernprozessen und institutionellen Gefügen. Organisatorisch bedeutet dies, dass unterschiedliche Kinder, auch Kinder mit Kriegs- und Fluchterfahrungen nicht als defizitäre Wesen wahrgenommen und kategorisiert werden, weil sie bestimmte Dinge nicht können. Vielmehr sollten sie mit ihren Potenzialen und Fähigkeiten ins Schulgeschehen eingebunden und gezielt gefördert werden.

Das sind aber letztlich Fragen, die weit über bildungs- oder schulpolitische Debatten hinausgehen und im Zentrum einer öffentlichen Debatte darum stehen müssten, wie wir eine solidarische und demokratische Migrationsgesellschaft gestalten wollen. Schule ist ja schließlich ein Ort, an dem sich übergreifende gesellschaftliche Entscheidungen niederschlagen.

Das Interview führte Stefanie Kron.

Auf dem Barackengelände, Belgrad, Februar 2017. Oben: Anstehen für eine warme Mahlzeit am Tag; unten: Schlafplätze; beide Fotos: Matija Jovanović ⓘ





CROSSING THE BORDER

FOTOS: CHRISTINNE MUSCHI/REUTERS



Es ist noch früher Morgen, als sie die Grenze zu Kanada erreichen. Ein Taxi hat sie in der Nähe abgesetzt, die letzten Meter versuchen sie zu Fuß. Möglichst unbemerkt über die grüne Grenze, in metertiefem Schnee. Doch die kanadische Grenzpolizei hat in diesen Tagen ihre Patrouillen verstärkt. Die Beamten greifen sie auf und nehmen sie fest.
Seit Donald Trump in den USA die Hetze gegen Muslim*innen und Migrant*innen verschärft, nimmt die Zahl der aus den USA Flüchtenden deutlich zu. Allein in der kanadischen Grenzprovinz Québec kamen zwischen November letzten Jahres und Ende Februar rund 1400 Menschen aus den USA an, so viele wie sonst in einem ganzen Jahr. Im Januar waren es 452 Personen, etwa dreimal so viele wie im gleichen Zeitraum 2016.
In Kanada hat dies eine Debatte über das bestehende Asylabkommen mit den USA ausgelöst. 2004 hatten die beiden Länder vereinbart, sich wechselseitig als sicheres Drittland zu behandeln. Um eine direkte Rückführung zu vermeiden, bleibt daher vielen nur der Weg über die in weiten Teilen ungesicherte Grenze, die sich über knapp 9000 Kilometer erstreckt.

MIGRUTOPIE

ZUR GEGENWART EINER OFFENEN ZUKUNFT OHNE GRENZEN

BINI ADAMCZAK

Utopia – als dieser Nicht-Ort die Bühne der Geschichte betrat, bezeichnete er tatsächlich einen Ort. In Thomas Morus' gleichnamigem Buch von 1516, dessen Titel sich aus dem altgriechischen *ou* für ›nicht‹ und *topos* für ›Ort‹ zusammensetzt, ist es eine Insel, auf die sich die Sehnsucht nach einer besseren Welt richtet: Die Utopie ließ sich mit dem Schiff bereisen. Ein zurückgekehrter Seefahrer berichtet den unter feudaler Herrschaft siechenden Leser*innen von der bestmöglichen Republik, die er in der Ferne gefunden hat.

Erst mit der Zeit wurde der Ort der Utopie zu einem Ort der Zeit. Als sich der Kolonialismus fast den gesamten Globus einverleibt hatte, blieb wenig Platz zum Träumen. Die Orte, mit denen die europäischen Seefahrer*innen auf ihren Reisen in Berührung kamen, unterwarfen sie ihrem eigenen Bild. Damit verschloss sich ab dem 19. Jahrhundert der Raum der eskapistischen Phantasie. Nur die Erzählung des Fortschritts eröffnete noch einen Ausweg nach vorn – in

eine bessere Zukunft. Zwar mochte der Nicht-Ort der Utopie in manchen Regionen der Welt bessere Voraussetzungen für seine Realisierung finden als in anderen, aber er ließ sich nicht mehr durch räumliche Bewegung erreichen, nicht zu Fuß, nicht mit dem Zug und auch nicht mit dem Raumschiff. Stattdessen brauchte es eine Bewegung durch die Zeit, die zugleich eine technische, pädagogische und vor allem eine politische war. Um die ersehnte Gesellschaft zu erreichen, war eine soziale Transformation nötig, eine Reform oder – mehr und mehr bevorzugt – eine Revolution.

ZEITREISEN

Dies änderte sich paradoxerweise, als die Revolution stattfand. Weil sie sich nicht wie gefordert zur Weltrevolution auswuchs, sondern höchstens ein Drittel der Erde umwälzte, blieb sie räumlich begrenzt. Mit der Revolution in Russland und deren Ausbleiben in anderen Teilen der Welt – etwa in Deutschland – wurde es möglich, die Utopie räumlich zu bereisen. Ein Grenzübertritt genügte. Unzählige Arbeiter*innen schlugen sich in den Anfangsjahren der Revolution in die junge Sowjetunion durch. Unter ihnen, wie Franz Jung erinnert, viele »Abenteurer und Enthusiasten, die von Bord der Schiffe getürmt waren, um das sowjetische Arbeiterparadies kennenzulernen« (Jung 2000, 261). Jung selbst kaperte 1920 einen Fischdampfer und zwang ihn, Kurs auf Murmansk zu nehmen, um mit Lenin, Bucharin und Radek über die Aufnahme der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) in die Kommunistische Internationale zu verhandeln. Auch viele Schriftsteller*innen und Journalist*innen reisten ins Land der Revolution, um sich ein eigenes Bild zu machen. Ihre Reiseberichte sind so zahlreich, dass der französische Philosoph Jacques Derrida (1992) vorschlug, sie als eigenständiges literarisches Genre zu klassifizieren. Obwohl die moderne Tradition des wissenschaftlichen Sozialismus entscheidend dazu beigetragen hatte, die Utopie von der Ferne in die Zukunft zu verlegen, wurde ihr erster siegreicher Versuch zum begehrten Reiseziel. Lenin bewarb es offensiv: »Das russische Vorbild [zeigt] *allen* Ländern etwas, und zwar etwas überaus Wesentliches aus ihrer unausweichlichen und nicht fernen Zukunft« (Lenin 1979, 8). Durch die Ungleichzeitigkeit der internationalen politischen Entwicklung wurde es möglich, die zeitliche Grenze räumlich zu bereisen, und damit eine geografische Abkürzung in eine mögliche eigene Zukunft zu nehmen. Am Ende des Tages, an dem Emma Goldman in Sowjetrussland angekommen war, resümierte sie erstaunt: »Seit unserer Ankunft schienen Jahre vergangen« (Goldman 2010, 666).

BINI ADAMCZAK ist politische Autorin und Künstlerin. Sie arbeitet und schreibt über Kommunismus, Revolution und queerfeministische Ökonomiekritik, war Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung und promovierte über das »Geschlecht der Revolution«. 2004 erschien von ihr »Kommunismus – kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird«, zuletzt »Die Verammlung« in »Das Kommunistische« (2016) von Lutz Brangsch und Michael Brie (Hg.).

DIESSEITS DER NATION

Utopisch war die Reise in die Sowjetunion auch, weil die Staatsgrenze hier nicht mit ei-

ner Nationalgrenze zusammenfiel. Für lange Zeit war die UdSSR der einzige Staatenbund, der in seinem Namen keinerlei Hinweis auf ein Territorium enthielt. Sie war gerade nicht die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken Eurasiens (UdSSREA), sondern ein sozialistischer Bund ohne alle weiteren regionalen Bestimmungen. Sie war weder als militärisches Abwehrbündnis konzipiert noch um Binnenmarkt und Außenhandel zentriert, sie sollte sich weder durch eine gemeinsame Sprache auszeichnen noch durch eine Währung. Nicht ganz zu Unrecht unterstellte die antikommunistische Gemeinschaft der Sowjetunion ein expansives Begehren, das sich nicht mit dem einmal eingenommenen Territorium befriedigen lassen würde. Der Bund, der hier ausgerufen wurde, war ein Bund universeller Zugehörigkeit. Der Verrat des Stalinismus war nicht nötig, um diesen Anspruch zu durchkreuzen. Das Gespenst des Nationalismus, zu dessen Exorzierung die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken angetreten war, suchte sie schon lange vor ihrer Gründung am 30. Dezember 1922 heim. Verantwortlich war auch das von den Bolschewiki proklamierte »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, das Verbündeten wie Feinden die Angst vor der Fortsetzung des großrussischen Imperialismus nehmen sollte. Tatsächlich war, wie Rosa Luxemburg bereits 1918 kritisierte, »der nationale Separatismus […] das trojanische Pferd, auf dem die deutschen ›Genossen‹ mit Bajonetten in den Händen in all jene Länder [des Ostens] eingezogen kamen«. In einer Klassengesellschaft verberge Nationalismus immer die Herrschaft der Bourgeoisie, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sei »nichts als kleinbürgerliche Phraseologie und Humbug«. Luxemburgs Kritik ging noch weiter und nahm in ihrer Radikalität spätere Debatten vorweg, indem sie auf den sozialen Konstruktionsprozess von Nationen verwies. Aus ihrer Sicht bestätigte die »Anerkennung« einer Nation nicht deren vordiskursive Realität, sondern zwang sie zugleich performativ in die Welt. So machten Lenin und Genossen den Nationalismus in der Ukraine zu einem politischen Faktor, der vorher »nichts als eine einfache Schrulle, eine Fatzkerei von ein paar Dutzend kleinbürgerlichen Intelligenzlern« gewesen sei.

Tatsächlich ließ sich auf dem Gebiet der Ukraine noch Anfang des 20. Jahrhunderts dem aufwendigen Herstellungsprozess einer Nation beiwohnen, die sich, wo sie einmal existiert, als Naturnotwendigkeit darstellt. Ein englischer Diplomat beobachtete 1918: »Wenn man einen durchschnittlichen Bauern in der Ukraine nach seiner Nationalität fragt, wird er antworten, er sei griechisch-orthodox; wenn man ihn drängt zu sagen, ob er ein Großrusse, ein Pole oder ein Ukrainer sei, wird er wohl antworten, er sei Bauer; und wenn man darauf besteht zu erfahren, welche Sprache er spricht, wird er sagen, dass er ›die Sprache von hier‹ spricht […] Wenn man also herausfinden will, welchem Staat er gerne angehören möchte – ob er von einer allrussischen oder einer besonderen ukrainischen Regierung regiert werden möchte –, wird man erfahren, dass seiner Meinung nach alle Regierungen eine Landplage seien und dass es das Beste wäre, wenn das ›christliche Bauernvolk‹ sich selbst überlassen bliebe.« (z.n. Figes 2008, 92)

Auch wenn wir nicht den Antisemitismus überlesen, der sich in der harmlosen Formulierung vom »christlichen Bauernvolk« versteckt und der in wenigen Teilen der Welt brutaler ausfiel als eben im ukrainischen, verweisen diese Aussagen auf das Vorbild einer offeneren Zukunft. Aus den Entstehungsbedingungen des Nationalismus lässt sich etwas über seine Vergehensbedingungen lernen. Das vollkommene Unverständnis, das dieser Bauer seinem nationalistischen Interviewer entgegenbringt, ist radikaler als jeder bekennende Antinationalismus, vom Internationalismus ganz zu schweigen: Es ist ein anarchistischer *A*nationalismus, der den Fatzkereien von Fahnen, dem Nonsens von Nationalgrenzen gegenüber ein Verhältnis seelenruhiger Indifferenz einnimmt, von dem Nachgeborene nur träumen können. Schließlich lässt sich die ganz wirkliche Gewalt, zu der Nationalstaaten in Kriegszeiten oder zur Grenzsicherung in ›Friedenszeiten‹ greifen, im wachen Zustand nur schwer ausblenden.



© Christinne Muschi/Reuters

Ein Jahrhundert nach dem Aufbruch der Russischen Revolution und ein Vierteljahrhundert nach dem Eingeständnis ihres Scheiterns gibt es keinen suprastaatlichen Akteur mehr, der das Versprechen auf eine Welt ohne nationale Grenzen auch nur als Lüge aufrechterhalten würde. Die Vereinten Nationen setzen die Nationen, die sie vereinen wollen, als eigenständige Gebilde voraus, die UN-Menschenrechtspakte schützen die Selbstbestimmungsrechte der Völker noch vor den Selbstbestimmungsrechten der Menschen, und ein Staatenbündnis wie die EU kann nach außen imperial auftreten und zugleich innerlich von Bewegungen nationaler Konkurrenz zerfressen werden. Heute ist es der »Islamische Staat«, der keinen Hinweis mehr auf ein nationales Territorium in seinem Namen trägt, seitdem die Ergänzung »in Irak und Syrien« (ISIS) oder »im Irak und der Levante« (ISIL) 2014 weggefallen ist. Einerseits verfügt er in der verklärten Vergangenheit eines wieder zu errichtenden Kalifats über einen klassischen nationalen Gründungsmythos. Andererseits übernimmt hier, wie Tomasz Konicz (2016) argumentiert hat, unter Bedingungen von »failed states« die Religion jene Funktion, die in anderen Regionen die Nation spielt. Sie stiftet eine imaginäre Gemeinschaft, die Einschluss wie Ausschluss organisiert.

UTOPIE ALS BEWEGUNG UND BEZIEHUNG

Wer sich unter diesen historischen Bedingungen auf die Reise macht, um Ozeane zu überqueren oder das Mittelmeer, tut es in aller Regel nicht, um die Insel der idealen Republik zu finden oder um die Zukunft der Menschheit zu betreten. Zwar wird über die Kanäle Hollywoods – und noch stärker Bollywoods – weiterhin auf der ganzen Welt die Möglichkeit eines besseren, zumindest wohlhabenderen Lebens beworben, aber die Utopie einer Welt ohne Grenzen wird nicht von den USA, nicht von der EU, der Republik Indien oder der Volksrepublik China verkörpert. Sondern von Menschen, die leben, als existierten die Nationen nicht, die über Zugehörigkeit und Unzugehörigkeit bestimmen wollen. Menschen, die sich bewegen, als gäbe es die Grenzregime nicht, die sie filtern, leiten und zur Umkehr bewegen sollen. Menschen, die handeln, als wäre die Maxime ihres Handelns in einer staatenlosen Verfassung gegründet, in der für eine territoriale Aufteilung der Erde kein Raum ist. Die Utopie der Gegenwart liegt weder in einem Ort noch einer Zeit vor Anker. Sie liegt in einer Bewegung oder einer Beziehung.

In der Simpsons-Folge 723 »Much Apu about nothing« ist es Marge Simpson, die jene Beziehungsweise verkörpert, die Staat und Nation vergessen zu haben scheint: Ein Bär, der durch Springfield spaziert, veranlasst die Bildung eines Mobs, der, angeführt von Homer, das Rathaus stürmt, um – natürlich – »unsere Kinder zu schützen«. Der Bürgermeister entledigt sich des Protests, indem er den Unmut auf »illegal immigrants« umleitet und Homer wirbt promt bei seinem Freund Apu für einen Gesetzesvorschlag zur Abschiebung der Illegalisierten: »Wenn diese Einwanderer abgeschoben werden […], dann gibt es viel mehr Spielraum für normale Jungs wie dich und mich, Apu.« Apu ist von dem Vorschlag gar nicht angetan – er lebt selbst als illegalisierter Immigrant in Springfield. »Du?«, antwortet Homer, »Das glaub ich nicht.« Wenn illegale Immigrant*innen eine Bedrohung darstellen, kann Apu keiner von ihnen sein.

In seiner brillianten Idiotie ist Homer weniger rassistisch als jener Durchschnittsbürger, der sagt, er könne nicht rassistisch sein, schließlich seien einige seiner besten Freunde ›Ausländer‹. Homer hingegen erkennt Apu erst gar nicht als Immigranten, woran auch? Homers anhaltender Sicherheitsdiskurs wird schließlich von seiner Tochter Lisa gekontert, die ihm einen Stein verkauft, der angeblich gefährliche Tiger fernhält – da gerade kein Tiger zu sehen ist, muss der Stein wohl wirken. Damit hat Lisa Simpson einen Weg gefunden, die, wie es in Deutschland heißen würde, »berechtigten Sorgen und Ängste der Bürger« ernst zu nehmen. Es ist aber Marge Simpson, die, nachdem ihr Apu seine Migrationsgeschichte anvertraut hat, die richtigen Worte findet: »Was du erzählst, ist absolut verständlich. Und dein einziges Vergehen ist, dass du das Ausländergesetz verletzt hast.«

In der konkreten Begegnung mit dem »illegalen Einwanderer« wird deutlich, dass Apu niemandem geschadet hat. Er hat nichts und niemanden verletzt außer das geltende Recht. Aus dieser einfachen Feststellung folgt, dass dieses Recht selbst Unrecht ist. Weil es die Bewegungsfreiheit mancher

Menschen einschränkt, während sie anderen selbstverständlich eingeräumt wird. So wie dem ukrainischen Bauern die Frage nach seiner Nationalität unverständlich bleibt, kann Marge beim Anblick der Realität den Sinn von Gesetzen, die den Aufenthalt eines Nachbarn an nationalstaatliche Kriterien heften wollen, nicht nachvollziehen. Die Maxime ihres Handelns entstammt nicht dem US-amerikanischen Staatsbürgerschaftsrecht, sondern dem Nicht-Ort einer grenzenlosen Erde. In der Realität übertreten manche ein solches Gesetz schon mit einem Schritt über eine willkürlich gezogene Linie, die andere nach jedem Urlaub ungehindert überqueren. Einem ungarischen Gericht reichte nicht einmal das: Ende November 2016 wertete es den kollektiven Grenzübertritt von etwa fünftausend Menschen, die hauptsächlich aus Syrien kamen, nicht als Straftat, sondern als terroristischen Akt. Im groß angelegten Schauprozess wurden elf von ihnen zu bis zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht demonstrierte die legale Gewalt, derer es bedarf, um eine soziale Fiktion am Leben zu erhalten, die in der konkreten Wirklichkeit ihre Plausibilität rasch verliert. Ebenfalls Ende 2016 trat die Belegschaft der bayerischen Baufirma Strasser in einen zweistündigen Warnstreik, um gegen die drohende Abschiebung ihres Kollegen Tavus Qurban zu protestieren. Sie handelte utopisch im praktischen Sinne. Die Belegschaft bestätigte die Wirklichkeit der kollegialen Beziehung und verwies die nationale in die Sphäre des Phantastischen, in dem sie tatsächlich angesiedelt ist. Nur dort kann die willkürliche Unterscheidung zwischen Migration und Binnenmigration Sinn machen, die sich vor hundert Jahren kein ukrainischer Bauer hätte erklären lassen. Nur dort lässt sich eine stabile Grenze ziehen zwischen Ursachen für Flucht und Gründen, von einem Ort zum anderen zu ziehen.

Die Wirklichkeit ist komplexer als Nationalist*innen aller Länder sie sich erträumen. Das ließ sich von einem Besucher der »Kontakt- und Beratungsstelle« (KuB) in Berlin lernen, der dort um Unterstützung bat. Er war in eine Polizeikontrolle geraten und nun von Abschiebung bedroht. Er erzählte, wie freundlich er die Europäer*innen gefunden hatte, die er bei deren Auslandsaufenthalten, Austauschsemestern und Urlauben im Maghreb kennengelernt habe, und wie überrascht er war, in Europa nicht mit derselben Freundlichkeit empfangen zu werden. Auf die Frage, warum er nach Deutschland gekommen sei, sprach er weder von militärischen, politischen noch ökonomischen Fluchtursachen, sondern antwortete schlicht: »Ich folge dem beliebten Konzept von *work & travel*, auch wenn es sich ohne Visum und Arbeitserlaubnis etwas mühsamer gestaltet als mit. Ich bin hier, weil ich die Welt sehen will.«

LITERATUR

Derrida, Jacques, 1992: Back from Moscow, in the USSR, in: Jutta Georg-Lauer (Hg.), Postmoderne und Politik, Tübingen

Figes, Orlando, 2008: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der Russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin

Goldman, Emma 2010: Gelebtes Leben, Hamburg

Jung, Franz, 2000: Der Weg nach unten. Aufzeichnungen aus einer großen Zeit, Hamburg

Konicz, Tomasz, 2016: Vortrag bei »Die Wiederkehr des europäischen Faschismus« im Rahmen des Festivals »Die Ästhetik des Widerstands – Peter Weiss 100«, HAU Hebbel am Ufer, Berlin

Lenin, Wladimir Iljitsch, 1979: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Berlin

Luxemburg, Rosa, 1918: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin

OFFENE GRENZEN SIND MACHBAR

EINE MIGRATIONSPOLITISCHE AGENDA FÜR DIE LINKE

ELKE BREITENBACH UND KATINA SCHUBERT

Die Partei DIE LINKE ist klar antirassistisch aufgestellt: »Deutschland ist ein Einwanderungsland. DIE LINKE lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die soziale und politische Rechte danach vergibt, ob Menschen für das Kapital als ›nützlich‹ oder ›unnütz‹ gelten. Wir wollen die soziale und politische Teilhabe für alle in Deutschland lebenden Menschen erreichen. Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen«, heißt es im 2011 beschlossenen Grundsatzprogramm der Partei.

Wie wir diese Forderung umsetzen, bleibt jedoch offen, und die Diskussionen innerhalb der Linken – sowohl innerhalb der Partei als auch der gesellschaftlichen Linken –, ob es eine linke, emanzipatorische Einwanderungspolitik unter kapitalistischen Bedingungen geben kann und wie diese auszugestalten wäre, verlaufen durchaus kontrovers.

Unsere These ist: Das Recht auf Freizügigkeit, das innerhalb der Europäischen Union grundsätzlich für Arbeitnehmer*innen

gilt, muss Ausgangspunkt der Überlegungen für eine linke Einwanderungspolitik sein und verallgemeinert werden. Jeder Mensch muss das Recht haben zu wählen, wo sie oder er leben möchte. Ausgehend von dieser These ist dann zu fragen, wie das Recht auf Freizügigkeit als allgemeines globales Recht verankert werden kann, wie es zum Ausgangspunkt praktischer Politik wird und welche Voraussetzungen und Rahmensetzungen dafür zu schaffen sind.

Es gilt unterschiedliche Formen von Migration zu unterscheiden: erzwungene Migration, also vor allem Flucht, und freiwillige Migration. Fluchtursachen gibt es viele: Die Betroffenen verlassen ihre Herkunftsorte aus Furcht, Todes- oder Existenzangst. Freiwillige Formen der Migration sind nicht akuter Verfolgung oder existenzbedrohenden Situationen geschuldet und können viele Ursachen haben: Der Wunsch, andere Länder kennenzulernen, die Suche nach Erwerbsarbeit, Studium, Ausbildung, Existenzgründung, familiäre Gründe und andere mehr. Für beide Formen gibt es zu wenige und vor allem zu wenig anspruchsbegründende Wege, die legal und mit Perspektive eingeschlagen werden können.

Über 65 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht, die wenigsten gelangen bis in die Länder der Europäischen Union. Die meisten verbleiben in der Herkunftsregion. Nicht einmal eine Million Flüchtlinge haben es im Jahr 2015 bis Deutschland geschafft. Dennoch verschob sich die gesellschaftliche Debatte von der Bereitschaft zu Hilfe und Unterstützung sehr schnell in Richtung Abschottung, Abschiebewettläufe, Ausgrenzung und Abwertung. Im Kern ist das nicht neu. Das EU-Asylsystem fußt auf dem Prinzip der Abschottung nach außen, die martialische Sicherung der EU-Außengrenzen hat nicht erst 2015 begonnen. Derweil ist die EU, auch auf Druck der Bundesregierung, bestrebt, die physische Grenzsicherung durch ein umfassendes System von Rückübernahme- und Fluchtverhinderungsabkommen mit Ländern außerhalb der EU zu erweitern. Die Abkommen mit der Türkei und das aktuell geplante Abkommen mit Libyen stehen beispielhaft dafür. Weitere Abkommen mit Despotien und Diktaturen in den Nachbarländern der Europäischen Union sowie in Afrika sind geplant (vgl. auch Oshana in *LuXemburg* 1/2016).

Eine linke Migrationspolitik muss also im europäischen und globalen Rahmen entwickelt werden. Legale Zuwanderungsmöglichkeiten in die Europäische Union und sichere

ELKE BREITENBACH (DIE LINKE) ist Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales und in der neuen rot-rot-grünen Berliner Landesregierung. Sie war viele Jahre Mitglied des Abgeordnetenhauses und des Parteivorstands, zunächst der PDS, dann der neu gegründeten Partei DIE LINKE, zuletzt Stellvertretende Vorsitzende des Berliner Landesverbands. In den 1990er Jahren war sie Gewerkschaftssekretärin der damaligen Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV).

KATINA SCHUBERT ist Vorsitzende des Berliner Landesverbands der Partei DIE LINKE. Sie ist flüchtlings- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus. Zuvor war sie Mitglied im Bundesvorstand der Partei und stellvertretende Parteivorsitzende. Sie ist seit vielen Jahren in antirassistischen und migrationspolitischen Zusammenhängen aktiv.



Von Flüchtenden an der Grenze zurückgelassenes Gepäck,
©Christinne Muschi/Reuters

Zugangswege sind zunächst die wichtigsten Forderungen, um das Sterben im Mittelmeer und an den Außengrenzen Europas zu beenden und humanitären Grundsätzen Geltung zu verschaffen. Doch auch auf nationalstaatlicher Ebene sind Weichenstellungen möglich und notwendig, die Ausdruck radikaler Realpolitik sind.

DAS GRUNDRECHT AUF ASYL AUSWEITEN

Die Flucht vor politischer Verfolgung, vor Krieg, rassistischer und sexistischer Diskriminierung, Hunger oder Umweltkatastrophen muss Gegenstand einer demokratischen Asylgesetzgebung werden, die das Grundrecht auf Asyl wiederherstellt und ausweitet. Das heißt für die Bundesrepublik Deutschland: Der Artikel 16a des Grundgesetzes muss um die genannten Fluchtgründe erweitert und von den Einschränkungen durch Konstrukte wie »sichere Drittstaaten« und »sichere Herkunftsstaaten« befreit werden. Das erfordert eine Grundgesetzänderung, zu der es einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag bedarf – eine derzeit wenig realistische Perspektive. Hilfsweise könnten zumindest die Konstruktionen »sichere Drittstaaten« und »sichere Herkunftsstaaten« dadurch abgeschafft werden, dass die jeweiligen Länderlisten auf Null gesetzt werden. Das lässt sich mit einer einfachen Mehrheit beschließen und bedeutet: Es gibt

keine »sicheren« Länder mehr, die einen Ausschluss vom Asylverfahren rechtfertigen.

Auch die Anerkennung von Fluchtgründen, die über individuelle politische Verfolgung hinausgehen, kann einfach gesetzlich geregelt werden. Wichtig ist, dass die Abstufung unterschiedlicher Schutzbedürfnisse aufgehoben wird. Jeder, der hier um Schutz und Aufnahme bittet, muss ein Aufenthaltsrecht bekommen, das die Chance zu gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bietet. Dazu gehören der vollständige Familiennachzug und der unbeschränkte Zugang zu Bildung, Ausbildung, Erwerbsarbeit und sozialen Sicherungssystemen. Diskriminierende bürokratische und teure Sondergesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz müssen abgeschafft werden. Und als erste praktische Schritte hin zu einem humanitäreren Flüchtlingsrecht gilt es, Abschiebungen zu vermeiden und Geflüchteten schnell Wege in Bildung, Ausbildung und Beruf zu öffnen.

RECHT AUF FREIZÜGIGKEIT

Wenn wir davon ausgehen, dass es das Recht eines jeden Menschen sein muss selbst zu entscheiden, wo sie oder er leben will, dann muss sich auch ein Einwanderungs- und Aufenthaltsrecht daran orientieren. Das bedeutet: Linke Einwanderungspolitik beschränkt sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl, sondern öffnet auch den Weg zu legaler Einwanderung und Wohnsitznahme in der Bundesrepublik. Dieser Vorschlag führt rasch zu einer ganzen Reihe von Fragen: Wer darf einwandern? Kommt es bei einer solch ›freien‹ Einwanderung nicht zu Lohn- und Sozialdumping und zu Konkurrenz mit ›Einheimischen‹? Befeuert das nicht Rassismus und Vorurteile?

Auch die Linke ist nicht frei von solchen Debatten. Doch wenn wir es ernst meinen mit einer Migrationspolitik, die auf Grundrechten basiert und sich an den Menschenrechten orientiert, muss die Entscheidungsfreiheit des einzelnen Menschen im Mittelpunkt stehen. Natürlich stellt eine Einwanderungspolitik auf der Basis eines allgemeinen Rechts auf Freizügigkeit erhebliche Anforderungen an eine funktionierende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Linke Migrationspolitik muss also gekoppelt sein mit entschiedenen linken Politiken in diesen Feldern. Der schon lange geforderte Umbau der sozialen Sicherungssysteme wäre dann nötig, um alle hier lebenden Menschen gegenüber sozialen Risiken abzusichern. Gleichzeitig müssen der Zugang zu Erwerbsarbeit, die Unterstützung und Beratung dabei sowie die Mindeststandards verbessert werden. Eine zentrale Rolle spielen dabei Tariflöhne sowie ein höherer Mindestlohn. Sie müssen die Existenzsicherung garantieren und dürfen keine Ausnahmen zulassen. Neben ausreichend Qualifizierungsmöglichkeiten benötigen wir eine schnellere und kostenfreie Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen der Migrant*innen, damit sie schnell den Weg zu gesellschaftlicher Integration schaffen und als gleichberechtigte Bürger*innen Anerkennung finden (vgl. Spehr in diesem Heft).

Der Schutz vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen muss für Migrant*innen genauso gelten wie für seit Langem hier lebende Menschen. Dies wird nur gelingen, wenn das Aufenthaltsrecht nicht an den Erwerbsarbeits-

platz gekoppelt ist, denn nur dann werden sich Menschen gegen Lohndumping und Ausbeutung zur Wehr setzen. Unternehmen haben dann kein Erpressungspotenzial mehr und können nicht mehr darauf setzen, dass Beschäftigte sich nicht trauen sich zu wehren oder schnell das Land verlassen.

Ein weiterer, oft genannter Einwand gegen eine grundrechtsbasierte Einwanderungspolitik ist, dass diese sehr viele Migrant*innen anziehe – das sei Wasser auf die Mühlen der »Das Boot ist voll«-Demagogie. Dagegen lassen sich verschiedene Erkenntnisse der Migrationsforschung anbringen: Zum einen wandern Menschen in der Regel dahin aus, wo sie bereits Anknüpfungspunkte haben, Freund*innen, Familie, Verwandte oder eine konkrete Aussicht auf einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplatz – wo sie also die Möglichkeit sehen, an bestehende soziale Zusammenhänge anzuschließen. Das Bild, Millionen kämen hierher und überforderten die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft, entbehrt jeder empirischen Grundlage. Mit solchen Bildern argumentierten Konservative und Reaktionäre auch gegen die EU-Freizügigkeitsregelungen nach der Osterweiterung. Die Erfahrung hat gezeigt, dass diese nur begrenzt der Wirklichkeit entsprachen.

Außerdem muss eine grundrechtebasierte Einwanderungspolitik von linken Politiken in anderen Feldern flankiert werden: Dazu gehört eine friedliche Außen-, Klima- und Handelspolitik. Schließlich sind es häufig ›unsere‹ Kriege, ›unsere‹ fossilistische Produktionsweise und ›unsere‹ Handelspolitiken, die massive globale Ungerechtigkeit, Armut, Klimakatastrophen und Elend aller Art erst verursachen, weshalb Menschen aus den betroffenen Regionen wegziehen wollen oder müssen (vgl. Lessenich in diesem Heft).

Dennoch gilt: Ein demokratisches Einwanderungsrecht erfordert die Bereitschaft der gesellschaftlichen Mehrheit sich zu öffnen, Einwanderung als Bereicherung zu betrachten und die gesellschaftliche Entwicklung gemeinsam mit den Eingewanderten voranzutreiben. Nicht Abwehr, Ausgrenzung und Abwertung des ›Anderen‹ dürfen das gesellschaftliche Leitbild bestimmen, sondern Öffnung, Neugier, die Bereitschaft, sich mit anderen gemeinsam zu verändern. Das lässt sich unter Bedingungen von ›Angstfreiheit im Wandel‹ besser erreichen als in der gegenwärtigen Situation gesellschaftlicher Prekarisierung. Ein demokratisches Einwanderungsrecht eröffnet also weitere Chancen, das Gemeinwesen der Bundesrepublik auf ein neues, demokratisches und vielfältiges Fundament zu setzen.

KEIN MENSCH IST ILLEGAL

Niemand weiß genau, wie viele Menschen illegalisiert in Deutschland leben. Sie sind in besonderem Maße von Ausbeutung und Miethaien betroffen und können ihr Leben nur sehr eingeschränkt selbst planen. Sie leben in einer Art Paralleluniversum mitten in der Gesellschaft, das von demokratischen Grundprinzipien kaum erreicht wird. Illegalisierte haben deutlich mehr Schwierigkeiten ihre Rechte einzuklagen, haben wenig Chancen auf gesundheitliche Versorgung, auf Altersvorsorge. In Berlin können ihre Kinder auf die Schule gehen, in vielen anderen Bundesländern ist nicht einmal dies möglich. Ein zentrales Element linker Migrationspolitik

ist deshalb die Legalisierung der hier lebenden Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen keinen Aufenthaltsstatus besitzen. Wir haben zu Beginn angekündigt, es gehe uns darum, eine linke Einwanderungspolitik als radikale Realpolitik zu skizzieren. Es lässt sich einwenden, dass parlamentarische Mehrheiten dafür derzeit nicht in Sicht sind. Grüne und SPD befürworten Einwanderungsgesetze, aber auf Grundlage der üblichen Nützlichkeitserwägungen. Einwandern soll dürfen, wer auf dem Arbeitsmarkt gebraucht wird. Solch utilitaristische Herangehensweisen lehnen wir ab. Und tatsächlich ist es so, dass wir noch viel konzeptionelle Arbeit leisten müssen, um ein demokratisches Einwanderungsrecht zu entwickeln, das in der Lage ist, Menschen für diese gesellschaftliche Umwälzung zu begeistern und Mehrheiten zu organisieren (vgl. Kreck/Schindler in diesem Heft). Der französische Soziologe Étienne Balibar sagte vor vier Jahren vor einer Versammlung von illegalisierten Menschen in Frankreich: »Es wird notwendig sein, dass die Gesellschaften der Gegenwart, mit ihrem Anspruch, alle Vorteile aus der Globalisierung der Kommunikations- und Geschäftsbeziehungen zu ziehen, sich dazu durchringen, ein neues Recht einzusetzen: ein Recht, das die Bewegung der Menschen, ihren Aufenthalt, ihre Arbeit, ihren sozialen Schutz betrifft und das es über die Grenzen hinweg zu etablieren gilt. Wenn dieses Recht demokratisch sein soll (und ein solches Recht wird es in Wahrheit nur als eine Fortentwicklung der Demokratie geben können), dann muss es die Migrant*innen und Flüchtlinge nicht nur vor staatlicher Willkür und fremdenfeindlichen Haltungen schützen, sondern es muss sich auf ihre eigenen Erfahrungen und Kompetenzen gründen, die in ihren legitimen Forderungen nach Freiheit und Sicherheit Ausdruck finden.« (Balibar 2013)

RADIKALE UMKEHR JETZT

Die Abschottungspolitik von EU und Bundesregierung ist zum Scheitern verurteilt. Alleine im letzten Jahr verloren über 5 000 Menschen ihr Leben im Mittelmeer. Tausende warten in erbärmlichen Camps an den EU-Außengrenzen und auf den griechischen Inseln, dass die Grenzen sich öffnen, dass sie eine kleine Chance haben, dem Elend, den Kriegen und dem Terror ihrer Herkunftsregionen zu entfliehen. Eine Gesellschaft, die von weltweiter Kommunikation, Produktion und von globalem Handel lebt, kann sich auf Dauer nicht abschotten. Deshalb geht es bei der Frage linker Einwanderungspolitik um die Neubestimmung von Demokratie und Teilhabe in einer globalisierten Welt – nicht mehr und nicht weniger. Es geht darum, die gesellschaftliche Deutungshoheit über die Migrationsprozesse, Fluchtursachen, Kriegsgründe zu erringen, und davon ausgehend eine Erzählung einer demokratischen Einwanderungspolitik zu entwickeln. Sie muss nicht nur dem rassistischen Mainstream zuwiderlaufen, sondern mehrheitsfähig werden und in der Lage sein, Perspektiven einer linken internationalen Politik hervorzubringen, die Fluchtursachen bekämpft, einen fairen Handel und soziale Gerechtigkeit weltweit ermöglicht. Das ist die Herausforderung.

LITERATUR

Balibar, Étienne, 2013: Was wir den »Sans-Papiers« verdanken. Eine Rede aus dem Jahr 1997, gefolgt von einer aktuellen Stellungnahme, http://eipcp.net/transversal/0313/balibar/de

MOVE IT!

FÜR DIE KANAKISIERUNG LINKER POLITIK

STEFANIE KRON

Die Diagnose ist bekannt: Der gesellschaftlichen Linken fehlt ein gemeinsames Narrativ. Eines, das wieder mehr Menschen anspricht und für linke Politiken begeistert. Rechtsextreme Bewegungen und Parteien in Europa propagieren eine Rückkehr zu ethnonationalistischen Formen gesellschaftlicher Organisation. Sie erzeugen damit offenbar den viel zitierten »Wärmestrom«, eine klassenübergreifende und affektive Zustimmung bei immer mehr Menschen. Dieses neurechte Narrativ erzählt Migration als potenzielle Bedrohung des Idealbilds einer homogenen Nation und wird in Deutschland vor allem von der AfD und Pegida propagiert.

Währenddessen spaltet sich die gesellschaftliche Linke in Deutschland an der Frage migrationspolitischer Strategien. Ein Teil der Partei DIE LINKE setzt in der Ansprache ihres vermeintlichen Stammklientels auf neosozialdemokratische Modelle eines nationalen Wohlfahrtsstaates, die wenig inklusiv sind. Ein eher grün-linksliberales Spektrum bewirbt das

›Miteinander der Kulturen‹ als Standortvorteil für Deutschland. Eine dritte Strömung, die von menschenrechtlichen und humanitären Motiven getragen wird, ergreift stellvertretend Partei für die sozialen Anliegen von Migrant*innen und Geflüchteten, gelten ihr diese doch als besonders verletzlich. Allesamt verkennen sie, dass mindestens ein Fünftel der bundesdeutschen Bevölkerung – über Klassengrenzen hinweg, mit oder ohne deutschen Pass – einen sogenannten Migrationshintergrund hat. In vielen anderen Ländern Europas sieht es ganz ähnlich aus. Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von 2012 zufolge ist es bei Kindern unter zehn Jahren sogar jede*r Dritte. Die meisten sozialen Milieus, die Arbeitswelt, der Bildungssektor und auch das politische Leben haben sich also migrantisiert, gesellschaftliche Netzwerke funktionieren längst transnational. Lebensformen, ob erzwungen, wie im Fall der Geflüchteten, oder selbst gewählt, wie im Fall von Bildungsmigration, sind mobiler geworden und reichen über Staatsgrenzen hinweg. Die europäischen Gesellschaften haben sich, salopp gesagt, ›kanakisiert‹.[1] Sie sind Einwanderungsgesellschaften geworden.

Diese Verallgemeinerung von Migration verläuft nicht ohne Konflikte und Kämpfe – um soziale Rechte, Bewegungsfreiheit, Teilhabe und Inklusion aller auf der einen Seite; gegen Migration und ihre gesellschaftliche Selbstverständlichkeit auf der anderen. So ist es auch ein radikal antimigrantisches Narrativ, das die neue Rechte in Europa eint. Die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan spricht hier von »Antagonismen zwischen Befürwortern und Gegnern von Vielfalt und Heterogenität« und identifiziert diese als Kernmerkmale »postmigrantischer Gesellschaften« (Foroutan 2016). Letztere seien von einem Dualismus geprägt »zwischen jenen, die unter Demokratie gleiche Rechte für alle Bürger verstehen, und jenen, die mehr Rechte für die eigene Gruppe beanspruchen (welche sie vorrangig kulturell, ethnisch, religiös und national – also ›völkisch‹ – definieren)« (ebd.). Die Einwanderungs- oder auch postmigrantische Gesellschaft ist also mitnichten ein utopischer Ort, an dem Rassismus und Ungleichheit überwunden sind. Sie ist vielmehr ein Terrain, auf dem Kämpfe um die Deutungshoheit von Demokratie, Offenheit, Teilhabe und Vielfalt ausgetragen werden.

STEFANIE KRON ist Soziologin und arbeitet seit 2015 als Referentin für Internationale Politik in der Akademie für politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Davor hat sie an der Universität Wien zur Diasporisierung der politischen Soziologie habilitiert. Sie ist seit vielen Jahren aktiv im Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet).

Was Foroutan nicht benennt, sind Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Kämpfe um Hegemonie in der postmigrantischen Gesellschaft sind jedoch zugleich Kämpfe um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Frage sozialer Teilhabe.

KÄMPFE DER MIGRATION SIND KÄMPFE FÜR ALLE

Vor diesem Hintergrund wohnt den Kämpfen der Migration ein wichtiger demokratischer Impuls inne. Sie tragen dazu bei, soziale Ungleichheiten und Defizite bei sozialen Rechten und politischer Partizipation sichtbar

zu machen – und zwar nicht nur für migrantisch markierte Gruppen, sondern für alle. Kämpfe der Migration meint daher nicht Kämpfe von Migrant*innen. Vielmehr geht es um soziale Kämpfe, die durch die gesellschaftliche Dynamik von Migration entstehen, deren Protagonist*innen aber nicht ausschließlich im engeren Sinne Migrant*innen sind, sondern Bündnisse unterschiedlicher Akteure. So erkämpften migrantische Gruppen in New York, gemeinsam mit sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und unterstützt durch die demokratische Stadtregierung, ein kommunales Identitätsdokument, das zunächst vor allem für Menschen ohne Aufenthaltstitel gedacht war. Heute ermöglicht es nicht nur undokumentierten Migrant*innen den Zugang zu kommunaler sozialer Infrastruktur, sondern auch anderen marginalisierten Gruppen wie Studierenden und Obdachlosen (vgl. Lebuhn 2016).

Die eingangs skizzierten migrationspolitischen Strategien eines Teils der gesellschaftlichen Linken tendieren hingegen zu Ethnozentrismus, Paternalismus und der Ausblendung von migrantischer Handlungsfähigkeit, auch in den eigenen Reihen. Sie sehen Migration weiterhin als Ausnahme vom sozialen Regelfall oder gar als Problem, etwa für die Bearbeitung sozialer Spaltungen. Daraus leiten sie neosozialdemokratische nationalstaatliche Regulationsmodelle ab, die Menschen mit deutschem Pass privilegieren. Oder aber sie erzählen Migration als etwas, das die Nation ein bisschen bunter macht, ohne Fragen sozialer Gerechtigkeit anzusprechen. Die dritte Strategie befördert wiederum eine promigrantische Stellvertreterpolitik, der die Annahme zugrunde liegt, die Protagonist*innen linker Politiken seien mehrheitlich herkunftsdeutsch und Migrant*innen mehrheitlich Opfer.

Die gesellschaftliche Linke sollte stattdessen gemeinsam ein neues Narrativ entwickeln – in dem Migration ein zentrales Paradigma bildet. Die in die Migration eingelassenen Praktiken, Kämpfe und Dynamiken, die Netzwerke und situierten Wissensbestände bilden eine Chance, emanzipatorische Varianten linker Politik wieder populärer zu machen. Das bedeutet nicht, Migrant*innen, Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund als neue revolutionäre Subjekte zu idealisieren. Ihre Interessen und politischen Haltungen sind ebenso heterogen und von Konflikten durchzogen wie jene der Mehrheitsgesellschaft. Vielmehr geht es darum, die Kämpfe der Migration als transformative gesellschaftliche Dynamiken zu begreifen, welche die Grenzen des Rechts und der nationalen Definitionen von Bürgerschaft immer wieder herausfordern und strukturelle Diskriminierungsformen wie Rassismus sichtbar machen. Doch was heißt es konkret, Migration als Paradigma zu denken?

GESCHICHTE, RASSISMUS UND GLOBALE BEWEGUNGSFREIHEIT

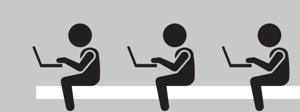
Eine Möglichkeit besteht darin, die deutsche Geschichte konsequent aus der Perspektive von Kämpfen der Migration zu erzählen. Dies versuchen etwa die Mitglieder der Gruppe Kanak Attak bereits seit Ende der 1990er Jahre (siehe u.a. Bojadzijev 2007). So wird nicht nur die Bedeutung migrantischer Kämpfe in der Arbeiterbewegung sichtbar, wie im Fall des ›wilden Streiks‹ von Gastarbeiter*innen bei Ford 1973. Hervor treten auch die allgegenwärti-

ge Bedeutung von Rassismus als Mechanismus der Spaltung und die rassistisch strukturierte Segmentierung des Arbeitsmarktes. So unterstützten die IG-Metall-Führung und der Betriebsrat im Falle des Ford-Streiks letztlich den Erhalt der Privilegien der deutschen Arbeiter*innen und die Kriminalisierung der streikenden türkischen Kolleg*innen (Karakayali 2005).

Aktuell steht das Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit im Vordergrund vieler Kämpfe der Migration weltweit. Als ein Sinnbild dessen kann der *March of Hope* im September 2015 gelten. Damals machten sich Tausende Geflüchtete, darunter viele Menschen aus Syrien, von Ungarn, wo sie wochenlang festsaßen, auf den Weg in Richtung Österreich und Deutschland. Der *March of Hope* machte Grenzübertritte zu einer kollektiven und damit politisierten Bewegung der Migration gegen die europäische Mobilitätsordnung. Die Geflüchteten traten aus dem Schatten der Klandestinität heraus und forderten offen und massenhaft ihr Recht auf globale Bewegungsfreiheit (Hess et al. 2017, 7).

Auch die gründlich vorbereiteten Erstürmungen der Grenzzäune, die Marokko von den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla trennen, sind Kämpfe für globale Bewegungsfreiheit, ebenso wie die Proteste der Geflüchtetenbewegungen in Deutschland seit den 1990er Jahren oder der Angehörigenorganisationen von Migrant*innen, die im Mittelmeer verschollen oder gestorben sind. Diese Organisationen fordern – inzwischen transkontinental vernetzt – das Recht auf sichere und legale Wege der Migration, die Grundvoraussetzung für globale Bewegungsfreiheit (vgl. Breitenbach/Schubert in diesem Heft). Nicht zuletzt sind die Sanctuary Cities in Nordamerika sowie die Städte der Solidarität in Italien, Spanien und der Schweiz Projekte zumeist linker Stadtregierungen, die aus Kämpfen der Migration hervorgegangen sind. Sie fördern das Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit, indem sie soziale Rechte von Nationalität, Staatsbürgerschaft und formalem Aufenthaltsstatus entkoppeln. Stattdessen sehen die betreffenden Stadtregierungen alle Bewohner*innen ihrer Städte als Bürger*innen mit Rechten, die es, wenn nötig, auch gegen nationalstaatliche Gesetzgebungen zu verteidigen gilt (vgl. Orlando und Heuser in diesem Heft).

Auch kritische Wissenschaftler*innen und Intellektuelle rücken die Debatte um globale Bewegungsfreiheit mittlerweile stärker in den Fokus ihrer Forschungen zu sozialen Rechten und Demokratisierungsprozessen in einer



ONLINE-DOSSIER MIGRATION

Migration fordert Vorstellungen von einer homogenen Gesellschaft heraus und bietet - für eine gesellschaftliche Linke - Anlässe einer demokratischen Erneuerung. Debatten um solche transformativen Impulse versammelt die Rosa-Luxemburg-Stiftung in einem neuen Online-Dossier. Es soll der gesellschaftlichen Polarisierung eine linke Position jenseits national-sozialer Kurzschlüsse entgegensetzen.
Unter dem Titel »Die Erweiterung des Terrains. Migrationspolitik als Transformationsprojekt« befragt Günter Piening zu Beginn zehn Expert*innen im Bereich der Migrations- und Rassismusforschung zu Perspektiven (post-)migrantischer Interventionen.
www.rosalux.de/migration



An der Grenze zu Kanada verhaftet, ©Christinne Muschi/Reuters

globalisierten Welt. In seinem aktuellen Buch »Globale Bewegungsfreiheit. Ein philosophisches Plädoyer für offene Grenzen« (2016) kritisiert Andreas Cassee eine normative Annahme, die sich auch innerhalb linker Debatten häufig findet: dass Staaten ein Recht auf Ausschluss hätten. Er vertritt hingegen, dass die »Standardsicht, der zufolge Staaten die Einwanderung nach Maßgabe der Interessen und Vorlieben ihrer Bürger unilateral beschränken dürfen, moralisch unhaltbar ist« (16). Cassee bezieht sich hier auf Joseph Carens, der eine transnationale Perspektive auf die Grundsätze der französischen Revolution entwickelt, wenn er Grenzregime und Einwanderungsbeschränkungen für nicht vereinbar hält mit dem liberalen Bekenntnis zu Freiheit und Gleichheit. Die Staatsbürgerschaft in einem wohlhabenden Land sei angesichts bestehender Mobilitätsschranken mit einem feudalen Privileg vergleichbar, da sie Lebenschancen massiv ungleich verteile. Wer das Bekenntnis zur individuellen Freiheit ernst nehme, komme nicht umhin, ein allgemeines Recht auf internationale Bewegungsfreiheit zu akzeptieren. Cassee bringt drei Einwände gegen Grenzen und Einwanderungsbeschränkungen vor: Sie verstoßen erstens gegen die individuelle Freiheit, zweitens gegen globale Chancengleichheit und (Verteilungs-)Gerechtigkeit, sowie drittens gegen demokratische Partizipation.

Die Frage der sozialen Gerechtigkeit greift auch die Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« in ihrem Plädoyer für globale Bewegungsfreiheit auf. Sie sieht die europäischen Grenzen als grundlegenden Stützpfeiler einer imperialen Lebensweise des Globalen Nordens (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014). Das Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit bilde das Fundament für die Überwindung hierarchischer globaler Machtverhältnisse und extremer sozialer Ungleichheiten.

SOZIALE RECHTE UND DIE PERSPEKTIVE DER MIGRATION

Die Forderung nach globaler Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit stellt auch die Fragen nach (Staats-)Bürgerschaft, sozialer und politischer Mitgliedschaft neu. Étienne Balibar plädiert in seinen Überlegungen zur emanzipatorischen Politik für eine »Befreiung« der sozialen (Staats-)Bürgerschaft aus ihrem national-sozialen

Korsett und damit aus ihrer historisch bedingten antiemanzipatorischen Beschränkung (Balibar, 2010, 10f). Eine Voraussetzung dafür ist die Demokratisierung der Entrechtungsmaschine Grenze (Balibar 2003). Balibars Anliegen, einer sozialen Bürgerschaft globale Gültigkeit zu verschaffen, wäre nicht nur ein erster Schritt zur Demokratisierung der Grenze. Vielmehr würde das Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit mit weiteren sozialen Rechten verbunden: auf Wohnen und würdige Arbeit, Gesundheitsversorgung und Bildung – und zwar für jede*n und überall.

Nicht zuletzt setzt das Eintreten für globale Bewegungsfreiheit und globale soziale Bürgerschaft auch der aktuellen Krise des Rechts ein emanzipatorisches Projekt entgegen: Aktuell sind es rechtsextreme Bewegungen und Parteien, die mit nationalistischen, rassistischen und antifeministischen Diskursen soziale Verhältnisse naturalisieren. Der Anspruch auf soziale Partizipation, Infrastruktur und Dienstleistungen wird hier nicht als eine Frage von Rechten betrachtet, sondern von ›natürlichen‹ Privilegien wie Herkunft und Geschlecht. Doch auch die bürgerlichen Parteien tragen zur Krise des Rechts bei. In Deutschland ist insbesondere am Beispiel des Hartz-IV- und Flüchtlingsregimes zu beobachten, dass der Wohlfahrtsstaat, der ursprünglich als etwas definiert war, worauf Bürger*innen, Einwohner*innen und Schutzsuchende ein Recht haben, heute vor allem als großzügiges Geschenk an Bedürftige gesehen wird. Ihre Körper sollen mittels dieser Regime diszipliniert werden – unter anderem durch die Einschränkung des Rechts auf freie Mobilität.

Realpolitische Projekte wie die Städte der Zuflucht und Solidarität sind keineswegs frei von Widersprüchen und Konflikten, auch innerhalb der Bündnisse, die sie erkämpfen und in konkrete Politiken umsetzen. Sie zeigen aber, dass globale Bewegungsfreiheit und globale soziale Bürgerschaft keine utopischen Forderungen bilden. Sie sind vielmehr notwendige Anpassungen an die Realität einer globalisierten Welt, Grundlage für emanzipatorische Politiken der Zukunft und Voraussetzung für die Wiederermächtigung der Menschen als Subjekte von Rechten.

LITERATUR

Balibar, Étienne, 2003: Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen, Hamburg

Ders., 2010: Kommunismus und (Staats-)Bürgerschaft. Überlegungen zur emanzipatorischen Politik, in: Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (Hg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas, Baden-Baden, 19–34

BAMF, 2012: Migrationsbericht, www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2012.pdf

Bojadzijev, Manuela, 2007: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration, Münster

Cassee, Andreas, 2016: Globale Bewegungsfreiheit. Ein philosophisches Plädoyer für offene Grenzen, Berlin

Foroutan, Naika, 2016: Postmigrantische Gesellschaften, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Sauer, Martina (Hg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration, Bielefeld, 227-254

Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa«, 2014: Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld

Hess, Sabine et al. (Hg.), 2017: Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III, Berlin

Karakayali, Serhat, 2005: Lotta Continua in Frankfurt, Türken-Terror in Köln. Migrantische Kämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Hüttner, Bernd et al. (Hg.): Vorwärts und viel vergessen, Bremen

Lebuhn, Henrik, 2016: »Ich bin New York«. Bilanz des kommunalen Personalausweises in New York City, www.zeitschrift-luxemburg.de/kommunaler-perso-new-york-city/

1 Der negative und mit rassistischen Zuschreibungen verbundene Begriff »Kanake« wurde in den 1990er Jahren etwa von der Gruppe Kanak Attak zur positiv-provokativen Selbstbezeichnung benutzt.

VOM EIN- UND AUS- WANDERN

JOCHEN OLTMER UND NIKOLAUS BARBIAN, ILLUSTRIERT VON CHRISTINE RÖSCH

In der aufgeladenen Debatte um die Fluchtbewegungen der letzten Jahre ist teils von einem »Zeitalter der Migration« die Rede, als handele es sich um ein neues Phänomen. Das Gegenteil ist richtig: Die Geschichte der Menschheit kann als eine der Migration erzählt werden. Jochen Oltmer und Nikolaus Barbian tun dies für die letzten 150 Jahre deutscher Geschichte; Christine Rösch illustriert diese Erzählung. So erfährt man etwa, wie schon das Kaiserreich Ein- und Auswanderungsland zugleich war, und auch die Binnenmigration stark. Viele Menschen versuchten elenden Verhältnissen zu entfliehen – bis ins 20. Jahrhundert hinein schickten verarmte Bauern aus den Alpen ihre Kinder nach Schwaben und Baden, damit sie sich dort als billige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft verdingen.

Für Kinder und Jugendliche gemacht, erfahren aber auch ältere Leser*innen zahlreiche weniger bekannte Details. Als ›Bilder-Buch‹ hilft es manch schiefen Blick auf heutige migrantische Bewegungen geradezurücken. Politische Bildung im besten Sinne also.

Wir drucken Auszüge aus dem 2016 bei ©Jacoby und Stuart erschienenen Titel »Ein Blick in die deutsche Geschichte«.


JOCHEN OLTMER & NIKOLAUS BARBIAN ILLUSTRATION C. RÖSCH
EIN BLICK IN DIE DEUTSCHE GESCHICHTE
Vom Ein- und Auswandern
JACOBY STUART


KÖNIGREICH
SCHWEDEN
OSTS
1816 - 1914 wanderten rund 5.5 Mio. in die USA aus
Deutsche gehen in den Westen arbeiten
Preußische Polen gehen auch in den Westen arbeiten
Schachtanlage Zwechel 1/2 1909
DEUTSCHES KAISERREICH
ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHE MONARCHIE



VOM AUSWANDERUNGSLAND
ZUM EINWANDERUNGSLAND

Hast du einen Onkel in Amerika? Nein? Aber wusstest du, dass Millionen von Amerikanern deutsche Vorfahren haben? Die Suche nach den Gründen hierfür führt uns zurück ins 19. Jahrhundert.

Das starke Bevölkerungswachstum in Deutschland führte damals dazu, dass nicht mehr alle Menschen Arbeit in ihrer Heimat finden konnten.

Wie du auf der Karte sehen kannst, begann deshalb ab etwa 1830 eine massenhafte Wanderung von Osten nach Westen. Millionen Menschen reisten von Deutschland über den Atlantik. 90 Prozent von ihnen gingen in die USA. Mit weitem Abstand folgten Kanada, Brasilien, Argentinien und Australien. Von 1861 bis 1890 waren die Deutschen die größte Zuwanderergruppe in den USA. In ihrer neuen Heimat schotteten sie sich nicht selten von ihrer Umwelt ab. Sie pflegten eifrig ihre mitgebrachte Sprache und Kultur. Wenn man an die heutigen Diskussionen über Zuwanderer in Deutschland denkt, ist das natürlich besonders interessant. Parallel zu dieser Abwanderung aus Deutschland stieg im Inland der Bedarf an Arbeitskräften nach der Reichsgründung von 1871 immens an. Die Industrie wuchs immer stärker, im Bergbau, in der Schwerindustrie, aber auch in der Landwirtschaft wurden dringend mehr Arbeiter benötigt. Zum einen verlagerten deshalb immer mehr Menschen ihren Lebensmittelpunkt aus den ländlichen Gebieten im Osten des Reiches in die städtischen Zentren im Westen. Unter ihnen waren zum Beispiel Polen, die in Preußen lebten. Zum anderen kamen aus Osteuropa Menschen nach Deutschland, zum Beispiel nach Preußen, um hier in der Landwirtschaft zu arbeiten. Die Ausländerbeschäftigung wuchs – bis 1913 auf ca. 1,2 Millionen. Nach der massenhaften Auswanderung im 17., 18. und 19. Jahrhundert wurde Deutschland in der Zeit des Kaiserreiches also zum Einwanderungsland.

KEINE WEITERE ANWERBUNG AUSLÄNDISCHER ARBEITSKRÄFTE: DER ANWERBESTOPP 1973

Mit dem Anwerbestopp vom 23. November 1973 ging eine wichtige Phase der deutschen Migrationsgeschichte zu Ende: Die Bundesregierung schloss die Büros zur Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften im Ausland. Gegenüber der Öffentlichkeit begründete sie den Anwerbestopp so: Die Wirtschaft wachse nicht mehr, deshalb brauche sie nun auch keine weiteren ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter mehr. Außerdem sei der Ölpreis in den vorangegangenen Wochen stark gestiegen, was zu einer Wirtschaftskrise führen werde.

Die wirklichen Gründe, die die Regierung veranlassten, die Anwerbung zu beenden, waren allerdings andere: Die Vorstellung, die »Gastarbeiter« kämen nur für ein paar Monate oder Jahre als Gäste, die dann wieder weggehen würden, war falsch. Die Aufenthaltszeiten vieler der angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte waren nämlich immer länger geworden, und nach einigen Jahren wurden Familienangehörige nachgeholt.

Weil aber deshalb immer mehr ganze Zuwandererfamilien in Deutschland lebten und nicht mehr nur alleinstehende Arbeitskräfte, wurden zunehmend mehr und größere Wohnungen benötigt. Außerdem interessierten sich die Einwanderer immer mehr für das, was in Deutschland passierte. Sie wollten in den Städten, in denen sie lebten, mitbestimmen. Sie protestierten gegen geringen Verdienst und schlechte Bedingungen am Arbeitsplatz. Und ihre Kinder brauchten Kindergartenplätze oder mussten in die Schule gehen.

Für all das aber brauchte der Staat zusätzliches Geld. Solche Kosten wollte die Regierung jedoch vermeiden und glaubte, mit dem Stopp der Anwerbung werde sich die Zahl der Einwanderer in Deutschland schon verringern. Sie täuschte sich.

Den meisten Menschen, die als sogenannte »Gastarbeiter« in die Bundesrepublik gekommen sind, geht es darum, möglichst viel Geld zu verdienen und möglichst wenig von dem Verdienten auszugeben. Denn ihr Ziel ist es, die in der Heimat zurückbleibenden Familien zu unterstützen oder nach einer Rückkehr mit dem gesparten Geld zum Beispiel einen kleinen Laden aufzumachen. Um Kosten zu sparen und weil ohnehin eine Rückkehr geplant ist, ziehen häufig nur die Mutter oder der Vater der Familie oder auch beide Elternteile nach Deutschland, während die Kinder bei den Großeltern oder anderen Verwandten zurückbleiben. Solche Kinder werden Kofferkinder genannt. Für sie ist die oft lange Abwesenheit der Eltern oder eines Elternteils eine große Belastung. Viele von ihnen erinnern sich selbst heute noch, viele Jahrzehnte später, an das Gefühl, allein gelassen worden zu sein.


DB


S. JONES
MARCO
£10
£7.50
SCENTED!
HYACINTHS
£4.00
3 FOR £10

GOODBYE DEUTSCHLAND

Im Jahr 2005 kam es mit 145 000 deutschen Staatsbürgern, die Deutschland den Rücken kehrten, zur größten Auswanderungswelle seit 1954. Im Jahr 2008 verließen dann schon 175 000 Deutsche das Land. Mit dem Ansteigen der Zahlen wuchs auch die Sorge in Deutschland: Man befürchtete eine neue Massenauswanderung, ähnlich wie im 19. Jahrhundert, als Millionen von Menschen nach Übersee gingen. Die Angst vor einem »braindrain«, vor einer Abwanderung von Intelligenz und Können, ging um.

Wer die Geschichte kennt, weiß es etwas besser: Die Abwanderungszahlen mögen im Verhältnis zu denen der 1970er und 1980er Jahre wirklich recht hoch erscheinen. Doch im Vergleich zur Massenauswanderung im 19. Jahrhundert waren sie eher niedrig. Deutschland schien nun auf dem Weg zu einer Balance zwischen Zu- und Abwanderung zu sein.

Außerdem ist Auswandern heute etwas anderes als vor 100 und mehr Jahren. Man wandert heute nicht mehr unbedingt auf Dauer aus. Mobilität ist heute selbstverständlich. Globalisierung und Internet lassen die einst so fernen Teile der Welt zusammenrücken. Auswanderung wird so eher zu einer Art Umzug, jedenfalls innerhalb der reichen Länder der Welt.

Die Auswanderungsziele der Deutschen lagen in den 2000er Jahren vor allem in Europa. Ihr beliebtestes Auswanderungsland war seit dem Jahr 2005 die Schweiz. Auf diese folgten erst mit großem Abstand die USA. Auch das zeigt, dass ein Vergleich mit der Massenauswanderung des 19. Jahrhunderts falsch ist, denn damals gingen noch 80 bis 90 Prozent der deutschen Auswanderer nach Nordamerika.

Doch in ihrem beliebtesten Auswanderungsland, der Schweiz, sahen sich die Deutschen jüngst vermehrt in der Rolle unbeliebter »Gastarbeiter«. So wurde ihnen unter anderem vorgeworfen, sie würden den Schweizern die Arbeitsplätze wegnehmen. Tatsächlich haben die meisten von ihnen eine feste Anstellung, und immer öfter besetzen sie auch Führungspositionen. Das führt bei vielen Schweizern zu Verunsicherung und Misstrauen. Ein lehrreicher Wechsel der Perspektive.

Alicia Jörg ist 2014 nach London ausgewandert. Nach dem »Brexit« sagt sie: »Ursprünglich wollte ich gerne London zu meiner zweiten Heimat machen. Ob das jetzt so einfach geht, weiß ich nicht. Es macht mich traurig.«

Deutsch(e) in der Schweiz. Die Sprache kann zum Reibungspunkt werden: Bleibt ein deutscher Einwanderer beim Hochdeutschen, so wird ihm nicht selten vorgehalten, sich nicht anzupassen. Versucht er Schweizerdeutsch zu sprechen, zum Beispiel indem er überall die Verkleinerungsform »-li« anhängt, so wird ihm vorgeworfen, sich lustig zu machen. Mittlerweile wird eine Vielzahl von Seminaren, Kursen und Anleitungen zur Förderung der Integration der Deutschen in der Schweiz angeboten.

Auswanderer-Soaps. Im deutschen Fernsehen gibt es seit einigen Jahren verschiedene Auswanderer-Sendungen zu sehen. Sie schildern gerade die Schwierigkeiten der Abwanderer: Häufig werden Menschen gezeigt, die ohne Sprachkenntnisse in ein fremdes Land gehen, sodass schon die Besorgung von etwas zu essen unangenehm werden kann. Sie haben Probleme, ein Haus zu finden, dass ihren »deutschen Ansprüchen« genügt, und sie wundern sich über schlechte Entlohnung, große Hitze oder darüber, dass es auch im Ausland Ämter und Behörden gibt. Auch Heimweh spielt eine große Rolle.

»DIE ASYS MÜSSEN WEG!«

HAUSTÜRBESUCHE ALS STRATEGIE GEGEN DIE SPALTUNG

ANNE STECKNER

Die gegenwärtige Debatte um Migration ist polarisiert und rassistisch aufgeladen. Den Rechten gelingt es, anstehende Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft als Konkurrenzverhältnis und Verteilungskonflikt zwischen ›uns Deutschen‹ und ›den Einwanderern‹ darzustellen. Indem sie die soziale Frage ethnisiert stellen, schließen sie an vorhandene Denkweisen an und präsentieren vermeintliche Lösungen: die Gemeinschaft der Einheimischen mit entsprechenden Vorrechten der Etablierten. Mit diesem Narrativ verwoben ist die neoliberale Erzählung vom persönlichen Erfolg, den jeder und jede im Leben haben kann, wenn er oder sie sich nur ordentlich anstrengt.

Für viele haut das aber nicht hin. Sie spüren, dass da etwas nicht stimmt. Die Unzufriedenheit mit der eigenen Lebens- und Arbeitssituation oder das Gefühl, nicht über das eigene Leben bestimmen zu können, nicht den ›verdienten‹ Anteil zu bekommen – all das beruht auf alltäglichen Erfahrungen.

In dieser Gemengelage machen sich manche auf die Suche nach Schuldigen, die scheinbar ohne die gleiche Mühe versorgt werden: »die Ausländer«, Flüchtlinge oder »Wirtschaftsflüchtlinge«, »Asys«, »Sozialschmarotzer«, »Faule« – zuweilen auch »Wirtschaftsbosse«, »Banker« und »Politiker«. Was heißt das für das Projekt einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft, das auch jene einbeziehen will und muss, die marginalisiert sind oder sich zumindest so fühlen?

Persönlich *mit* Menschen zu sprechen, denen man sonst nicht begegnet, anstatt nur *über* sie zu reden, kann hier wichtige Fragen und Erkenntnisse zutage fördern. DIE LINKE war im Herbst 2016 bundesweit in zwölf Städten unterwegs. An den Haustüren hat sie mit Menschen vor allem aus einkommensarmen Vierteln darüber gesprochen, was ihnen unter den Nägeln brennt und welche Probleme gemeinsam angegangen werden könnten. Mit geschulten Laien-Befrager*innen sind wir von Tür zu Tür gegangen und haben 379 Gespräche geführt. Die Dokumentation der Gespräche gewährt Einblicke in alltägliches Denken über Politik, Stadtteil und in Wohnverhältnisse am unteren Rand der Gesellschaft – ein Kaleidoskop der »deutschen Zustände«.[1] Immer wieder sind wir auch auf rassistische Ressentiments und sprachliche Gewalt gestoßen, auch bei aufgeschlossenen Personen. Doch selten handelte es sich um verfestigte Haltungen oder geschlossene Weltbilder. Häufig waren es spontane und im gesellschaftlichen Diskurs allseits präsente Verkürzungen oder Verschiebungen. Zugleich brachen sich Vorurteile an realen Erfahrungen, lagen Richtiges und Falsches dicht beieinander, wurden Widersprüche sichtbar. Antonio Gramsci nennt dies den »bizarren Alltagsverstand«. Es ist eine Frage der Übung, den anderen »genau so weit heraus[zu]fordern, wie es noch möglich ist, ohne dass die Beziehung zerbricht« (Schrupp 2011). Dabei kann die oft akademisch geprägte Linke einiges lernen.

LERNPROZESSE AUF BEIDEN SEITEN

Trotz rassistischer Vorurteile, die in den Gesprächen auftauchten, gab es beispielsweise ein Wissen um Fluchtursachen und die Mitverantwortung der deutschen Politik. Daran lässt sich anknüpfen.

ANNE STECKNER ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet im Bereich Strategie und Grundsatzfragen der Partei DIE LINKE. Sie war maßgeblich an dem Projekt der bundesweiten Haustürbefragungen beteiligt und schlägt sich als (Ko-)Autorin mehrerer Bildungsmaterialien seit Jahren mit der Frage herum, wie man komplizierte Zusammenhänge in verständliche Formate bringt und so mehr Interessierte als die ohnehin Eingeweihten erreicht.

Eine Rentnerin aus Leipzig-Gohlis bringt im selben Atemzug die vermeintlich fehlende Arbeitsmoral der Flüchtlinge und die Waffenexporte deutscher Firmen zur Sprache. Ihre Nachbarin findet, die Flüchtlinge sollten entweder »wieder zurück« oder »sich integrieren«, hatte aber »selbst noch nie Probleme mit Ausländern«. Verantwortlich für die gegenwärtigen Entwicklungen seien für sie ebenfalls Waffenverkäufe in Bürgerkriegsländer. Ein Fahrkartenkontrolleur aus Essen-Frohnhausen glaubt, Flüchtlinge seien kriminell, und fordert zugleich, die Kriege müssten aufhören.

Analysen über die erstarkende Rechte weisen auf beunruhigende Verschiebungen im Feld des Mach- und Sagbaren hin. Doch so manche Debatte um Alltagsrassismus neigt dazu, die Aussagen von Menschen mit weniger Übung im differenzierten Argumentieren zu wörtlich statt ernst zu nehmen. Rassismus ist keine Frage der Bildung, die Ausdrucksweise schon.

Es mag gewöhnungsbedürftig sein zu ergründen, welchen ›Sinn‹ eine rassistische, sexistische Harter-Kerl-Aussage für das Gegenüber ergibt. Durch zugewandtes Nachfragen und pointierten Widerspruch lässt sich aber herausfinden, welchen Stellenwert die Aussage im Denken einnimmt, wie gefestigt das Weltbild ist und ob es belastbare Ansatzpunkte für gemeinsames Handeln gibt. Manche meinen die Dinge auch genauso, wie sie es sagen. Ob es so ist, lässt sich aber nur im direkten Gespräch klären, denn Menschen aus einkommensarmen Vierteln publizieren selten Artikel und werden für gewöhnlich nicht in Talkshows eingeladen.

Ein überzeugter AfD-Wähler aus Dresden-Prohlis lässt sich in seiner Sicht auf die Welt nicht beirren: »Abschieben. Im Meer auskippen oder erschießen. Auch deutsche Assis. Frauen, die mit drei Assis schlafen.« Werden frauenverachtend-rassistische Aussagen in solcher Klarheit vorgetragen, sind Grenzen leicht zu ziehen. Wir beenden das Gespräch, es warten noch viele Türen.

Gemeinsamkeiten ausloten oder eine Grenze ziehen? Das ist ein Lernprozess. Hierfür muss man raus aus der Komfortzone. Die persönliche Echo-Kammer, die Facebook-Bubble, den intellektuellen Stammtisch auch mal zu verlassen, ist eine nicht zu unterschätzende Gelegenheit, die eigene Sprache, politische Praxis und lieb gewonnene Gewissheiten zu überprüfen. Zu wissen, wie es ›da unten‹ aussieht und welche Bewältigungsstrategien es gibt, kann helfen, ein Gespür für die Facetten des versehrten Lebens zu entwickeln. Die Prekarität von Akademiker*innen mit reichlich sozialem Kapital (und manchmal elterlichem Wohlstand) sieht anders aus als die Armut der Abgehängten oder die Abstiegsängste der Reihenhaus-Mittelklasse.

Hinzu kommt, dass in den Begegnungen die angesprochenen Themen zuweilen zweitrangig waren, das Interesse am gemeinsamen Gespräch den Ausschlag gab. Kontakt sticht Inhalt? Das zwingt Linke, ihr angestammtes Terrain – die Kraft des Arguments, der nüchterne Verweis auf Fakten – zu erweitern. Es ist herausfordernd, mit Unbekannten in kurzer Zeit einen persönlichen Kontakt aufzubauen – wo möglich, von Empathie getragen – und zugleich das politische Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. In dem Vertrauen, dass Menschen sich einlassen, wenn ihnen aufrichtiges Interesse entgegengebracht wird.

DEUTUNGEN ANBIETEN UND DISKURSE VERSCHIEBEN

Ein 50-jähriger Gärtner aus Bremen-Gröpelingen, der als Vorarbeiter in einer Justizvollzugsanstalt arbeitet, begegnet uns zunächst reserviert. Er ist der Auffassung, die LINKE käme sowieso »nie in die Position« etwas ändern zu können. Außerdem »holt ihr Linken zu viele Flüchtlinge rein, das können wir nicht bezahlen!« Auf die berufliche Situation angesprochen, entgegnet er, er könne nicht klagen, sein Gehalt sei ausreichend. Wir seien bei ihm halt an der falschen Adresse. Doch dann platzt es raus: »Die Leiharbeiter verdienen



Am 21. Januar 2017, dem ersten Amtstag von US-Präsident Donald Trump, gingen in mehreren Großstädten der USA und in zahlreichen anderen Ländern Hunderttausende für Frauen- und Menschenrechte auf die Straße. Allein in Washington kamen etwa 700 000 Menschen zum Women's March. Molly Adams/flickr ⓘ

viel weniger als ich, gerade mal den Mindestlohn. Dabei machen sie die gleiche Arbeit. Sie sollten das Gleiche bezahlt kriegen, sie haben es verdient.« Wir pflichten ihm bei und stellen Fragen zu den Gehaltsunterschieden und zum Verhältnis zwischen ihm als Vorarbeiter und »dem Team«, für das er verantwortlich ist. Ab diesem Moment entspannt sich die Situation. Unsere Frage, ob in seinem Team auch Menschen seien, die noch nicht so lange in Deutschland lebten, bejaht er – ebenso unsere Nachfrage, ob er mit denen denn auch gut klarkäme. Wir haben nun einen gemeinsamen Nenner: dass alle, die die gleiche Arbeit leisten, auch das Gleiche kriegen sollten – unabhängig von Herkunft oder Pass. Zumindest während des Gesprächs bekommt »diese Flüchtlingssache« einen anderen Dreh und einen geringeren Stellenwert.

Es geht nicht darum, zu Rassismus zu schweigen. Sondern ihn alltagsnah zu entziffern und andere Deutungsangebote zu machen. Den Sinn dieser zuweilen mühseligen Arbeit schildert der Soziologe Didier Eribon: Die französische Arbeiterklasse war auch früher schon rassistisch und homophob. Doch der Kommunistischen Partei gelang es, ihr ein politisches Angebot zu machen, das die Klassenidentität ins Zentrum rückte. Sie kanalisierte die Wut der Ausgebeuteten in einen gemeinsamen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und

gab rechten Parolen keinen Resonanzraum – wenngleich auch Arbeiterparteien nicht frei von Rassismus und Sexismus sind.

»Meine kleine Tochter hat nur türkische Freunde. Die Eltern in der Kita gehen auf Abstand, wenn sie hören, dass ich Muslima bin«, klagt eine Türkin (ohne Kopftuch) aus Essen-Frohnhausen. Zugleich fordert sie, man müsse konsequenter gegen »Hartz-IV-Schmarotzer« vorgehen.

Eigentlich banal: Es gibt keine homogenen Gruppen, weder unter Bio-Deutschen noch bei Einwander*innen. Von Rassismus betroffene Menschen können selbst rassistisch, wohlstandschauvinistisch oder behindertenfeindlich sein, Behinderte frauenverachtend, Frauen klassenblind. Das macht die quer dazu liegende Frage so wichtig: entlang welcher Interessen sich Gemeinsamkeiten entdecken und artikulieren lassen, ohne individuelle Unterschiede zu leugnen. Denn Geldsorgen, Zukunfts- oder Abstiegsängste, Leistungsdruck, Planungsunsicherheit und sexistische Sprüche betreffen Menschen mit und ohne deutschen Pass. Doch das Wissen oder die Erfahrung, zur Arbeiterklasse zu gehören, wird verdrängt von der Anrufung, Deutscher oder eben Türkin zu sein.

Vor uns steht ein Rentnerehepaar aus Dresden-Prohlis mit klassischer ›Ostbiografie‹. Beide waren in der DDR berufstätig, der Mauerfall kam mitten im Leben. Sie hangelte sich nach der Wende durch verschiedene Jobs und ABMs, unterbrochen von Phasen der Erwerbslosigkeit. Er erlitt einen Arbeitsunfall. Jetzt reicht die Rente nicht, beide müssen hinzuverdienen. Kürzlich kam eine neue Mieterhöhung. Sie reagieren zunächst ablehnend: »Man wird als Nazi beschimpft, wenn man zu Pegida geht. Wir sind keine Nazis. Aber die vielen Flüchtlinge, die kriegen alles, während unsereins ...« – eine weithin bekannte Argumentationsfigur. »Also, meines Wissens nach leben die meisten Flüchtlinge hierzulande am Rande des Existenzminimums«, ist unser Punkt. Es entsteht noch keine Verbindung. Wie lässt sich der Frust anerkennen, aber das Gesagte anders rahmen und dem Unmut eine andere Stoßrichtung geben? »Dass die Miete schneller steigt als die Rente, das hören wir oft. Mal angenommen, Sie hätten Recht und man würde den Flüchtlingen jetzt nichts mehr geben. Wären die von Ihnen genannten Probleme dann weg?« Die Frage bringt ein nachdenkliches Moment in das Gespräch.

In Abwandlung fragten wir an anderen Haustüren: »Wenn Sie an die Zeit zurückdenken, bevor die vielen Flüchtlinge kamen. Ging es Ihnen da besser?« Oder »Wer profitiert davon, wenn wir uns gegeneinander ausspielen lassen?« Wenngleich solche Fragen noch kein Weltbild umkrempeln, so erzeugten sie doch oft einen Riss in der scheinbar bruchlosen Überzeugung.

Die Erfahrung von Entbehrung ist ja real, nur die Erklärung ist falsch. Die Einwanderung habe sich, so der britisch-indische Publizist Kenan Malik, »zu einer Art Linse entwickelt«, durch die viele Menschen gesellschaftliche Probleme wahrnähmen. »Solange wir Migranten als Sündenböcke für solche Probleme missbrauchen, übersehen wir aber die zugrundeliegenden Ursachen für [...] das Gefühl vieler Leute, politisch abgehängt und an den Rand gedrängt worden zu sein« (Malik 2017). Diese Ursachen klar und verständlich zu benennen, ohne dem Gegenüber die eigenen Erfahrungen abzusprechen – darin

besteht die Herausforderung. Die Reaktionen an den Türen zeigen aber: Die Problemdefinition zu ändern und damit den Diskurs über die »Flüchtlingskrise« zu verschieben, ist zumindest in kleinen Schritten möglich. Umgekehrt sprachen sich auch Menschen mit schmalem Geldbeutel direkt für mehr Unterstützung der Flüchtlinge aus. Offenheit oder Vorbehalte gegenüber Nichtdeutschen sind also nicht zwangsläufig eine Frage des Einkommens.

BEZIEHUNGEN STIFTEN ANGESICHTS VON SPALTUNG UND OHNMACHT

Die Erfahrung, keine Kontrolle über das eigene Leben, kaum Gestaltungsmacht zu haben, teilten viele unserer Gesprächspartner*innen. Für den Umgang damit gibt es unterschiedliche Verarbeitungsmöglichkeiten: »Ich mach' nicht mehr mit« (Rückzug, Wahlenthaltung) oder »Ich wähle AfD« sind zwei davon. Handlungsfähigkeit zusammen mit anderen (wieder) erfahrbar zu machen, ist daher ein strategischer Ansatzpunkt alltagsnaher Organisierung. Dieser »Kampf um Souveränität« (Pieschke 2016) könnte ein gemeinsamer Nenner unabhängig von Herkunft und Nationalität sein.

Nur Leidensdruck allein ist oft nicht ausreichend, um aus Vereinzelung und Passivität herauszufinden. Zumal die Intuition ja nicht falsch ist: Jeder Versuch aufzustehen und sich zu widersetzen birgt das Risiko des Scheiterns.

Aufgrund seines ausländischen Nachnamens hat ein 36-jähriger erwerbsloser Kasseler noch nie in einem regulären Beschäftigungsverhältnis gearbeitet, immer nur als Leiharbeiter gejobbt. Seine wiederholte Erfahrung »Man kann eh nichts machen, das ändert sich nicht« hat sich zu einer persönlichen Überzeugung verfestigt, an der im Gespräch nicht zu rütteln ist. Auch Beispiele erfolgreicher Kämpfe, die das Gegenteil zeigen, überzeugen ihn wenig.

Wie lässt sich Menschen mit Ohnmachtsgefühlen vermitteln, dass nichts so bleiben muss wie es ist, dass man gemeinsam was erreichen kann, wenn zugleich aus allen Lautsprechern das Versprechen »Jeder kann es schaffen, deswegen ist auch jeder da, wo er hingehört« dröhnt? Es erfordert Geduld und Einfühlungsvermögen, im gespaltenen Alltag neue Beziehungen zu stiften und Perspektiven aufzuzeigen. Überhaupt mit anderen ins Gespräch zu kommen, kann ein erster Schritt sein. Zumal sich bei genauerem Hinsehen eigensinnige Formen finden, in denen sich arme Menschen in prekären Lebenslagen gegenseitig stützen, ja informell organisieren.

Das wirft weitere drängende Fragen auf: Wie kann die Linke den Verlust von solidarischen Räumen und Sicherheitszonen außerhalb der Kleinfamilie auffangen? Wie lässt sich das Bedürfnis nach Gemeinschaft, Aufgehobensein – ja Heimat – aufgreifen und emanzipatorisch füllen? Kann, muss die Linke mehr Sinn für Pathos und Emotionen entwickeln? Und wie steht es um klassen- und milieu-*übergreifende* Orte der Begegnung? Das viel beschworene Mitte-unten-Bündnis zu schmieden ist angesichts von Distinktion und Abschottung der Mittelklasse kein Zuckerschlecken. Die heterogenen Klassenlagen im Prekariat bringen individuell sehr unterschiedliche Unterdrückungserfahrungen hervor. Ohnehin existierende Spaltungen werden von den politischen Eliten noch befeuert.

POLITISCHE WIRKSAMKEIT VON LINKS

Die Strategie, »zuerst die verschiedenen dissidenten Milieus anzusprechen, die sich – von sich aus! – politisch links artikulieren« (Seibert 2016), läuft Gefahr, dass Bürgerkinder unter sich bleiben. Gesellschaftliches Engagement ist abhängig von Bildung, Einkommen und Wohnumfeld – eine Klassenfrage. Akademiker*innen, das zeigen Studien, sind in allen politischen Organisationen überrepräsentiert. Nicht zufällig finden sich unter denen, die in der Flüchtlingshilfe engagiert sind – neben Frauen und Menschen mit Migrationsbiografie – überproportional viele Hochqualifizierte und finanziell Abgesicherte. Politisches Bewusstsein ist auch eine Frage der Sozialisation. Einfach ›von sich aus‹ artikulieren sich jedenfalls die wenigsten links, schon gar nicht, wenn die gesellschaftliche Stimmung nach rechts zu kippen droht. Und wenn die sozialen Auseinandersetzungen eines schönen Tages auch die Eigentumsverhältnisse antasten sollen: Wie soll das möglich sein ohne die Mehrheit derer, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft? Ohne das auch weibliche, auch migrantische, auch gebildete Proletariat? Es geht um die Frage politischer Wirksamkeit für verändernde Impulse von links.

Will die Linke mehr sein als ein szeniger Haufen, gilt es, auch Menschen zu gewinnen, die sich nicht von selbst einbringen – aber erreichbar sind. Dass gerade diejenigen, deren Interessen der Linken nicht egal sein dürften, sich häufig aus Politik und Gesellschaft zurückziehen, hat viel mit dem prekären Leben zu tun. Innerhalb der LINKEN wird seit einiger Zeit diskutiert, wie die Partei sich in einkommensarmen Vierteln verankern und deren Bewohner*innen in der (Selbst-)Organisierung rund um alltagsrelevante Auseinandersetzungen begleiten und stärken kann. Aufsuchende Gespräche sind ein zentraler Bestandteil davon. Das hat nichts mit Sozialromantik oder verklärtem Blick auf die vermeintlich verschwundene Arbeiterklasse zu tun. Sondern mit der Gewissheit, dass ein emanzipatorisches Projekt keins ist, wenn die Prolet*innen nicht mit von der Partie sind.

»Die Asys [Asylbewerber] müssen weg, die sollen verschwinden!«, fällt einer jungen Alleinerziehenden als Erstes auf die Frage ein, was ihr besonders unter den Nägeln brenne. Sie bewohnt mit einem Säugling und einem Kleinkind eine Zweizimmerwohnung in einem heruntergekommenen Plattenbau in Bernau-Süd. Während sie an der Türschwelle Haarfärbemittel in einer Plastikschale anrührt, erkundigen wir uns nach den Dingen, die ihr das Leben schwer machen: Schikane beim Amt, fehlende Kinderbetreuung, zu kleine Wohnung. Wir bestärken sie, dass das wirkliche Probleme sind – mit dem Hinweis, dass es die ja schon vor den steigenden Flüchtlingszahlen gegeben habe. Auf die spätere Frage, ob sie eigentlich wählen gehe bei den Bundestagswahlen, wird sie einsilbig. Wir wagen die direkte Frage, ob sie schon mal überlegt habe, AfD zu wählen. Wie aus der Pistole geschossen erwidert sie: »Naja, nee. Das weiß ich doch selbst, dass das nix bringt!« Wir pflichten ihr bei. Ihre nicht genauer begründete Wut auf die »Asys« stellen wir – zunächst – hintenan und laden sie ein, mal bei einem Treffen im Kiez vorbeizuschauen. Sie gibt uns ihre Telefonnummer. Ein dünnes Band, an das sich anknüpfen lässt.

In vielen einkommensarmen Gebieten erreicht die LINKE überdurchschnittliche Ergebnisse – Seite an Seite mit Sympathien für rechte Parolen. Doch der größte Teil der Bewohner*innen geht gar nicht wählen.[2] Hinzu kommt: Im medialen Kreuzfeuer haben linke Positionen bekanntermaßen wenig Schnitte. Den persönlichen Kontakt hat die Linke indes selbst in der Hand.

Gelungene Ansprache ist notwendig, aber nicht hinreichend. Sie kann Organisierung nicht ersetzen. Ein »kurzfristiger Flirt« reicht nicht aus, »es braucht lange und mühselige Beziehungsarbeit, damit eine stabile Basis entstehen kann« (Pieschke 2016). Mit den Haustürgesprächen hat die eigentliche Arbeit erst begonnen. Jetzt gelte es, potenzielle »Viertelgestalter« (Hoeft et al. 2014) nicht nur zu identifizieren, sondern auch gezielt zu qualifizieren. Damit sie sich auf kollektive Formen des Führens verständigen, in denen jede*r ihre oder seine Art der Beteiligung finden kann.

Und da liegt die Krux. Mancherorts hat die LINKE mit Strukturproblemen zu kämpfen: ausgelaugte Ehrenamtliche, weiße Flecken in ländlichen und kleinstädtischen Gebieten, lähmender »Gremiensozialismus«, Konzentration der Ressourcen auf Parlamentsarbeit. Die LINKE steht vor der Herausforderung, wie sie neu Angesprochene nachhaltig einbindet, wie sie dafür Ressourcen verschieben kann und wie sich die Partei verändern muss, um für mehr Menschen attraktiv zu sein, die nicht aus den üblich verdächtigen Zusammenhängen kommen. »Und nicht zuletzt braucht es einen Kulturwandel innerhalb der Partei, bis sich die Erkenntnis durchsetzt, dass Anträge und Talkshows nur ein Teil des politischen Geschäftes sind und Demokratie den Dialog mit den Menschen voraussetzt, deren Interessen man vertreten will. Aber irgendwann muss man ja damit anfangen. Zudem kann die LINKE aus ihrer Geschichte als Kümmerer-Partei an wertvolle Erfahrungen in diesem Gebiet anknüpfen.« (Schlemermeyer 2017, 17)

LITERATUR:

Hoeft, Christoph et al., 2014: Wer organisiert die »Entbehrlichen«? Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Stadtquartieren, Bielefeld

Kahrs, Horst, 2016: Wer wählt die AfD – und warum?, https://oxiblog.de/wer-waehlt-die-afd/

Malik, Kenan, 2017: Für offene Grenzen, ipg-Journal, 2.1.2017

Pieschke, Miriam, 2016: Vom kurzen Flirt zur langfristigen Beziehung, *LuXemburg* 2/2016, 108–113

Seibert, Thomas, 2016: Rot-Rot-Grün: Die Arbeiterklasse wird's nicht tun, *neues deutschland,* 7.12.2016

Schlemermeyer, Jan, 2017: Knockin' on Doors in New York, DISPUT 1/2017

Schrupp, Antje, 2011: Wie man radikal ist, https://antje-schrupp.com/2011/03/09/wie-man-radikal-ist

---

1 Für ihre Schilderungen und Anregungen herzlichen Dank an Barbara Fried, Katja Kipping und Miriam Pieschke.

2 Entgegen weitläufiger Annahmen stimmen die »Unterschichten« nicht überdurchschnittlich häufig für rechte Parteien. Auch die Alternative für Deutschland wird nicht primär von Armen und Abgehängten gewählt, sondern »weit überdurchschnittlich […] erstens von Männern und zweitens von Wählern und Wählerinnen mit einem mittleren Bildungsabschluss, also 10. Klasse und Abitur, leicht unterdurchschnittlich von denjenigen mit maximal Hauptschulabschluss und deutlich unterdurchschnittlich von Menschen mit (halb-)akademischen Berufsabschlüssen. […] Angehörige der Unterschicht ohne eine Perspektive, der eigenen Klassenlage zu entkommen, vor allem: das neue Dienstleistungsproletariat, gehen wie schon seit zwanzig Jahren eher gar nicht wählen« (Kahrs 2016).

INTERVIEW

»WIR WOLLEN SELBST UNSERE SITUATION VERBESSERN«

GESPRÄCH ÜBER DAS ENGAGEMENT FÜR DIE RECHTE GEFLÜCHTETER MENSCHEN IN EUROPA UND AFRIKA

TRÉSOR

Du hast Voix des Migrants in Deutschland gegründet. Warum?

Ich habe am eigenen Leib erfahren, wie Migrant*innen in Deutschland in kompletter Isolation in Lagern leben. Damals galt die Residenzpflicht, das heißt, man durfte seinen Landkreis nicht verlassen, sich nicht weit vom Lager wegbewegen. Das Dublin-II-Abkommen schrieb vor, Asylverfahren hätten in dem ersten EU-Staat stattzufinden, den ein*e Asylsuchende*r erreicht. Später wurde mit Dublin III auch die Speicherung von Fingerabdrücken und weiteren Daten erlaubt. Ich wollte zu dieser Situation nicht länger schweigen. Nach vielen Gesprächen mit Freunden und Bekannten war klar: Wir müssen uns Gehör verschaffen und mit eigener Stimme für unsere Rechte kämpfen. Daher auch der Name: Voix des Migrants – Stimme der Migranten.

Ist Vois des Migrants also eine Stimme für die Rechte von Geflüchteten?

Das europäische Asylsystem diskriminiert Menschen und behandelt sie, als ob sie nicht gleichwertig wären. Wir sagen: Wir wollen keine Gefangenen in den Asylunterkünften sein. Wir begannen damals die Diskussion darüber in den sozialen Netzwerken, bei Facebook und auf unserer Webseite www.voixdesmigrants.com und teilten Informationen über die Situation in verschiedenen europäischen Ländern. Nach einem Jahr kamen auch Leute aus Afrika dazu, die gerade auf dem Weg nach Europa waren. Darüber habe ich mich sehr gefreut, denn auch darum ging es bei Voix des Migrants: andere, die noch unterwegs sind, zu ermutigen und ihnen Informationen mit auf den Weg zu geben.

Was ist euer Ziel in Europa?

Hier geht es vor allem darum, die Leute aus der Isolation zu holen und mit anderen zusammenzubringen. Das Asylsystem macht einen müde und passiv. Wir sind in Unterkünfte gegangen, haben mit den Leuten darüber gesprochen, dass wir alle unter ähnlichen Bedingungen leben und dass es wichtig ist eigene Stärke zu entwickeln. Wir haben Kampagnen gestartet. 2014 gab es den großen Protestmarsch nach Straßburg und Brüssel, um gegen

die EU-Grenzagentur Frontex zu protestieren. Letztes Jahr haben wir die No-Stress-Tour durch mehrere Lager gestartet. Bei dieser ging es darum, eine Kultur des Zusammenlebens zu entwickeln. Nachdem Angela Merkel die Grenzen für Menschen aus Syrien geöffnet hatte, war die Situation in vielen Lagern schwierig. Auf einmal gab es ›gute Flüchtlinge‹, nämlich jene aus Syrien, und ›schlechte Flüchtlinge‹ von anderswo. Zugleich traten neue Richtlinien in Kraft, um mehr Menschen aus afrikanischen Ländern und Afghanistan abzuschieben. In vielen Lagern herrschte totales Chaos. Das Ziel der No-Stress-Tour war, nach Gemeinsamkeiten zu suchen. Wie können wir als Geflüchtete zusammenleben? Wir haben zusammen gegessen, Fußball gespielt, gesungen, unsere Fluchtgeschichten ausgetauscht. Das scheinen auf den ersten Blick nicht unbedingt politische Aktivitäten zu sein, aber in dieser Situation war es etwas sehr Politisches.

Es gab schon eine Protestbewegung von Geflüchteten, die 2012 mit dem Marsch von Nürnberg nach Berlin begonnen hatte. Spielte die für euch eine Rolle?

Ja, es war wichtig zu erleben, wie im Protestcamp am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg Leute aus unterschiedlichen Kontexten zusammenkamen, zum Beispiel Asylbewerber*innen in Deutschland mit Leuten, die in Italien angekommen waren. Ihre Probleme waren ganz andere als unsere. Das Camp am Oranienplatz war ein Beispiel dafür, wie man solidarisch protestieren kann. Dieser Punkt ist für mich sehr wichtig (vgl. Interview mit Turgay Ulu in *LuXemburg* 1/2014, 62–65). Wir können nicht allein kämpfen.

TRÉSOR ist Gründer von Voix de Migrants in Deutschland, einer transnationalen Organisation, die der Coalition Internationale des Sans-Papiers et Migrants (CISPM) angehört und Aktivist*innen in europäischen und afrikanischen Ländern vernetzt. Nach einer zehnjährigen Reise ist er im November 2013 als Geflüchteter nach Europa gekommen. Inzwischen lebt er in Berlin.

Worin besteht eure Arbeit konkret?

Wir versuchen, über verschiedene Netzwerke Hilfe für Menschen, die flüchten, zu organisieren. Ich bin auch Mitglied beim Alarm Phone (vgl. *LuXemburg* 1/2016), das bei der Seenotrettung im Mittelmeer hilft. Inzwischen mit Erfolg: Immer mehr Menschen werden durch das Alarm Phone gerettet.
Ein anderes Projekt von CISPM war eine Kampagne gegen das Dublin-III-Abkommen. Auch heute noch hat Dublin III den Effekt, dass immer mehr Menschen in die europäischen Länder zurückgeschickt werden, in denen ihr Fingerabdruck zuerst registriert wurde. Es geht uns darum zu zeigen, dass wir als Flüchtlinge selbst Verantwortung übernehmen und etwas für unsere Situation tun können. Wir wollen dadurch auch dem Paternalismus gegenüber geflüchteten Menschen entkommen. Im Mai planen wir wieder eine Kampagne gegen Frontex. Im Moment konzentrieren wir uns stark auf Afrika. Die europäische Politik versucht, die Migrationsfrage durch die Aufrüstung der Grenzen zu lösen, und sie lagert ihre Grenzen in afrikanische Länder aus. Wir gehen deshalb zurück in unsere Heimatländer und sprechen dort über unsere Erfahrungen.

Warum ist es für euch wichtig, sowohl hier mit Leuten zu arbeiten, als auch dort mit Leuten, die vorhaben, nach Europa zu gehen?
Das ist eine direkte Antwort auf die europäische Migrationspolitik. Es geht darum zu zeigen, dass die Situation in Europa nicht nur schön ist und dass man auch in seinen Heimatländern etwas tun kann. Ich habe zehn Jahre gebraucht, um nach Europa zu kommen, und bin dabei vielen Leuten begegnet. Ich habe gesehen, wie sie leiden, und dass sie gehen, ohne zu wissen, was sie auf dem Weg erwartet, ohne die Situation und die europäische Migrationspolitik zu kennen. Für mich ist es daher wichtig, dorthin zurückzugehen und mich mit lokalen Initiativen zu vernetzen. Vor Kurzem war ich in Mali, wohin ich 2010 abgeschoben worden war. Jetzt habe ich dort Leute getroffen, die Geflüchtete unterstützen, die Initiative ARACEM zum Beispiel. Das steht für die Vereinigung der aus Zentralafrika Abgeschobenen in Mali. Ich habe erzählt, dass ich auch unter diesen Bedingungen gelebt habe. Die Abgeschobenen hat das ermutigt.

Es gibt aber auch viele, die gar nicht nach Europa wollen. Letzten Sommer war ich in Kamerun. Gerade junge Leute fragen sich dort, wie sie ihr Leben bestreiten sollen. Eine Jurastudentin erzählte mir, sie würde nach ihrem Studium gern ein Anwaltsbüro eröffnen. Aber sie hat keine Ahnung, wie sie das Geld dafür aufbringen soll. Nach Europa will sie nicht, der Weg ist ihr zu gefährlich. Ich hatte viele solcher Gespräche. Das heißt, wenn wir über Migration sprechen, müssen wir auch darüber nachdenken, wie eine Zusammenarbeit zwischen hier und dort aussehen kann. Wie können wir die Leute unterstützen, die bleiben wollen?

Was müsste getan werden, in Kamerun zum Beispiel, damit Menschen entscheiden können, ob sie bleiben oder aufbrechen?
Wir müssen das Wissen über die Situation von Flüchtlingen verbreiten. Die meisten Leute denken bei Migration an die europäischen Grenzen und die nordafrikanischen Länder: Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen. Dabei kommt nur ein kleiner Teil überhaupt nach Nordafrika. In Kamerun leben mehr als drei Millionen Geflüchtete, aus der Demokratischen Republik Kongo, aus Tschad – bei einer Bevölkerung von gerade mal 25 Millionen. Das weiß aber in Deutschland kaum jemand. Kamerun schiebt Menschen in andere Länder ab. Uns geht es darum, über die realen Bedingungen aufzuklären, sodass die Leute das Thema Flucht und Migration besser verstehen.

Wenn du in afrikanischen Ländern sprichst, was erzählst du über Europa?
Ich spreche zum Beispiel über die neuen politischen Vereinbarungen zwischen europäischen und afrikanischen Staaten, darüber, was die Leute erwartet auf dem Weg nach Europa. Wir sagen aber niemandem »Kommt nach Europa« oder »Kommt nicht«. Wir bieten Informationen, damit die Leute besser Bescheid wissen und verantwortlicher entscheiden können.

Hier wird viel über Fluchtursachenbekämpfung gesprochen, teils auch um Migration zu begrenzen. Was müsste passieren, um die Situation in den Herkunftsländern zu verändern?
Wenn Politiker*innen aus Europa nach Afrika gehen und Kontakt suchen, ist das ja erstmal eine gute Sache. Aber wohin gehen sie, mit



Protestierende des Women's March treffen auf einen Zug von Trump-Unterstützer*innen, 21. Januar 2017 in Chicago, Molly Adams/flickr ⓘ

wem reden sie? Was ist das Ergebnis ihres Engagements? Sie müssten Kontakt zur lokalen Bevölkerung aufnehmen, ihr zuhören. Was brauchen sie, was wollen sie, wie kann man sie unterstützen. Wenn es darum ginge, wäre das doch ganz einfach – und viel besser, als sich an die Regierung zu wenden. Politiker*innen aus Europa verhandeln aber lieber mit Regierungen oder großen internationalen Organisationen, ihnen geht es also um etwas anderes. Wir müssen aber auch unsere eigene Art zu denken hinterfragen. Denn seit der Kolonisation und der Sklaverei sind wir gespalten und getrennt, Afrika ist durch koloniale Grenzen zerschnitten. Die Bevölkerung in Kamerun zum Beispiel ist in verschiedene Gruppen gespalten. Viele Bamiléké wollen nichts mit Haussa oder mit Bassa zu tun haben. Was tun wir gegen diese Spaltung? Die Regierungen machen sie sich zunutze, sie tun immer nur etwas für bestimmte Leute. Es geht also darum, diese Spaltungen zu überwinden und gemeinsam etwas aufzubauen. Wenn wir über Grenzen sprechen, sollten wir nicht nur über die Grenzen Europas sprechen, sondern auch über die kolonialistischen Grenzen Europas in Afrika. Wenn ich Kamerun verlassen und nach Nigeria gehen will, muss ich auch meinen Pass zeigen, auch dort ist eine Grenze.

Das Gespräch führte Stefanie Kron. Aus dem Englischen von Jan Ole Arps

TRAMPELPFADE STATT EINBAHNSTRASSEN

WARUM SICH ARBEITSMARKTINTEGRATION AN MIGRANTISCHEN PRAXEN ORIENTIEREN SOLLTE

CHRISTOPH SPEHR

»Reporting from the Front« war das Motto der Architekturbiennale, die von Mai bis November 2016 in Venedig stattfand. Globale Migration als fundamentales Muster und elementare Herausforderung zog sich als roter Faden durch die Ausstellung. Der deutsche Pavillon »Making Heimat – Germany, Arrival Country« war einer der herausragenden Beiträge. Gestaltet von der deutschen Architektin Anna Scheuermann und dem kanadischen Migrationsforscher Doug Saunders, illustrierte er anhand von acht Thesen, was eine erfolgreiche »Einwanderungsstadt« ausmacht. Einwanderungsstädte, »Arrival Cities«, sind Städte oder Stadtviertel, in denen besonders viele Zuwander*innen in den ersten kritischen Jahren nach ihrer Ankunft wohnen.

Eine von Saunders' Thesen lautet: »Die Arrival City ist informell.« Denn die Einwanderungsstadt ist geprägt von Arbeitsverhältnissen, Geschäften und Unternehmen, die nicht unbedingt unseren Standards von Normalarbeitsverhältnissen entsprechen. Etwa

wie im Dong Xuan Center im Osten Berlins, eigentlich ein Gewerbegebiet für Großhandel. Vor allem Zugewanderte aus Vietnam, China, Indien und Pakistan arbeiten hier, teilweise mit, teilweise ohne Papiere. Unter der Hand ist ein Zentrum für alle möglichen Dienstleistungen entstanden, die mehr oder weniger toleriert werden, obwohl sie hier streng genommen nicht zulässig sind. »Restaurants deklariert das Ordnungsamt als ›Kantinen‹, Friseurläden entstehen aus dem offiziellen ›Friseurgroßhandel‹, der seine Stühle irgendwann nicht mehr verkauft, sondern Kunden darauf platziert.« (Schwarz 2016, 143) Um keinen Zweifel zu lassen, was mit der These gemeint ist, hieß die Unterzeile: »Die Tolerierung nicht gänzlich rechtskonformer Praktiken kann sinnvoll sein.« Wer dieser These im »Making Heimat«-Pavillon begegnete, die Bilder betrachtete und die Berichte las, dem war klar: Hier gibt es ein dickes Problem.

Arbeit ist das Stiefkind der ohnehin mageren deutschen Debatte über Einwanderung und Integration. Bei kaum einem anderen Thema liegen die Lehren, die sich aus den weltweiten Beispielen erfolgreicher und gescheiterter Integration ziehen lassen, so weit entfernt von den traditionellen Glaubenssätzen, politischen Ängsten und administrativen Leitbildern der Mehrheitsgesellschaft.[1]

ZWEI GESCHICHTEN ÜBER EINWANDERUNG

Es gibt zwei unterschiedliche Arten, wie von Zuwanderung erzählt wird. Die eine handelt von Flucht und Asyl: Menschen fliehen vor Krieg und Bürgerkrieg, vor politischer Verfolgung, vor Hunger und absolutem Elend. Sie brauchen unsere Hilfe; gleichzeitig müssen die Fluchtursachen bekämpft werden, damit sie gehen oder bleiben können. Diese Geschichte stellt die humanitäre Frage in den Vordergrund. Ihr Muster ist die Flucht: Aus zerbombten Städten, wie Sarajevo in den 1990er Jahren oder heute Homs und Aleppo, oder vor brutalen Diktaturen ins politische Exil, wie in den 1970er Jahren aus Chile oder heute aus Eritrea, den IS-Gebieten in Syrien und im Irak und demnächst vermutlich aus der Türkei.

Die andere Geschichte handelt von globaler Migration. Menschen bewegen sich weltweit in großer Zahl, um sich anderswo eine Existenz aufzubauen. Sie suchen nach sozialem Aufstieg für sich und für ihre Kinder, und dabei schreiben sie die Geschichte und Ökonomie der kommenden Zeit. Der Akzent liegt nicht darauf, wo die Menschen herkommen, sondern wo sie hinwollen. Die Einwanderungsstädte sind Teil globaler sozialer Mobilität; sie sind die Orte, »wo die kommende Mittelschicht geschmiedet wird« (Saunders 2011, 3). Viele der erstaunlichen Veränderungen der globalen Sozialdaten in den letzten 20 Jahren, etwa der Rückgang der absoluten Armut, die Fortschritte bei der Bildung, aber

CHRISTOPH SPEHR ist Sozialwissenschaftler, Politiker und Autor. Ihn beschäftigt unter anderem, wie die im Kapitalismus gefesselte Kooperation zum Wohle aller zu befreien wäre und wem eigentlich die durch Digitalisierung freigesetzte Zeit gehört. Bis Ende 2015 war er Sprecher des Bremer Landesverbandes der LINKEN und arbeitet momentan als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Linksfraktion in der Bremischen Bürgerschaft.



Women's March in Washington, 21. Januar 2017, Molly Adams/ flickr ⓘ

auch der Umbruch von Geschlechterverhältnissen und die ökonomische Aufholjagd der Schwellenländer, sind in wesentlichen Teilen die Leistung derer, die sich auf den Weg gemacht haben – innerhalb ihrer Länder, aber eben auch über Ländergrenzen hinweg. Diese Variante der Geschichte stellt die soziale Frage in den Vordergrund. Ihre Akteure sind nicht die Individuen, die auf Zeit ihre Haut retten müssen, sondern Kollektive: Familien und Communities, die einen Plan für die nächsten 50 Jahre verfolgen, einen Plan, der mehrere Generationen umfasst. Ihr Muster ist die Anwerbung der »Gastarbeiter« aus der Türkei und Jugoslawien in den 1960er Jahren oder heute die Einwanderung aus Mexiko in die USA oder aus den Balkanstaaten nach Deutschland.

Der öffentliche Diskurs in Deutschland steckt zu 95 Prozent in der ersten Geschichte fest. Auch die Bewegung der Solidarität mit den Geflüchteten nimmt diese vor allem im Muster der Flucht wahr. Die Leistungen der Kommunen bei der infrastrukturellen Herausforderung der letzten 18 Monate konzentrierten sich auf die unmittelbare Erstaufnahme. All das ist nicht frei von Paternalismus und einer gewissen Stilisierung der Zugewanderten, die sie vornehmlich als Opfer und wenig als Akteure globaler Umbrüche begreift. Die Einwanderungsgesellschaft ist weiterhin das große Tabu, die Migrations- und Integrationspolitik, die an die »Willkommenskultur« anschließen müsste, ist ein ungeliebtes Thema. So aber lassen sich die Strukturen nicht aufbrechen, die dem Umbau Deutschlands zu einer modernen, offenen Einwanderungsgesellschaft im Weg stehen.

EINGEWANDERTE SIND KEINE »UNFERTIGEN INLÄNDER«

Die offizielle Theorie der deutschen Arbeitsmarktintegration, wie sie von der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern vertreten und verbreitet wird, lautet: Erfolgreiche Arbeitsmarktintegration dauert drei bis sechs Jahre. Sie erfolgt in den Etappen Spracherwerb – Qualifizierung – Erwerbsarbeit, und zwar hintereinander und in genau dieser Reihenfolge. Erst wird Deutsch gelernt; dann eine Ausbildung gemacht; dann kommt das qualifizierte Normalarbeitsverhältnis. Flankiert wird diese Theorie von den Dogmen der

Wohnungs- und Sozialpolitik: Konzentration an einem Ort ist schlecht; »Durchmischung« das oberste Gebot. Der Zuwanderer ist in dieser Sichtweise vor allem ein defizitärer Einheimischer, der alles erst einmal nachholen muss und den man am besten wie mit dem Salzstreuer auf die Mehrheitsgesellschaft verteilt, damit er nicht stört und schneller lernt, wie es in Deutschland so gemacht wird.

Dieses Leitbild scheitert aus mehreren Gründen. Erstens haben die meisten Migrant*innen keine Zeit zu verlieren. Sie haben Schulden, weil ihr Weg nach Deutschland viel Geld gekostet hat. Oder sie haben Familie und Communities in der alten Heimat, die dringend darauf warten, unterstützt zu werden. Deshalb wollen sie meist so schnell wie möglich arbeiten und Geld verdienen.

Zweitens stimmt das Leitbild nicht mit der Realität des eigenen Handelns überein. Die Geduld der deutschen Arbeitsmarktsysteme ist extrem begrenzt und die immanente Logik der Institution Jobcenter letztlich darauf gerichtet, ihre »Kund*innen« so schnell wie möglich auszuscheiden. Die Angebote der »nachholenden Integration« sind schlicht nicht ausreichend vorhanden, um Zuwandernde in großer Zahl auf höhere Sprachniveaus zu qualifizieren oder sie Berufsabschlüsse neu erwerben zu lassen. Das System Arbeitsmarktförderung schafft es schon bei im Inland Geborenen nur in geringer Zahl, ihnen anschließend dauerhafte, qualifizierte Berufstätigkeit zu ermöglichen.

Drittens versäumt diese Herangehensweise, den Blick auf die Stärken der Migrant*innen zu richten statt auf ihre Schwächen. Einwandernde sind keine unfertigen Inländer, sie verfügen über ein eigenes, soziales wie persönliches Kapital an Erfahrung, Motivation und Verbindungen. Sie selbst sind die wichtigsten Akteure von Integration, sowohl individuell als auch kollektiv, ihre Familien, Communities und Netzwerke.

Das ist genau der Perspektivwechsel, den die internationale Migrationsforschung zu Recht fordert. Hauptaufgabe von Integrationspolitik ist es demnach, Zuwandernde bei der Selbstintegration zu unterstützen und die Hindernisse zu beseitigen, die sich ihnen in den Weg stellen: mit schneller Arbeitserlaubnis und Gewerbefreiheit, billigem Wohnraum mit guten Verkehrsanbindungen, fairer Überführung ihrer Fähigkeiten und Erfahrungen in formal anerkannte Qualifikationen, ohne die auf Dauer nichts geht in Deutschland.

Es macht Sinn, dass Einwandernde dorthin wollen, wo schon ethnische Communities existieren, die ihnen weiterhelfen können. Es macht ebenso Sinn, dass sie ihre Familien nachholen können, dass sie so viel wie möglich auch ihre eigene Sprache sprechen, dass sie in migrantisch geführten Betrieben arbeiten, die ihre Situation kennen und wo ihre Herkunft ein Vorteil ist. Aber es gibt kein einziges Instrument der deutschen Arbeitsmarktpolitik, das migrantisch geführte Betriebe dabei unterstützt, Einwandernde zu beschäftigen. Betriebe können keine Zuschüsse beantragen, um konkrete Personen einzustellen. Betriebe müssen »Maßnahmen« beantragen und die Jobcenter weisen nach ihrer eigenen, unerfindlichen Logik zu – die meistens dazu führt, dass die Betriebe »Nein, danke« sagen.

Der Einsatz von Migrant*innen als Sprach- und Kulturmittler*innen kommt nur höchst zögerlich in Gang. Die Jobcenter geben Millionen für die sogenannten Förderzentren aus, die aus Sicht der Migrant*innen weitgehend nutz- und perspektivlos sind, schon allein weil sie sich zu einem cleveren Geschäftsmodell für kommerzielle Anbieter entwickeln, die damit Profit machen, dass sie den Jobcentern die Leute aus der Arbeitslosenstatistik ›abnehmen‹. Die Förderung migrantischer Vereine und Organisationen als strategisch wichtige und erfolgversprechende Integrationsakteure spielt dagegen bislang kaum eine Rolle.

REFORMEN UND SPALTUNG IN DER INTEGRATIONSPOLITIK

Die deutsche Arbeitsmarktpolitik für Geflüchtete hat sich in den letzten eineinhalb Jahren stark verändert. Dabei sind einerseits überfällige Reformen vollzogen worden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist bereits nach drei Monaten möglich. Die berüchtigte »Vorrangprüfung«, also die Prüfung, ob wirklich kein/e Inländer/in für diese Stelle zur Verfügung steht, wird meist nicht mehr angewendet. Wer in Deutschland eine Ausbildung beginnt, wird mindestens geduldet und kann nach erfolgreichem Abschluss ein Bleiberecht erhalten. Das sind wichtige, an sich selbstverständliche Voraussetzungen dafür, dass Menschen sich um ihre Integration durch Arbeit kümmern können.

Doch die meisten Verbesserungen gelten nur für diejenigen aus Herkunftsländern, denen der Bundesinnenminister nach politischen Erwägungen »eine hohe Bleibeperspektive« bescheinigt, das heißt für diejenigen aus Syrien, Irak, Iran, Eritrea oder Somalia. Nur sie können beispielsweise sofort die Deutschkurse machen, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bezahlt werden (»Integrationskurse«). Die anderen dürfen das erst, wenn sie nach teils jahrelangen Asylverfahren endlich einen Aufenthaltsstatus erhalten haben: entweder nach der Genfer Flüchtlingskonvention (was heute die häufigste Grundlage ist), als politisch Verfolgte nach dem klassischen deutschen Asylrecht (nach § 16a des Grundgesetzes, was heute die Ausnahme darstellt) oder im Rahmen des »subsidiären Schutzes«, weil es in ihrem Herkunftsland bewaffnete Konflikte, Folter oder die Todesstrafe gibt (§ 4 des Asylgesetzes). Ein Großteil der Geflüchteten ist nach dem Willen der Bundesregierung damit erst einmal vom Deutschlernen ausgeschlossen – ein migrationspolitischer Irrsinn.

Nahezu vollständig ausgegrenzt werden diejenigen, die aus sogenannten sicheren Herkunftsländern kommen. Das sind derzeit die Balkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien, ferner Ghana und Senegal. Die Bundesregierung drängt darauf, dass auch Marokko, Tunesien, Algerien und Afghanistan (!) dazukommen. Wer aus »sicheren Herkunftsstaaten« kommt und nach dem 1. September 2015 einen Asylantrag gestellt hat, hat grundsätzlich keinen Zugang zu Integrationskursen, hat ein dauerhaftes Arbeitsverbot, muss in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben oder den Weg in den illegalen Aufenthalt antreten.

Von jeglichen Integrationsleistungen ausgeschlossen sind auch Zuwandernde

aus EU-Mitgliedsstaaten, namentlich die Arbeitsmigrant*innen aus Osteuropa. Sie genießen zwar EU-Freizügigkeit, das heißt, niemand kann ihnen verwehren, sich in Deutschland aufzuhalten. Sie haben jedoch keinen Zugang zu Sprachkursen, Berufsqualifizierung oder Arbeitsmarktförderung. Überdies sollen sie erst nach fünf Jahren Anspruch auf Sozialleistungen bekommen.

SPEZIFISCHE INSTRUMENTE SUCHT MAN VERGEBENS

Welche Instrumente bietet nun die Arbeitsmarktintegration für jene an, die nicht aus den aufgeführten Gründen davon ausgeschlossen sind? Für den Spracherwerb gibt es bislang durch den Europäischen Sozialfond geförderte Kurse des BAMF, die bis zum Sprachniveau B2 (»gute Mittelstufe«) reichen; das Programm läuft Ende 2017 aus. Die neue »Deutschsprachförderverordnung« (kein Witz!) soll berufsbezogenen Spracherwerb auch bis zum Sprachniveau C1 (»fortgeschrittene Kenntnisse«) fördern. Dieser Zugang ist aber von der individuellen Gnade der Jobcenter abhängig. Neben den Sprachkursen gibt es eigentlich nur ein Instrument, das speziell auf Geflüchtete zugeschnitten ist: die »Maßnahmen bei einem Arbeitsgeber zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung« (MAG), unbezahlte Betriebspraktika für die Dauer von sechs Wochen.

Alle anderen Instrumente, die derzeit zum Einsatz kommen, gehören zum allgemeinen Regelinventar der Jobcenter. Für junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren sind das die sogenannten Einstiegsqualifizierungen (EQ-Maßnahmen), sechs- oder zwölfmonatige Betriebspraktika mit einer minimalen Vergütung (maximal 231 Euro im Monat). Der Anteil derer, die anschließend auf einen Ausbildungsplatz des Betriebes wechseln, ist recht hoch. Weitgehend ohne Aussicht auf irgendeine Anschlussperspektive sind dagegen die »Förderzentren« der Jobcenter, von denen es inzwischen auch welche speziell für Geflüchtete gibt. Dasselbe gilt für die Ein-Euro-Jobs, die für Geflüchtete nach dem Willen der Bundesregierung nur 80-Cent-Jobs sind, auf die aber weder Geflüchtete noch Kommunen sonderlich viel Lust haben: Groß angekündigt als Programm mit 100 000 Einsatzstellen, waren bis zum Jahresende 2016 nur circa 10 000 zustande gekommen. Anstatt festzustellen, dass dies offensichtlich das falsche Instrument ist, wird mit Zwang nachgelegt: Wer die Teilnahme verweigert, wird mit Sanktionen belegt.

Besonders schwierig ist die Situation im Bereich der Berufsanerkennung. Obwohl die Bundesagentur hier gerne Erfolge meldet, werden in der Praxis hauptsächlich Abschlüsse im Gesundheitsbereich anerkannt, wo der Fachkräftemangel Druck ausübt. Anträge kommen ganz überwiegend von EU-Bürger*innen, höchst selten von Geflüchteten. Der Weg, wie ein syrischer Handwerker oder eine iranische Lehrerin in ihren bisherigen Berufen weiterarbeiten können, ist in keiner Weise geebnet.

Es gibt eine »Positivliste« der Bundesagentur für Arbeit, die »Mangelberufe« identifiziert, für die halbwegs geregelt ist, unter welchen Voraussetzungen die Anerkennung erfolgt. Nur in diesen »Mangelberufen« ist eine Arbeitsmarktzuwanderung von außerhalb

der EU überhaupt zulässig; es ist der einzige Weg der legalen Einwanderung jenseits des Asylrechts. Abgesehen von der »Positivliste« ist das Engagement der Bundes- und Landesbehörden bei der Berufsanerkennung gering. Generell gilt: Es wird viel beraten, aber erforderliche Nach- und Zusatzqualifikationen müssen meist selbst bezahlt werden. Nur mühsam entwickeln sich derzeit im Rahmen des sogenannten IQ-Programms Angebote, die nicht nur beraten, sondern tatsächlich berufliche Qualifikationen vermitteln.[2]

Das Ganze ist kein rechtebasiertes System mit klaren Regeln und Ansprüchen, sondern ein Flickenteppich, der für die Betroffenen nahezu unüberschaubar ist. An sich naheliegende Probleme wie das, dass Qualifikationsnachweise in der zerbombten Herkunftsstadt verbrannt sind, erweisen sich oft immer noch als schier unüberwindliche Hindernisse. Insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge scheitern dagegen häufig schon am Schulabschluss – weil das deutsche Bildungssystem zwar eine Schulpflicht kennt, aber kein Recht, so lange zur Schule zu gehen, bis man auch einen Abschluss erreicht hat.

DEUTSCHLAND: EIN RÜCKSTÄNDIGES EINWANDERUNGSLAND

Untersuchungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bescheinigen Deutschland einige Anstrengungen bei der Arbeitsmarktintegration, aber auch massive Schwächen. Die ILO stellt fest, dass Zuwandernde nach Herkunftsland diskriminiert werden, dass es zu wenig beruflich orientierte Sprachbildung gibt, die Verfahren der Berufsanerkennung schlecht sind und Einwandernde mit einem hohen Maß an klassischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen haben. Vor allem kritisiert die ILO das extreme Insistieren auf formalen Qualifikationen in Deutschland. Informell erworbene Qualifikation und Erfahrung zählt kaum und lässt sich meist nicht in formale Anerkennung übersetzen.

Kurz gesagt: Deutschland ist ein ausgesprochen rückständiges Einwanderungsland. Davon sind allerdings in steigendem Maße nicht nur Zugewanderte betroffen. Die Rigidität des deutschen Systems, das starre Hintereinanderschalten und die formale Trennung von Qualifikation und Berufstätigkeit behindern auch jede Menge im Inland Geborene. Die Liste der damit verbundenen Probleme reicht vom beruflichen Wiedereinstieg für Frauen über Menschen, die nach 20 oder mehr Berufsjahren ihren Job verlieren, bis zu Beschäftigten, die trotz beruflicher Erfolge aus den Begrenzungen ihrer vorberuflichen Abschlüsse nie herauskommen.

Das System sichert Privilegien nach Bildungsabschluss und sozialer Herkunft bis ans Lebensende. Auch Beschäftigte, die nicht zugewandert sind, stellen immer häufiger fest, dass der klassische »Aufstieg durch Arbeit« durch vielfältige gläserne Decken und strukturelle Diskriminierungen blockiert ist. Gerade der öffentliche Dienst gibt ein unrühmliches Beispiel ab: Schon wer ›nur‹ einen Fachhochschulabschluss hat, kann die bewerbungsrelevante Grenze zwischen TV-L 12 und TV-L 13 heute nicht mehr überschreiten. Berufserfahrung und informell erworbene Qualifikationen werden generell rapide entwertet.

Die Rückständigkeit Deutschlands im Bereich des Arbeitsmarktes zu überwinden liegt daher nicht nur im Interesse der Zugewanderten. Dringend erforderlich wären dafür:

- Ein veränderter Qualifikationsbegriff und neue Formen der Vermittlung zwischen erworbener und anerkannter Qualifikation. Dazu gehört eine Reform der Berufsanerkennung, die auf den Rechten derjenigen basiert, die sie in Anspruch nehmen, die verlässlich ist, starre Zeitleisten auflöst und Nachqualifizierungen staatlich finanziert. Dazu gehört ebenso, dass die arbeitsbegleitende Qualifizierung und Ausbildung ausgebaut wird und spezifische Angebote gemacht werden, nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle – für Frauen und Jugendliche, für ältere Arbeitnehmer*innen und für diejenigen, die von der abschmelzenden Eisscholle der »Old Economy« in absehbarer Zeit herunter müssen.
- Eine proaktive staatliche Politik gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Hierzu zählt etwa, die Arbeits- und Gewerbeaufsicht sowie *affirmative action* (Bevorzugung bei gleicher Qualifikation) stark auszubauen. Ebenso gehört dazu, die Frage von Aufstiegsmöglichkeiten und -rechten, von sozialer Durchlässigkeit und »Aufstieg durch Arbeit« wieder auf die Agenda der Tarifparteien und der staatlichen Gesetzgebung zu bringen. ›Informelle‹ Optionen dürfen sich nicht neben, sondern müssen sich innerhalb des Tarifsystems entwickeln.
- Eine Migranten-zentrierte Integrationspolitik. Dazu gilt es, migrantische Träger, migrantische Communities, migrantische Frauen- und Jugendorganisationen sowie migrantisch geführte Betriebe als zentrale Akteure der Arbeitsmarktintegration zu fördern. Die Stärkung des Non-profit-Sektors als niedrigschwellige, weniger durchformalisierte Einstiegszone in den Arbeitsmarkt wäre ebenfalls eine erfolgversprechende Strategie.

Arbeit ist der Motor der Integration, nicht ihre Krönung am Schluss: Dieses Denken muss Leitmotiv sein für die Reform des Arbeitsmarktsystems. Der deutsche Arbeitsmarkt kann und soll nicht ›informell‹ werden. Aber das, was informelle Arbeitsmärkte für erfolgreiche Integration leisten, kann studiert und im formalen Arbeitsmarktsystem nachempfunden werden. Alles andere führt dazu, dass Arbeitsmarktintegration in großen Teilen scheitert und dass Zuwanderung vor allem eine neue Unterklasse auf dem Arbeitsmarkt schafft, der jener soziale Aufstieg verwehrt bleibt, um dessentwillen sie sich auf den Weg gemacht hatte. Und nicht nur das: Damit würden auch die Chancen verpasst, die in einer Modernisierung der Systeme von Arbeit und Qualifikation für alle liegen.

LITERATUR

Burkert Carola/Haas, Anette, 2014: Investing in the Future. Labor Market Integration Policies for New Immigrants in Germany, ILO/MPI, Washington, D.C.

Knoll, Anna/Keijzer, Niels, 2013: Labour Migration. From Absentee to a Key Driver in a Global Development Framework?, DIE, Bonn

Saunders, Doug, 2011: Arrival City, London

Schwarz, Marietta, 2016: Herr Hien hilft, in: Cachola Schmal, Peter/Elser, Oliver/Scheuermann, Anna (Hg.), 2016: Making Heimat. Germany, Arrival Country, Ostfildern/Berlin, 143 ff.

---

1 Danke an Markus Saxinger vom Bremer und Bremerhavener IntegrationsNetz für fachliche Korrekturen und Ergänzungen und an Professorin Rose Baaba Folson, die den Anstoß für den Artikel gegeben hat.

2 www.netzwerk-iq.de

WER HAT ANGST VOR EINEM LINKEN EINWANDERUNGSGESETZ?

VORSCHLAG FÜR SOZIALISTISCHE MIGRATIONSPOLITIK

LENA KRECK UND JÖRG SCHINDLER

Das deutsche Aufenthaltsrecht ist komplex und doch sehr einfach. Neben der befristeten Aufenthaltserlaubnis und der unbefristeten Niederlassungserlaubnis gibt es die Duldung für all jene Personen, die zwar ausreisepflichtig sind, aber nicht abgeschoben werden können, und die Aufenthaltsgestattung, die einen Aufenthalt bis zum Abschluss des Asylverfahrens legalisiert. Es gibt eine für juristische Laien unüberschaubare Vielzahl von Gründen, die einen legalen Aufenthalt rechtfertigen – deshalb ist das Aufenthaltsrecht komplex. Einfach ist es, insofern es die »Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern« bezweckt. Durch diese Brille muss es gelesen werden.

Zentral ist der Gedanke, dass nur diejenige Person sich für eine längere Zeit in Deutschland aufhalten soll, die absehbar keinen Anspruch auf Sozialleistungen hat, weil sie über einen Arbeitsvertrag, ein Sperrkonto oder eine Verpflichtungserklärung verfügt. Gleichzeitig zielt das Gesetz darauf ab, ›Humankapital‹ aus dem Ausland bestmöglich

zu verwerten. Wer hoch qualifiziert ist (oder das Potenzial hat, es zu werden), einen Beruf erlernt hat, für den es auf dem deutschen Arbeitsmarkt besonderen Bedarf gibt, oder das Kapital und eine gute Idee im Handgepäck, um in Deutschland ein Unternehmen aufzubauen – dem wird die Tür für einen legalen Aufenthalt geöffnet.

Ausgenommen von dieser Logik sind Geflüchtete, also Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erhalten. Hier hat die Staatengemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg verabredet, Verantwortung für diejenigen zu übernehmen, die (politischen) Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Im Gegensatz zu den »Wirtschaftsmigrant*innen«, die dem deutschen Arbeitsmarkt zugutekommen, ist eine *legale* Einreise zum Zwecke des Asylverfahrens nicht möglich. Aufenthaltstitel setzen in der Regel voraus, dass bereits im Ausland ein Visum ausgestellt wurde, doch ein Visum zum Zweck der Asylantragstellung gibt es nicht. Menschen müssen sich also auf eine ungewisse Reise unter mitunter lebensbedrohlichen Bedingungen machen, um im Zielstaat einen Asylantrag stellen zu können.

EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT IST REALITÄT

Das heute geltende Recht hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts herausgebildet. Recht und Politik mussten auf Migrationsbewegungen und auf Kämpfe von Migrant*innen antworten. Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen. Globale Migration war niemals so selbstverständlich wie heute – hieran gilt es anzuknüpfen, um die Kämpfe für ein progressives Einwanderungsrecht fortzuführen. Dazu bedarf es allerdings einer grundlegenden Neuorientierung desselben.

Die konservative Illusion eines ›homogenen Volkes‹ scheitert an der Realität genauso wie die neoliberale Illusion des ›Volkes nützlicher Leistungsträger*innen‹. Weder innere Homogenität noch der ökonomische Erfolg aller können dauerhaft gesellschaftlich hergestellt werden. Beide Utopien führen daher zu Exklusion und wirken repressiv. Demgegenüber orientieren wir uns am Leitbild einer demokratischen und sozialen Einwanderungsgesellschaft: Wir setzen auf ein »inklusives Wir, die hier leben«. Das entspricht der gelebten Praxis in vielen Städten und Gemeinden, in vielen größeren und kleineren Unternehmen, in Gewerkschaften ebenso wie in Sportvereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Es gilt, der schon bestehenden gesellschaftlichen Praxis einen rechtlichen Rahmen zu geben und dort ordnend einzugreifen, wo das bisherige Abschottungsregime durch Willkür und falsche Regeln für Unsicherheit und Desintegration sorgt.

LENA KRECK berät als Juristin Geflüchtete.

JÖRG SCHINDLER ist Rechtsanwalt in Berlin und Wittenberg. Er ist stellvertretender Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt.

Beide waren Mitglieder der »Projektgruppe Einwanderungsgesetz«, die eine rechtspolitische Konzeption zu einem linken Einwanderungsgesetz erarbeitet hat, im Auftrag der Landtagsfraktionen der LINKEN der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

WAS TUN?

Für eine sozialistische Migrationspolitik ist die politische Konstellation jedoch nicht einfach zu bestimmen, soll sie über die Kritik konservativer und neoliberaler Migrationsvorstellungen hinausgehen. Denn in der Migrationspolitik kollidieren emanzipatorische und kapitalistisch überformte Erfordernisse, zudem ist die Thematik emotional stark aufgeladen.

LINKE KRITIK I: IST EIN EINWANDERUNGSGESETZ PER SE NEOLIBERAL?

Teile der LINKEN vertreten die Meinung, dass diese sich an Debatten um Einwanderungsregelungen nicht beteiligen solle, weil die Forderung nach einem solchen »Auslesesystem neoliberal und im Kern rassistisch« (Dagdelen, 2016) sei. Im Kern ziele sie auf Lohndumping. Die Wirtschaft solle lieber in hiesige Ausbildung investieren statt Fachkräfte aus ärmeren Ländern abzuwerben.

Tatsächlich führt eine ›modernisierte‹ Einwanderungsgesetzgebung zu mehr Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln ist eines der konstitutiven Merkmale des Kapitalismus. Solange diese Situation besteht, befinden sich (potenzielle und reale) Beschäftige, Scheinselbstständige, Subunternehmer*innen und andere immer in einem starken Machtungleichgewicht – und und damit tendenziell in einer Erpressungssituation. Während sie zur Existenzsicherung auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, können private Unternehmen sich aus dem Reservoir an Arbeitskräften die profitabelsten aussuchen. Diese Konkurrenzsituation setzt sich in anderen Bereichen der Gesellschaft fort: Als Mieter*innen, Verbraucher*innen, als Vertragspartner*innen gegenüber großen Banken und Versicherungen, in der Kindererziehung und im Bildungsbereich, bis hin zu demokratischen Entscheidungsprozessen stehen die meisten Menschen einem starken Machtungleichgewicht gegenüber, das aus den privaten Eigentumsverhältnissen herrührt. Diese Ungleichheit stellt ein alle gesellschaftlichen Bereiche durchziehendes ›hartes‹ Machtverhältnis dar. Die Befürchtung, dass sich durch Einwanderung diese Konkurrenz verschärfen könnte, besteht also nicht zu Unrecht. Unter kapitalistischen Bedingungen übt eine höhere Nachfrage (an Arbeitsplätzen, preiswerten Wohnungen, an Kitas und Bildung, aber auch an sozialen Leistungen des Staates) Druck auf die Standards aus: Unternehmen können bei mehr Arbeitsplatzsuchenden die Löhne drücken, Vermieter*innen höhere Mieten verlangen oder Willfährigkeiten erwarten, mehr Eltern konkurrieren um knappe Kitaplätze, Kinder müssen, wenn die Ressourcen knapper werden, um den Zugang zu guter Bildung fürchten. Kurz: Sozialer und ökonomischer Druck können wachsen, Ellenbogenmentalität und abwertendes, gar rassistisches Verhalten erscheinen kurzfristig als rationale Antworten, um selbst ›durchzukommen‹.

Gleichwohl ist der Versuch, Einwanderung möglichst zu unterbinden, keine erfolgversprechende Alternative. Denn das eigentliche Problem wird durch die Begrenzung von Einwanderung nicht bekämpft. Das in die Gesellschaft eingeschriebene

Konkurrenzverhältnis lässt sich nicht durch Absenkung der Anzahl der Konkurrent*innen verringern oder gar aufheben. Die Vorstellung, durch einen Ausschluss bestimmter Gruppen der Bevölkerung aus der gesellschaftlichen Konkurrenz verbessere sich im Kapitalismus die Situation der Verbliebenen, ist falsch und ein Merkmal rechter Politik. Den »race to the bottom« derjenigen, die ihre Arbeitskraft anbieten, kann der potenzielle Beschäftigte nicht gewinnen. Ausbeutungsverhältnisse können im Kapitalismus nicht dadurch beendet werden, dass Arbeitsplätze zuerst oder nur noch von Deutschen besetzt werden. Gleiches gilt für den Wohnungsmarkt: Das Konkurrenzverhältnis zwischen den Verbliebenen stellt sich stets wieder her.

Dass Unterdrückungsverhältnisse nicht durch den Ausschluss sozialer Gruppen aus dem gesellschaftlichen Prozess behoben werden können, ist eine alte Erkenntnis der fortschrittlichen Arbeiterbewegung. Sie hat zu Recht einen anderen Weg propagiert und praktiziert, um diese Machtverhältnisse einzugrenzen und in ihrer radikalen Variante über die kapitalistische Logik hinauszutreiben: die Kartellbildung zur Schaffung und Anhebung gleicher (Mindest-)Standards für die davon Betroffenen. Deshalb hat sie zwar gegen Dumpinglöhne gekämpft, aber nicht gegen Dumpinglöhner*innen – sondern für gleichen Tariflohn, Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten, Pausenregelungen und Qualifizierungen. Die Arbeiterbewegung hat gerade nicht den Ausschluss konkurrierender Gruppen aus dem Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, von Schulbildung oder politischer Teilhabe gefordert. Sie hat eben nicht gegen



»Black Monday«, Frauen demonstrieren gegen das von der polnischen Regierung geplante Abtreibungsverbot, Oktober 2016, ©Anna Juszkiewicz

den Zuzug von ausländischen Arbeiter*innen gekämpft oder gegen das Frauenwahlrecht, ihr Recht auf gleiche Vollerwerbstätigkeit oder ihr Recht auf gleiche Bildungsabschlüsse. Stattdessen hat sie die Inklusion dieser Gruppen forciert, um Spaltung und Unterbietung von Standards zu verhindern und sie regelnd in eine erfolgreiche gemeinsame Kartellbildung einbeziehen zu können. Der soziale Schutz der deutschen Arbeiterin wird nur gemeinsam mit dem sozialen Schutz des zugewanderten Arbeiters, nicht aber gegen ihn, gelingen. Unsere Kritik, dass sich die gesellschaftliche Linke aus Furcht vor

neoliberaler Vereinnahmung an Debatten um Einwanderungspolitik nicht beteiligt, ist also keineswegs eine moralische. Vielmehr bemisst sie sich an der praktischen Erfolglosigkeit sowie an dem (häufig Alltagsrassismus begünstigenden) Schaden, den diese Haltung ideologisch bewirkt.

LINKE KRITIK II: IST EIN EINWANDERUNGSGESETZ EIN WIDERSPRUCH ZUR FORDERUNG NACH OFFENEN GRENZEN?

Andere Teile der Linken stehen einem linken Einwanderungsgesetz deshalb kritisch gegenüber, weil sie darin eine Abkehr von der Forderung nach »offenen Grenzen« und damit einen »Bruch mit dem Programm der LINKEN« (Al-Dailami/El-Khatib, 2016) sehen. In der Tat findet sich im Erfurter Programm der Partei DIE LINKE folgende Formulierung: »Deutschland ist ein Einwanderungsland. [...] Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen.«

Schließt diese Formulierung nun jegliche Regelungsmöglichkeit für Einwanderungsbewegungen aus? Wir meinen, nein. Auch verkennt diese Position die Prozesse und Dynamiken politischer Auseinandersetzungen. Eine Realisierung des Rechts auf Bewegungsfreiheit beinhaltet, dass Menschen tatsächlich frei über ihren Lebensort entscheiden können. Dem stehen heute Kriege, Unterdrückungsverhältnisse, Armut, die Folgen des Klimawandels und kapitalistische Ausbeutung entgegen – unter diesen Bedingungen ist Migration in vielen Fällen keine freie Entscheidung. Deswegen halten wir die schrittweise Durchsetzung globaler sozialer und demokratischer Rechte für zentral. Erst diese Rechte garantieren die materielle Grundlage für eine so verstandene Bewegungsfreiheit. Es handelt sich allerdings dabei nicht um eine wohlfeile ›Utopie‹; vielmehr steht die LINKE für einen Prozess, der schrittweise die Exklusionsmechanismen nationalstaatlicher Grenzen überwindet.

Ein Einwanderungsgesetz, wie wir es vorschlagen, ist ein Schritt in diese Richtung: Es macht die Grenzen durchlässig, sichert den Rechtsstatus der hier Lebenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit und unterläuft die bestehenden Ausschlusspraktiken. Wenn wir also von der Forderung nach ›offenen Grenzen‹ im materiellen Sinne reden, meinen wir nicht allein die formale Möglichkeit des Grenzübertritts. Eine solche Forderung wäre in der Tat eine bloß liberale Großzügigkeit. Vielmehr erwachsen aus dem formalen Recht materielle Ansprüche auf Teilhabe. Bei dieser im sozialistischen Sinne verstandenen Forderung nach ›offenen Grenzen‹ liegt das Prozesshafte ebenso auf der Hand wie die Notwendigkeit der regulativen Gestaltung über Aufenthaltstitel, Leistungsansprüche, aber eben auch Verhaltensrahmen des Zusammenlebens. Die bloß anarchische Vorstellung des ›freien Flutens‹ ist kein internationaler demokratischer Sozialismus, sondern tendiert faktisch zum gesellschaftlichen Faustrecht. Daher müssen ›offene Grenzen‹ in einem geschichtlichen Prozess erkämpft werden.

UNSER VORSCHLAG

Eine linke Einwanderungsgesetzgebung zielt also nicht nur darauf, eine legale Einreise und den Aufenthalt zu regeln, sondern

auf die rechtliche Gleichstellung aller in Deutschland lebenden Menschen. Dies impliziert einen radikalen Bruch mit der jetzigen Praxis: Soziale Rechte, der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt sollen nicht länger an den Aufenthaltsstatus geknüpft sein. Ein Einwanderungsgesetz, das tatsächlich die Voraussetzungen für Freizügigkeit und gelingende Zuwanderung schaffen will, muss also von einer offensiven Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik begleitet werden und demokratische Teilhabe ausweiten. Dabei muss einerseits ›Gleiche Rechte für alle‹ gelten. Andererseits bedarf es spezieller Beratungs-, Begleitungs- und Förderangebote für Einwandernde.

Für eine solche Einwanderungs-, Migrations- und Inklusionspolitik ist ein Paradigmenwechsel notwendig. Ansatzpunkte dafür haben wir als Mitglieder der »Projektgruppe Einwanderungsgesetz« in einer rechtspolitischen Konzeption vorgelegt. Da wir die bestehenden Zwänge des kapitalistischen Systems nicht mit einem politischen Umbruch herbeiführen werden, muss der Schritt hin zu einem progressiven Einwanderungsgesetz als ein transformatorischer betrachtet werden, der die Grundlage legt für ein menschenwürdiges Ankommen und Teilhaben im Einwanderungsland Deutschland. Wir sehen unseren Vorschlag als einen Schritt im Lernprozess hin zu einer freien und gleichen Weltgesellschaft.

Unser Vorschlag soll jeder Person, die in Deutschland leben will, einen Korridor öffnen, einen Tunnel ins Land graben, eine Brücke über die Grenze bauen. Er steht auf drei Säulen.

Eine erste umfasst Regelungen zum Erhalt und Ausbau des bestehenden Asyl- und Flüchtlingsrechts. Hier geht es vor allem darum, den Schutzanspruch um die Verletzung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten zu erweitern. Eine zweite Säule soll das Erlangen der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern; für uns ein – zwar nicht zwingender, aber normativ erwünschter – Schritt zur umfassenden bürgerrechtlichen Gleichstellung von Migrant*innen, wobei mehrere Staatsangehörigkeiten ohne Ausnahmen möglich sein sollen.

Eine dritte Säule wiederum bildet ein Einwanderungsgesetz für all jene Personen, die nicht asyl- und flüchtlingsrechtliche Schutznormen in Anspruch nehmen wollen (oder können), sondern aus anderen individuellen Entschlüssen dauerhaft in der Bundesrepublik leben wollen. Es soll die bisher bestehenden Regelungen des Aufenthaltsgesetzes komplett ersetzen und stellt eine radikale Abkehr dar – sowohl von der Homogenitätsvorgabe der Konservativen als auch von der einer wirtschaftlichen Verwertbarkeit der Neoliberalen. Stattdessen fragt unser Entwurf eines linken Einwanderungsgesetzes allein nach einem *sozialen Anknüpfungspunkt* der (potenziellen) Migrant*innen. Das bedeutet: Wer in Deutschland mit seiner/ihrer Familie leben, arbeiten, lernen, studieren oder sich ehrenamtlich einbringen will, soll hier leben. Legal und unter den gleichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen wie deutsche Staatsangehörige.

Der von uns ausgearbeitete Vorschlag imitiert einen Gesetzestext. Er kann an dieser Stelle nicht in der vollen Komplexität wieder-

gegeben werden. In den Grundzügen umfasst er folgende Punkte:

1. | Die legale Einreise und der legale Aufenthalt sollen geregelt werden. Die legale Einreise setzt in der Regel voraus, dass von einer deutschen Auslandsvertretung ein Visum ausgestellt wird, die/der Einreisende sich mit einem Reisepass ausweisen oder die Identität auf andere Weise plausibilisieren kann, und der Reisegrund angegeben wird – hier konkret: Welcher soziale Anknüpfungspunkt besteht oder wird angestrebt? Dies entspricht dem Grunde nach den Anforderungen des bestehenden Aufenthaltsgesetzes mit einem zentralen Unterschied, der die Anforderungen an die Einreisemotivation betrifft. Derzeit muss der Lebensunterhalt gesichert sein, die/der Migrant*in muss also über mehr Einkommen verfügen als inländische Transferleistungsempfänger*innen. Erfolgt die Einreise zum Zwecke der Erwerbsarbeit, wird in der Regel nur zugestimmt, wenn ein Angebot in einem sogenannten Mangelberuf vorliegt, für den es in Deutschland weniger qualifizierte Personen als Stellen gibt. Diese Anforderung fällt in der vorgelegten Konzeption weg, auch wenn die Einreisewilligen ebenfalls eine Vorstellung präsentieren müssen, wie sie in Deutschland leben und Teil dieser Gesellschaft sein wollen. Gelingt dies, indem ein sozialer Anknüpfungspunkt präsentiert wird, etwa, weil sich bereits Familie in Deutschland befindet oder weil die Person ihre Arbeitskraft auf dem deutschen Arbeitsmarkt anbieten möchte, kann sie einreisen.

2. | Die Einreise ist verboten, wenn sie der Spionage oder der Begehung einer Straftat dienen soll oder wenn der/die Einreisende Waffen oder Sprengstoff bei sich trägt.

3. | Eine legale Einreise berechtigt zu einem befristeten Aufenthalt für ein Jahr. Nach Ablauf des Jahres wird vermutet, dass ein sozialer Anknüpfungspunkt besteht und kein Einreiseverbot vorliegt. Der soziale Anknüpfungspunkt muss nicht dem der Einreise entsprechen. Ein erfolglos durchgeführtes Asylverfahren beispielsweise steht einem Aufenthalt wegen eines sozialen Anknüpfungspunktes nicht entgegen.

Wird diese Vermutung durch die zuständige Behörde nicht widerlegt, hat die Person mit Aufenthaltserlaubnis Anspruch auf einen unbefristeten Aufenthaltstitel.

4. | Personen, die schon im Land leben, aber keine Aufenthaltserlaubnis haben, beispielsweise weil sie sich über einen Zeitraum von mehr als drei Jahren im Asylverfahren befinden, sollen legalisiert werden.

5. | Die Einreise berechtigt zu (entgeltfreien) Integrations- und Sprachkursen. Jeder Aufenthalt berechtigt zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Soweit die Voraussetzungen vorliegen, haben Migrant*innen mit ihrer Einreise auch Anspruch auf Leistungen nach SGB II.

Für den oft befürchteten »Run auf die Sozialleistungen« gibt es beispielsweise aus Erfahrungen mit der EU-Osterweiterung empirisch keine Anhaltspunkte, auch ist unklar, wie relevant er volkswirtschaftlich wäre. Eher liegt nahe, dass hier im oben genannten Sinne einwanderungsrechtliche Regelungen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und durch solidarische Kämpfe beispielsweise um existenzsichernde Löhne flankiert werden müssten.

6. | Die bisher bestehenden Ausländerbehörden als Teil der Ordnungsbehörden werden aufgelöst. Die untere Einwanderungsbehörde wird bei den Kreisen/kreisfreien Städten gebildet und ist Auftragsverwaltung als Teil der Sozialbehörden.

7. | Rechtsmittel sollen eine aufschiebende Wirkung haben.

8. | Nach unserer Konzeption ist jede/r Migrant*in berechtigt, ohne erneute Prüfung wieder einzureisen, wenn er/sie im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis oder einer Niederlassungserlaubnis ist. Im Gegensatz zur derzeitigen Gesetzeslage, wonach eine Person bei längeren Auslandsaufenthalten ihren aufenthaltsrechtlichen Status verlieren kann, soll transnationale Migration ohne Konsequenzen möglich sein (vgl. Bernau in LuXemburg-Online).

9. | Ein/e Migrant*in ist verpflichtet auszureisen, wenn keine Aufenthaltserlaubnis und keine Niederlassungserlaubnis (mehr) besteht, Rechtsmittel gegen ablehnende Entscheidungen abgelehnt wurden und kein Abschiebehindernis vorliegt.

Eine zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht ist zulässig, wenn die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen und der Zielstaat eine konkret-individuelle und nachvollziehbare Zusicherung abgegeben hat, dass er den/die Migrant*in aufnimmt und dem/der Migrant*in bei einer Rückkehr eine menschenwürdige Existenz gewährleistet ist.

Ein Abschiebehindernis besteht in folgenden Fällen:

- Die Person ist nicht reisefähig. Ist nur ein Familienmitglied einer im Übrigen ausreisepflichtigen Familie reiseunfähig, besteht das Abschiebungshindernis für die gesamte Familie.
- Der Zielstaat gewährt – beispielsweise im Fall nicht vorliegender Dokumente – keine (Wieder-)Einreise.
- Es werden nachträglich neue oder bislang unbekannte Tatsachen bekannt, die darauf hindeuten, dass bei der Person nunmehr ein sozialer Anknüpfungspunkt besteht oder dass die Person ein Recht auf Asyl, internationalen Schutz oder die Feststellung eines nationalen Abschiebungsverbotes hat.

Personen, die kein legales Aufenthaltsrecht haben, die aber nicht ausreisen und nicht abgeschoben werden können, erhalten eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr, die um ein weiteres Jahr verlängert wird, wenn die Ausreise oder Abschiebung weiterhin nicht durchgeführt wird oder werden kann. Wird die Abschiebung nach zwei Jahren weiterhin nicht durchgeführt, so wird eine Niederlassungserlaubnis erteilt. Besteht vor Ablauf der zwei Jahre ein sozialer Anknüpfungspunkt, so gelten die Regeln legalen Aufenthalts.

Unsere Konzeption muss also als Verabschiedung vom repressiven Charakter des Aufenthaltsrechts verstanden werden – und hat stattdessen zum Ziel, einen legalen und abgesicherten Aufenthalt tatsächlich zu ermöglichen.

LITERATUR:

Al-Dailami, Ali/El-Khatib, Jules, 2016: Einwanderungsgesetz? Keine linke Perspektive, www.neues-deutschland.de/artikel/1026762.einwanderungsgesetz-keine-linke-perspektive.html

Dagdelen, Sevim, 2016: Einwanderungsgesetz ist neoliberal und rassistisch, www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/einwanderungsgesetz-ist-neoliberal-und-rassistisch/

INTERVIEW

»SANCTUARY CITIES SIND IN DEUTSCHLAND NICHT UTOPISCH«

GESPRÄCH ÜBER KOMMUNALE SPIELRÄUME FÜR EINE POLITIK DES WILLKOMMENS

HELENE HEUSER

Seit einigen Jahren sammeln sich weltweit migrationspolitische Initiativen unter der Überschrift »Städte der Zuflucht« oder auch »Sanctuary Cities«. Was genau ist damit gemeint?

Die Begriffe stammen aus dem Alten Testament. Moses fordert die Israeliten auf, Städte einzurichten, die Flüchtlinge schützen. Je nach Übersetzung werden diese als Städte der Zuflucht, Asylstädte oder auch Freie Städte bezeichnet, auf Englisch als *Sanctuary Cities, Cities of Refuge* oder *Asylum Cities*. In der Bibel geht es darum, allen, die wegen privater Blutrache um ihr Leben fürchten, eine sichere Zuflucht zu ermöglichen, heute beleben kirchliche und säkulare soziale Bewegungen diese alte Tradition gemeinsam wieder. Sanctuary City betont, dass die Stadt ein sicherer Ort sein soll, dass keine Gefahr der Auslieferung besteht und die Versorgung mit Kleidung und Nahrung gesichert ist. In Stadt der Zuflucht schwingt mit, dass auch der Weg vom Ort der Verfolgung dorthin sicher sein soll. Genau so werden die beiden Begriffe auch heute verwendet. Sanctuary Cities nennen sich Städte, die Undokumentierte, die schon vor Ort leben, vor Deportation schützen wollen. Präsident Trump hat ihnen in den USA gerade den Kampf angesagt (vgl. Lebuhn 2016). Städte der Zuflucht hingegen setzen sich für die Aufnahme von Asylsuchenden aus dem Ausland in ihre Stadt oder Kommune ein, versuchen also legale Fluchtwege bereitzustellen. Beispiele dafür finden sich in Europa, Lateinamerika und Kanada.

Gibt es auch in Deutschland Beispiele für solche Städte der Zuflucht?

Als ich vor über drei Jahren das erste Mal zu dem Thema recherchierte, fand ich deutschlandweit nur zwei Städte, die sich so nannten: Frankfurt am Main und Hannover. Beide sind Mitglied im ICORN, dem Internationalen Städte-der-Zuflucht-Netzwerk. Es wurde in den 1990er Jahren gegründet, als weitreichende Änderungen des Asylrechts die Situation von Geflüchteten verschlechterten. Prominente Autor*innen initiierten das Netzwerk im Rahmen des Internationalen Parlaments der Schriftsteller, um bedrohten Kolleg*innen die

Möglichkeit zu geben, mit einem Visum in eine der Mitgliedstädte zu kommen.

Mit den Fluchtbewegungen der letzten Jahre ist die Frage kommunaler Immigrationspolitik noch wichtiger geworden. Zunächst ging es um Hilfe und Integration vor Ort. Es entstanden aber auch Initiativen, die Geflüchtete entlang der Balkanroute unterstützten. Als dieser Fluchtweg blockiert wurde, gründeten sich im Sommer 2016 Gruppen, die eine legale Umsiedlung von Asylsuchenden aus Griechenland und Italien in ihre Kommune in Deutschland forderten. Den Anfang machte damals die Stadt Osnabrück mit der Kampagne »50ausIdomeni«. Das ist wichtig, weil die meisten Flüchtenden auf Schlepper angewiesen sind, die sie von einem EU-Staat in einen anderen bringen. Oder auf private Helfer*innen an der Grenze, die damit allerdings eine Verurteilung wegen Menschenschmuggels riskieren, so wie der Bauer Cédric Herrou, der Flüchtende über die italienisch-französische Grenze fuhr.

Und gibt es hier auch Sanctuary Cities?

Momentan wird diskutiert, ob dieses anglo-amerikanische Modell hier umsetzbar wäre. Viele ehrenamtliche Unterstützer*innen treffen bei der Beratung auf abgelehnte Asylbewerber*innen. Wie in den USA bleibt für manche aus Angst vor Abschiebung nur das Abtauchen in ein Leben in der Illegalität. Die Sammelflieger, die seit Dezember wieder Menschen nach Afghanistan abschieben, haben allgemeines Entsetzen ausgelöst – und bei potenziell Betroffenen riesige Angst. Die Bundesregierung will Asylbewerber*innen gemäß der Dublin-III-Verordnung nun auch wieder nach Griechenland zurückschicken. Wegen systematischer Mängel in dortigen Asylverfahren durfte seit 2011 nicht mehr dorthin »überstellt« werden. Die menschenunwürdigen Bedingungen in den Lagern waren ein Grund für die hiesige Mobilisierung. Nun erweitern diese Initiativen ihre Kampagnen, um auch die zu schützen, die bereits in Deutschland leben. Das Vertrauen in den Nationalstaat und die EU ist massiv gesunken. Angesichts neuer Bedrohungsszenarien wird daher – sozusagen als letzter Ausweg – auf die Städte geschaut, in der Hoffnung, hier die Menschen vor menschenrechtswidrigen Abschiebungen schützen zu können.

HELENE HEUSER ist Juristin und Philosophin und promoviert zum Thema »Städte der Zuflucht«. Sie hat die Refugee Law Clinic Hamburg mit aufgebaut, die Studierende dazu ausbildet, Geflüchteten eine kostenfreie Rechtsberatung anzubieten.

Warum sollte auf städtischer Ebene möglich sein, was auf nationaler oder EU-Ebene verstellt ist?

Ich denke, ein entscheidender Punkt ist, dass hier der Grad der Anonymität im Vergleich zur nationalen Ebene niedriger ist. Wer mit Flüchtenden arbeitet und ihre Biografien kennenlernt, ist weniger verführt, fliehende Menschen bloß als Masse zu sehen.

In Osnabrück war es eine Stadtteilinitiative, die Flüchtlinge berät, Sprachkurse und Freizeitaktivitäten anbietet und bei der Wohnungssuche hilft, die die Kampagne »50ausIdomeni« ins Leben gerufen hat. Ehrenamtliche Unterstützer*innen haben sich



»Gerechtigkeit für die Frauen!«; Demonstration zum 8. März 2017 in Madrid, ©Christina del Campo/flickr

mit Geflüchteten solidarisiert, die sich um ihre in Griechenland zurückgebliebenen Angehörigen und Freund*innen sorgten, weil diese keinen legalen Weg sahen, nach Osnabrück zu kommen. Innerhalb kurzer Zeit schlossen sich viele lokale Akteure der Initiative an. Der Stadtrat stimmte dem Vorhaben schließlich über die politischen Fraktionen hinweg zu, auch der Oberbürgermeister unterstützte die Kampagne. Das war beeindruckend – es zeugt von einer gut funktionierenden Stadtkultur, von einer Stadtgesellschaft, die mit der Stadtregierung in engem Austausch steht. Hier hat Demokratie funktioniert.

Eine solch positive Einstellung gegenüber Geflüchteten kann man angesichts der Erfolge von AfD, Pegida oder anderen rechten Strukturen derzeit nicht überall voraussetzen.

Natürlich ist die Stadtbevölkerung nicht immer offen gegenüber Immigration. Ich denke aber, dass Nationalismen in lokaler Politik eine geringere Rolle spielen. Hier geht es meist um pragmatische Lösungen vor Ort. Wenn die neu errichteten Flüchtlingsunterkünfte leer stehen, fällt das auf. Manche Kommunen sind geradezu verärgert, dass die angekündigte Anzahl von Flüchtlingen doch nicht eintrifft. Wenn die Bevölkerung in den Gemeinden schrumpft, kann sogar ein Wettbewerb um neue Bewohner*innen entstehen. Das ist auch die Idee von Gesine Schwan, die einen

EU-Fonds einrichten möchte, auf den sich europäische Gemeinden mit einem Konzept für die Flüchtlingsaufnahme bewerben können. Das ist ein Projekt im Sinne der Städte der Zuflucht. Schwan setzt auf starke Netzwerke aus staatlichen und zivilen Strukturen, die eine nachhaltige Strategie für die Aufnahme vor Ort entwickeln und so eine ›Nachfrage von unten‹ generieren. Die aktuelle Diskussion der EU hingegen zielt auf ›von oben‹ auferlegte Quoten. Schwan hat auch erkannt, dass die nationalen Regierungen momentan zu große Angst vor ihren rechten Parteien und Bewegungen haben, als dass sie fähig wären, eine humane Migrationspolitik zu gestalten. In den Städten scheint es dagegen Handlungsspielräume zu geben, die ausgelotet und mobilisiert werden (vgl. Orlando in diesem Heft).

Welche rechtlichen Spielräume hätten Städte denn?

Die Steuerung von Einwanderung wird allgemein als Angelegenheit des Nationalstaates betrachtet. Gleichzeitig haben sich in letzter Zeit Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen stärker der Rolle der Städte in der Integrationspolitik zugewandt. Sie können die zentralstaatlichen Ebenen beeinflussen, idealerweise indem sie sich mit anderen Kommunen zusammenschließen. Es existieren bereits solche Netzwerke auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Sie können aber auch direkt vor Ort handeln. Inwiefern sie die rechtliche Autonomie besitzen, eine eigenständige Migrationspolitik zu betreiben, ist noch nicht umfassend geklärt. Der französische Philosoph Jacques Derrida hält eine schrittweise Ausweitung des internationalen Flüchtlingsrechts auf Städteebene für realisierbar. Rechtswissenschaftlich müssten die nationalen, europäischen und internationalen Rechtsordnungen dahingehend überprüft werden. In Zürich wurde von einer lokalen Initiative gerade ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Das ist natürlich nicht einfach auf Deutschland übertragbar. Ich habe mir in meiner Dissertation aber etwas Ähnliches für hier vorgenommen.

Eine neue Utopie für die Stadt?

Ich denke, dass Städte der Zuflucht und Sanctuary Cities in Deutschland nicht utopisch, sondern machbar sind. Sie knüpfen an eine starke Verwaltungseinheit, die Kommune, an. Das Selbstbestimmungsrecht von Kommunen ist im deutschen Grundgesetz verankert. Zudem ist die Bundesrepublik föderalistisch organisiert, die Bundesländer haben auch Gesetzgebungskompetenzen. In rein kommunalen Angelegenheiten können Kommunen eigene Regeln erlassen, zudem wird ihnen durch die Länder häufig die Ausführung von Gesetzen übertragen. Ein Beispiel ist das Aufenthaltsgesetz des Bundes, das regelt, unter welchen Bedingungen Nichtstaatsbürger*innen einen Aufenthaltstitel erhalten oder in welchem Fall sie abgeschoben werden können. Beim Vollzug dieses Rechts haben die kommunalen Ausländerbehörden Ermessensspielräume, die sie zugunsten von Immigrant*innen ausfüllen können.

Wie müsste eine Sanctuary City in Deutschland vorgehen, um Abschiebungen zu verhindern?

Eine solche Stadt müsste die Aufenthaltsrechtsberater*innen vor Ort und idealerweise die zuständige Ausländerbehörde sowie Gerichte und Stadtpolitiker*innen einbezie-

hen. Wenn diese lokalen Akteure kooperieren, können Spielräume bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln und bei der Legalisierung von Menschen ohne Papiere am besten ausgeschöpft werden. Für Stadtstaaten wie Berlin, Hamburg und Bremen gibt es zusätzliche Optionen, weil sie zugleich Bundesländer sind. Sie können ergänzende Verwaltungsvorschriften erlassen, wie das Aufenthaltsgesetz anzuwenden ist. Vorbildlich war hier die sogenannte Senatorenregelung in Hamburg, die von 2008 bis 2016 galt und bestimmte, dass eine Ausreise nach Afghanistan generell nicht zumutbar sei. Aufgrund dieser Regelung haben schätzungsweise 1 000 Personen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, statt auf Kettenduldungen sitzenzubleiben. Inzwischen hat sich die Hamburger Regierung leider zu einem Hardliner entwickelt, die Senatorenregelung wurde aufgehoben und Abschiebungen werden durchgesetzt, auch nach Afghanistan. Die Länder Schleswig-Holstein, Thüringen und Niedersachsen haben sich zuletzt geweigert, sich an den bundesweiten Abschiebeaktionen nach Afghanistan zu beteiligen. Ein entsprechender Antrag der Linkspartei in der Hamburger Bürgerschaft ist gescheitert. Stadtstaaten und Bundesländern steht es offen, einen eigenen dreimonatigen Abschiebestopp zu verhängen, um dem Abschiebedruck von der Bundesebene vorübergehend zu trotzen. Inwiefern Kommunen, die sich weigern, ihre Stadt-Mitarbeiter*innen an Abschiebungen zu beteiligen, vom Zentralstaat dazu gezwungen werden können, ist nicht abschließend geklärt. In den USA versucht das derzeit Donald Trump, indem er droht, die Zahlungen der Bundesebene an Städte, die sich als Sanctuary Cities deklarieren, zu stoppen.

Ich denke aber, dass – unabhängig von Handlungsoptionen auf Verwaltungsebene – bereits die Selbstdeklaration als Stadt, die alle ihre Bewohner*innen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus schützt, in der öffentlichen Debatte derzeit recht wirkungsvoll ist.

Für Städte der Zuflucht sieht die Rechtslage wahrscheinlich noch etwas schwieriger aus, oder?

Ja, das stimmt. Der von Gesine Schwan vorgeschlagene europäische Fonds zur kommunalen Aufnahme von Geflüchteten sieht vor, dass die nationalstaatliche Ebene nicht umgangen werden soll. So hat auch die Stadtregierung in Osnabrück die Geflüchteten unter der Prämisse unterstützt, dass sie über die von der Bundesrepublik bereits beschlossene Relocation-Quote in die Stadt kommen können. Die Stadt sah sich nicht imstande, selbst Aufnahmeentscheidungen zu treffen. Die Verantwortung für die auf EU-Ebene beschlossene Umsiedlung von Geflüchteten aus Griechenland und Italien liegt bei der Bundesregierung und nicht bei den Ländern oder gar Städten. Das Problem ist, dass Deutschland die EU-Vereinbarung nicht – oder nur zögerlich – erfüllt. Nach der abgemachten Quote sollen 27 400 von EU-weit 160 000 Personen innerhalb von zwei Jahren hier aufgenommen werden. Sechs Monate nach dem EU-Beschluss waren aber erst 57 Menschen angekommen. Im November 2016 verkündete die Bundesregierung, monatlich 500 Plätze bereitstellen zu wollen. Diese Entscheidung geht sicherlich auch auf das Konto der Osnabrücker und deren Nachfolger-

kommunen. Dennoch: Selbst mit den neuen Versprechungen der Bundesregierung würde es mehr als vier Jahre dauern, bis die zugesagte Zahl aufgenommen wäre. Außerdem ist die Ansiedlung von Personen aus den Hotspots in Griechenland und Italien in eine konkrete deutsche Stadt bürokratisch schwierig. Denn eigentlich werden alle Asylsuchenden nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel per Quote auf die Bundesländer verteilt und dann von der Landesebene den Kommunen zugewiesen. Letztere haben hier praktisch kaum Einflussmöglichkeiten.

Was bleibt den Städten darüber hinaus?

Die kommunalen Ausländerbehörden sind beispielsweise meist einbezogen, wenn Anträge auf Visa bei den deutschen Auslandsvertretungen gestellt werden. Im Rahmen des bestehenden Aufenthaltsgesetzes ist es möglich, dass deutsche Kommunen im Sinne einer Stadt der Zuflucht Menschen im Ausland die legale Einreise mit einem Visum ermöglichen. In der wenig bekannten Vorschrift des § 22 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes ist sogar vorgesehen, dass im Einzelfall auch ein humanitäres Visum zur Einreise erteilt werden darf. Im Klartext heißt das, dass schon jetzt die rechtliche Möglichkeit besteht, legale Zufluchtswege in Kommunen zu schaffen. In diesem Gesetz sehe ich grundsätzlich Potenzial für eine direkte Flüchtlingsaufnahme auf städtischer und kommunaler Ebene. Dass diese Chance bisher wenig genutzt wird, hat verschiedene Gründe. Einerseits ist die Norm selbst bei spezialisierten Rechtsanwält*innen recht unbekannt. Andererseits tritt bei denen, die das Gesetz entdeckt haben, oft Resignation ein, wenn die Behörden ihr Ermessen nicht wohlwollend ausschöpfen. Da diese Regel keinen Anspruch auf Aufnahme aus dem Ausland begründen soll, kann sie nur schwer gerichtlich durchgesetzt werden. Hier müsste politischer Druck entfaltet werden, durch soziale Bewegungen, die mit den Stadtregierungen zusammenarbeiten. Dann ließe sich die Handhabe der Norm durch die lokalen Ausländerbehörden potenziell ändern.

Außerdem ist die Erteilung von Visa auch dann möglich, wenn Privatpersonen Verpflichtungserklärungen abgeben. Dies wird zum Beispiel durch ein zivilgesellschaftliches Netzwerk in Hamburg und Berlin zur Unterstützung von Syrer*innen praktiziert. In Kanada wird so fast die gesamte Flüchtlingsaufnahme organisiert.

Viele Möglichkeiten sind also offenbar noch wenig bekannt?

Auf der Ebene der Städte oder Kommunen liegen auf jeden Fall ungenutzte Potenziale, eine demokratischere und liberalere Migrationspolitik voranzubringen, bei der es um mehr als Integration geht. Wie sich dies im Wechselspiel von Theorie und Praxis weiter ausgestalten und verallgemeinern lässt, muss sich zeigen – inwiefern sich Städte der Zuflucht und Sanctuary Cities in die aktuellen Rechtssysteme eingliedern lassen, vor allem aber, wie sie im Sinne Derridas die bestehenden Systeme untergraben, übertreten oder herausfordern können.

Das Gespräch führte Barbara Fried.

LITERATUR:

Lebuhn, Henrik, 2016: »Ich bin New York«. Bilanz des kommunalen Personalausweises in New York City, www.zeitschrift-luxemburg.de/kommunaler-perso-new-york-city/

MEINE ›HEIMAT‹ IST DORT, WO ICH BLEIBEN WILL

GESPRÄCH ÜBER STADTBÜRGERSCHAFT UND INKLUSIVE FLÜCHTLINGSPOLITIK IN PALERMO

LEOLUCA ORLANDO

Wenn wir über das epochale Phänomen der Migration sprechen: Lohnt es, mit Palermo anzufangen?

Ja. Palermo ist eigentlich keine europäische Stadt, sondern eine Metropole des Nahen Ostens in Europa. Es ist als »Stadt der Migrant*innen« entstanden. Kürzlich hat die UNESCO Palermo wegen seiner arabisch-normannischen Traditionen zum Weltkulturerbe erklärt. Die Araber und die Normannen haben sich bis aufs Messer bekriegt – hier jedoch sind ihre Kulturen miteinander verschmolzen. Außerdem ist die hiesige Geschichte eng mit dem Jahr 1492 verbunden. Es markiert die Eroberung Amerikas, die Vertreibung der Jüd*innen und Muslim*innen aus Spanien, den Tod des florentiner Stadtherrn Lorenzo il Magnificos und das Ende der Renaissance. Aus dem ›Weltmeer‹ Mittelmeer wurde ein Binnensee mit Randlage. All das spiegelt sich in unserer Architektur und unserem Lebensstil wider.

Zwischen dem 19. und dem 20. Jahrhundert sind viele Palermitaner*innen nach Amerika oder Nordeuropa ausgewandert, und in den letzten hundert Jahren hat die Mafia verhindert, dass wir zum Anlaufpunkt für die Migration von anderen werden konnten. Lange Zeit hat die Mafia Sizilien und Palermo direkt regiert. Als 1980 der Politiker Mattarella von einer Clique aus Mafia und Teilen der Christdemokratischen Partei Italiens ermordet wurde, haben einige von uns den Kampf aufgenommen. Damals galt es als subversiv, die Gültigkeit des Gesetzes gegen die herrschende Macht starkzumachen, und so erklärten wir Palermo zur »Stadt des Rechts«. Klar, die Mafia ist nicht gänzlich verschwunden, aber im Gegensatz zu damals sitzt sie nicht mehr in der Regierung.

Heute, angesichts der epochalen Herausforderung der Migration, wäre es subversiv, die geltenden Gesetze zu unterlaufen. Nun sind wir die »Stadt der Rechte«. Wir streiten für die konkrete Verwirklichung von Rechten. Wir organisieren die größte Gay Pride Parade Südeuropas: 300 000 Leute, Familien und Kinder nehmen daran teil und von den Balkonen applaudieren die Anwohner*innen. Letztlich verdanken wir es den Migrant*innen, dass wir an unsere Geschichte anknüpfen können und wieder »eine nahöstliche Stadt in Europa« sind.

Was ist die »Charta von Palermo«, die du im März 2015 lanciert hast?

Mein Leben und meine Haltung haben sich verändert, als ich die Migrant*innen persönlich kennengelernt habe. In der aktuellen Situation müsste man die Staaten Europas eigentlich rechtlich zur Verantwortung ziehen. Sie sind dabei, einen Völkermord loszutreten, der nicht gegen die Gesetze begangen, sondern von diesen verursacht wird. Die Wanderung von Millionen von Menschen lässt sich nicht verhindern, sie hat etwas mit der Globalisierung sowie mit langjährigen politischen und wirtschaftlichen Krisen zu tun. Was es zu verhindern gilt, ist, dass der Ausnahmezustand zum Dauerzustand wird. Eine veränderte Herangehensweise muss damit beginnen, die Migrant*innen als Menschen zu sehen. Dazu müssen wir zwei gängige Sichtweisen revidieren, die Migration nur unter dem Aspekt des »Leidens« oder des »Schutzes« begreifen. Stattdessen gilt es »Bewegungsfreiheit« als neues unveräußerliches Menschenrecht anzuerkennen. Kein Mensch hat sich ausgesucht, wo er geboren wird. Für alle muss aber das Recht anerkannt werden, selber zu entscheiden, wo sie leben, besser leben oder nicht sterben wollen.

Ein zentrales Problem ist derzeit die Logik der Aufenthaltsgenehmigung. Sie ist ein Stück Papier, das Tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt. Die Unterscheidung zwischen »Asylbewerber*in« und »Wirtschaftsflüchtling«, auf der die Politik der europäischen Staaten beruht, lässt mich schaudern: Welchen Unterschied macht es, ob das Leben eines Menschen bedroht ist, weil sich sein Land im Krieg befindet, oder weil er Gefahr läuft, zu verhungern? Aber selbst wenn wir dieser kriminellen Logik folgen: Wenn ich ein Recht auf Asyl besitze, wieso kann ich mir dann nicht ein Flugticket kaufen, regulär nach Europa einreisen und einen Antrag stellen? Es ist völlig inakzeptabel, diese Verfahren in afrikanische Länder oder die Türkei auszulagern und dort Auffanglager zu errichten. Stattdes-

LEOLUCA ORLANDO war von 1985 bis 2000 Bürgermeister von Palermo, der Hauptstadt Siziliens. Über die Landesgrenzen hinweg bekannt wurde er, als er mit der Gründung der Reformpartei »La Rete« 1991 der Mafia den Kampf ansagte. Inzwischen führt der fast 70-Jährige eine neue Auseinandersetzung: Inmitten der wachsenden Lager- und Abschiebeökonomie sowie des hochgerüsteten Grenzregimes der EU versucht Leoluca Orlando Palermo als »Willkommensstadt« zu etablieren – als Ort einer solidarischen Flüchtlingspolitik und gelebten Transkulturalität.
Er berichtet emphatisch von seinem Projekt, doch die Herausforderungen sind groß und die Erfolge stellen sich, trotz bester Absichten, nur langsam ein. Zivilgesellschaftliche Initiativen beklagen weiterhin die unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen und Migrant*innen im Raum Palermo, insbesondere bei ihrer Ankunft über das Meer. Auch werden flächendeckend Mindeststandards nicht eingehalten, sind Unterstützung, Betreuung und Begleitung oft unzureichend. Auf die Handlungen der Frontex-Mitarbeiter*innen hat die Kommunalverwaltung keinen Einfluss, die Vielzahl überfüllter Aufnahmezentren und die fehlende psychosoziale Versorgung der teils traumatisierten Menschen liegen jedoch in ihrem Zuständigkeitsbereich. So muss Palermo – wie andere Sanctuary Cities – als Terrain begriffen werden, auf dem sich Kämpfe um Migration und Flucht verdichten und wo Interventionen emanzipatorischer Kräfte entsprechend wegweisend sein können. Zu Details über Aktivitäten und Kontroversen vor Ort siehe auch: http://siciliamigrants.blogspot.de.

sen müssen sichere Zugangswege geschaffen werden. Mit der Charta von Palermo treten wir für eine grundsätzliche Bewegungsfreiheit ein, für die Abschaffung von Einreisebestimmungen und Aufenthaltsgenehmigungen. Es kann nicht sein, dass der einzige, der noch über eine solide internationalistische Vision verfügt, der Papst ist, nur weil es darum geht, hier eine kulturelle und zivilisatorische Grundsatzentscheidung zu treffen.

Wie versucht Palermo diese Prinzipien in der Lokalpolitik umzusetzen? Oder geht es eher um symbolische Gesten?

Immer wenn ein Schiff mit Flüchtlingen im Hafen von Palermo anlegt, bin ich vor Ort, um sie zu empfangen. Der Hafen wird dann zu einem Ort der gesellschaftlichen Organisierung, Initiativen und Behörden arbeiten Hand in Hand. Ich habe beim Polizeipräsidenten die Entmilitarisierung der Ankunftszone durchgesetzt, damit die Geflüchteten im Moment ihrer Ausschiffung keine Uniform sehen müssen. Die Schwierigkeiten fangen aber danach an: Alle brauchen Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnraum und Arbeit. Migrant*innen und einheimische Palermitaner*innen befinden sich oft in einer ähnlich prekären Lage. Mit dieser Situation umzugehen ist nur möglich dank der engen Zusammenarbeit mit dem lokalen Netz von Initiativen und Vereinen. Wir verfolgen die Idee einer neuen Bürgerschaft, in der das Recht auf aktive politische Teilhabe und kultureller Vielfalt zentral ist. Wir haben einen Rat der Kulturen ins Leben gerufen, der ein solches Modell ausarbeiten soll, bei dem die Bürgerechte allein an den Wohnsitz und nicht an die Nationalität gebunden sind.

Kürzlich hast du an einem Treffen von Bürgermeister*innen aus ganz Europa teilgenommen, das auf Initiative von Papst Franziskus organisiert wurde. Zu welchen Schlussfolgerungen seid ihr gelangt?

Es war ein wichtiges Treffen, und die Rolle, die dieser Papst spielt, ist herausragend. Für uns war es sehr wichtig, uns mit anderen Kommunalverwaltungen aus ganz Europa auszutauschen, vor allem mit Madrid und Barcelona, die sich wie wir darum bemühen, sich als »Zufluchtsstädte« zu qualifizieren (vgl. Heuser in diesem Heft). Sie sind dabei mit dem Widerstand und der Abschottungspolitik ihrer nationalen Regierungen konfrontiert, die nicht einmal die im EU-Rat eingegangenen Verpflichtungen zur Verteilung der Flüchtlinge einhalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, ein Netzwerk von »Rebel Cities« zu gründen, das in der Lage ist, eine andere Aufnahmepolitik gegen die Politik der Nationalstaaten und der Europäischen Union auszuarbeiten und umzusetzen. Diesem Netzwerk sollten auch Städte und Bürgermeister*innen aus den Ländern Afrikas und des Nahen Ostens angehören, jenseits der formalen Grenzen der EU.

EU-Verordnungen wie die Frontex- und die Dublin-Verordnung müssen grundlegend verändert werden: Das Recht auf Bewegungsfreiheit muss auch für diejenigen garantiert werden, die nicht aus der EU stammen. Auch das Aufnahmesystem muss umgestaltet werden: Das bestehende System hat eine eigene Ökonomie hervorgebracht, von der manche massiv profitieren. Außerdem stellt die hohe Konzentration von Flüchtlingen an einzelnen Orten ein Problem dar, und zwar sowohl für die Migrant*innen als auch für die Gemeinden.



8. März 2017 in Istanbul, ©Özgür Özkök

Deshalb müssen wir vor Ort, in den Städten anfangen. Unsere zentralen Werte erhalten hier ihre praktische Bedeutung. Für die jüngere Generation existieren eigentlich nur das Wohnviertel und die Welt. Die Europäische Union funktioniert auch deshalb nicht, weil sie zu einem Ort der Legitimation nationaler Egoismen geworden ist. Die Migrant*innen können uns helfen, den Nationalstaat als ersten und einzigen Bezugspunkt zu relativieren. Als Schüler von Hans-Georg Gadamer denke ich, dass die Wahl der eigenen Identität die größte Freiheitsbekundung ist. Meine ›Heimat‹ ist dort, wo ich entscheide, dass sie sein soll.
Wir müssen die Angst vieler Bürgermeister*innen überwinden, die teils stärker an ihre Parteien gebunden sind als ich. Wir müssen uns von politischen und materiellen Hindernissen befreien. Vor vier Jahren war der Haushalt der Stadt Palermo wegen der nationalen Sparpolitik und wegen schlechter Haushaltsführung dem Bankrott nahe. Wir haben ihn ohne eine einzige Entlassung saniert und dabei die volle Kontrolle über zentrale Dienstleistungen und Infrastrukturen behalten. Direkte Beziehungen zwischen den Städten und ihre Fähigkeit, Allianzen zu bilden, kann Brüche mit dem herrschenden System befördern und konkrete Alternativen aufzeigen.

Das Gespräch führte Beppe Caccia.
Aus dem Italienischen von Andreas Förster

DER NAME DER ZEIT I

RAINER RILLING ▪ MORITZ WARNKE

DER SCHULZ-EFFEKT – EINE KLEINE INSTRUMENTENKUNDE

Die bundesdeutsche Sozialdemokratie stand lange für den »dritten Weg« und die »neue Mitte«. Ihre Politik, Konzepte und Ziele waren der Bildung eines neoliberalen Blocks untergeordnet. Nun verändert sich ihr Umfeld grundlegend und immer schneller – die Situation ist auch ein Scherbenhaufen eines von der SPD mit durchgesetzten Aufstiegs Deutschlands zur europäischen Hegemonialmacht. Wohin man schaut, ob die griechische Pasok, die französische Parti Socialiste, die spanische PSOE, die niederländische Partij van de Arbeid oder die italienische Partito Democratico – die Parteienfamilie der europäischen Sozialdemokratie ist zerrüttet. Sie sieht sich einer erstarkenden Rechten gegenüber, die in zwei Hauptrichtungen gespalten ist: eine dominante, aber defensiv operierende, neoliberal-›klassische‹ Rechte und eine aufsteigende illiberale, völkische, häufig rassistische. Beide verbindet die Profilierung eines autoritären Kapitalismus. Die noch vorherrschende neoliberale Strömung spaltet sich jedoch entlang der Frage einer marktradikalen versus regulierungsstarken Wirtschaftspolitik und die Hegemonie der liberaldemokratischen Strömungen bröckelt.

Welche Rolle spielt die Sozialdemokratie in diesem Zerfallsprozess der alten Architektur des politischen Feldes? Setzt sich dieser Prozess fort oder bildet sich eine Langzeitperspektive der Reorganisation oder gar Neuerfindung eines sozialdemokratisch-linken Feldes? Was sind die Kriterien, die dafür oder dagegen stehen könnten?

- Diskurs: Martin Schulz steht gegenwärtig für einen volatilen diskurspolitischen Bruch, der seiner als authentisch empfundenen Sprechweise und einer Enttabuisierung des Themenkatalogs der Partei zuzuschreiben ist. Er bindet »adressatenlose Wut« und die Sehnsüchte nach einer Sozialstaatssozialdemokratie.
- Konflikt: Doch welche Wege sollen geöffnet werden? Sein rhetorisches Superthema ist Gerechtigkeit und seine Stoßrichtung die radikale Rechte. Offen ist, wie weit eine Gleichheitsrhetorik trägt, die sorgfältig jede Positionierung gegen die wirklichen Reichtumsverhältnisse, ihre Subjekte und ihre Politik vermeidet und damit eine soziale Polarisierung umgeht. Fest steht: Eine Wende, die nicht wehtut, ist sinnlos.
- Klasse: Mit Blick auf die verschiedenen Teile der Klassen bleibt abzuwarten, ob es gelingt, nicht nur die in großen Teilen verlorene Stammwählerschaft der ›hart arbeitenden‹, einigermaßen stabilen und ›respektablen‹ Arbeitnehmermitte wahlpolitisch einzubinden, sondern auch die strukturbenachteiligten Teile der Bevölkerung.

■ Block: Zentral – aber ebenso offen – ist dabei, inwiefern sich der Schulz-Effekt in eine zivilgesellschaftliche Reorganisation und Mobilisierung umsetzt. Ob eine neue Glaubwürdigkeit und Konsensbildung also auch jenseits der Person über anziehende Paradigmen (»Sicherheit«, »sozialer Respekt«) und attraktive Selbstverortungen in der Gesellschaft möglich wird. Weitreichende Wendungen sind ohne die Bildung eines solchen erweiterten Blocks nicht möglich. Aber: Wer tut es? Die wahlpolitische Formel dafür ist der »Lagerwahlkampf«, den die SPD – im krassen Unterschied zur CDU/CSU – bislang vermeidet und mit ihrer Koalitionsofferte Richtung FDP noch weiter erschwert.

■ Umkehr: In jedem Fall müssten die neoliberalen Richtungsprojekte der letzten Jahrzehnte (Stichwort Hartz IV) abgeräumt werden. Der Schlüssel wäre eine Politik der Sicherheit rund um die großen Dispositive Vorsorgen, Vorbeugen, Verhindern, Vorbereiten und Widerstehen. Sie müsste Breschen in die Unsicherheit des Zukünftigen schlagen. Ein dramatischer Bruch mit der Politik der neoliberalen Versicherheitlichung durch Vermarktlichung und Finanzialisierung ist dafür Prämisse.

■ Projekt: Es geht nicht mehr um eine Durchsetzung des globalen Kapitalismus, sondern darum, seinen krisenhaften Industrie-, Arbeits-, Raum-, Natur- und Wissensformen eine dominante Richtung zu geben. Eine kapitalistische Zukunftspolitik also, die in der Tradition einer produktivkraftaffinen SPD den Kampf um die informationell-industrielle Gestalt des gegenwärtigen Kapitalismus aufnimmt. Aber: Wer führt ihn? Wie drückt die Sozialdemokratie dem ihren Stempel auf, wo würde sie eine radikale Differenz zur Silicon-Valley-Politik machen?

RAINER RILLING ist Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitbegründer dieser Zeitschrift. Er arbeitet zu Futuring, Superreichen und zur neuen Ordnung der imperialen Welt.

MORITZ WARNKE ist Soziologe, arbeitet für DIE LINKE im Bundestag und ist Redakteur dieser Zeitschrift. Er ist u.a. im Landesvorstand der Berliner LINKEN aktiv.

■ Selbstveränderung: Nicht zuletzt wird die Entwicklung der eigenen politischen Organisation entscheidend sein: Verändert die aktuelle Eintrittswelle die Partei? Verändern sich die innerparteilichen Macht- und Konfliktkonstellationen? Bislang sind dafür nur sehr geringe Anzeichen zu erkennen. In der parteibezogenen Öffentlichkeit gibt es kaum Anzeichen für eine Politik der echten Veränderung, des Umbaus und insbesondere der Demokratisierung (eben nicht bloß einer Bemächtigung!) der für eine solche Richtungspolitik zentralen Staatsapparate.

Der Schulz-Effekt ist der Name für eine Momentaufnahme der Uneindeutigkeit. Je nachdem, wie »die alte Tante« SPD den Budenzauber weiter dreht, ob als weitgehend inhaltsleeres Spektakel oder als riskante Wegmarke für eine Neuausrichtung, droht – oder eben nicht – eine Fortsetzung der Zerrüttung. Dann jedoch, angesichts neuer Enttäuschung, nicht mehr als ›eingefrorene‹, sondern als abstürzende Formation.

DER NAME DER ZEIT II

CHRISTINA KAINDL

DER HYPE UM SCHULZ – ÜBERLEBENSKAMPF ODER NEUER BLOCK?

Wer glaubt, Martin Schulz sei der Name der Zeit, geht seinem Populismus auf den Leim. Wer denkt, der Hype um Schulz sei nur das und deshalb gleichgültig, erliegt dem eigenen Zynismus – oder versteht nichts von Kräfteverhältnissen. Der Hype zeigt, dass Schulz einen Nerv getroffen hat. Er hat ein Fenster geöffnet: Soziale Gerechtigkeit steht auf der Tagesordnung. Das finden offensichtlich viele Menschen gut. Entscheidend ist, was folgt: Wird es Druck geben von Gewerkschafter*innen, von Sozialverbänden, von linksradikalen Flüchtlingshelfer*innen, Mieterinitiativen oder Erwerbslosen, von allen, die bei der großen Erzählung von der sozialen Gerechtigkeit nicht nur zitiert werden wollen, sondern verlangen, dass ihre Forderungen aufgegriffen werden?

Aufstieg und Performance von Schulz zwischen Nominierung als Kanzlerkandidat der SPD und seiner Wahl auf dem Parteitag folgten einer durchgestylten Choreografie. Wieder und wieder betont er: Die SPD wolle Gerechtigkeit für die hart arbeitenden Menschen, für die Krankenschwester, Frisörin, Verkäuferin, den Feuerwehrmann, den Polizisten. Für alle, die sich an die Regeln halten und doch nicht über die Runden kommen, ihre Zukunft nicht planen können. Die SPD hat die Studien gelesen, die sich mit den Alltagsproblemen und ihrer Wahrnehmung bei den Leuten beschäftigen. Das Gerechtigkeitsgefühl vieler Menschen ist verletzt. Zugleich haben Jahre der »asymmetrischen Demobilisierung«, der Entmutigung der Wähler*innen ihre Spuren hinterlassen. Die Erwartungen hängen tief, doch versteckte Sehnsüchte gibt es – geeignet für einen populistischen Moment, wie Schulz ihn inszeniert.

Auf ›Gerechtigkeit‹ setzt die SPD seit dem Schock der Frühjahrswahlen 2016. Sie hat empfindlich an die AfD verloren – ein Phänomen, das im Rest Europas schon mit der neoliberalen Wende der Sozialdemokratie Anfang der 2000er aufgetreten ist. Auch Gabriel hatte die ›Gerechtigkeitswende‹ versucht, mit markigen Worten und bescheidenen Programmpunkten. Aber: Gabriel nimmt man zwar ab, dass er wendig ist, nicht aber, dass er klare Kante für soziale Gerechtigkeit zeigt. Außerdem war die SPD noch im »Mit-uns-ist-die-GroKo-super«-Modus, so schnell ließ sich das Loblied auf die eigenen Erfolge nicht umstellen.

Ein Dreivierteljahr später klappt es besser. Obwohl Schulz seit 15 Jahren als Topverdiener im Europäischen Parlament und im Parteivorstand der SPD sitzt – keineswegs als Teil der Parteilinken – schafft er es, sich als volksnaher Würseler und Quereinsteiger, als frisch erweckter Ritter für soziale Gerechtigkeit darzustellen. Dass er mehr über Werte als über Konzepte spricht, soll auch den Frieden in der Partei bewahren. Denn er

bewegt sich auf einem schmalen Grad: Einerseits gibt es an der Parteibasis eine große Sehnsucht, die SPD möge wieder sozialdemokratische Politik machen. Andererseits hat die Führung in langen Jahren und Machtkämpfen dafür gesorgt, dass es kaum Leute in der ersten Reihe gibt, die das (verkörpern) können. Die Partei besteht zur Hälfte aus »Blairites«, die aus ganzem Herzen auf Exportstrategie und verhalten regulierte Austerität setzen und die den Teil der Bevölkerung repräsentieren, der sich ein Weiter so mit etwas sozialerem Antlitz wünscht. Beim Seiltanz zwischen ihnen und der Rhetorik sozialer Gerechtigkeit orientieren sich die Forderungen von Schulz an den Industriegewerkschaften: etwa das Versprechen, sachgrundlose Befristungen zu verbieten und die Beschäftigten länger im Arbeitslosengeld I zu halten. Mit dem schicken Zusatz »Q« wird versucht, die Anforderungen der Digitalisierung mit der Aussicht auf Absicherung zu verbinden. Das Versprechen, die Renten »nicht weiter abstürzen« zu lassen, ist ähnlich moderat – gegen Altersarmut hilft es nicht. Europa will Schulz gegen rechts verteidigen, ansonsten soll es effizienter werden – kein Wort zu Austerität und Exportstrategie der deutschen Wirtschaft, kein Wort dazu, ob die Erfolge der Rechten auch mit den Erfahrungen mit der bestehenden EU zusammenhängen. Schulz hat nur eine Haltung zur EU, keine Politik.

Schwammig sind auch die Steuerpläne. Eine Vermögensteuer hat Schulz mehrfach ausgeschlossen, doch er spricht von höheren Steuern für Reiche und Vermögende und fordert, dass die Einkommen aus Kapital nicht geringer besteuert werden dürfen als die aus Arbeit. Aber letztlich ist die Rechnung einfach: Ohne Vermögensteuer gibt es keine umfassenden öffentlichen Investitionen und keine Wende in der Sozialpolitik. Ohne höhere Steuern für Bestverdiener*innen lassen sich untere und mittlere Einkommen nicht entlasten. Beides sind rote Tücher in der Diskussion – der Trick, mit dem Schlagwort der »Steuererhöhung« gerade denen Angst zu machen, deren Steuern gesenkt würden, ist schon oft aufgegangen. Das Risiko wird die SPD nur eingehen, wenn sie gedrängt wird: von den eigenen Leuten, von Gewerkschaften, von linker Konkurrenz.

Es wird sich zeigen, welche Worthülsen platzen und für welche Punkte die SPD streiten wird. Bislang ist Schulz' Vorstoß kein neuer Block – es ist ein Überlebenskampf. Unklar, ob es um eine Reorganisation oder Verschiebung im Mitte-links-Feld geht, wo Schulz auf Kosten der LINKEN und Grünen gewinnen kann, aber die Durchsetzungsperspektive eines Politikwechsels nicht notwendigerweise steigt. Sein Erfolg hält die Freunde des Neoliberalismus in der SPD bei der Stange, doch bisher hat sich auch noch keine Bewegung gebildet, die innerhalb der Partei für weitergehende Konzepte kämpfen würde. Seit der Saarland-Wahl ist es ruhig geworden. Man arbeite am Programm, heißt es. Gleichzeitig wird ein Bündnis mit der FDP ventiliert. Es zeigt, wie labil die Situation ist. Noch ist Zeit, einen gesellschaftlichen Block zu formieren oder zumindest Druck und Vorschläge zu machen, was mindestens in einem Paket der sozialen Gerechtigkeit enhalten sein muss. Und: mit wem man sich dafür anlegen muss.

CHRISTINA KAINDL leitet den Bereich für Strategie und Grundsatzfragen der Partei DIE LINKE.

WAS TUN IN ZEITEN DER OHNMACHT?

VON LENIN LERNEN UND ES ANDERS MACHEN

MICHAEL BRIE

Wir leben in bleiernen Zeiten: So viel Krieg war seit 1945 niemals an den Grenzen Europas, und in der Ostukraine wird täglich geschossen. So viele Flüchtlinge gab es weltweit nicht seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, und in Afrika bahnt sich die größte Hungersnot der letzten Jahrzehnte an. Die Umweltzerstörung beschleunigt sich. Die Vermögenswerte der Superreichen schnellen in die Höhe, die Schulden und die Armut auch. 1914/15 war ebenso eine bleierne Zeit. Die Proletarier Europas mordeten sich, und die großen sozialdemokratischen Parteien sprachen von »Vaterlandsverteidigung«. Zeiten wie damals und heute sind durch den schreienden Widerspruch zwischen einem enormen Handlungsdruck und abschreckend geringen Handlungsmöglichkeiten geprägt. Was also tun, wenn – fast – nichts getan werden kann?

Der folgende Artikel wendet sich den Jahren zwischen 1914 und 1917 zu und fragt, was Lenin, der zum gewaltmächtigsten

Revolutionär des 20. Jahrhunderts werden sollte, in diesen Jahren tat, die ihn fast jeder Möglichkeit direkten politischen Eingreifens beraubten. Welche Antwort findet er auf die Frage, was zu tun sei, wenn fast gar nichts geht? Dies ist keine Antwort auf unsere Nöte. Aber vielleicht hilft es, das heute schon Mögliche zu tun, damit morgen das Notwendige getan werden kann.

Blickt man auf die 32 Monate, die Lenin von September 1914 bis April 1917 in der Schweiz verbrachte, und misst sie daran, wie er später in die Russische Revolution eingriff, so kann man sicherlich sagen, dass kaum jemals zuvor jemand die Emigration so systematisch und konsequent genutzt hat, sich auf seine politische Stunde vorzubereiten. Obwohl seine Partei in Russland faktisch illegal war, die Kontakte weitgehend abrissen, Lenins Worte kaum jemanden erreichten, war er ungeheuer aktiv. In der anomischen Situation der Handlungsunfähigkeit tat Lenin das, was er konnte: Er stellte die *Voraussetzungen für sein eigenes eingreifendes Handeln* her. Lenin ging im wahrsten Sinne des Wortes ›in sich‹. Alles kam auf den Prüfstand. An einen Genossen schrieb er, dass, wenn man die Zeit richtig zu nutzen verstehe, man auch in Zeiten einer revolutionären Krise in der Lage sei, die richtigen Losungen aufzustellen und eine Strategie und Taktik zu entwickeln, der sich die Massen zuwenden würden. Acht Punkte seien genannt, die mir wichtig zu sein scheinen, will man Lenins Wirken in Zeiten der Ohnmacht verstehen – lernend auch das, was heute unbedingt anders zu machen ist.

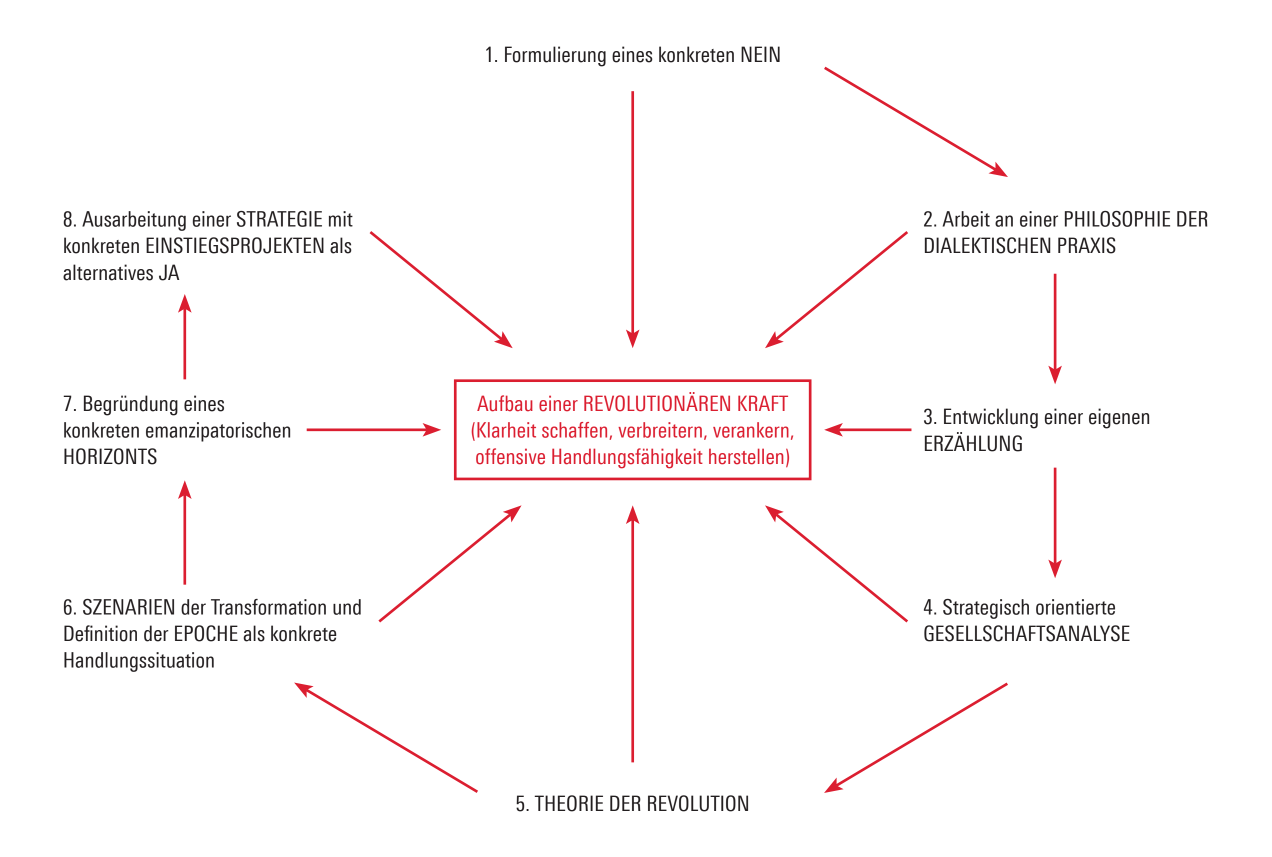
I. | Das erste, das man von Lenin lernen kann, ist der Mut, radikal und stur NEIN zu sagen und alle, oft auch unbequeme Konsequenzen zu ziehen. Während andere sich der Situation anzuschmiegen suchten, das ›Beste‹ noch daraus machen wollten, hielt er direkt dagegen. Ohne Wenn und Aber verurteilte er den Krieg in jeder seiner Gestalten, lehnte er jedes Bündnis mit den »Vaterlandsverteidigern« strikt ab.

Heute würde man sagen: Auch ein Neoliberalismus *light* oder eine etwas sanftere Austeritätspolitik ist von Übel, und Rüstungsexporte in Krisengebiete wie »humanitäre Interventionen« (ein Oxymoron wie »menschliches Morden«) verbieten sich. Was man anders machen sollte, ist sicherlich, dass es weder richtig ist, dem Krieg einen Bürgerkrieg gegenüberzustellen, noch Bürgerkrieg als die höchste Form der Revolution zu verstehen. Der Bürgerkrieg, schrieb er, müsse »zum Mittelpunkt der Taktik« der Linken werden. Und genau dies dominierte Lenins Strategie bis 1921. In diesem Bürgerkrieg, den die Bolschewiki maßgeblich mitverursachten, starben in Russland so viele Menschen wie europaweit im ganzen Ersten Weltkrieg. Falsch war es auch, die politische Gegnerschaft zur Todfeindschaft zuzuspitzen.

MICHAEL BRIE ist Referent für Theorie und Geschichte sozialistischer Transformationsforschung am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt erschien von ihm im VSA Verlag »Lenin neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zur Dialektik der Revolution & Metaphysik der Herrschaft«. Es bildet die Grundlage dieses Beitrags. Das Buch kann abgerufen werden unter www.rosalux.de/publikationen.

II. | Man kann von Lenin lernen, sich in solchen Zeiten – auch – in die Bibliotheken zu begeben und Philosophie zu studieren. Kein anderes Buch hat Lenin so ausführlich exzerpiert wie das abstrakteste Werk Hegels – »Die Wissenschaft der Logik«. Lenins Lesegenuss wuchs ganz augenscheinlich mit jedem Kapitel, und euphorisch schrieb er über den letzten, ›abstraktesten‹ Abschnitt in einer Notiz: »In diesem *idealistischsten* Werk Hegels ist *am wenigsten* Idealismus, *am meisten* Materialismus. ›Widersprechend‹, aber Tatsache!« (Hervorh. i. O.) Er gewann aus dieser Lektüre einen neuen Blick auf die Wirklichkeit: Ganz anders als die führenden Theoretiker*innen der Zweiten Internationale, namentlich Karl Kautsky, drang er in eine Dialektik der Brüche ein, erkannte, dass das Einzelne und Zufällige in konkreten Situationen von zentraler allgemeiner Bedeutung sein kann: »Verwandlung des Einzelnen in das Allgemeine, des Zufälligen in das Notwendige, die Übergänge, das Überfließen, den wechselseitigen Zusammenhang der Gegensätze«. Aus dem Marxismus als Wissenschaft von den allgemeinen Gesetzen wurde wieder lebendige Praxisphilosophie. Nur ist die Praxis bei Lenin vor allem instrumentelles Handeln der Zweckrealisierung, nur Beziehung von Subjekt zum Objekt. Was Rosa Luxemburg an sozialistischer Praxis faszinierte, die Selbstorganisation, der offene Dialog, der Wettstreit, fehlt. In Lenins Dialektik des revolutionären Bruchs verschwindet die Dialektik historischer Kontinuitäten durch die Brüche hindurch. Es scheint alles möglich – wenn man nur den richtigen Augenblick ergreift. Die Folgen falschen Eingreifens wurden nicht bedacht. Im Vordergrund stand ein einziges Ziel: Die Übernahme der Macht durch die Bolschewiki als Vertreter des russischen Proletariats. Walter Benjamin hat in seinen hinterlassenen Schriften Dialektik als Kunst bestimmt, gegen den Wind anzusegeln. Die dialektischen Begriffe seien die Segel: »Die Kunst, sie setzen zu können, ist das Entscheidende.« Lenin hatte bei Hegel diese Kunst gelernt, wenn auch sehr einseitig.

III. | Lenin entwickelte in den ersten Monaten des Weltkriegs eine Erzählung. Denn: Wer keine Erzählung hat, hat schon vor dem Kampf verloren. Die sozialistische Bewegung war durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Position der »Vaterlandsverteidigung« zerbrochen. Um die Bruchstücke neu zu verbinden, musste für dieses Neue eine Identität erzeugt werden. Chantal Mouffe und Ernesto Laclau sprechen von Gegenhegemonie: Wer sind wir, was sind unsere Ziele, unsere Mittel, unsere Gegner, was ist unsere Strategie. Lenin arbeitete an einer Erzählung vom Verrat durch die Führung fast aller sozialdemokratischen Parteien, der Korruption von Teilen der Arbeiterschaft im Zeitalter des Imperialismus und deren Integration in das System. Er stellte dem die Vision einer neuen Internationale gegenüber, die die sozialistische Weltrevolution auf die Tagesordnung setzt und einen europäischen Bürgerkrieg entflammen will. Um den Bruch zu verdeutlichen, wollte er die eigene Partei in Kommunistische Partei Russlands umbenennen und eine Kommunistische Internationale gründen. Diese Erzählung kannte nur den Antagonismus, nur Freund oder Feind, Entweder-oder. Dies er-



Grafik: (2016) M. Brie, aus »Lenin neu entdecken«

zeugte die Gefahr der völligen Abschließung, eines »kommunistischen Hochmuts«, wie Lenin es später nennt. Die Forderung nach der bedingungslosen Unterordnung unter die neue kommunistische Identität war hier schon angelegt.

IV. | In den Bibliotheken von Bern, unterstützt durch Gefährt*innen, arbeitete sich Lenin in die umfangreiche Literatur zum zeitgenössischen Imperialismus ein. 900 Seiten umfassen seine Exzerpte. Es gibt über 1200 (!) Verweise auf Bücher, Zeitschriften- und Zeitungsartikel.[1] Lenin schrieb einen gemeinverständlichen Abriss unter dem Titel »Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus«. Seine Studien konzentrierten sich auf eine einzige Frage: Wo sind die Schwachstellen des imperialistischen Systems? Wo ist es verwundbar? Wo können selbst die eigentlich schwachen linken Kräfte es zum Einsturz bringen? Erstens sah er gerade in Zeiten des Krieges, dass die imperialistischen Staaten zu Mitteln des Staatskapitalismus, der Planung und zentralen Verwaltung greifen, die von der Form her das antizipieren, was Sozialismus sein könnte: bewusste Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unter der Kontrolle der Arbeiter*innen. Es entstand die Idee eines Staatskapitalismus

unter Herrschaft der Sozialisten. Zweitens suchte er nach Wegen, wie die große Mehrheit der russischen Bevölkerung, die Bäuer*innen, für ein Bündnis gewonnen werden können. Er begriff drittens als einer der wenigen, dass die nationalen und antikolonialen Befreiungsbewegungen eine antiimperialistische und möglicherweise auch sozialistische Dimension haben können. Die entscheidende Lehre, die er zog und die bis heute nichts an ihrer Bedeutung verloren hat, lautet: »Wer eine ›reine‹ soziale Revolution erwartet, der wird sie *niemals* erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution.« Angelegt war aber ein instrumentelles Verhältnis zu den bäuerlichen, nationalen und antikolonialen Bewegungen. Sie erscheinen als niedere Form, der Führung bedürftig, gut nur, solange sie die sozialistischen Kräfte unterstützen oder stärken.

Die zentralen marxistischen Begriffe wie Kapitalismus, Imperialismus, Klasse, Nation und Revolution wurden so umgestaltet, dass es möglich wurde, die *potenziellen* Bruchstellen in der Hegemonie auszumachen, aufzuzeigen, wo Risse sich so vertiefen können, dass große Gruppen von Menschen sich in Bewegung setzen und die Herrschaftsstrukturen infrage stellen. Er konnte deshalb 1917 mit aller Entschiedenheit die Forderung nach sofortigem Frieden, unmittelbarer Aufteilung des Bodens an die Bäuer*innen, Recht auf Selbstbestimmung der Völker im Russischen Reich, Arbeiterselbstverwaltung und staatlicher Regulierung der Wirtschaft übernehmen, *weil* er schon vorher in diesen Fragen *potenzielle* Linien der Verdichtung von Kämpfen erkannt hatte.

V. | Lenin begann den heiligen Kern sozialistischen Selbstverständnisses, die Revolutionstheorie, von links zu revidieren. Bis 1905 war ganz klar gewesen: In Russland steht nur die bürgerliche Revolution auf der Tagesordnung; für nichts anderes sind die Verhältnisse ›reif‹. Die Frage, die die Menschewiki und die Bolschewiki entzweite, war nur, wer in dieser bürgerlichen Revolution führen solle – das Bürgertum oder das Proletariat. 1917 wurde klar, dass das russische Bürgertum zu revolutionärer Initiative weder willens noch in der Lage war. Trotzki hatte schon 1905 die Theorie der ununterbrochenen (permanenten) Revolution entwickelt: Wer sollte denn die sozialistischen Kräfte aufhalten können, wenn sie schon an die Regierung kamen, dann auch sozialistische Maßnahmen durchzusetzen? Die Logik der Ereignisse würde sie dazu zwingen, wollten sie ihre Macht sichern.

Spätestens mit Ausbruch der Februarrevolution warf auch Lenin die alten Gebote des »Evangeliums der Zweiten Internationale« (Michael Löwy) über Bord, dass das Objektive das Subjektive, die Wirtschaft das Bewusstsein determiniere. Jetzt war auch seine Position klar: Wir, die Bolschewiki, können die Macht ergreifen, weil die subjektiven Bedingungen dafür reif sind: Die Gegner sind schwach und desorientiert. Wir können die relevante Minderheit der Arbeiter*innen in den großen Zentren für uns gewinnen, ebenso wie große Teile der Armee. Da die Provisorische Regierung weder den Krieg beenden noch Land an die Bäuer*innen geben wird, wird die Bauernschaft uns unterstützen oder sich zumindest nicht gegen uns wenden. Viele Unentschlossene werden uns zumindest tolerieren. Wenn

also diese subjektiven Bedingungen für eine sozialistische Revolution, sprich die Machtübernahme durch die Bolschewiki da sind, sollten wir *nach* der Revolution auch die objektiven Bedingungen schaffen. So zumindest rekonstruierte er Anfang 1923, schon auf dem Krankenbett, seine Überlegungen von 1917. Was er nicht bedachte, war, ob die Bolschewiki, einmal an der Macht, diesen Kurs auch realisieren können, und mit welchen Folgen.

VI. | Lenin war es, der die Frage der Epoche als konkrete Handlungssituation systematisch bearbeitete. »Was tun?« und »Wer tut es?« sind immer die zentralen Fragen der Linken gewesen. Zumeist in der Defensive, konfrontiert mit scheinbar unlösbaren Problemen und getrieben von höchsten Ansprüchen radikaler Veränderung, hat sich keine andere politische Kraft immer wieder derart unter Handlungszwang gestellt wie die Linke. Es ging in diesem Verständnis von Epochen um die konkreten *Handlungskonstellationen* zu einer bestimmten Zeit und in einem bestimmten sozialen Raum, durchzogen von Widersprüchen. Man könnte auch von zwei Typen von Epochen sprechen – der Epoche des Chronos und der des Kairos. Der griechische Gott Chronos wird durch das Stundenglas symbolisiert, es ist die langsame und gleichmäßig vergehende Zeit. Aber es gibt auch Epochen des Umbruchs. Hier kommt der Gott Kairos ins Spiel: Er ist der Augenblick, der gepackt werden muss. Dieser Gott hat eine Haarlocke in der Stirn und ist am Hinterkopf kahl. Wer rechtzeitig agiert, kann ihn im Kommen an seiner Locke ergreifen. Wer das verpasst, kann ihn von hinten nicht mehr halten. Lenins Gott hieß Kairos. Er konnte blitzschnell zupacken.

Lenins Verständnis seiner Epoche war durch eine doppelte Zuspitzung geprägt: Einerseits sah er den Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase durch Prozesse geprägt, die unausweichlich destruktiv sind. Das Fortschrittspotenzial des Kapitalismus schien ihm irreversibel erschöpft. Der Imperialismus war für ihn nicht nur die neueste, sondern auch die allerletzte Stufe des Kapitalismus. Diese Position teilte Lenin mit den meisten Marxist*innen seiner Zeit. Andererseits ergab sich für Lenin aus der Erschöpfung des progressiven Potenzials des Kapitalismus zwingend die Tatsache, dass sich die Bewegungen gegen den Kapitalismus verstärken und sich dieser Widerstand in einer Vielfalt von Formen äußern werde, ausgehend von den unterschiedlichen Konflikten, die der Imperialismus erzeugt oder verschärft. Wer Barbarei beenden wolle, müsse nolens volens Sozialismus wählen – wieder ein Entweder-oder.

VII. | Lenin stellte sich eine weitere Aufgabe, und dies schon mitten in der Russischen Revolution, in jenen Monaten des Sommers 1917, als er sich in Verstecken in Finnland einer Verhaftung durch die provisorische Regierung entzog. In seiner Schrift »Staat und Revolution« versuchte er, die Vorstellungen über eine kommunistische Gesellschaft von Marx und Engels zu rekonstruieren und die Rolle des Staates zu bestimmen, den dieser im Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus haben müsse. Die Frage der Diktatur des Proletariats war für ihn das Herzstück

des Marxismus. Aber was bedeutete diese und würde sie auch über die Funktion der Unterdrückung der alten herrschenden Klassen hinaus gebraucht werden? In einem war Lenin sich sicher: Die alten Klassen müssten erbarmungslos, schonungslos niedergehalten werden. Ihnen seien alle Freiheiten und Rechte zu nehmen. Weiter entwickelte Lenin die großartige Vision eines Rätesozialismus ohne Bürokratie, ganz im Sinne des großen Vorbilds – der Pariser Kommune. Und zugleich scheint, ganz im Gegensatz dazu, das Bild einer Gesellschaft auf, die organisiert ist nach dem Vorbild der Post im Deutschen Kaiserreich – nur unter kommunistischer Kontrolle.

Erstaunlich ist, dass Lenin ausgehend von Marxens »Kritik des Gothaer Programms« eine für die Arbeiter*innen durchaus unangenehme Schlussfolgerung zog: Wenn das Leistungsprinzip bedeute, dass »bürgerliches Recht« angewendet wird, da ein abstrakter Leistungsmaßstab auf ungleiche Menschen mit ungleichen Fähigkeiten und Bedürfnissen angewandt wird, dann bedürfe es eines »bürgerlichen Staates ohne Bourgeoisie«. Die Diktatur des Proletariats erhält so bürgerlich-repressive Züge. Wenn aber staatliche Gewalt im Namen aller gegenüber einzelnen notwendig ist, um das Leistungsprinzip durchzusetzen, entsteht ein großes Problem. Denn gerade erst hatte Lenin klar formuliert, dass es dort, »wo es Gewalt gibt, keine Freiheit und keine Demokratie gibt«. Was aber, wenn sich nun die Gewalt auch gegen Arbeiter*innen kehrt? Am Denkhorizont scheint so schon vor der bolschewistischen Machtübernahme ein Zustand auf, in dem einzelne gezwungen werden, im Namen der Diktatur der eigenen Klasse auf ihre Freiheit und demokratischen Rechte als einzelne zu verzichten, und sie nur noch gemeinsam haben können – oder gemeinsam verlieren. Dies war und ist eine fatale Alternative.

VIII. | Abschließend sei darauf hingewiesen, wie Lenin mit seinen Thesen vom April 1917, die er auf der Reise aus der Schweiz nach Russland entwarf, in der Lage war, die Tagesordnung der Russischen Revolution völlig zu verändern. Was er Jahre zuvor gehofft hatte, ging jetzt in Erfüllung: Er hatte die richtigen Losungen, die die Massen in den kommenden Monaten für die Bolschewiki gewinnen würden; er konnte die richtige Taktik vorschlagen – immer im engsten Austausch und oft heftigen Konflikt mit den führenden Bolschewiki, zu denen Trotzki gestoßen war. Lenin setzte die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung. Die Sowjets sollten die Grundform einer neuen Staatlichkeit bilden. Sofortige Friedensverhandlungen, Land für die Bäuer*innen und eine sozialistisch ausgerichtete Regulierung der Wirtschaft bei direkter Arbeiterselbstverwaltung bildeten die unmittelbaren Einstiegsprojekte, und Sozialismus war die große Vision. Wie der internationalistische Menschewik und großartige Zeitzeuge Nikolai Suchanow schrieb, schlug Lenins Rede bei seiner Ankunft ein wie ein Blitz: »Uns, die wir gänzlich in der undankbaren Routinearbeit der Revolution versunken waren, die wir uns den zwar notwendigen, aber von der ›Geschichte‹ unbemerkten Notwendigkeiten des Tages widmeten, uns erschien vor unseren Augen plötzlich ein

strahlendes, blendendes fremdartiges Licht, das uns für alles blind machte, was bis dahin unser Leben ausgemacht hatte.«

Am Abend des 25. Oktober 1917 (alter Zeitrechnung) war Petrograd unter der Kontrolle der von den Bolschewiki geführten revolutionären Streitkräfte. Im Smolny wurde unter dem Jubel der verbliebenen Abgeordnete des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten der Sturz der provisorischen Regierung verkündet – die rechten Sozialrevolutionäre und die Menschewiki hatten den Kongress aus Protest gegen das, was sie als Putsch ansahen, verlassen. Die Dekrete über den Frieden, über Grund und Boden und die Arbeiterselbstverwaltung wurden verabschiedet. Es begann eine neue Ära. Lenin hatte sein zentrales Ziel erreicht – die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Bolschewiki. Jetzt ging es darum, diese Macht zu behaupten und die mit diesem Machtanspruch verbundenen Ziele umzusetzen.

Gemessen am unmittelbaren Ergebnis war Lenins Strategie aufgegangen, hatten sich die in der Emigration entwickelten acht Elemente bewährt. Erstmals war eine sozialistisch-marxistische Partei an die Macht gekommen, fast ohne Blutvergießen. Die historische Prüfung auf den emanzipatorischen Gehalt und die historische Tragfähigkeit dieser Macht, auf das Verhältnis von Zielen und Mitteln, kam später. Engels verwies in solchen Zusammenhängen gern auf das englische Sprichwort *The proof of the pudding is in the eating*. Die dargestellten acht Elemente der Lenin'schen Strategiebildung haben eines gemeinsam: die Orientierung auf den Antagonismus, den unversöhnlichen Gegensatz, den Ausschluss jedes Mittelwegs, den Ausnahmezustand. Das Nein war absolut, das philosophische Konzept setzt auf die Zuspitzung und Verschärfung der Widersprüche, die Erzählung auf den absoluten Bruch mit der Sozialdemokratie. Die Analyse schloss jede Reformfähigkeit von Kapitalismus und Imperialismus aus; die Szenarien kannten nur die Barbarei des Krieges auf der einen, den sozialistischen Bürgerkrieg gegen die kapitalistischen Sklavenhalter auf der anderen Seite. Der emanzipatorische Horizont verhieß jenen, die sich widersetzten, den Entzug aller und jeder demokratischen und Freiheitsrechte; und das zentrale Projekt war die von der bolschewistischen Partei ausgeübte »proletarische Macht«, die ihre Gegner*innen erbarmungslos unterdrückt. Jedes der Elemente von Lenins Strategie ist von den Extremen her konzipiert und trug so dazu bei, dass ein »Zeitalter der Extreme« (Eric Hobsbawm) begann. Die Strategie der absoluten Zuspitzung und des Bürgerkriegs hatte sich unter den Bedingungen in Russland und inmitten des Weltkrieges im Jahre 1917 auf dem Weg zur Macht als Stärke erwiesen. Nach dem 25. Oktober 1917 kam alles darauf an, wie diese Macht verwandt wurde. Dies aber ist eine andere Geschichte.

1 Siehe dazu die Neuausgabe dieses Lenin'schen Werkes: Wladimir I. Lenin (2016): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus: Kritische Neuausgabe. Herausgegeben von Wladislaw Hedeler und Volker Külow, Verlag 8. Mai.

DOPPELTE TRANSFORMATION

DIETER KLEIN ▮ MARIO CANDEIAS

Begriffe sind die Werkzeuge des Denkens. Mit welchen Werkzeugen denken wir eine sozialistische Transformation? Im Anschluss an das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit produzierte »ABC der Globalisierung« und das »ABC der Alternativen« wollen wir in jedem Heft einen kurzen einführenden Text zu einem zentralen Begriff einer sozialistischen Transformation veröffentlichen. Das Format »ABC« hat sich als nützlich erwiesen, denn in der Kürze liegt die Herausforderung, sich auf das Wesentliche zu beschränken: Was kann der jeweilige Begriff potenziell leisten, wo kann er zum Einsatz kommen?

DIETER KLEIN

Trotz aller Fortschritte, die die kapitalistische Moderne mit sich gebracht hat, haben sich die Destruktivkräfte in ihr potenziert: Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen schreitet voran; trotz des verfügbaren Reichtums auf der Erde leiden rund eine Milliarde Menschen unter Hunger und absoluter Armut. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst; Demokratie und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaften erodieren; die Finanzmärkte stürzen die globale Wirtschaft wiederholt in Krisen. Staaten zerfallen, es kommt zu Kriegen, die durch die Waffenexporte der Industrieländer genährt werden, patriarchale Herrschaft ist so wenig überwunden wie Rassismus, und die Würde des Menschen wird permanent verletzt. Dies alles zeigt, wie dringend eine Überwindung des Kapitalismus und der Aufbau einer besseren Gesellschaft nötig sind: eine zweite »Große Transformation« (Polanyi), die als linke Perspektive für das 21. Jahrhundert den Übergang zu einem demokratischen und grünen Sozialismus markiert.

Aber eine Revolution im klassischen Sinne eines großen, zeitlich gerafften Umsturzakts ist in Europa nicht in Sicht. Zu groß ist die Machtfülle der herrschenden Eliten, zu schwach die segmentierte Linke, zu tief die Verankerung bürgerlicher Denkweisen und

Maßstäbe in der Bevölkerungsmehrheit. Zu sehr fehlt eine einende linke Erzählung, das heißt, eine Vorstellung von den Umrissen einer künftigen menschenwürdigen Gesellschaft und möglichen Wegen dorthin, die das Verharren in Alternativlosigkeit aufsprengen kann. Vor allem jedoch kann kein noch so mächtiges Umsturzereignis allein angesichts der Größe und Komplexität der aufgestauten Probleme schnelle Lösungen versprechen, diese sind nur möglich, wenn tiefe Brüche mit lang andauernden sozialökologischen Reformprozessen verknüpft werden (Wright 2010, 315).

Herkömmliche Reformen sozialdemokratischen Typs haben erhebliche politische und soziale Fortschritte gebracht. Aber als in den 1970er Jahren der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus (Fordismus) in eine tiefe Krise geriet, hätte es neuer radikaler Schritte bedurft, über die bis dahin praktizierten Reformen hinaus. Eigentums- und Machtverhältnisse hätten angetastet werden müssen, um in der damals entstandenen Scheideweg-Situation eine emanzipatorische Entwicklung zu beschreiten. Doch dazu war die etablierte Reformpolitik nicht in der Lage. Traditionelle, im Rahmen des Kapitalismus verbleibende Reformen reichen auch heute nicht aus angesichts der Größe der globalen Gefahren und künftigen Herausforderungen.

Wenn aber weder *Reform* noch *Revolution* allein den Erfordernissen unserer Zeit genügen, wird ein anderer konzeptioneller Zugang zur Bewältigung der herangereiften großen Fragen notwendig. Als eine dritte Entwicklungsweise gerät die Transformation in den Blick, genauer: eine *doppelte Transformation*. Der Begriff bezeichnet einen Übergangsprozess, der nicht eine ereignishaft-plötzliche revolutionäre Zeitenwende ist und doch entschieden anderes bedeutet als gemäßigte Reformen innerhalb eines ›Weiter so‹. Entscheidend für linke Politik in den kommenden Zeiten wird sein, für Verbesserungen der gegenwärtigen Lage der Menschen zu kämpfen und zugleich die Bedingungen für weiter reichende Veränderungen zu schaffen. Die kapitalistische Zivilisation mit ihren Produktions- und Lebensweisen und ihren Geschlechterverhältnissen muss schon im Rahmen des Übergangs zu progressiveren bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften infrage gestellt werden.

Die doppelte Transformation bewahrt die Stärken von Reform und Revolution, die Machbarkeit von begrenzten Projekten ebenso wie das Insistieren auf revolutionärer Tiefe der heranreifenden Brüche. Und sie birgt die Möglichkeit, die Schwächen beider zu überwinden: Die Akteure gewohnter Reformen schrecken vor Veränderungen von Macht- und Eigentumsverhältnissen zurück. Solche Reformen werden deshalb immer wieder für die flexible Bewahrung der gege-

DIETER KLEIN ist Ökonom. Derzeit forscht er als Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Fragen der doppelten Transformation: im Kapitalismus und über ihn hinaus.

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse und Mitbegründer dieser Zeitschrift.

benen Herrschaftsverhältnisse vereinnahmt. Die Schwäche von Akteuren, die auf revolutionäre Kraftakte setzen, ist, dass sie sofort und umfassend erreichen wollen, was nur in längeren Prozessen realisierbar ist und vieler Kompromisse bedarf. Das birgt die Gefahr, sektiererisch an den Rand der Gesellschaft zu geraten, und mündete im Staatssozialismus in Diktatur, Repression und opferreicher Gewalt.

Als *erste Seite* einer doppelten Transformation in Deutschland und in großen Teilen Europas ist für eine lange Zeitspanne im besten Falle eine progressive demokratische Transformation zu erwarten, die stärker sozial und ökologisch orientiert ist als bisher – unter der notwendigen Voraussetzung einer Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links. Bereits eine solche Überwindung des neoliberalen Kapitalismus wäre ein enormer Fortschritt, würde aber im bürgerlich-kapitalistischen Rahmen umkämpft bleiben. Die kapitalistischen Kräfte wären jedoch weiterhin bestrebt, die Transformation zu begrenzen oder zurückzurollen.Um das Erkämpfte zu sichern, vor allem aber, um langfristig statt Profit die freie Persönlichkeitsentfaltung als zentrale Idee einer alternativen Entwicklung zu etablieren, muss eine doppelte Transformation mehr als einen systeminternen Wandel einschließen. Ihre *zweite Seite* sollte darin bestehen, dass bereits im Verlauf innersystemischer Transformation antikapitalistische und potenziell sozialistische Tendenzen, Elemente, Institutionen und Praxen entwickelt und gestärkt werden. In die Transformation muss der Einstieg in die Überschreitung des Kapitalismus, also der Beginn einer zweiten Großen Transformation, hineingeholt werden. Demokratischer Sozialismus ist nicht unmittelbar als nächste historische Formation nach dem neoliberalen Kapitalismus zu erwarten, aber auch nicht erst nach einem – hoffentlich erreichbaren – postneoliberalen Kapitalismus und säuberlich getrennt von diesem.

Ansätze, die mitten in bürgerlichen Gesellschaften Einstiegsprojekte in eine Große Transformation werden könnten, sind beispielsweise die Verstaatlichung von Banken – wenn sie denn für einen gesellschaftlichen Einfluss auf das Finanzsystem und seine Kontrolle genutzt würde! –, die Existenz öffentlicher Daseinsvorsorge und eines breiten Non-Profit-Sektors, die Rekommunalisierung privatisierter Unternehmen wie Stadtwerke und Kliniken, Unternehmen der Solidarwirtschaft, geschlechtergerechte Aufwertung der Reproduktions- oder Sorgearbeit und die Förderung für Kinder aus bildungsfernen Familien, selbstverwaltete Mietersyndikate, Formen demokratischer Staatlichkeit von unten wie die *Consejos comunales* und die *Misiones* [kommunale Selbstverwaltungs- und Entwicklungsorgane] in Venezuela, partizipative Bürgerhaushalte, Stadtteilversammlungen wie in Madrid und generell Kämpfe um eine umfassende Durchsetzung sozialer und demokratischer Rechte (Candeias/Völpel 2014).

Ein durchgesetztes Recht auf einen Kitaplatz für alle Vorschulkinder wäre noch kein antikapitalistischer Schritt. Aber in Verbindung mit anderen Reformen zur Überwindung des Bildungsprivilegs der Machteliten hätte es doch antikapitalistische Züge. Ein solcher Schritt birgt Grundlagen für die Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach links, in ihm steckt etwas von der Grundidee



»Black Monday«, Frauen demonstrieren gegen das von der polnischen Regierung geplante Abtreibungsverbot, Oktober 2016, © Anna Juszkiewicz

des Sozialismus, der Persönlichkeitsentfaltung einer und eines jeden. Wenn statt entwürdigender Diskriminierung von Flüchtlingen die Integration der Zugewanderten in die Gesellschaft vorangebracht wird, ist das ebenfalls kein antikapitalistischer Vorgang, doch es bedeutet, dass die Gesellschaft ein Stück menschlicher und solidarischer wird. Was ist Sozialismus aber anderes als Bewegung in diese Richtung? Wenn statt fortschreitender Privatisierung der Sektor der öffentlichen Güter und der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle ausgeweitet wird, läuft das durchaus auf eine Einschränkung privater Kapitalmacht unter bürgerlichen Verhältnissen hinaus. Wenn die Rekommunalisierung von Stadtwerken die Macht der Energiekonzerne in einer wachsenden Zahl von Gemeinden beschneidet, ist auch dies gewiss kein Sozialismus. Aber ein Stück Antikapitalismus und ein Hauch von Sozialismus wirken darin, wenn über Gesundheit, Licht und Wärme statt des Profits das Gemeinwohl bestimmt. Ein öffentlicher Bankensektor als Gegengewicht zu privaten Finanzakteuren und starke internationale Regulierung der Finanzmärkte würden die Eigentums- und Machtverhältnisse auf einem wichtigen Feld verändern. Eine Besteuerung spekulativer Finanztransaktionen, hohe Steuersätze für die Superreichen anstelle von Austeritätspolitik, zwingende anspruchsvolle Umweltstandards und langfristige ökologisch orientierte Strukturpolitik würden zumindest über den neoliberalen Kapitalismus hinausweisen und weitere Perspektiven eröffnen.

Für sich genommen sprengen all diese Entwicklungen keineswegs die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse. Aber durch breite Bündnisse ihrer Träger*innen zusammengeführt und orientiert durch »das stärkste Fernrohr, das des geschliffenen utopischen Bewusstseins, um gerade die nächste Nähe zu durchdringen« (Bloch 1959, 11), könnten sie eine Verschränkung von systeminterner und systemüberschreitender Transformation einleiten.

Das Konzept einer doppelten Transformation als eine theoretische Grundlage für die Strategie einer modernen Linken verspricht erheblichen politischen Gewinn, »es begreift das Neue als eines, das im bewegt Vorhandenen vermittelt ist, ob es gleich, um freigelegt

zu werden, aufs Äußerste den Willen zu ihm verlangt« (ebd., 2). Es bietet eine Grundlage für ein produktives Zusammenwirken von reformerischen und radikalen linken Kräften, befreit von wechselseitigen Abgrenzungen und Anfeindungen. Es könnte als konzeptionelle Grundlage für eine gesellschaftliche Mosaiklinke wie für ein neues linkes Crossover in der Parteienlandschaft verstanden werden. Es richtet sich auf gegenwärtig machbare Reformschritte, enthält aber eine orientierende Vision für die Zukunft. Das Konzept einer doppelten Transformation deutet einen demokratischen Sozialismus nicht allein als das künftige, ganz andere Gesellschaftssystem, sondern ebenso als Weg, Bewegung und orientierendes Wertesystem für den langen Prozess dahin.

DIE WIRKLICHE BEWEGUNG

MARIO CANDEIAS

Die »doppelte Transformation«, wie Dieter Klein (2013) sie interpretiert, ist zentral, um falsche Gegensätze zwischen Reform und Revolution zu bearbeiten und unterschiedliche Teile der Mosaiklinken strategisch zu verbinden – auch im Sinne der Idee einer »revolutionären Realpolitik« von Rosa Luxemburg. Es wäre eine verbreitete Fehlinterpretation des Konzepts, es im Sinne einer Stadientheorie zu verstehen: Erst transformieren wir den (neoliberalen) Kapitalismus, mit einem radikalen Reformismus zwar, aber die Transformation zum Sozialismus kommt später. Als ginge es darum, zwei unterschiedliche Transformationen von links zu verbinden, wobei die eine der anderen zeitlich nachgeordnet ist, auch wenn beide zugleich beginnen sollen. Tatsächlich geht es um »Einstiegsprojekte« (Brangsch), die im Bestehenden ansetzen, aber potenziell schon auf etwas anderes verweisen.

Ich möchte eine Lesart starkmachen, die noch einmal einen anderen Blickwinkel einnimmt. Die Interpretationsdifferenz mag gering erscheinen, für die strategische Orientierung politischer Praxen, für Entscheidungen zu Bündniskonstellationen und zu konkreten Eingriffen in bestehende Auseinandersetzungen hat sie jedoch eine wichtige Bedeutung (vgl. Candeias 2009).

Es kann aus meiner Sicht nicht um eine strategische Wahl zwischen der Reformperspektive eines postneoliberalen Kapitalismus einerseits und einer sozialistischen Überwindung des Kapitalismus andererseits gehen. Denn: Transformation findet bereits statt, ist notwendige Folge organischer Krise mit offenem Ergebnis. Es handelt sich also zunächst um periodische innerkapitalistische Transformationen, die sich aufgrund innerer Dynamiken des Kapitals und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen kapitalistischer Gesellschaften vollziehen. Diese gilt es zu begreifen und strategisch einzuschätzen.

Ein so umfassender Prozess vollzieht sich ohne steuerndes Subjekt, jedoch nicht subjektlos. Innerhalb einer solchen Konstellation entwickeln sich je nach gesellschaftlichen Bedingungen und Kräfteverhältnissen unterschiedliche Absetz- und Suchbewegungen, die sich zum Teil ergänzen, sich wechselseitig beeinflussen, aber auch konkurrieren oder sogar antagonistisch bekämpfen. Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und

Klassenfraktionen formieren sich in der Auseinandersetzung mit anderen zu neuen gesellschaftlichen Blöcken, das heißt zu einer Konvergenz von gesellschaftlichen Gruppen oder von Fraktionen bestimmter Gruppen um konkrete strategische Projekte herum. Gemeinsame Interessen sind dabei nicht objektiv gegeben, sondern müssen erst systematisch erarbeitet werden. Solche gesellschaftlichen Blöcke versuchen, ihre politischen Projekte hegemoniefähig zu machen, Bündnisse und Koalitionen zu bilden. Die unterschiedlichen Interessen und Strategien sind dem Kampf nicht vorausgesetzt, sondern werden vor dem Hintergrund bestehender geschichtlicher Formen, Regulationsweisen, Individualitätsformen und Alltagspraxen in der Auseinandersetzung mit anderen erst konstituiert. Damit ein bestimmtes Projekt hegemoniefähig werden kann, müssen sich die Bedürfnisse und Interessen der Subjekte darin mit Aussicht auf Realisierung redefinieren lassen, damit es von den Subjekten gewollt und aktiv angestrebt wird. Ohne das aktive Element der Zustimmung würde sich Hegemonie auf Zwang und Gewalt reduzieren. Entsprechend handelt es sich bei Hegemonie nicht nur »um die Fähigkeit einer Klasse oder eines Bündnisses, ihr Projekt als das der gesamten Gesellschaft darzustellen und durchzusetzen« (Lipietz 1998, 160; siehe auch Marx und Engels 1974, 47), sondern um einen realen »Prozess der Verallgemeinerung von Interessen in einem instabilen Kompromissgleichgewicht« (Demirović 1992, 154) in Form einer passiven Revolution. Ein hegemoniales Projekt als Artikulation der vielen gesellschaftlichen Praxen und Interessen in einem Kompromiss wird also getragen von einem geschichtlichen Block gesellschaftlicher Kräfte, der ›Herrschende‹ und ›Beherrschte‹ einschließt. Es ist Resultat der konkreten Kräfteverhältnisse im Kampf um Hegemonie.

Es geht also darum, wie von links einzugreifen ist, oder emphatischer: Sozialistische Transformationspolitik ist die »wirkliche Bewegung« (Marx und Engels), die in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Transformation praktisch interveniert. Transformation zielt also nicht auf einen zu erreichenden gesellschaftlichen Endzustand, sondern auf einen umkämpften Prozess ohne steuerndes Subjekt. Entscheidend sind dabei weniger einzelne Reformschritte, als vielmehr die Schaffung eines pluralen politischen Subjekts, das in der Lage ist, der Transformation eine emanzipatorische, sozialistische Richtung zu geben und diese zu verteidigen. Das Adjektiv »sozialistisch« verweist auf die Praxis. Wie ein »Sozialismus« nach Überwindung des Kapitalismus aussehen mag, dafür braucht es Vorstellungskraft und Ideen, es entscheidet sich jedoch im Gehen, im Prozess der Transformation selbst.

LITERATUR

Bloch, Ernst, 1959: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt a. M.
Candeias, Mario/Völpel, Eva, 2014: Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise, Hamburg
Candeias, Mario, 2009: Die letzte Konjunktur. Organische Krise und ›postneoliberale‹ Tendenzen, Vorwort zur verbesserten Neuauflage von Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie, Berlin/Hamburg, 7–22
Demirović, Alex, 1992: Regulation und Hegemonie, in: ders. u.a. (Hg.), Hegemonie und Staat, Münster, 128–57
Klein, Dieter, 2013: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg
Lipietz, Alain, 1998: Nach dem Ende des »Goldenen Zeitalters«, Hamburg
Wright, Olin Erik, 2010: Envisioning Real Utopias, London

DEMOKRATISIERUNG IM GESUNDHEITSWESEN

SCHAFFT EIN, ZWEI, VIELE GESUNDHEITSZENTREN

KIRSTEN SCHUBERT

In kaum einem gesellschaftlichen Sektor ist die Frage der Mitbestimmung so heikel wie im Gesundheitswesen – geht es doch um unser aller Leib und Leben. Angesichts dessen scheint nachvollziehbar, den anerkannten Expert*innen des Fachs weitreichende Entscheidungskompetenzen einzuräumen: den Ärzt*innen. Ausgeprägte Hierarchien, wenig Interprofessionalität und kaum Mitbestimmungsmöglichkeiten der Patient*innen gelten als notwendiges Übel. Historisch hat sich in Deutschland ein stark segmentiertes Gesundheitssystem entwickelt, das – auch im internationalen Vergleich – besonders ärztezentriert ist. Da Ärzt*innen vieles über Krankheiten wissen, jedoch oft wenig über Gesundheit, kann eine wirkliche Veränderung des Gesundheitssystems nur gelingen, wenn man auch die Deutungshoheit über dieses sensible Thema demokratisiert und vergesellschaftet.

Die ›Produktion von Gesundheit‹ findet nicht nur in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Reha-Einrichtungen statt, also dort,

wo wir traditionell das Gesundheitswesen verorten. Vielmehr sind es die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, die den größten Einfluss auf Krankheitshäufigkeit und Sterblichkeit haben – also die Wohnverhältnisse, Fragen von Bildung, Erholung, Verkehr und Infrastruktur, Ernährung und natürlich der Arbeitsverhältnisse. Anders ausgedrückt: Für die Frage, ob jemand an Diabetes erkrankt oder an einem Herzinfarkt stirbt, ist sein sozioökonomischer Status entscheidender als die Qualität des Gesundheitssystems, das er nutzt. Ärmere Menschen sterben früher. Die Lebensspanne von Männern der niedrigsten Einkommensgruppe ist um elf Jahre kürzer als bei jenen der höchsten Einkommensgruppe (Der Paritätische Gesamtverband 2017).

ÄRZTEDOMINIERTE PSEUDODEMOKRATIE

Gesundheit ist also nicht nur ein hochpolitisches Thema, sondern auch anschlussfähig an Debatten um Wirtschaftsdemokratie, wie sie beispielsweise von Gewerkschaften geführt werden: Ein hohes Niveau an Partizipation und Mitbestimmung im Betrieb kann sich auf mehrfache Weise positiv auf die Gesundheit auswirken: durch direkte Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einkommen, aber auch durch Stärkung von Gesundheitsressourcen wie beispielsweise die Erfahrung von Selbstwirksamkeit.

Doch wie sieht es mit der Demokratie im Gesundheitssektor selbst aus? Wer entscheidet, welche Medikamente wir bekommen, ob eine neue Behandlungsmethode (etwa in der Physiotherapie) von der Krankenkasse übernommen wird, oder ob die Gesundheitsversorgung in meinem Stadtteil ausreichend ist? Jenseits der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die größtenteils im fünften Sozialgesetzbuch geregelt sind, werden solche Entscheidungen nicht im Bundesgesundheitsministerium gefällt, sondern von der sogenannten Gemeinsamen Selbstverwaltung – bestehend aus Krankenkassen, Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) und dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA). Der Staat gibt also lediglich den Rahmen vor und führt Aufsicht. Dieser Selbstverwaltungsapparat ist eine deutsche Besonderheit. Sie geht zurück auf die Sozialgesetze, die Reichskanzler Bismarck 1883 initiierte, und die dadurch begründete gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Diese sollten als Zuckerbrot die zuvor in Form der »Sozialistengesetze« geschwungene Peitsche ergänzen, revolutionäre Neigungen dämpfen und die Arbeiterschaft mit dem Kaiserreich versöhnen.

KIRSTEN SCHUBERT ist Ärztin, Gesundheitsaktivistin und Mitglied im Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VdÄÄ). Sie war Referentin bei medico international und arbeitet nun in einer Hausarztpraxis in Berlin. Ihr politisches Hauptprojekt ist derzeit der Aufbau eines Gesundheits- und Sozialzentrums in Berlin-Neukölln (www.geko-berlin.de). Das GeKo ist das Schwesterprojekt einer Poliklinik-Initiative in Hamburg (http://poliklinik1.org).

Unter der Ärzteschaft löste die Einführung der Krankenkassen aber großen Unmut aus. Sie sahen ihre Unabhängigkeit in Gefahr – insbesondere die Möglichkeit, direkt Honorare von den Patient*innen zu nehmen. Auch die von den Kassen gegründeten Ambulatorien (später Polikliniken) wurden von

der Ärzteschaft als Bedrohung ihrer Selbstständigkeit und als Gefahr für die ärztliche Berufsidee wahrgenommen. Mit den Gesetzen von 1931 und 1932 wurden deshalb die KVen geschaffen, um der organisierten Ärzteschaft ein offizielles Organ zu geben. Während des Nationalsozialismus wurden diese von einer Interessenvertretung zu einem parastaatlichen Exekutivorgan. Ihnen obliegt unter anderem, eine bedarfsgerechte vertragsärztliche Versorgung in allen Regionen Deutschlands sicherzustellen. Ein gravierendes Demokratie- und Gerechtigkeitsdefizit des deutschen Systems wird hier insofern deutlich, als beispielsweise bis heute in wohlhabenden Stadtteilen mit vielen Privatpatient*innen eine größere Ärztedichte und teils eine Überversorgung herrscht, während in sozial benachteiligten Gegenden oder auf dem Land die Versorgung oft nicht sichergestellt werden kann. Viele dieser Aspekte sind in zahlreichen europäischen Ländern anders geregelt: Oft gibt es ein staatliches Gesundheitswesen, das durch Steuern finanziert ist und mit einem verbeamteten Gesundheitspersonal arbeitet.

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA), das höchste Gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung, setzt sich zusammen aus den KVen, den Krankenkassen und den Krankenhausgesellschaften beziehungsweise deren jeweiligen bundesweiten Spitzenorganisationen. Als gesetzliches Gremium entscheidet der G-BA rechtsverbindlich über den Leistungsanspruch der etwa 70 Millionen gesetzlich Versicherten und wird daher auch »kleiner Gesetzgeber« genannt. Stimmberechtigt sind darin fünf Vertreter*innen der Kostenträger, also der gesetzlichen Krankenkassen, fünf Vertreter*innen der Leistungserbringer, also der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) und KVen, sowie drei unparteiische Mitglieder. Aus dem gesamten ambulanten Versorgungssektor sind in diesem Gremium nur Ärzt*innen stimmberechtigt, Patientenvertreter*innen haben zwar Antrags-, jedoch kein Stimmrecht. Die Entscheidungen des G-BA müssen dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) zur Prüfung vorgelegt werden. Dieses überprüft jedoch nicht die fachlichen Inhalte, sondern nur das rechtlich korrekte Zustandekommen der Entscheidungen. Obwohl der G-BA auch Heil-, Hilfs- und Arzneimittelrichtlinien verabschiedet, haben weder die davon betroffenen Berufsgruppen noch die Patient*innen ein Mitbestimmungsrecht. Auch sind die Ausschusssitzungen nicht öffentlich. Es handelt sich also im günstigsten Fall um eine ärztedominierte Pseudodemokratie.

SOLIDARISCHE PRAXEN

Dass niemand ins Krankenhaus möchte sofern es sich vermeiden lässt, liegt hierzulande nicht nur daran, dass krank sein nicht schön ist. Personalmangel, intransparente und oft nach ökonomischen Kriterien gefällte Therapieentscheidungen sowie Ärztedominanz statt Interprofessionalität machen einen stationären Aufenthalt für viele Patient*innen und Angehörige zum Graus. Umso wichtiger, dass es Versuche gibt, hier nach Auswegen zu suchen: Das Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik« wendet sich gegen die aktuelle Krankenhausfinanzierung durch Fallpauschalen und eine zunehmende Kommerzialisierung. Die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen

für mehr Personal und Mitbestimmung sind ein Beispiel vorbildlicher Organisierung in diesem Bereich (vgl. Wolf 2016). Ein weiteres Beispiel liefert ein kleines Krankenhaus im brandenburgischen Spremberg. Nach einer drohenden Insolvenz übernahmen die Beschäftigten des Hauses den Betrieb. 51 Prozent der Gesellschafteranteile gehören nun einem Förderverein, in dem 70 Mitarbeiter*innen des Hauses Mitglied sind. Alle anderen sind Bürger*innen der Stadt. Das heißt, in allen zentralen Fragen, die das Krankenhaus betreffen, entscheiden sowohl die Angestellten als auch die potenziellen Patient*innen mit.

Auch in der ambulanten Versorgung gibt es einige Lichtblicke. Dennoch ist die Situation hier kompliziert. Historisch bedingt ist der Sektor extrem zersplittert. Üblicherweise wird die ambulante Versorgung mit der Arbeit der niedergelassenen Ärzt*innen gleichgesetzt. Apotheken, Heilmittelerbringer wie Physio- oder Ergotherapeut*innen und Hilfsmittelerbringer wie Sanitätshäuser werden meist nicht genannt. Ausgeblendet werden auch Pflegetätigkeiten, wie sie von ambulanten Pflegediensten, in der persönlichen Assistenz oder von pflegenden Angehörigen erbracht werden. Alle Akteure agieren getrennt voneinander, die einzige Schnittstelle sind die niedergelassenen Ärzt*innen. Mitbestimmung oder auch nur wechselseitige Abstimmung ist auf dieser Ebene nicht vorgesehen. Vielmehr sind alle als freiberufliche Unternehmer*innen organisiert, die sich in den letzten Jahren zunehmend auch im Wettbewerb auf dem Gesundheitsmarkt bewähren müssen. Den sogenannten Sicherstellungsauftrag für den ambulanten Bereich haben seit 1955 die KVen: Sie haben damit quasi ein Versorgungsmonopol für die gesetzlich Versicherten im ambulanten Sektor. Dies führt oft dazu, dass sich ärztliche Interessen durchsetzen, statt dass es darum geht, die Versicherten optimal zu versorgen. In der Doppelfunktion als Ärzt*in und Kleinunternehmer*in ist angelegt, dass ökonomische Interessen die Versorgung beeinflussen – nicht nur im Kontakt zu Patient*innen, sondern auch durch die Gatekeeper-Funktion der Ärtz*innen gegenüber anderen Berufsgruppen im ambulanten Bereich. Mit den seit 2014 bestehenden Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) wurden zwar neue, kooperative Arbeitsformen geschaffen, diese zielen jedoch meist vor allem auf betriebswirtschaftlichen Erfolg und nicht auf eine verbesserte Patientenversorgung oder Mitbestimmung. Innovative Eigentumsformen oder Kooperationen existieren im ambulanten Bereich in Deutschland kaum.

In anderen Ländern hingegen gibt es einige interessante Ansätze. Am bekanntesten sind die solidarischen Kliniken in Griechenland. Entstanden, um auch nicht versicherten Menschen den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, mussten sie im Rahmen der Finanzkrise auch Menschen versorgen, die mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes die Krankenversicherung eingebüßt hatten. Es entstanden über 40 Praxen in ganz Griechenland, eingebunden in solidarische Stadtteilaktionen, vernetzt mit anderen Projekten auch außerhalb Griechenlands und entschlossen, mit der Gesundheitsversorgung auch politische Organisierung und kollektive Entscheidungsfindung neu und anders zu erproben.

In Belgien entstanden bereits in den 1970er Jahren Gesundheitszentren, die bis heute ein faszinierendes Modell politischer Arbeit in der öffentlichen Daseinsvorsorge bilden. Eng verbunden mit der Belgischen Arbeiterpartei PTB organisiert Médecine pour le Peuple (MPLP) elf Gesundheitszentren, in denen versucht wird, eine andere Medizin zu praktizieren und in denen der direkte Zusammenhang zwischen Gesundheit und Lebens- und Arbeitsbedingungen ein zentrales Thema ist. Patient*innen werden für politische Aktionen mobilisiert und in den Kampf gegen die krankmachenden gesellschaftlichen Bedingungen eingebunden: Umweltverschmutzung durch Metallfabriken, schlechte Arbeitsbedingungen, hohe Medikamentenpreise oder Feinstaubbelastung durch den großen Antwerpener Autobahnring.

Auch die Community Health Centres in Kanada zeigen, dass es anders gehen kann: Hier sind die Patient*innen als gewählte Mitglieder eines Lenkungsgremiums mit in die Entscheidungsstrukturen eingebunden.

GESUNDHEITSKOLLEKTIV BERLIN

Sowohl die skizzierten Missstände als auch die ermutigenden Erfahrungen aus anderen Ländern haben eine Gruppe von Leuten in Hamburg und Berlin motiviert, über konkrete Alternativen in der ambulanten Gesundheitsversorgung nachzudenken. Der erste Impuls kam vor mehr als fünf Jahren aus dem Umfeld des Hamburger Medibüros, etwas später entstand die Idee, auch in Berlin ein Gesundheits- und Sozialzentrum zu gründen. Eine zentrale Rolle bei diesen Überlegungen spielte die Frage, wie auch die sozialen Determinanten von Gesundheit im Sinne der Gesunderhaltung angegangen werden könnten. Warum nur die Krankenversorgung verbessern, wenn die gesellschaftlichen Bedingungen krank machen? Das käme einer Sisyphosarbeit gleich. Gesundheitsprojekte müssen auch politische Projekte sein und, eng eingebunden in den Stadtteil, versuchen, die gesellschaftlichen Bedingungen im Sinne eines transformativen Community Organizing zu verändern.

Mittlerweile hat die Hamburger Gruppe die Poliklinik Veddel eröffnet: Hausärztliche Versorgung, Sozial- und Rechtsberatung sowie Stadtteilarbeit werden gemeinsam im Kollektiv besprochen und entschieden. Und auch in Berlin geht es mit großen Schritten voran. Unser Gesundheits- und Sozialzentrum wird voraussichtlich Ende 2018 eröffnet. Dann werden wir einen Neubau auf dem Gelände der ehemaligen Kindl-Brauerei im »roten Rollberg« in Neukölln beziehen. Im Sommer 2017 sollen die Bauarbeiten beginnen. Vor drei Jahren wurde die Organisationsgruppe in einem Wohnzimmer gegründet, inzwischen finden wöchentliche Plena in einem Kreuzberger Ladengeschäft statt. Fördergelder konnten eingeworben werden, und wir werden zunehmend auch von Politik und gemeinsamer Selbstverwaltung angesprochen. Die Ansprüche an das Projekt sind groß: Es soll durch Gemeinwesenarbeit, Community Organizing und partizipative Forschung im Kiez verankert sein und dort primärmedizinische Versorgung durch Pflege, Physio- und Ergotherapeut*innen, Hausärzt*innen und Kinderärzt*innen bieten, ebenso wie Sozial-, Rechtsberatung und Selbsthilfe vor Ort. Ak-

tuell sind wir eine multiprofessionelle Gruppe bestehend aus Psychotherapeut*innen, Ärzt*innen, Leuten aus der Pflege, den Gesundheitswissenschaften, der Pädagogik und einigen weiteren Disziplinen. Unsere Aktivitäten bestehen bisher zu einem großen Teil aus Kiezarbeit: Treffen mit Akteuren aus dem Jugend- und Sozialbereich, Stände und Aktionen auf Kiezfesten und eine partizipative Sozialraumanalyse. Daneben sind wir vor allem mit der Konzeptentwicklung beschäftigt. Denn es gibt bisher keine Rechtsform, die ein interprofessionelles, stadtteilorientiertes Zentrum dieser Art ermöglicht. Die aktuellen rechtlichen Möglichkeiten fixieren die zentrale Rolle der Ärzt*innen und stellen wettbewerbsrechtliche Regelungen über Kooperation.
Es wird zunehmend offensichtlich, dass es eines komplett neuen Modells und den dafür notwendigen rechtlichen Änderungen bedarf, wenn wir unser Projekt in der geplanten Form umsetzen wollen. Beheimatet in der ›idyllischen Politarbeit‹, werden wir zunehmend mit standes- und parteipolitischen Interessen konfrontiert, sitzen in Medizinrechtskanzleien am Kurfürstendamm und planen Anträge bei staatlichen Fördertöpfen für innovative Gesundheitsprojekte. Um dabei nicht den Boden unter den Füßen zu verlieren, arbeiten wir an einem politischen Selbstverständnis, wir wollen ein Kollektivstatut erstellen und rote Linien festlegen. Ein politischer Beirat soll geschaffen werden, um unsere Arbeit kritisch zu begleiten.

Gelingt es uns tatsächlich, unser Modell wie geplant umzusetzen, hoffen wir damit ein transformatorisches Projekt schaffen zu können, das öffentliche Daseinsfürsorge demokratisiert: von der Entscheidungsfindung beim Gespräch zwischen Ärzt*in und Patient*in, über die Beteiligung von Patient*innen und Anwohner*innen im Lenkungsgremium bis hin zu einem Community Board, das Akteure im Stadtteil einbezieht.

Um nicht nur eine kleine »Insel der Vernunft« zu bleiben, gehört die Vernetzung in Deutschland und international zu unseren zentralen Anliegen. Mit unserem Hamburger Schwesterprojekt sind wir dabei, ein Poliklinik-Syndikat zu gründen, das nach dem Vorbild des Miethäusersyndikats möglichst viele selbstverwaltete Gesundheits- und Sozialzentren entstehen lassen soll.

Wir wollen einen Ort des Lernens schaffen, an dem gemeinsame Wissensproduktion und partizipative Entscheidungsfindung erprobt werden kann. Solche Gesundheits- und Sozialzentren können Orte politischen Handelns und gesellschaftlicher Veränderung sein. Es geht also um transformatorische Konzepte im Gesundheitswesen, um Einstiegsprojekte. Hierfür muss die Mammutaufgabe vollbracht werden, die Hegemonie der Ärztelobby zu brechen und Gesundheit zu einer gesellschaftlichen Aufgabe zu machen.

LITERATUR:

Der Paritätische Gesamtverband (Hg.), 2017: Menschenwürde ist Menschenrecht. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland, Berlin, www.der-paritaetische.de/armutsbericht/download-armutsbericht/

Schubert, Kirsten/Vagkopoulou, Renia, 2016: Futuring Health Care, in: Fried/Schurian: Um-Care. Gesundheit und Pflege neu organisieren, Berlin, 41–52

Wolf, Luigi, 2016: »Mehr von uns ist besser für alle!«, in: Fried/Schurian (Hg.): Um-Care. Gesundheit und Pflege neu organisieren, Berlin, 23–31

KÄMPFE, DIE WIR GEWINNEN KÖNNEN

DIE NIEDERLÄNDISCHE SP ERZWINGT DURCH EINE OFFENSIVE KAMPAGNE EIN UMDENKEN IN DER GESUNDHEITSDEBATTE

MAY NAOMI BLANK

»Es muss anders werden«, sagte Ron Meyer, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei der Niederlande (SP), in seiner Antrittsrede Ende 2015. »Nicht ein bisschen, sondern völlig anders.« Die Wahl Meyers, der als Campaigner für die Gewerkschaftsföderation FNV gearbeitet hatte, markierte den Startschuss für eine kämpferische Kampagne der SP zum Thema Gesundheitssystem. Unter dem Namen »Nationaal ZorgFonds« (Nationaler Gesundheitsfonds) lancierte die SP eine Initiative, die auch außerhalb der Niederlande Aufmerksamkeit verdient. Eine Viertelmillion Unterstützer*innen, verschiedene Parteien, Gewerkschaften und Bewegungsorganisationen unterzeichneten einen Aufruf zur Deprivatisierung der Krankenkassen und der Übernahme aller Kosten medizinischer Versorgung durch einen staatlichen Gesundheitsdienst. 10 000 Demonstrant*innen gingen Mitte Februar in der Hauptstadt Den Haag für die Einführung des Gesundheitsfonds auf die Straße. Auch innerhalb der sozialdemo-

kratischen PvdA und in der größten Gewerkschaftsföderation des Landes, dem FNV, hat die ZorgFonds-Kampagne Debatten ausgelöst. Die Tierschutzpartei PvdD, die Seniorenpartei 50 Plus und die Piratenpartei haben sich hinter die Kampagnenforderungen gestellt.

Die Kampagne entstand nicht über Nacht, sie wurde lange vorbereitet. 2014 beschloss der Parteirat einen Strategiewechsel. Zuvor hatte die SP, die über etwa zehn Prozent der Sitze in beiden Kammern des Parlaments verfügt, zu einer Vielzahl von Themen kleinere Kampagnen angestoßen. Nun sollte es nur noch eine einzige, große und landesweite Kampagne geben, nach dem Motto: Wir müssen Kämpfe führen, die wir gewinnen können. Statt uns in Abwehrkämpfen gegen neoliberale Reformen zu verlieren, sollte offensiv für Verbesserungen gekämpft werden, um die Dominanz der neoliberalen Denkweise aufzubrechen.

Die Kampagne zum Gesundheitswesen passt genau in dieses Schema. Gesundheit ist ein für breite Teile der Bevölkerung relevantes Thema. Eine Umfrage der Nachrichtenwebseite *nu.nl* ergab 2016, dass 63 Prozent der Befragten Gesundheitsvorsorge als wichtigstes Wahlkampfthema sahen, noch vor dem Thema Migration, auf das vor allem die rechtspopulistische PVV im Wahlkampf setzte. Zudem haben sowohl die SP als auch die Gewerkschaftsföderation FNV Erfahrungen mit Aktionen im Gesundheitsbereich. Lilian Marijnissen, die bei den Parlamentswahlen 2017 auf Listenplatz drei der SP stand, leitete die erste kämpferische Gewerkschaftskampagne des FNV, nachdem der Gesundheitssektor in den 2000er Jahren umstrukturiert wurde.

Heute ist der Gesundheitsbereich einer der am stärksten neoliberalisierten Staatssektoren der Niederlanden – aber seine Umstrukturierung liegt erst zehn Jahre zurück. Durch die kollektive Erinnerung an das alte System ist eine Deprivatisierung für die Bevölkerung noch vorstellbar.

DAS GESUNDHEITSWESEN DER NIEDERLANDE: TOTALPRIVATISIERUNG, VERSICHERUNGS-OLIGARCHIE UND AUSBEUTUNG

Ab den 1980er Jahren wurde in den Niederlanden die Ansicht verbreitet, dass die Konkurrenz privater Krankenversicherungen den Gesundheitsbereich am besten reguliere. Eine konservativ geführte Regierung privatisierte 2006 die zuvor halbstaatliche Gesundheitsversorgung. Den Versicherungsgesellschaften wurde erlaubt, Profite zu erwirtschaften. Die Reformen führten zu einer Fusionswelle auf dem Versicherungsmarkt; mittlerweile werden 90 Prozent des Marktes von vier großen Unternehmen beherrscht. Gleichzeitig haben die Kosten für Privatpersonen enorm zugenommen. Ein Sockelbetrag für Eingriffe, Medikamente und Ähnliches muss von den Patient*innen selbst getragen werden, dieses »Eigenrisiko« ist von 150 auf mittlerweile 385 Euro gestiegen. Anstatt diese Einnahmen zu nutzen, um ihre Angebote zu verbessern, machen die Krankenkassen Milliardengewinne: 2014 waren es 1,9 Milliarden Euro.

MAY NAOMI BLANK ist Politikwissenschaftlerin und Germanistin. Seit 2016 lebt und arbeitet sie in den Niederlanden.



Das Gesundheitswesen beerdigen? Demonstration der niederländischen SP, SP/flickr 🅭🅮🅯

Krankenhäuser und Pflegedienstleister dürfen seit den Reformen Gewinn erwirtschaften und konkurrieren um Verträge mit den Krankenkassen, deren Verhandlungsposition sich bei steigender Konkurrenz zwischen den Pflegedienstleistern verbessert. Kritiker*innen der Gesundheitsreform weisen auf die Gefahr hin, dass Krankenhäuser aufgrund der Konkurrenz dazu tendieren, medizinische Fehler systematisch zu verharmlosen, anstatt gemeinsam an Qualitätsverbesserungen zu arbeiten, weil sie Imageschäden fürchten. Außerdem entsteht eine Zweiklassenmedizin: Die Krankenversicherungen dürfen ›Pakete‹ mit unterschiedlichem Leistungsspektrum anbieten, ein günstigeres Basispaket und teurere Pakete, die Zusatzleistungen enthalten. Obendrein dürfen Krankenkassen den Versicherten die Möglichkeit geben, ihren Selbstkostenbeitrag auf bis zu 885 Euro zu erhöhen und dafür geringere monatliche Beiträge zu zahlen, was besonders für Menschen mit niedrigen Einkommen verlockend ist.

Die Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich verschlechterten sich durch die Reformen drastisch. Erstens werden in den Verhandlungen, die die Krankenversicherungen mit Ärzt*innen, Krankenhäusern und Pflegeinstitutionen führen, detaillierte Behandlungsschritte für die jeweilige Krankheit festgelegt. Weil jede Handlung dokumentiert und in einer bestimmten Zeitspanne erbracht werden muss, haben der Verwaltungsaufwand und der Zeitdruck beim Pflegepersonal stark zugenommen. Zweitens weigern sich die Krankenversicherungen, Tätigkeiten zu bezahlen, die nicht explizit medizinisch sind. Im Bereich der Altenpflege zum Beispiel bedeutet das, dass die Altenpfleger*innen die Reinigung der Häuser oder Einkäufe nicht mehr vergütet bekommen. Für diese Tätigkeiten, die vorher von ausgebildeten Pflegekräften durchgeführt wurden, werden jetzt oft Ungelernte, Student*innen oder Leiharbeiter*innen eingesetzt. Viele Pflegeeinrichtungen sind durch die neuen Regelungen pleitegegangen. Die entlassenen Fachkräfte wurden von neu gegründeten Betrieben angestellt, aber zu wesentlich schlechteren Konditionen und niedrigeren Löhnen. Diese flächendeckende Aushöhlung von Arbeitsstandards alarmierte die Gewerkschaftsföderation FNV, die für die SP ein wichtiger Bündnispartner ist.

ORGANIZING UND CAMPAIGNING

Seit ihrer Gründung in den 1970er Jahren als zunächst maoistische Kleingruppe spielt das Thema Gesundheitsversorgung für die SP eine große Rolle – einige Abgeordnete im Parlament sind Ärzt*innen oder Gesundheitswissenschaftler*innen, und die SP hat verhältnismäßig viele Anhänger*innen und Wähler*innen aus diesem Sektor. Als sich Anfang der 2000er Jahre die neoliberalen Reformen abzeichneten, formierte sich eine Gegenbewegung aus Ärzt*innen, Apotheker*innen, Physiotherapeut*innen und Beschäftigten, die Aktionskomitees bildeten. Diese Komitees versuchten etwa die Schließung von Krankenhäusern zu verhindern. Die SP, die sich zu einer modernen linken Partei gewandelt hatte und mittlerweile in die Parlamente eingezogen war, unterstützte diese Kampagne und legte den Grundstein für eine langfristige Zusammenarbeit. Beim Versuch, die Einführung des neuen Gesundheitsgesetzes zu verhindern, entstand 2004, auf Initiative der SP, die Kampagne »Zorg geen markt« (Gesundheit ist kein Markt), die innerhalb von wenigen Jahren 13 000 Unterstützer*innen aus allen Bereichen der Gesundheitsversorgung fand. Mit dem Aktionsbündnis wurden Demonstrationen organisiert, Symposien gehalten, Studien erstellt und Bücher publiziert. Das Bündnis wurde von sehr verschiedenen Gruppen von Beschäftigten getragen. Neben Alten- und Krankenpfleger*innen konnten so auch Psychotherapeut*innen, Ärzt*innen und Apotheker*innen angesprochen und langfristig an die Partei gebunden werden.

Nach den Marktreformen im Gesundheitswesen konzentrierte sich die SP zunächst auf den Bereich der ambulanten Pflege, in dem sich die Arbeitsbedingungen am dramatischsten verschlechtert hatten. Mit Pfleger*innen und Gewerkschaften startete sie 2007 die Kampagne »Stop Uitverkoop Thuiszorg« (Stoppt den Ausverkauf der ambulanten Pflege). Beispielhaft für die erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit in dieser Zeit ist ein TV-Spot, mit dem die SP auf Missstände in diesem Bereich aufmerksam machte.[1] Der Videoclip zeigt eine alte Dame mit Gehhilfe, die sich langsam vor der Kamera auszieht. Sie sagt: »Jahrelang hat mir Conny beim Waschen geholfen. Aber Conny ist zu teuer, sagen sie. Also kommt jetzt ein Fremder. Und danach wieder ein anderer Fremder. Ich kann mich genauso gut vor den ganzen Niederlanden ausziehen.« Durch den Tabubruch der Nacktheit kam dem Fernsehspot große Aufmerksamkeit zu, 2008 gewann er den Preis »Gouden Loeki« für den besten Werbeclip des Jahres. Die SP nutzte die Medienaufmerksamkeit, um drei Initiativgesetze zur Verbesserung der Altenpflege durchs Parlament zu bringen.

ZUSAMMENARBEIT MIT DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Prägend für das Engagement der SP im Gesundheitssektor war in den letzten Jahren die verstärkte Kooperation mit der Gewerkschaftsföderation FNV. Die FNV war früher ein Gewerkschaftsbund, wurde aber vor einigen Jahren zu einer Einheitsgewerkschaft nach dem Prinzip »one big union« umstrukturiert. Ursprünglich war sie sozialpartnerschaftlich ausgerichtet und eng an die Sozialdemokratie gebunden. Doch als die Gewerkschaftsvorsitzenden 2011 einer Erhöhung des Rentenalters

auf 66 Jahre zustimmten, obwohl die Gewerkschaftsbasis dagegen war, führte dies zu einer tiefen Krise, die in einen Prozess der Umstrukturierung mündete. Heute steht nur noch die Führungsetage der FNV-Gewerkschaften mehrheitlich der Sozialdemokratie nahe, in mittleren Führungspositionen identifizieren sich mehr und mehr Mitglieder mit der SP – ein Beispiel ist der SP-Parteivorsitzende und ehemalige FNV-Organizer Ron Meyer. Im Rahmen ihrer Mobilisierungen arbeitet die SP eng mit den FNV-Gewerkschaften zusammen. So setzten Rettungssanitäter*innen 2015 mit einem vierwöchigen Streik durch, dass die Löhne um 7,5 Prozent angehoben wurden, es dürfen seither keine Leiharbeiter*innen mehr eingesetzt und Mitarbeiter*innen über 57 Jahren nicht mehr zu Nachtdiensten verpflichtet werden. In Zusammenarbeit mit den Rettungssanitäter*innen schrieb die SP eine Petition und übergab sie dem Parlament; die Gesundheitsministerin beschloss daraufhin, weitere Deregulierungsmaßnahmen bis 2020 ruhen zu lassen. Ein weiteres Beispiel: Im Februar 2016 besetzten ambulante Pflegekräfte Rathäuser in verschiedenen Gemeinden der Niederlande, um auf Missstände in der Pflege aufmerksam zu machen. Einige Aktivist*innen wurden verhaftet, und die SP half mit für Bußgelder zu sammeln, zu denen sie verurteilt wurden. Diese Erfahrungen bereiteten den Weg für das Projekt »Nationaal ZorgFonds«, die bislang offensivste Kampagne der SP.

KAMPAGNE FÜR EINEN ÖFFENTLICHEN GESUNDHEITSDIENST

2014 präsentierte die Partei erstmals den Plan für einen nationalen Gesundheitsdienst und ließ die Kosten hierfür berechnen. Daraus entstand der konzeptionelle Plan, die privaten Krankenkassen abzuschaffen – umgesetzt werden sollte er durch die ZorgFonds-Kampagne. Um möglichst viele Bündnispartner einbeziehen zu können, formulierte die SP zwei Ziele: Erstens die Abschaffung der privaten Versicherungsgesellschaften und die Einführung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes, der die Aufgabe der Krankenkassen übernehmen soll; und zweitens die Aufhebung des Eigenrisikobeitrags. Der nationale Gesundheitsfonds soll eine einheitliche Krankenversicherung für alle Bürger sein, die auch Physiotherapie, Zahnarztbehandlungen und Psychotherapie umfasst. Mit der Aufhebung von Zusatzversicherungen soll die Zweiklassenmedizin zurückgedrängt werden.[2] Die Kampagne besteht aus einer Petition, die bereits rund 250 000 Menschen online oder offline unterzeichnet haben, lokalen Infotreffen im ganzen Land und einer Großdemonstration in Den Haag kurz vor den Parlamentswahlen. Es werden regionale Aktionskomitees gebildet, die Informationsmaterial verteilen und die Kontaktdaten von Unterstützer*innen sammeln. Ziel der SP ist es, Menschen zu aktivieren und zu politisieren. Daher werden nicht bloß Unterschriften gesammelt und diese der Regierung vorgelegt. Unterstützer*innen tragen ihren Namen, Telefonnummer und Wohnort in die Listen ein. Im Büro der SP in Amersfoort arbeiten drei Angestellte, die täglich neue Unterstützer*innen anrufen und sie fragen, wie sie bei der Kampagne mitmachen wollen. Sie können sich zum Beispiel dem Telefonteam als Freiwillige anschließen, bei der Organisation von Informationsabenden helfen, Pakete

mit Aktionsmaterial packen und an andere Unterstützer*innen schicken, oder, wenn sie Fachkenntnisse im Gesundheitsbereich haben, an dem Plan für die Umsetzung des Nationalen Gesundheitsfonds konzeptionell mitarbeiten. Indem auch der Wohnort abgefragt wird, kann die Kampagnenführung Unterstützer*innen nach Postleitzahlen gruppieren und gezielt zu Aktivitäten in ihrer Region einladen. Viele der Unterstützer*innen des ZorgFonds schließen sich auch Ortsgruppen der SP an. Es handelt sich also um eine großflächige Organizing-Strategie.

Die Kampagne gilt bereits jetzt als sehr erfolgreich. Noch vor zweieinhalb Jahren wäre es kaum möglich gewesen, gesellschaftliche Unterstützung für Deprivatisierungsforderungen zu bekommen – stattdessen wurde jedes Jahr erneut debattiert, um wie viel die Selbstbeteiligung steigen würde. Inzwischen ist die Stimmung gekippt. Außer der nationalliberalen VVD versprechen alle Parteien eine Verringerung oder die Abschaffung der Selbstbeteiligung. Auch innerhalb des FNV und der PvdA hat die ZorgFonds-Kampagne Diskussionen ausgelöst. Einige Ortsgruppen der Sozialdemokraten unterstützen den ZorgFonds – etwa die Ortsgruppe Den Haag. Auf dem Parteikongress gab es Anträge, den Gesundheitsfond zu unterstützen. Ähnlich im FNV, auch wenn noch nicht die ganze Gewerkschaftsbewegung hinter dem Projekt steht. Bisher haben FNV Zorg en Welzijn (Pflege und Gesundheit) und FNV Senioren den Plan unterstützt, ein Beschluss des FNV-Mitgliederparlaments steht noch aus.

Das Ziel, die öffentliche Diskussion zu beeinflussen, konnte mit der Kampagne erreicht werden. Allerdings wurde der Wahltag als vorläufiger Höhepunkt der Kampagne gesetzt. Was künftig mit dem aufgebauten Netzwerk im Gesundheitsbereich und in der außerparlamentarischen Arbeit passieren wird, ist unklar. Kritiker*innen monieren außerdem, dass die Partei angesichts des Wachstums der rechtspopulistischen PVV das Thema Migration und Rassismus im Wahlkampf nicht prominenter auf die Tagesordnung gesetzt hat. Die SP reduziere sich auf eine »Pflegepartei«, indem sie all ihre Energie auf die Einführung des ZorgFonds richte, so die Kritik. Tatsächlich gelang es der Partei trotz ihrer bemerkenswerten Gesundheitskampagne nicht, bei den Parlamentswahlen am 15. März dazuzugewinnen. Während die SP bei leichten Verlusten mit 9,1 Prozent stagnierte, konnte die mit einem klar antirassistischen Profil auftretende Partei GroenLinks (GrünLinks) ihr Ergebnis verdreifachen.

Die Kampagne zum nationalen Gesundheitsfonds verdient dennoch über die niederländischen Grenzen hinweg Aufmerksamkeit. Für die SP hat der Kampf im Gesundheitswesen strategische Bedeutung: Wenn die Kampagne Erfolg hat, dann könnte es auch in anderen öffentlichen Sektoren zu Rekommunalisierungsinitiativen kommen. Und sollte es der SP gelingen, in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsföderation FNV ihre Forderungen nach einer Deprivatisierung der Krankenkassen durchzusetzen, wäre dies ein Erfolg, der auf die ganze europäische Linke ausstrahlen würde.

---

1 Das Video ist auf https://vimeo.com/30454622 zu finden.
2 Das komplette Programm ist auf Niederländisch in den »Bausteinen« nachzulesen: https://nationaalzorgfonds.nl/sites/nationaalzorgfonds.nl/files/NZF-Bouwstenen-1.pdf.



Besetztes Institutsgebäude an der Humboldt-Universität zu Berlin, Freundeskreis Video

»AUF DEN SCHULTERN VON RIESEN« BILDUNGSWERKSTATT ANFANG FEBRUAR IN BERLIN

Der Zuspruch war groß: Mehr als 200 Stipendiat*innen, Vertrauensdozent*innen und Mitarbeitende der Stiftung diskutierten Anfang Februar in Berlin mit Bildungsaktivist*innen aus Universitäts- und Gewerkschaftskreisen und Studierenden über ein emanzipatorisches Bildungsverständnis. Den Auftakt zum Workshop in der Rosa-Luxemburg-Stiftung machten Alex Demirović und María do Mar Castro Varela. Auch dabei waren Studierende der Humboldt-Universität – sie hatten das Institut für Soziologie aus Solidarität mit dem Stadtforscher und kurzzeitigen Berliner Baustaatssekretär Andrej Holm besetzt (siehe Foto) und über mehrere Wochen eine Kritische Universität organisiert. Ein Livestream ermöglichte die Übertragung der Veranstaltung in die besetzten Gebäude der HU, wo weitere 120 Studierende die Veranstaltung auf der Leinwand mitverfolgten. Versucht wurde, verschiedene bildungstheoretische Ansätze zu einer zeitgemäßen gesellschaftstheoretisch fundierten Bildungstheorie zusammenzuführen, in der die einzelnen Ansätze sich in ihren jeweiligen Lücken kompensieren und in den Stärken ergänzen: aus der Frankfurter Schule, dem undogmatischen Gramscianismus, diversen materialistischen Feminismus-Schulen und Ansätzen zur Dekolonialisierung. In parallelen Workshops kamen die Teilnehmenden ins Gespräch über einen Bildungsbegriff, der sich nicht einengen und beschränken lässt auf eine partikulare Institution wie etwa die Schule. Bildungspolitik müsse vielmehr als Gesellschaftspolitik und Bildungstheorie als Gesellschaftstheorie rezipiert werden. Das Studienwerk und die Akademie für politische Bildung der Stiftung planen für die nahe Zukunft zwei weitere Bildungstagungen.

Marcus Hawel

Dokumentation:
www.rosalux.de/dokumentation/id/14523



WAS WAR?

FÜR SOZIALE RECHTE WELTWEIT
TAGUNG IN BERLIN, FEBRUAR 2017

In multinationalen Abkommen wie dem UN-Sozialpakt sind weitreichende soziale Rechte verankert. Dazu zählen das Recht auf Bildung, Gesundheit, gerechte und günstige Arbeitsbedingungen genauso wie das Recht auf Streik, Gleichbehandlung und Diskriminierungsfreiheit. Der UN-Sozialpakt wurde im Dezember 1966 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen einstimmig verabschiedet. 50 Jahre später ist die Weltgesellschaft von der Durchsetzung der grundlegenden sozialen Rechte allerdings weit entfernt. Soziale Ungleichheiten nehmen zu. Diskriminierungen auf der Grundlage von Geschlecht oder Herkunft sind weit verbreitet; Ökosysteme werden zerstört. 25 Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation ist deutlich, dass der globale Kapitalismus keine Zukunft bietet. Notwendiger denn je sind Diskussionen über grundlegende Alternativen. Bietet der Diskurs über soziale Rechte hierfür einen Ansatzpunkt? Welche strategischen Potenziale hat er für die Linke? Wie müsste ein demokratischer Sozialismus gestaltet werden, der soziale und demokratische Rechte in sich verbindet? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Fachtagung »Soziale Rechte weltweit« Mitte Februar in Berlin, zu der das Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit, dem Auslandsbereich der Rosa-Luxemburg-Stiftung, eingeladen hatte. Die Podiumsdiskussion mit Katja Kipping, Ko-Vorsitzende der LINKEN, Carolina Vestena von der Universität Kassel und Thomas Seibert, medico international, bildete den Auftakt und kann nachgehört werden unter: https://soundcloud.com/rosaluxstiftung/globale-soziale-rechte

Hana Pfennig

Dokumentation:
www.rosalux.de/dokumentation/id/14759/

CLARA ZETKINS KRIEGSBRIEFE
PRÄSENTATION, FEBRUAR 2017 IN BERLIN

Clara Zetkins Nachlass ist umfangreich und war bisher kaum erschlossen. Mehr als 1 000 Briefe sind aus der Zeit zwischen 1914 und ihrem Tod 1933 überliefert. Fünf Jahre hat Marga Voigt an der Herausgabe der Briefe gearbeitet. Sie recherchierte dafür in Archiven und Bibliotheken in Kopenhagen, Bonn, Stockholm, Amsterdam, Moskau, Bern, Zürich und Wien. Von der dreibändigen kommentierten Ausgabe ist nun der erste Band – »Die Kriegsbriefe« – beim Karl Dietz Verlag erschienen. In ihnen spiegeln sich Zetkins Entfremdung von der kriegsbefürwortenden SPD-Führung und ihre schrittweise Ausstoßung aus der Partei, deren Gesicht sie langezeit mitgeprägt hatte. Im Februar las die Herausgeberin bei »Linke Literatur im Gespräch« im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus ihrem neuen Buch.

Buchbestellung: www.dietzberlin.de

»GENUG FÜR ALLE«
KONFERENZ, 27./28. JANUAR 2017 IN ESSEN

An vielen Orten setzen Menschen sich für den sozial-ökologischen Umbau ein. Sie starten Volksbegehren für öko-soziale Stadtwerke und Internetpetitionen gegen Gentechnik, streiten in Parlamenten für einen besseren öffentlichen Nahverkehr und blockieren Braunkohlebagger. Dieser Bewegung im Kleinen steht Stagnation im Großen entgegen. Die herrschende Politik hat den Ernst der Lage nicht begriffen, agiert zögerlich und ist überkommenen Entwicklungsmustern verhaftet. Auf der Konferenz in Essen, zu der die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Partei DIE LINKE eingeladen hatten, diskutierten verschiedene Akteure aus Partei, Bewegung, Gewerkschaft und Wissenschaft über Perspektiven einer sozial-ökologischen Transformation.

Dokumentation:
www.rosalux.de/dokumentation/id/14577



Die Digitalisierung durchdringt immer mehr Lebensbereiche. Die Stiftung hat die passenden Publikationen: Das Lexikon »Smarte Worte« erläutert Begriffe der Netzwelt aus emanzipatorischer Sicht. Wie »Arbeit 4.0« demokratisch gestaltet werden kann, untersucht die Analyse »Digitalisierung, Klassenkampf, Revolution«. **Mehr unter www.rosalux.de/publikationen.**

EINE PERMANENTE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE POLITISCHE ÖKONOMIE

ZU ROSA LUXEMBURGS HAUPTWERK »DIE AKKUMULATION DES KAPITALS«

Um es vorwegzunehmen – der Titel des Buches ist ernstzunehmen. Es geht nicht um die Würdigung einer Ikone, sondern um die mit dem Luxemburg'schen Werk verbundenen Herausforderungen. Die Autor*innen bieten ein Bild lebendigen Denkens in Marx'scher Tradition. Die Kritik seiner Auffassungen durch Luxemburg wird nicht nur als legitim und marxistisch angesehen, sondern auch als unabdingbar für die Weiterentwicklung des Denkens und Handelns. Die Beiträge des Bandes konzentrieren sich auf drei Schwerpunkte: die historische und ideengeschichtliche Einordnung der ökonomischen Auffassungen Luxemburgs, die Genesis der theoretischen Auseinandersetzungen zu Fragen der Marx'schen Reproduktionstheorie in den linken Bewegungen bis in die Gegenwart und die praktischen Konsequenzen aus reproduktionstheoretischen Konzepten für linke Bewegungen und Parteien. Die Stärke des Buches ist, dass alle Beiträge alle drei Aspekte berücksichtigen.
Park und Albo zeigen, wie sich Luxemburgs ökonomische Überlegungen im Zusammenhang mit ihrem politischen Engagement entwickelten. Der werttheoretische Bogen vom Marx'schen »Elend der Philosophie« zur »Akkumulation des Kapitals« von Luxemburg ist Ausgangspunkt des Beitrages von Zarembka. Der von White und Krätke gewählte Zugang über den Forschungsprozess Marx' nach Erscheinen des ersten Bandes des »Kapital« macht deutlich, dass mit der Veröffentlichung des zweiten und dritten Bandes sowie der Theorien über den Mehrwert keinesfalls ein abgeschlossenes Werk vorlag, vielmehr ein Forschungsstand. Luxemburg

setzte mit ihren ökonomischen Arbeiten genau dort an. Ab 1868 hatte Marx sich der Frage nach der Rolle vor- beziehungsweise nicht kapitalistischer Produktionsweisen für Entstehung und Reproduktion des Kapitalverhältnisses zugewandt. Die Verbindung der Kritik der politischen Ökonomie mit neuen empirischen Forschungen, wie sie von Kovalevsky oder Maurer betrieben wurden, stellte neue Fragen bezüglich der Klassenstrukturen, der Rolle des Staates, der Veränderungen im Kapital selbst. Hinter den Wellen der Auseinandersetzung mit dem Luxemburg'schen Werk stand immer auch die Frage nach neuen politischen Herausforderungen. So ordnet auch Krätke die Arbeiten Luxemburgs ein und analysiert die Kontroversen, die die »Akkumulation« auslöste. Die inspirierenden Wirkungen auf Wissenschaft und linke Bewegungen stehen im Mittelpunkt der folgenden Kapitel. Toporowski stellt die direkten und indirekten Wirkungen auf viele wichtige Ökonom*innen des 20. Jahrhunderts dar. Aus feministischer Sicht betont Soiland das Verdienst Luxemburgs, bis dahin im Marxismus »unsichtbar« gebliebene Ausbeutungsverhältnisse sichtbar gemacht zu haben. Szymborska, Dörre, Brie und Dellheim konzentrieren sich in den abschließenden Beiträgen auf Veränderungen des Akkumulationsregimes, die Konsequenzen für Kräfteverhältnisse und das Handeln linker Bewegungen.

Den Herausgeber*innen Dellheim und Wolf ist es gelungen, ganz im Geiste Luxemburgs Wissenschaft und politische Praxis in eine glückliche Synthese zu bringen. Mit dem Band »A Permanent Challenge For Political Economy« wird bei Palgrave eine neue Reihe zu Luxemburgs Werk eröffnet. Es ist zu wünschen, dass die Reihe den Diskussionen zum Erbe der vielleicht wichtigsten Marx-Schülerin neue Impulse verleiht.

»DONALD TRUMP UND DER AUFSTIEG DER NATIONALISTISCHEN RECHTEN«
ANALYSEN AUD DEM BÜRO NEW YORK

Wir werden gerade Zeugen eines Gezeitenwechsels. Überall im Globalen Norden hält der Aufschwung des rechten nationalistischen Populismus an. Mit Donald Trumps Wahlsieg hat er einen neuen Höhepunkt erreicht.

Wie konnte es dazu kommen? Das New Yorker Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat erste Analysen der Autor*innen Connor Kilpatrick, Lester K. Spence, Liza Featherstone und Ethan Young veröffentlicht, die sich auf vier Felder konzentrieren: die »weiße Arbeiterschaft«; den »Rassismus-Faktor«; »Frauenfeindlichkeit und Elitefeminismus« und die Schwächen und Versäumnisse der Linken.

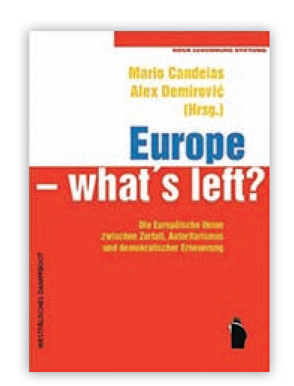
In der deutschen Fassung unter: www.rosalux-nyc.org/wp-content/files_mf/trump_2016_deu_web.pdf

WER LIEST
NEUER ONLINE-KATALOG DER BIBLIOTHEK

Gut 20 000 Bände, 1 500 Zeitschriftentitel, 120 laufende Abos – dieser Informationsschatz lässt sich über den Online-Katalog der Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung heben. Seit 1999 gehört sie zum Kreis der Spezialbibliotheken parteinaher Stiftungen in Deutschland und bietet eine einmalige Kollektion an Veröffentlichungen zu Rosa Luxemburg, zur Partei DIE LINKE und ihren Vorgängerorganisationen sowie zur Geschichte linker Bewegungen und ihren Protagonist*innen. Dazu zählt auch das wohl auffälligste Buch des Bestands: die im Jahr 2008 im Taschen Verlag veröffentlichten »Sämtlichen Wandgemälde« von Diego Rivera. Mit seinen zahlreichen Grafiken, etwa fünf Kilogramm Gewicht und einem halben Meter Höhe zählt das Werk eindeutig zur Gattung der schweren Literatur.

Online-Katalog: library.rosalux.de/

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
AKTUELLE PUBLIKATIONEN



Mario Candeias, Alex Demirović (Hrsg.)
EUROPE – WHAT'S LEFT?
Die europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung
342 Seiten, Broschur, 29,90 Euro
ISBN 978 3-89691-850-5
Verlag Westfälisches Dampfboot
April 2017

Bestellung: www.dampfboot-verlag.de/shop/artikel/europe-what-s-left-

Download unter:
www.rosalux.de/publikation/id/14704

Etienne Schneider
RAUS AUS DEM EURO – REIN IN DIE ABHÄNGIGKEIT?
Perspektiven und Grenzen alternativer Wirtschaftspolitik außerhalb des Euro
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 240 Seiten, Broschur, 16,80 Euro
ISBN 978-3-89965-749-4, VSA: Verlag 2017

Bestellung: www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/raus-aus-dem-euro-rein-in-die-abhaengigkeit

Download unter:
www.rosalux.de/en/publication/id/14517







Jana Flörchinger
PRESSEFREIHEIT IN MEXIKO
Kampf um ein Grundrecht
Analysen 35, 26 Seiten, Broschur
ISSN 2194-2951, Februar 2017


Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/14410


Audiointerview mit der Autorin unter:
www.rosalux.de/news/id/14429



Anne Leiser, Özen Odağ und Klaus Boehnke
GEWALT IM DISKURS
Soziale Medien als Radikalisierungsplattform für Proteste gegen Geflüchtete in Bremen, Halle und Stuttgart
Studien 1/2017
41 Seiten, ISSN 2194-2242


Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/14416



May Naomi Blank
OFFENSIV GEGEN PRIVATISIERUNGEN IM GESUNDHEITS-WESEN
Sozialistische Kampagnenpolitik in den Niederlanden
Studien 3/2017
24 Seiten, ISSN 2194-2242


Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/gesundheitswesen-nl

DAS ARGUMENT
ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

DAS ARGUMENT 321

Karen Ruoff: Übergangsgesellschaft 1989
Klaus Weber: Die Hälfte des Himmels und die FAZ

1917 -> 2017 -> ?

Enzo Traverso: Kommunismus – ein Ortstermin
Josep Fontana: Die russische Revolution und wir
Guido Liguori: Gramsci und die russischen Revolutionen von 1917
Wolfram Adolphi: ›Wir haben uns ihnen weggenommen‹
Frigga Haug: Wider den Missbrauch Alexandra Kollontais
Robert Cohen: Subjektive Chronik. Christa Wolfs Briefe 1951–2011
Jan Loheit: »Am Grabe der Revolution«. Biermanns Leichenschmaus
Radhika Desai: Imperialistischer Antikapitalismus?
Ingar Solty: Replik auf Radhika Desai
Arndt Hopfmann: Die Oktoberrevolution und Afrika

***

Norman Paech: Kein Frieden im Nahen Osten
Micha Brumlik u. Jan Loheit: Frank Pergande, die FAZ und das Erbe der DDR

Das Argument 321, Mai 2017,
13,00 Euro,
ISSN 0004-1157
www.inkrit.org/argument

WIDERSPRUCH

WIDERSPRUCH 68

KONZERNE STADT DEMOKRATIE

Bezahlbares Wohnen, Genossenschaften, Gemeinwohl, Urban Citizenship, Unternehmerische Städte, Stadtmarketing, Immobilien- und Baulobby, Rohstoff-Rhizom, Big Pharma Basel, TISA, Unternehmenssteuerreform III, neoliberale Modellstädte
U. Anderegg, M. Heuwieser, K. Jenni, O. Jost, S. Lieberherr, P. Lochte, A. Sancar, I. Balmer, T. Bernet, M. Flück, S. Giger, M. Rodatz, H. Schäppi, N. Scherr, K. Unger, Hp. Uster

***

DISKUSSION

D. Z. Bertschinger: Für eine feministische Öffentlichkeit
F. Cavalli: Irrsinnige Medikamentenpreise
K. Dörre: Die national-soziale Gefahr
M. Candeias: Perspektiven linker Politik in Europa
B. Ringger/P. Zwicky: Reclaim Democracy

WIDERSPRUCH 68, Dez. 2016,
224 Seiten, 25,00 CHF/18,00 Euro,
ISBN-10: 3858697249
www.widerspruch.ch



Z - NR. 109

1917–2017

Frank Deppe: Der Oktober 1917 und das Zeitalter der globalen Gegenrevolution
Stefan Bollinger: Krieg und Revolution
Die russischen Revolutionen von 1917 bis 1922
Wladislaw Hedeler: Russische sozialistische Parteien 1917 im programmatischen Wett- und Widerstreit
André Tosel: Gramsci und die Revolution
Ulla Plener: Die Debatte zwischen Rosa Luxemburg und Lenin über die nationale Frage 1903–1918
Gerhard Engel: Revolutionäre Matrosen und Bremer Arbeiterbewegung
Vom November 1918 bis zum Ende der Bremer Räterepublik im Februar 1919

POSTKAPITALISMUS

Werner Goldschmidt: »Autonome Marxisten« – Anmerkungen zu Robert Kurz und Karl-Heinz Roth
Varianten des ›Postkapitalismus‹ – Ein Literaturbericht (Teil III)
Jörg Roesler: Ulbrichts Versuch einer sozialistischen Marktwirtschaft
Ein Blick zurück aus postkapitalistischer Sicht

KAPITALISMUSTHEORIE

Bernd Belina: Wohnungsbauboom und globale Kapitalverhältnisse
Hans Günter Bell: Die SMK-Theorie wieder aufgreifen …

WEITERE BEITRÄGE

Lothar Peter: Eribons »Rückkehr nach Reims« und die Arbeiterklasse
Wolfgang Förster: Überlegungen zu Friedrich Engels' »Varia über Deutschland«

DISKUSSION, KRITIK, ZUSCHRIFTEN

Klaus Müller: Über die Zweckmäßigkeit der Begriffe – noch einmal zur »abstrakten Arbeit«

Z - Nr. 109, März 2017, 10,00 Euro,
ISSN: 0940-0648
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, barbara.fried@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 44310-404
Redaktion: Harry Adler, Michael Brie, Hanno Bruchmann, Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried, Corinna Genschel, Tilo Hase, Henning Heine, Christina Kaindl, Ferdinand Muggenthaler, Stefanie Kron, Uwe Michel, Tadzio Müller, Massimo Perinelli, Miriam Pieschke, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Hannah Schurian, Ingar Solty, Moritz Warnke und Florian Wilde

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler, harry.adler@rosalux.org
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur; www.text-arbeit.net

Beilagen: CGB; Westfälisches Dampfboot

Titelbild: Klingelanlage in Berlin-Friedrichshain, Harry Adler 🅭🄏🄎

Grafik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und Kommunikationsdesign, www.matthies-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,
Druck auf PEFC-zertifiziertem und säurefreiem Papier

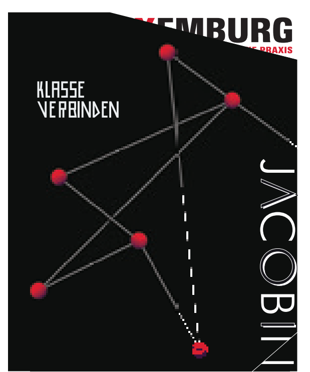


3/2016 EINSTÜRZENDE ÜBERBAUTEN

Brexit, Trump und Erfolge der AfD markieren die Krise der Demokratie. Rechte Forderungen nach »Souveränität« und Kritiken an »Politiker-Filz« verfangen massenhaft, weil sie ›Wahres‹ treffen: Der autoritäre Neoliberalismus hat die politischen Formen ausgehöhlt. Sozialdemokratische Parteien zerfallen, die europäischen Institutionen sind reformunfähig, vielfach bildet sich gar kein ›Block an der Macht‹, halten sich konkurrierende Eliten lediglich in Schach. Wir erleben eine Zeit EINSTÜRZENDER ÜBERBAUTEN. In dieses Vakuum stoßen rechte Bewegungen und Parteien. Solange die Linke keine mitreißende Alternative präsentiert, bleibt die Identifikation mit ›Anpackern‹ von Trump bis Renzi, bleibt der ›Populismus von oben‹ das beste Spiel.

BEITRÄGE Arlie Russel Hochschild | Marco Revelli | Jodi Dean | Christine Buchholz | Volker Hinck | Hilary Wainwright | Katalin Gennburg | Moritz Warnke | Henrik Lebuhn | u.a.

Dezember 2016, 124 Seiten



2/2016 KLASSE VERBINDEN – IN KOOPERATION MIT DER ZEITSCHRIFT JACOBIN

Antworten auf die Krise des autoritären Neoliberalismus kommen derzeit von rechts. Politik ist das Geschäft wortgewandter Expert*innen und Demokratie oft ein den Interessen der vielen entzogenes Management des Status quo. Wo liegen hier linke Handlungsmöglichkeiten? Soziale Kämpfe haben sich auf die kommunale Ebene verlagert, ringen um eine Basis der Organisierung im Alltag der Einzelnen, eine Verankerung in Nachbarschaften. Sie stellen korrupten Eliten veränderte Praxen entgegen – ein ›Regieren von unten‹. Die Kommune soll als Ort der Politik zurückgewonnen werden. Es gilt populare Praxen zu verbreitern und in unterschiedlichen Milieus der Subalternen zu verankern. Wie lassen sich die disparaten Teile der KLASSE VERBINDEN?

BEITRÄGE Mimmo Porcaro | Hilary Wainwright | Bernd Riexinger | Catarina Principe | Felix Wiegand | Hannah Schurian | Christos Giovanopoulos | Miriam Pieschke | Veronika Duma | Raul Zelik | u.a.

August 2016, 144 Seiten



1/2016 HART AN DER GRENZE

Der ›Sommer der Migration‹ ist einem Winter rassistischer Übergriffe gewichen und dieser einem Frühjahr, das uns zwischen humanitärer Katastrophe und Wahlerfolgen der AfD erstarren lässt. Eine Bearbeitung der Fluchtursachen wird nicht versucht. Stattdessen Regieren mit und im Ausnahmezustand. Das Gegenstück zur autoritären EU-Elite ist der grassierende Rechtspopulismus. Doch offenbart die massenhafte Solidarität mit den Geflüchteten auch beeindruckende Formen der Selbstermächtigung und vorsichtigen Demokratisierung von unten. Wie können daraus Ansätze für weiter reichende Organisierung im Alltag entstehen? Projekte, mit denen die Linke Glaubwürdigkeit erlangen und den Rechten den sozialen Boden ihres Erfolgs abgraben kann?

BEITRÄGE Giorgio Agamben | Peter Birke | Barbara Fried | Fabian Georgi | David Harvey | Horst Kahrs | Bernd Kasparek | Maria Oshana | Marei Pelzer | Bodo Ramelow | u.a.

April 2016, 144 Seiten

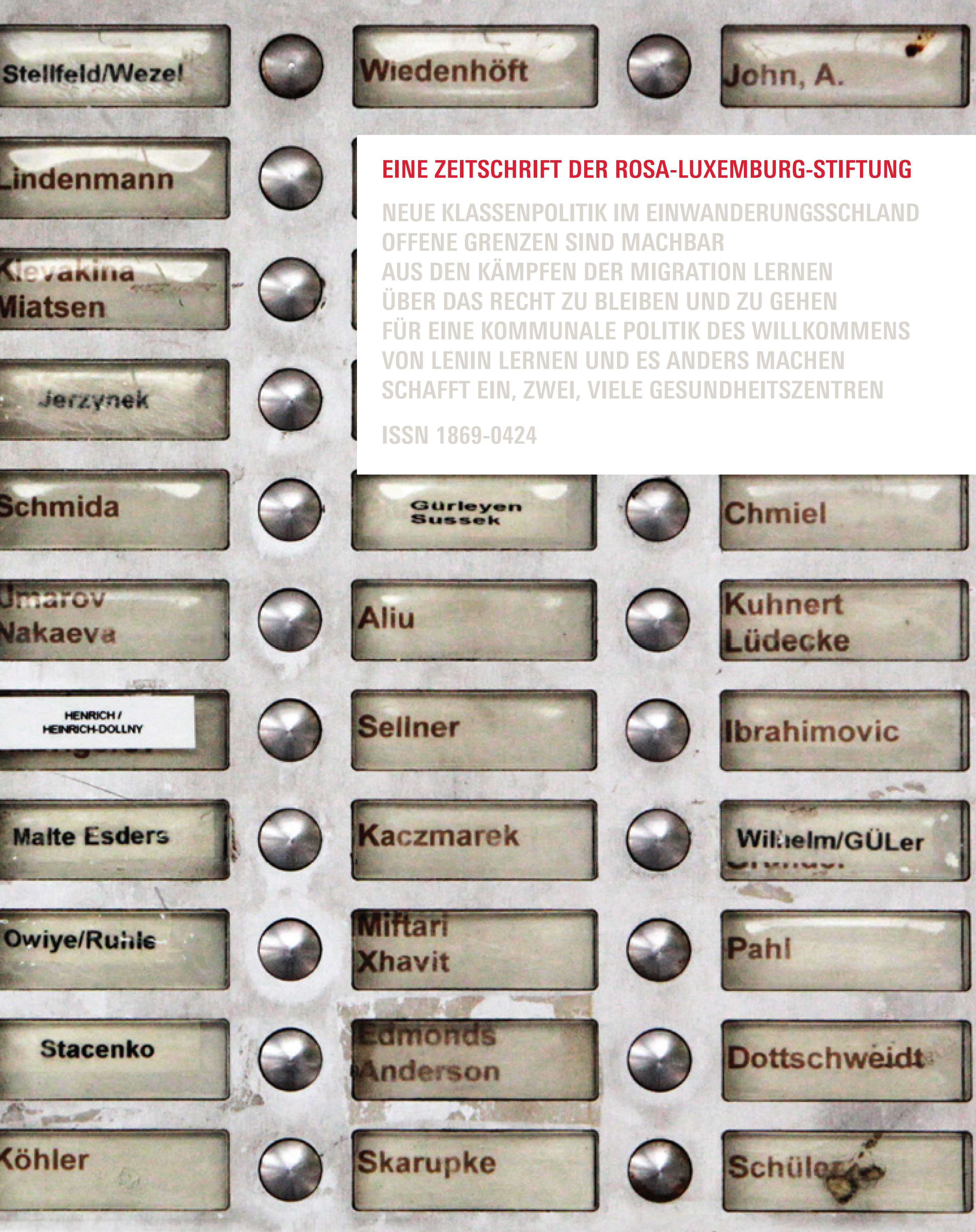


3/2015 SMARTE NEUE WELT

Die Roboter kommen, die Arbeit geht? Mit Schlagworten wie »Industrie 4.0« oder »Zweites Maschinenzeitalter« werden Umbrüche in der Produktions- und Lebensweise verhandelt. Nicht immer sind die strukturellen Veränderungen hinter der Ideologieproduktion auszumachen. Digitale Revolution betrifft jedoch nicht nur Produktions- und Arbeitsverhältnisse. Soziale Medien verändern Kommunikationsweisen, Lifelogging-Apps optimieren neoliberale Selbsttechnologien und mithilfe vernetzter Daten werden Mobilitätskonzepte wie Gesundheitsversorgung umgebaut, von den ökologischen Konsequenzen dieser SMART NEW WORLD ganz zu schweigen. Doch wer verfügt über all die Daten, Algorithmen und Infrastrukturen? Und wem gehört die frei werdende Zeit?

BEITRÄGE Evgeny Morozov | Ralf Krämer | Tanja Carstensen | Christoph Spehr | Bernd Riexinger | Halina Wawzyniak | Frank Pasquale | Dagmar Fink | Moritz Altenried | Antonio Negri | u.a.

Dezember 2015, 144 Seiten



EINE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

NEUE KLASSENPOLITIK IM EINWANDERUNGSSCHLAND
OFFENE GRENZEN SIND MACHBAR
AUS DEN KÄMPFEN DER MIGRATION LERNEN
ÜBER DAS RECHT ZU BLEIBEN UND ZU GEHEN
FÜR EINE KOMMUNALE POLITIK DES WILLKOMMENS
VON LENIN LERNEN UND ES ANDERS MACHEN
SCHAFFT EIN, ZWEI, VIELE GESUNDHEITSZENTREN

ISSN 1869-0424